

Landtag des Saarlandes

15. Wahlperiode



Pl. 15/57
15.02.17

57. Sitzung

am 15. Februar 2017, 09.00 Uhr, im Gebäude des Landtages zu Saarbrücken

Beginn: 09.03 Uhr
Ende: 17.59 Uhr

PRÄSIDIUM:

Präsident Meiser (CDU)
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)
Zweite Vizepräsidentin Spaniol (DIE LINKE)
Erster Schriftführer Augustin (PIRATEN)
Zweiter Schriftführer Kessler (B 90/GRÜNE)
Dritte Schriftführerin Heib (CDU)
Vierte Schriftführerin Berg (SPD)
Fünfter Schriftführer Theis (CDU)

REGIERUNG:

Ministerpräsidentin, auch zuständig für die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Technologie, Kramp-Karrenbauer (CDU)
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Rehlinger (SPD)
Minister für Finanzen und Europa Toscani (CDU)
Minister für Inneres und Sport Bouillon
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Bachmann
Minister der Justiz sowie Minister für Umwelt und Verbraucherschutz Jost (SPD)
Minister für Bildung und Kultur Commerçon (SPD)

Es fehlen:

Abg. Kessler (B 90/GRÜNE)
Abg. Thielen (CDU)

Begrüßung von Zuhörergruppen	4847	Abg. Pauluhn (SPD).....	4880
Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung	4847	Minister Bouillon.....	4881
Änderung der Tagesordnung	4848	Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (IS)	4881
Besucherbegrüßung	4848		
Abgabe einer Regierungserklärung durch den Minister für Finanzen und Europa zum Thema „Engagement für Europa - Die Chancen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit umsetzen“.....	4848	4. Erste Lesung des von der PIRATEN-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Einführung einer Berichtspflicht des Ministeriums für Inneres und Sport gegenüber dem Parlament (Drucksache 15/2093)	4881
Minister Toscani.....	4848	Abg. Hilberer (PIRATEN) zur Begründung.....	4881
Abg. Lafontaine (DIE LINKE).....	4854	Abg. Gläser (CDU).....	4883
Abg. Theis (CDU).....	4857	Abg. Neyses (B 90/GRÜNE).....	4886
Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE).....	4860	Abg. Hilberer (PIRATEN).....	4886
Abg. Zieder-Ripplinger (SPD).....	4863	Abg. Pauluhn (SPD).....	4887
Abg. Hilberer (PIRATEN).....	4865	Abstimmung, Ablehnung in Erster Lesung	4888
Abg. Ries (SPD).....	4868		
Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer.....	4869	5. Zweite Lesung des Gesetzes zur Zustimmung zum Zwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwanziger Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Drucksache 15/2051)	4888
1. Nachwahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungsgerichtshofes des Saarlandes (Wahlvorschlag des Landtagspräsidiums Drucksache 15/2096)	4874	(Erste Lesung: 56. Sitz. v. 18. Jan. 2017)	
Besucherbegrüßung	4874	Abg. Schmitt (CDU), Berichterstatter...	4888
Wahlergebnis	4874	Abstimmung, Annahme in Zweiter und letzter Lesung	4888
2. Vereidigung des Mitglieds und des stellvertretenden Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs des Saarlandes	4875		
Unterbrechung der Sitzung	4875	6. Beschlussfassung über den von der PIRATEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Freifunk-Initiativen als gemeinnützig anerkennen (Drucksache 15/2091)	4888
3. Erste Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Polizeigesetzes (Drucksache 15/2092)	4875	Abg. Augustin (PIRATEN) zur Begründung.....	4889
Abg. Meyer (CDU) zur Begründung....	4875	Abg. Theis (CDU).....	4889
Abg. Huonker (DIE LINKE).....	4877	Abg. Spaniol (DIE LINKE).....	4890
Abg. Neyses (B 90/GRÜNE).....	4878	Abg. Döring (SPD).....	4891
Abg. Hilberer (PIRATEN).....	4879	Abg. Neyses (B 90/GRÜNE).....	4892
		Abg. Augustin (PIRATEN).....	4893
		Ausschussüberweisung (HF)	4894

7. Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Demokratie für alle, Kinder- und Jugendrechte stärken (Drucksache 15/2094)	4894	Abg. Freigang (PIRATEN).....	4911
		Ministerin Bachmann.....	4912
		Abstimmung, Annahme des Antrages	4914
11. Beschlussfassung über den von der PIRATEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen stärken (Drucksache 15/2098)	4894	9. Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Rahmenbedingungen für Gründer und Gründerinnen verbessern! (Drucksache 15/2095)	4914
Abg. Neyses (B 90/GRÜNE) zur Begründung des Antrages Drucksache 15/2094.....	4894	Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE) zur Begründung.....	4914
Abg. Freigang (PIRATEN) zur Begründung des Antrages Drucksache 15/2098.....	4896	Abg. Kurtz (SPD).....	4915
Abg. Freigang (PIRATEN).....	4897	Abg. Hilberer (PIRATEN).....	4917
Abg. Fretter (CDU).....	4897	Abg. Strobel (CDU).....	4919
Abg. Georgi (DIE LINKE).....	4900	Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE).....	4921
Abg. Thul (SPD).....	4901	Abstimmung, Ablehnung des Antrages	4923
Abg. Freigang (PIRATEN).....	4903	10. Wahl von Mitgliedern und Stellvertretern für die Vertreterversammlung der Arbeitskammer des Saarlandes gemäß § 7 des Gesetzes Nr. 1290 vom 08. April 1992 (Amtsbl. S. 590, ber. S. 627 und S. 858) (Wahlvorschlag des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Drucksache 15/2097)	4923
Ministerin Bachmann	4904	Abstimmung, Annahme des Wahlvorschlags	4924
Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE).....	4906		
Ministerin Bachmann	4906		
Abg. Neyses (B 90/GRÜNE).....	4906		
Abstimmung über den Antrag Drucksache 15/2094, Ablehnung des Antrages	4907		
Abstimmung über den Antrag Drucksache 15/2098, Ablehnung des Antrages	4907	Präsident Meiser: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 57. Landtagsitzung. Im Rahmen der Einführung von Gruppen in die Parlamentsarbeit ist heute der Lehrgang BI 65 der Saarländischen Verwaltungsschule unter Leitung von Herrn Franz-Josef Warken bei uns zu Gast. Seien Sie herzlich willkommen! Des Weiteren begrüße ich den Deutsch-Grundkurs des Technisch-Gewerblichen und Sozialpflegerischen Berufsbildungszentrums Saarlouis unter Leitung von Frau Dr. Susanne Poro. Seien auch Sie uns herzlich willkommen!	
8. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der PIRATEN-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Landesseniorenbeirat (Drucksache 15/2016)	4907	(Beifall des Hauses.)	
Abg. Heib (CDU) zur Begründung.....	4907	Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes zu seiner 57. Sitzung für heute, 09.00 Uhr, einberufen und die Ihnen vorliegende Tagesordnung festgesetzt.	
Abg. Kugler (DIE LINKE).....	4909		
Abg. Döring (SPD).....	4910		
Abg. Neyses (B 90/GRÜNE).....	4910		

(Präsident Meiser)

Ich weise darauf hin, dass interfraktionell vereinbart wurde, den Antrag des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr betreffend Wahl von Mitgliedern und Stellvertretern für die Vertreterversammlung der Arbeitskammer des Saarlandes, Drucksache 15/2097, als Punkt 10 in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag als Punkt 10 in die Tagesordnung aufgenommen.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung, dem Antrag der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion betreffend „Demokratie für alle - Kinder- und Jugendrechte stärken“, Drucksache 15/2094 - hat die PIRATEN-Landtagsfraktion mit der Drucksache 15/2098 den Antrag betreffend „Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen stärken“ eingebbracht. Wer dafür ist, dass der Antrag Drucksache 15/2098 als Punkt 11 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Danke. Gegenprobe - Enthaltungen? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 15/2098 als Punkt 11 in die Tagesordnung aufgenommen und gemeinsam mit Punkt 7 beraten wird.

Bevor ich Herrn Minister Stephan Toscani das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung erteile, begrüße ich ganz herzlich Wegbereiter und Unterstützer der deutsch-französischen Freundschaft, stellvertretend für alle die französische Generalkonsulin Catherine Robinet. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall des Hauses.)

Ich erteile nun Herrn Minister Toscani das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung zum Thema

„Engagement für Europa - Die Chancen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit umsetzen“.

Minister Toscani:

Herr Präsident! Frau Generalkonsulin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir arbeiten gemeinsam, wir feiern gemeinsam, wir verstehen die Sprache unserer Nachbarn, die Polizei arbeitet eng zusammen. Im Alltag gibt es keine Grenzen. Europa wächst immer stärker zusammen.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Das war einmal.)

Sie glauben das nicht? Überall ist die Rede davon, was in Europa alles nicht funktioniert. Meine Damen und Herren, hier bei uns im Saarland funktioniert Europa.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Unsere Geschichte, unsere Grenzlage, unser Lebensstil, all das macht unser Land einzigartig. In unserer Grenzregion erleben wir täglich die Vorteile

von Verständigung und Zusammenarbeit. Wir sind das Bundesland mit der höchsten Europakompetenz.

Wir sind eine europäische Modellregion. Unser Herz schlägt für Deutschland, unser Herz schlägt aber auch für Frankreich, für SaarLorLux und für Europa. Das ist unser Markenzeichen. Das macht uns als Saarländer aus.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

„Autrefois la frontière séparait Français et Allemands. Aujourd’hui elle nous relie les uns aux autres. En tant que région frontalière nous étions et nous sommes à tout moment une jonction entre nos peuples. Les régions frontalières sont les jonctions de l’Europe.“

Grenzregionen sind wie Nahtstellen, sie sind gleichsam „Europa im Kleinen“. Deshalb haben wir als Grenzregionen eine besondere Verantwortung für Europa. Diese Verantwortung für Europa ist in unserer saarländischen Verfassung verankert. Wir nehmen diese europäische Rolle, diese Verantwortung für Europa, als Saarland in besonderer Weise und besonders engagiert wahr. Saarländische Ministerpräsidenten waren oft Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit.

Als Oskar Lafontaine das Amt innehatte, wurden die AbiBac-Schulen eingeführt. Heute gibt es in Deutschland und Frankreich 160 AbiBac-Schulen. Sie sind mittlerweile Kern deutsch-französischer Bildungsarbeit. Peter Müller hat in seiner Amtszeit das Deutsch-Französische Geschichtsbuch aus der Taufe gehoben. Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer hat Weichen im Bereich der beruflichen Bildung gestellt. Mit gemeinsamen deutsch-französischen Ausbildungszweigen an Lycées professionnels und unseren Berufsschulen haben junge Deutsche und junge Franzosen nun die Chance, während ihrer gesamten Bildungsbiografie auf grenzüberschreitende Angebote zurückzugreifen.

In ihrer Amtszeit als Kulturbewollmächtigte wurde das Netzwerk der Elysée-Kitas immer engmaschiger. Inzwischen sind 60 Einrichtungen im Saarland aktiv beteiligt. Damit sind wir bundesweit Spitze, meine Damen und Herren. Unsere Ministerpräsidentin hat damit wichtige Beiträge zur Verbesserung der deutsch-französischen Zusammenarbeit geleistet.

(Beifall von der CDU.)

Nicht nur die Ministerpräsidenten, auch die Landespolitik insgesamt war immer Schrittmacher der deutsch-französischen Freundschaft. „La Sarre, c'est la région la plus francophone et francophile de toute l'Allemagne. Nous vivons dans un berceau franco-allemand. Nous nous considérons comme un trait d'union entre la France et l'Allemagne“.

(Minister Toscani)

Das Saarland als Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich, ja Verbindung in ganz vielerlei Hinsicht, zum Beispiel im Bereich der Verkehrsverbindungen. Wir haben die überregionale Schienenschnellverkehrsverbindung, den ICE, den TGV von und nach Paris, wir haben aber auch im Bereich des regionalen Verkehrs Verbindung. Mit der Saarbahn und hatten wir die erste grenzüberschreitende Straßenbahn überhaupt zwischen Deutschland und Frankreich.

Alle wichtigen deutsch-französischen binationalen Einrichtungen haben ihren Sitz im Saarland: die Deutsch-Französische Hochschule, das Sekretariat für den Austausch in der beruflichen Bildung, der Deutsch-Französische Kulturrat. Und wir haben im Saarland auch einen Nebensitz des Deutsch-Französischen Jugendwerks.

Unsere Hochschulen, die heute Morgen mit ihrer Vizepräsidentin auch hier vertreten sind, haben eine starke französische Ausrichtung. Ganz viele private Organisationen kümmern sich und engagieren sich für die deutsch-französischen Beziehungen im Saarland, Stichwort Städtepartnerschaft. Jede saarländische Gemeinde hat mindestens eine französische Partnergemeinde. Im Schnitt sind es sogar drei. Damit sind wir bundesweit an der Spitze.

Stichwort Wirtschaft. Für die saarländische Wirtschaft ist Frankreich ein wichtiger Exportmarkt. Umgekehrt ist Frankreich unser wichtigstes Importland aus saarländischer Sicht. Viele französische Unternehmen haben Niederlassungen hier, viele saarländische Unternehmen haben Niederlassungen in Frankreich. Stichwort Flughafen Saarbrücken-Ensheim. Wussten Sie, dass ein Viertel aller Passagiere unseres Flughafens aus Frankreich kommt? Stichwort Einzelhandel Landeshauptstadt Saarbrücken. Rund ein Drittel der Kunden des Einzelhandels unserer Landeshauptstadt kommen aus Frankreich. Unsere Landesbank ist die SaarLB. Sie bezeichnet sich selber als deutsch-französische Regionalbank. Sie macht 40 Prozent ihres Umsatzes mit dem Frankreich-Geschäft.

Sei es Wirtschaft, sei es Kultur, sei es Politik, wir als Saarland sind eine Drehscheibe zwischen Deutschland und Frankreich. Folgerichtig hat die Große Koalition eine besondere Initiative gestartet, die Frankreichstrategie. Wir wollen mit der Frankreichstrategie das Saarland zum ersten mehrsprachigen Bundesland der Bundesrepublik Deutschland machen. Wir wollen, dass in einer Generation Französisch als Verkehrssprache neben die Mutter- und Amtssprache Deutsch tritt. Französisch tritt in der Schule jedoch nicht an die Stelle von Englisch. Denn wir wollen, dass unsere saarländischen Kinder und Jugendlichen einen Pluspunkt haben, dass sie neben Englisch auch Französisch als besondere Kompetenz haben. Dass die Mehrsprachigkeit funktioniert, be-

weisen ja unsere Nachbarn zum Beispiel in Luxemburg oder unsere Freude im Elsass. Mehr Sprachen, mehr Chancen, das ist die Devise der Frankreichstrategie.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wir wollen mit dieser Frankreichstrategie außerdem die Rolle unseres Bundeslandes als Brücke zwischen Deutschland und Frankreich weiter stärken und ausbauen. Und wir wollen damit auch im Großen, im bilateralen Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich, einen Beitrag zur Stärkung dieser bilateralen Beziehungen leisten. Die Vision, das langfristige Leitbild ist das eine. Auf der anderen Seite ist es aber auch wichtig, diese Vision umzusetzen, sie konkret zu machen in Projekten. Das ist die „Feuille de Route“. Wir haben eine „Feuille de Route“ aufgesetzt, in der wir für die Jahre 2015 und 2016 konkrete Projekte beschrieben haben.

Wir können heute mit Stolz sagen, dass wir all diese Projekte, die in der ersten „Feuille de Route“ beschrieben waren, in die Tat umgesetzt haben. Das war nur möglich, weil alle Ressorts der Landesregierung an einem Strang gezogen haben. Die Frankreichstrategie ist ein Projekt der Großen Koalition. Sie funktioniert auch deshalb gut, weil alle Ressorts, weil alle Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung an einem Strang ziehen. Deshalb möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen im Kabinett ganz herzlich dafür bedanken.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wir haben weitere Projekte aufgelegt mit der zweiten „Feuille de Route“ für die Jahre 2017 bis 2019. Da geht es vor allem um die Bereiche Umwelt, Gesundheit und Sport. Ich nenne einige Beispiele. Wir haben vor Kurzem ein Büro des Saarlandes in Paris eröffnet. Morgen besichtigen die Mitglieder des Europaausschusses dieses Büro, machen einen Besuch vor Ort. Es geht darum, dass dieses Büro Schaufenster für unser Land, für das Saarland, im Herzen der französischen Hauptstadt wird. Es geht aber auch darum, einen Ort der Begegnung zu haben für und mit Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Kultur von der französischen Seite.

Stichwort Hochschulen. Vor Kurzem ist an unserer Universität mit großem Erfolg ein Studiengang für das Grundschullehramt gestartet. Er hat auch einen Schwerpunkt im Bereich der Französisch-Ausbildung. Mittlerweile bewerben sich sehr viele junge Menschen nicht nur aus dem Saarland, sondern aus ganz Deutschland an unserer Universität für diesen Studiengang. Ab dem Wintersemester 2018/19 besteht die Absicht, diesen Studiengang weiter auszubauen. Es soll sozusagen ein trinationaler Studiengang werden, ein Studiengang, wo Absolventen dann die Zulassungsvoraussetzungen für Lehramt-

(Minister Toscani)

stätigkeiten in Deutschland, in Frankreich und in Luxemburg bekommen.

Beispiel Gesundheit. Unsere SHG-Kliniken in Völklingen arbeiten mittlerweile ganz eng mit dem Krankenhaus in Forbach zusammen. Fortschritte gibt und gab es auch beim Eurodistrict SaarMoselle.

Ein weiteres Beispiel ist die Justiz. Vor einiger Zeit hat sich die Französische Anwaltskammer, die Pariser Anwaltskammer, im Saarland gemeldet. Sie wollten und wollen die Zusammenarbeit, den Austausch von Referendaren und jungen Anwälten fördern und suchten dafür Partner in Deutschland. Sie haben sich nicht nach Berlin, nicht nach Hamburg und nicht nach München gewandt, sondern sie haben sich an die Saarländische Anwaltskammer gewandt. Dankenswerterweise und mit der Unterstützung des saarländischen Justizministers ist es gelungen, jetzt eine Rahmenvereinbarung abzuschließen, dass saarländische Anwälte, saarländische Referendare einen Austausch machen mit der Anwaltskammer Paris. Auch das ist ein konkretes Beispiel dafür, dass die Frankreichstrategie funktioniert, dass wir Schritt für Schritt, Projekt für Projekt dabei vorankommen, unsere Beziehungen weiter zu festigen und das Saarland als Brücke zwischen Deutschland und Frankreich weiter auszubauen.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wir haben von Anfang an gesagt, das ist nicht nur ein Projekt der Landesregierung. Es kann nicht sein, dass wir heute ein Konzept machen und es morgen beschließen, sondern es ist bei einer solch langfristigen Strategie wichtig, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Deshalb haben wir die Akteure aus Kommunen, aus Hochschulen, aus Wirtschaft und Kultur und Zivilgesellschaft insgesamt in den Dialog eingebunden. Es gab ein Jahr Vorlaufzeit, in dem es einen breiten Dialog mit allen Teilen unserer saarländischen Gesellschaft gab. Da wurden Verbesserungsvorschläge gemacht, da gab es Kritik, da haben wir angepasst und erst dann haben wir sozusagen die finale Version der Frankreichstrategie im Kabinett verabschiedet.

Es gab vor einiger Zeit eine Umfrage - ich glaube, es war eine Umfrage des Saarländischen Rundfunks -, da haben 70 Prozent der Saarländerinnen und Saarländer gesagt, dass sie die Frankreichstrategie unterstützen. Dieser hohe Zustimmungswert, meine Damen und Herren, ist das Ergebnis der breiten Diskussion, des breiten gesellschaftlichen Dialoges im Vorfeld der Verabschiedung dieser Strategie. Und diese Umfrage dokumentiert: Die Saarländerinnen und Saarländer halten in ihrer Mehrheit den Weg unseres Landes für richtig.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Die Landesregierung, die Ministerpräsidentin und das Kabinett, leistet ihren Teil. Aber Durchschlagskraft, richtig Wirkung bekommt dieses Projekt, weil viele aus der Zivilgesellschaft des Saarlandes, viele Vereine und Verbände, weil viele Einzelne - einige sind ja heute Morgen auch zu Gast in diesem Hause - mitmachen. Denn das ist ein großes Gemeinschaftsprojekt von Vereinen, Verbänden, Akteuren aus Kommunen, aus der Wirtschaft zusammen mit der Landesregierung. Deshalb möchte ich im Namen der Landesregierung diesen Vereinen und Verbänden, diesen vielen Einzelnen ganz herzlich für ihr Engagement bei der Frankreichstrategie danken.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wie heißt das bekannteste Dorf der Welt? - Ich glaube, es ist Schengen, der Nachbarort aus saarländischer Sicht, direkt neben Perl gelegen. Wir haben seit vielen Jahren und Jahrzehnten gute, traditionelle und vertrauensvolle Beziehungen zu unseren luxemburgischen Nachbarn. Es gibt regelmäßige Konzultationen mit dem Premierminister und mit dem Luxemburger Kabinett. All das schafft eine gute Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Mit dem Schengen-Lyzeum gibt es ein einzigartiges Schulprojekt zwischen dem Saarland auf der einen Seite und Luxemburg auf der anderen Seite.

Als der Bundespräsident vor zwei Jahren auf Auslandsbesuch in Luxemburg war, hat das zu einer protokollarisch kuriosen Situation geführt. Der Bundespräsident war auf Auslandsbesuch und sein luxemburgischer Gastgeber, der Großherzog, hat ihm vorgeschlagen, das Schengen-Lyzeum im Saarland zu besichtigen. So kam es dann dazu, dass der deutsche Bundespräsident im Rahmen einer Auslandsreise eine Station in seinem eigenen Heimatland gemacht hat auf Einladung seiner ausländischen Gastgeber. Dieses Beispiel zeigt, wie eng und wie vertieft die Kooperation auch mit unserem Nachbarn Luxemburg läuft.

Luxemburg war immer und bleibt ein Motor der Großregion. Letzte Woche war die Kollegin Corinne Cahen, Ministerin für die Großregion aus Luxemburg, zu Gast und hat bei uns im Saarland das Programm der Luxemburger Präsidentschaft, des Gipfel-Vorsitzes für die Großregion, vorgestellt. Ich finde es toll, dass die Luxemburger sich auf die Fahnen geschrieben haben, das Thema Bürgernähe in der Großregion weiter voranzutreiben. Luxemburg war und ist ein wichtiger, ein zentraler Partner in der Entwicklung der Großregion SaarLorLux.

Und Luxemburg hat natürlich auch eine einzigartige Chance. Nicht nur als Partner einer grenzüberschreitenden und regionalen Zusammenarbeit ist Luxemburg wichtig, sondern Luxemburg hat die Chance, als Nationalstaat, als Mitgliedsstaat der Europäischen Union vieles von dem, was wir in der

(Minister Toscani)

grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erarbeiten, quasi direkt auf die EU-Ebene zu tragen.

Seit 2009 haben wir als Saarland eine Partnerschaft mit einer polnischen Region, mit der polnischen Woiwodschaft Podkarpackie. Mehr als 20 saarländische Schulen pflegen regelmäßig einen Austausch mit polnischen Schulen, mit polnischen Bildungseinrichtungen. Auch das wollen wir weiter vertiefen. Vor einigen Wochen war unser Bildungsminister Ulrich Commerçon in Podkarpackie und hat eine Vereinbarung unterzeichnet, womit das Saarland, das Bildungsministerium, die Kooperation mit Podkarpackie weiter vertiefen will. Es geht darum, Begegnungen von Schülern, Lehrern, Schulen und Fortbildungseinrichtungen zu intensivieren. Und mit dieser Vereinbarung legen wir als Land ein weiteres Bekenntnis dafür ab, die polnisch-saarländische Freundschaft weiter zu festigen.

Wir liegen aus der Sicht von Polen geografisch sehr weit entfernt. Trotzdem gibt es bei uns im Saarland die meisten Begegnungen zwischen deutschen und polnischen Jugendlichen unter dem Dach des deutsch-polnischen Jugendwerkes. Das ist möglich, weil es im „Verein für Europäische Umweltbildung und Umwelterziehung“ gemeinsam mit Spohns Haus ein außergewöhnliches Engagement für den deutsch-polnischen Austausch und für die Begegnung von Jugendlichen gibt. Die alljährlichen Sommerfreizeiten ziehen viele Jugendliche aus Deutschland und Polen an, aber auch aus Frankreich. Dort wird quasi das „Weimarer Dreieck“ im Kleinen abgebildet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir nutzen die Chance unserer Lage als Grenzregion im Interesse der Bürgerinnen und Bürger diesseits und jenseits der Grenze. So offen die Grenzen mittlerweile sind, gibt es natürlich immer noch Probleme. Die will ich hier ansprechen und klar benennen. Oft liegen diese Probleme darin, dass auf nationaler Ebene - durchaus in guter Absicht und sinnvoll - Gesetze gemacht werden. Wenn aber die Assemblée Nationale in Paris und der Deutsche Bundestag in Berlin Gesetze machen, dann kommt es mitunter vor, dass die Situation in unserer Grenzregion nicht berücksichtigt wird. Es gibt mitunter Behinderungen. Weil die nationalen Regierungen und Parlamente gefordert sind, ist es manchmal schwierig und langwierig, diese Behinderungen und Hemmnisse zu beseitigen.

Deshalb war es wichtig, dass auf Einladung unserer Ministerpräsidentin im Juli 2013 bei uns im Saarland eine Premiere stattgefunden hat. Zum ersten Mal gab es nämlich eine deutsch-französische Grenzraumkonferenz. Das war ein ungewöhnliches Format, weil die nationalen Regierungen mit ihren beiden Außenministerien beteiligt waren und weil auf deutscher Seite die Bundesländer, die an Frankreich

angrenzen, beteiligt waren und auf französischer Seite die Regionen und Départements sowie die unterste staatliche Ebene. Die Städte und Gemeinden waren nämlich auch beteiligt.

Diese Konferenz haben wir dazu genutzt, Jahrzehntealte Probleme pragmatisch zu lösen. Die Konferenz war der Durchbruch zur Lösung vieler Probleme, die uns im Grenzraum über Jahre behindert und negativ beschäftigt haben. Es gibt jetzt eine Lösung für die Paketzustellung im Grenzraum. Man hat pragmatische Lösungen für die Weiterbildung von Berufskraftfahrern gefunden. Das leidige Thema der Doppelbesteuerung von französischen Grenzgängern im Ruhestand ist mittlerweile gelöst. Der grenzüberschreitende Taxiverkehr war jahrelang ein Problem. Auch da haben wir mittlerweile eine pragmatische Lösung gefunden.

Damit haben wir einmal mehr gezeigt, dass wir sind mit der Grenzraumregion Impulsgeber. Wir haben mittlerweile in der Folge mehrfach getagt. Wir haben gezeigt, dass wir Impulsgeber sind für Lösungen von Problemen in unserer Grenzregion. Damit haben wir gezeigt, dass wir als kleines Bundesland in den deutsch-französischen Beziehungen eine ganz besondere Rolle spielen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Im einen Land leben, im anderen Land arbeiten. Das ist gelebter Alltag in SaarLorLux. Über 200.000 Menschen pendeln täglich auf ihrem Weg zur Arbeit über eine der Grenzen. Nirgendwo in der EU gibt es mehr Grenzgänger. Das zeigt, die Freizügigkeit in der EU hat gerade in unserer Grenzregion zu einer Win-win-Situation geführt. Aber es gibt immer noch Hürden am Arbeitsmarkt. Wir arbeiten daran, diese Hürden zu überwinden und den gemeinsamen Arbeitsmarkt weiter zu verbessern und zu einem integrierten Arbeitsmarkt zu machen.

Auch hier nenne ich einige Beispiele. Die Task Force Grenzgänger war eine saarländische Idee. Sie arbeitet mittlerweile im Wirtschaftsministerium und hat das Ziel, praktische Probleme für Grenzgänger - meist rechtliche - zu lösen. Das Wirtschaftsministerium hat eine Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung initiiert. Dabei geht es darum, saarländischen und lothringischen Jugendlichen einen Praktikumsplatz in Betrieben diesseits und jenseits der Grenze zu vermitteln. Im Juli 2014 hat das Saarland mit Lothringen eine grenzüberschreitende Vereinbarung zur Berufsausbildung abgeschlossen. Ziel ist es, quasi eine deutsch-französische Berufsausbildung zu haben. Mittlerweile gibt es beispielsweise bei Möbel Martin oder Globus junge Franzosen, die mit ihrem französischen auch einen deutschen Abschluss als Einzelhandelskaufmann machen können.

(Minister Toscani)

Eine weitere Initiative, die aus dem Saarland gekommen ist, ist die Idee, deutsch-französische Berufsschulzweige an Berufsschulen einzurichten. Einen gibt es bereits in St. Ingbert mit einem beruflichen Gymnasium bei Metz. Ein anderer ist sozusagen unterwegs. Unser Bildungsminister hat vor Kurzem bei einem Besuch der Académie in Montpellier ein weiteres Projekt initiiert. Dort soll im Bereich Tourismus am KBBZ Halberg ein weiterer deutsch-französischer Berufsschulzweig entstehen. Wenn das gelingt, dann haben wir zwei von drei deutsch-französischen Berufsschulzweigen im deutsch-französischen Verhältnis überhaupt hier bei uns im Saarland.

Auch die Bundesagentur für Arbeit beteiligt sich. Sie hat mit der französischen Agentur Pôle emploi mittlerweile mehrere grenzüberschreitende Vermittlungsstellen eingerichtet. Das heißt, auch dort kommt der Arbeitsmarkt immer besser in Gang. Tausende Arbeitnehmer haben dort mittlerweile eine Beratung bekommen.

Meine Damen und Herren, offene Grenzen, so gut sie sind, haben mitunter den Nachteil, dass sie von Verbrechern genutzt werden. Deshalb ist die Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte in unserer Großregion so wichtig. Es gibt seit Jahren gemeinsame Streifen und gemeinsame Polizeiübungen. In unserer Großregion gibt es etwas, was europaweit einzigartig ist: ein Zentrum, in dem vier Staaten im Bereich Zoll und Polizei zusammenarbeiten. Es ist das europäische Zentrum für Zoll- und Polizeizusammenarbeit in Luxemburg, das hervorragende Arbeit leistet. Aber es gibt ein Problem. Es gibt keine Rund-um-die-Uhr-Besetzung. Deshalb arbeiten wir, der saarländische Innenminister und unsere Europa-Bevollmächtigte Helma Kuhn-Theis daran, auch dort voranzukommen. Ich bin davon überzeugt, je mehr die Staaten in der Europäischen Union auch bei der inneren Sicherheit zusammenarbeiten, umso mehr kann das Zentrum für Zoll- und Polizeizusammenarbeit zu einem Modell für die gesamte Europäische Union werden. Unsere Europa-Bevollmächtigte hat im Lauf des vergangenen Jahres mit den Verantwortlichen in der gesamten Großregion, die für die Sicherheitszusammenarbeit zuständig sind, geredet. Wir sind zuversichtlich, dass wir beim Thema vorankommen. Das ist nicht einfach. Dank ihrer Gespräche gibt es Fortschritte. Vielen Dank dafür unserer Europa-Bevollmächtigten Helma Kuhn-Theis!

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Wie gelingt es, die Großregion für die Bürgerinnen und Bürger erfahrbare, konkreter, erlebbarer zu machen? Ich bin fest davon überzeugt, dass die Bereiche Sport und Kultur eine wichtige Rolle spielen. Eines der Ereignisse, das die Großregion in Europa am bekanntesten gemacht hat, war 2007, als die Großregion zusammen mit Luxemburg Kulturhaupt-

stadt Europas war. Im kleineren Maßstab gibt es ganz viele konkrete Projekte, beispielsweise beim Sport das SaarLorLux-Jugendfußballturnier oder bei der Kultur das junge Orchester der Großregion, den Schuman-Chor, TOTAL THEATER und viele weitere Projekte.

Ich bin davon überzeugt, dass gerade bei Sport- und Kulturveranstaltungen noch ein Riesenpotenzial liegt. 2018 hat die Europäische Union zum europäischen Jahr des kulturellen Erbes ausgerufen. Wir haben in unserer Großregion 20 UNESCO-Weltkulturerbe. Ich glaube, dass darin auch eine Chance besteht, wenn wir uns als Großregion zusammen vornehmen, dort ein Stück voranzukommen, weil Kultur und Sport die Transportiere für Bewusstseinsbildung sind. Das brauchen wir. Wir wollen daran arbeiten, damit die Großregion nach außen hin bekannter und im Inneren für die Bürgerinnen und Bürger konkreter und erlebbarer wird.

Es wurde oft gesagt, ein gemeinsamer Medienraum wäre wichtig. Das ist ein Bereich, den wir von staatlicher Seite nicht anordnen können. Aber auch da leisten wir als Saarland unseren Beitrag. Ich bin dem saarländischen Landtag sehr dankbar, dass er bei der letzten Änderung des Saarländischen Mediengesetzes einen Akzent gesetzt hat. Seit dem vorigen Jahr hat nämlich der Interregionale Parlamentarierrat Sitz und Stimme bei uns im Rundfunkrat des Saarländischen Rundfunks und im saarländischen Medienrat. Auch das ist ein konkretes Beispiel dafür, wie die Zusammenarbeit in allen Bereichen unserer Großregion langsam, aber stetig enger wird.

Unsere Großregion ist vor allem ein gemeinsamer Lebensraum, wir leben zusammen, es gibt mittlerweile grenzüberschreitende Liebesgeschichten mit Ehen und Kindern. Da wächst eine „Generation Großregion“ heran mit gemeinsamer Währung, ohne Grenzkontrollen. Wir wollen, dass das so bleibt, dass die junge Generation mit einer gemeinsamen Währung aufwächst und dass Grenzkontrollen für sie zur Vergangenheit gehören. Das ist unser gemeinsames Ziel für die Großregion.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vor Kurzem gab es zum Thema Großregion eine Umfrage. 73 Prozent der Saarländer haben gesagt, dass die Großregion konkrete Vorteile für unser Land bringt. Bei den Jüngeren waren es sogar noch mehr: 90 Prozent der jungen Saarländer verbinden mit der Großregion SaarLorLux eine Zukunft für sich und das Land. Das macht Mut. Das beweist, dass wir richtig liegen!

Es geht auch darum zu überlegen, was wir in Zukunft tun können. Was sind die Perspektiven, wie können wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter voranbringen? Ich will drei Themen nennen.

(Minister Toscani)

Erster Punkt, die Territorialreform in Frankreich. Sie hat uns eine neue Nachbarregion geschaffen, Grand Est, entstanden aus der Fusion zwischen Elsass, Lothringen und Champagne-Ardenne. Diese neue französische Region Grand Est hat eine Besonderheit: Sie grenzt an vier Nachbarstaaten, Belgien, Luxemburg, Deutschland und die Schweiz. Grand Est hat damit eine sehr große grenzüberschreitende Kooperationserfahrung. Erstmals sind alle auf französischer Seite an Deutschland angrenzenden Gebiete unter einer politischen Führung vereint. Das ergibt Chancen für uns. Ich sehe darin Chancen für eine weitere Vertiefung unserer Zusammenarbeit und deshalb hat unsere Ministerpräsidentin vor einigen Wochen die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg eingeladen, gemeinsame Themen, die wir als drei Bundesländer gemeinsam mit unseren französischen Partnern haben, zu diskutieren und gemeinsam zu überlegen, wie wir als Bundesländer künftig mit dieser neuen Region umgehen, wie wir gemeinsam künftig mit Grand Est kooperieren wollen.

Diese französische Region hat eine weitere Besonderheit. Es gibt zwei Makroregionen in Europa, SaarLorLux, also wir, aber auch den Oberrhein. Wenn man jetzt einfach mal die vertikale Verbindung hinzudenkt, dann ist die neue französische Region Grand Est das Verbindungsstück zwischen SaarLorLux und der Region Oberrhein. Dadurch könnte in Zukunft eine europäische Makroregion entstehen, die gleichsam wie ein europäischer Bogen von den Toren Basels über Straßburg, Nancy, Metz, Saarbrücken, Luxemburg bis vor die Tore Brüssels reicht. Also, Grand Est als eine weitere Perspektive und Chance, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit insgesamt zu fördern.

Zweiter Punkt. Ich bin der Überzeugung, dass die grenzüberschreitende Kooperation mehr rechtliche Freiheiten braucht. Der Präsident unseres Nachbar-Departements, Patrick Weiten, hat vor Kurzem einen Vorschlag gemacht. Er hat gesagt, dass wir mehr Öffnungsklauseln brauchen. Er hat das natürlich auf die französische Diskussion bezogen gesagt, aber der Vorschlag ist insgesamt gut und richtig. Ich stehe ihm offen gegenüber, denn diese Öffnungsklauseln bieten die Chance, lebensnahe, pragmatische Lösungen zu finden. Dass Öffnungsklauseln wichtig sind und wichtig werden können, zeigt uns die aktuelle Diskussion um die Pkw-Maut in Deutschland. Die Pkw-Maut darf nicht zu einem Hemmnis für den grenzüberschreitenden Austausch werden, für das lebendige Miteinander zwischen Nachbarn in Europa. Deshalb drängen wir darauf, dass mautfreie Übergangszonen in unserer Großregion ermöglicht werden.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Dritter Punkt. Wie können wir die Großregion nach außen sichtbarer machen und die Bürgerinnen und Bürger nach innen stärker integrieren? Ich glaube, dass wir da mehr Kontinuität brauchen. Die Präsidentschaft in der Großregion wechselt alle zwei Jahre zwischen den einzelnen Partnern der Großregion. Eine Idee wäre - und ich bin davon überzeugt, dass das sinnvoll wäre -, mehr Kontinuität hineinzubringen, indem wir einen Generalsekretär der Großregion schaffen, praktisch eine ständige Institution, die über die Präsidentschaften hinaus die Großregion symbolisiert und auch für noch mehr Kontinuität in der Arbeit der Großregion sorgt.

Meine Damen und Herren, wir sind Saarländer, wir sind Deutsche, wir sind Bürger der Großregion und wir sind Europäer. Das Schöne ist, dass diese Identitäten nicht gegeneinander arbeiten, sondern dass all diese Identitäten einander ergänzen. Deutscher und Europäer, Franzose und Europäer, Italiener und Europäer, Spanier und Europäer zu sein, das passt zusammen. Das ist kein Gegensatz. Lassen Sie uns all denen entgegentreten, die daraus einen falschen Gegensatz in Europa aufbauen wollen. Wir leben es anders.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Alle deutschen Bundesländer, auch wir, nehmen ihre Interessen gegenüber den Institutionen der Europäischen Union wahr. Wir waren das erste Bundesland, das in den Achtzigerjahren eine Vertretung in Brüssel hatte. Wir haben diese Vertretung neu konzipiert. Wir haben im letzten Jahr einen Relaunch gemacht, würde man auf Neudeutsch sagen. Wir arbeiten künftig unter einem Dach mit unserer Partnerregion Grand Est zusammen, das heißt, wir treten in Brüssel mit unserer Vertretung und der Vertretung von Grand Est als deutsch-französisches Tandem auf. Aber das Wichtigste ist, dass wir dort unsere Interessen gegenüber den EU-Institutionen vertreten. Die Landesregierung tut das aktuell beispielsweise beim Thema Stahlindustrie. Wir müssen aufpassen, dass die Reform des CO₂-Emissionshandels in der Europäischen Union nicht zu einem Bumerang für diejenigen wird, die vergleichsweise umweltfreundlich Stahl produzieren. Deshalb ist das ein ständiges Thema der gesamten Landesregierung, auch unsere Vertretung in Brüssel arbeitet daran.

Wir haben vor zwei Jahren mit dem gesamten Kabinett eine Sitzung in Brüssel gehabt. Bei dieser Sitzung hatten wir Jean-Claude Juncker und den damaligen Präsidenten des EU-Parlaments, Martin Schulz, als Gäste. Der Kommissionspräsident hat bei dieser Gelegenheit das Saarland als eine europäische Referenzregion gewürdigt. Damit hat Jean-Claude Juncker, der Kommissionspräsident, recht. Wir sind tatsächlich eine europäische Referenzregion. Wir haben mit Engagement und Leidenschaft viel erreicht, aber es gibt auch noch viel zu tun. Ge-

(Minister Toscani)

rade für uns ist die Europäische Union das stabile Fundament. Deswegen fühlen wir uns verantwortlich, unseren Beitrag in und für Europa zu leisten und unsere Stimme auch dort zu erheben, wo es Probleme und Herausforderungen gibt.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die Chancen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit weiter nutzen, gemeinsam mit unseren Partnern diesseits und jenseits der Grenze. Lassen Sie uns auch in Zukunft mit Realismus und mit Leidenschaft weiter dafür arbeiten, den europäischen Traum zu verwirklichen. Lassen Sie uns auch in Zukunft eine europäische Referenzregion sein, ein leuchtendes Beispiel für die Kraft der Völkerverständigung, ein leuchtendes Beispiel für die Idee der europäischen Einigung. Es ist unser Europa, es ist unsere Zukunft und die unserer Kinder.

(Lang anhaltender Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Präsident Meiser:

Ich eröffne die Aussprache und weise darauf hin, dass sich die Fraktionen auf eine Redezeit im Umfang des 1,5-fachen Redezeitmoduls verständigt haben. Die Landesregierung trägt diese Vereinbarung mit. - Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE Herr Fraktionsvorsitzender Oskar Lafontaine.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die Ausführungen des Finanzministers zu Europa um einige Gedanken ergänzen, die er nicht angesprochen hat. Ich möchte dies tun, weil ich glaube, dass es am heutigen Tag von Wichtigkeit ist, dass wir im Landtag darüber sprechen.

Uns alle besorgt sicherlich der Sachverhalt, dass in ganz Europa Renationalisierungstendenzen zu beobachten sind. Ich glaube, wir haben von der Saar aus etwas dazu zu sagen. Daher möchte ich neben den Personen, die der Finanzminister erwähnt hat, an drei Männer erinnern, die in diesem Zusammenhang in der Geschichte des Saarlandes aus meiner Sicht Hervorragendes geleistet haben. Ich nenne Max Braun, den legendären Vorsitzenden der Saar-SPD vor dem Zweiten Weltkrieg, ich nenne Johannes Hoffmann, der als Katholik mit anderen den Widerstand gegen den Nationalsozialismus organisiert hat, und ich nenne Gustav Regler, der als Schriftsteller und - wenn man so will - als aktiver Politiker ebenfalls versucht hat, die Ausbreitung des Nationalsozialismus hier an der Saar zu verhindern.

Max Braun hat rechtzeitig darauf hingewiesen, dass das Saarland eine Verbindung zu Frankreich braucht. Er hat sich immer wieder dafür eingesetzt, dass der Frieden in Europa nur dann gesichert wer-

den kann, wenn die deutsch-französischen Beziehungen gestärkt werden. Ich glaube, es ist richtig, heute im saarländischen Landtag an diesen Mann und seine Arbeit zu erinnern. Er gehörte zu den wesentlichen Mitgründern des sogenannten Lutetia-Kreises in Paris, ein Hotel, von dem aus der Widerstand gegen den Nationalsozialismus organisiert wurde. Ich glaube, Max Braun gehört zu den Saarländern, die an erster Stelle dem Gedanken zum Durchbruch verholfen haben, dass das Gegeneinander der Nationen in Europa nicht zum Frieden führt und dass daher nur das Miteinander der Nationen, insbesondere das Miteinander Deutschlands und Frankreichs, die Grundlage des Friedens in Europa ist.

Genauso ist Johannes Hoffmann zu würdigen, der nach meiner Auffassung an der Saar lange Zeit für seine Arbeit nicht ausreichend respektiert wurde. Man muss ihn aus seiner Lebensgeschichte heraus verstehen. Er war engagierter Katholik, der versucht hat, das Vordringen des barbarischen Nationalsozialismus zu verhindern, der in einer Abwehrfront zusammen mit anderen versucht hat, die Abstimmung in seinem Sinne zu beeinflussen, und der dann ebenfalls fliehen musste wie Max Braun und viele andere. Johannes Hoffmann hat nach dem Kriege mit anderen versucht, das Saarland im europäischen Geiste wieder aufzubauen. Auch ihn muss man aus der Zeit heraus verstehen. Man darf nicht übersehen, dass sein Vermächtnis, das er in einem Buch niedergeschrieben hat, einen Titel trägt, der ganz einfach ist, der aber das aussagt, was wir heute hier besprechen wollen. Der Buchtitel lautet: „Das Ziel war Europa“.

Ich möchte auch an Gustav Regler erinnern, gerade jetzt und in der heutigen Zeit. Er hat als Schriftsteller versucht, sich der braunen Flut, wie er es nannte, entgegenzustemmen. Ich erinnere aus Zeitgründen nur an eine Szene aus seinem Buch „Das Ohr des Malchus“. Darin schreibt er, wie diejenigen, die im Widerstand sind, sich unweit von hier im „Stiefel“ versammelt haben und wie dann einer auftritt, der von der Gestapo gefoltert wurde und der Brandmale auf seiner Haut hat. Er zeigt diese Brandmale, um die Uneinsichtigen zu überzeugen. Und dann kommt von hinten aus dem Saal der Ruf: Was hat man dir denn dafür bezahlt?

Diese Szene möchte ich, da wir gar nicht weit entfernt vom „Stiefel“ sind, zum Anlass nehmen, um an etwas zu erinnern und etwas anzusprechen. Im Hinblick auf die Wahl, die vor uns liegt, glaube ich, den Gedanken ausdrücken zu müssen, dass es nicht gut wäre, wenn in diesem Parlament Männer und Frauen vertreten wären, die an Traditionen anknüpfen würden, gegen welche die Männer, die ich eben genannt habe, gekämpft haben.

(Starker Beifall.)

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Nach dem Kriege war es der Franzose Jean Monnet, der wesentlich zum Wiederaufbau Europas beigetragen hat und der einen entscheidenden Satz gesagt hat, den wir vielleicht immer noch nicht ausreichend beherzigen. Er sagte damals: Wenn ich noch einmal beginnen würde, würde ich nicht mit der Wirtschaft beginnen, sondern mit der Kultur. - Gerade weil die französische Generalkonsulin Madame Robinet heute hier ist, möchte ich an zwei wesentliche Entscheidungen der französischen Besatzungsmacht erinnern. Denn auch das gehört zu unserer saarländischen Geschichte. Es wurde die saarländische Universität gegründet. Ich glaube, wir können Frankreich auch heute noch dafür dankbar sein, dass die Universität damals gegründet wurde. Wir sind heute stolz auf die Saar-Universität. Wir dürfen aber nicht vergessen, wer sie gegründet hat.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Ich möchte auch an die Maréchal-Ney-Schule, wie sie damals hieß, erinnern. Heute wird diese Schule als Deutsch-Französisches Gymnasium von vielen saarländischen Kindern und auch von Kindern aus Frankreich besucht. Sie ist eine wichtige Einrichtung, um Deutschland und Frankreich zusammenzubringen und die jeweilige Kultur zu vermitteln. Auch diese Gründung verdanken wir Frankreich. Ich möchte in Ihrer Anwesenheit, Frau Generalkonsulin, auch an diese wichtige Entscheidung der damaligen Zeit erinnern.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Ich habe vorhin Männer und Frauen gewürdigt, die nach meiner Auffassung etwas beigetragen haben zur europäischen Idee an der Saar. Weil der Finanzminister auch Polen angesprochen hat, will ich daran erinnern, dass es eine der entscheidenden Leistungen Franz-Josef Röders war, damals den Polen-Verträgen zugestimmt zu haben, die im Bundestag sehr umstritten waren. Er hat damit einen ersten Schritt von der Saar nach Osteuropa getan. Nach meiner Auffassung hat er sich mit dieser Entscheidung Verdienste erworben.

Ich bleibe aber jetzt bei der Kultur, weil sie so ungemein wichtig ist für das Miteinander der Völker. Ich erwähne den Saarländischen Rundfunk. Er hat, glaube ich, Hervorragendes geleistet, wenn es darum geht, die deutsch-französische Verständigung zu fördern, aber auch die Verständigung in Europa überhaupt. Was der Saarländische Rundfunk in unserer Jugend bedeutet hat, möchte ich an einem Namen festmachen, an einer Person, die Widerstandskämpfer war gegen den Nationalsozialismus. Es ist Pierre Séguy. Er hatte lange Jahre am Saarländischen Rundfunk eine Sendung, in der er das französische Chanson nicht nur den Saarländern und Saarländerinnen nahebrachte, sondern auch vielen Zuhörerinnen und Zuhörern aus ganz Deutschland.

Er gilt, wenn man seine Geschichte einmal nachliest, als derjenige, der dem französischen Chanson den Weg bereitet hat. Auch diesem Mann möchte ich heute danken. Ich glaube, viele Saarländerinnen und Saarländer - ich zumindest gehöre dazu - haben ihre Liebe zu Frankreich nicht zuletzt deshalb entdeckt, weil sie das französische Chanson schätzen und lieben gelernt haben.

Da ich vom Saarländischen Rundfunk gesprochen habe, möchte ich eine weitere Einrichtung in Erinnerung rufen, die alle Bundesländer auf den Weg gebracht haben, die ich aber in diesem Zusammenhang für uns als sehr wichtig erachte. Es ist der Sender ARTE. Ich weiß nicht, inwieweit Sie den Sender nutzen, aber ich sehe Kopfnicken quer durch die Fraktionen. Ich halte diesen Sender für eine ganz wichtige kulturelle Einrichtung in Europa und bin ihm dankbar, dass er immer wieder versucht, die europäische Verständigung kulturell zu vermitteln, insbesondere die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Einer der Initiatoren war der damalige französische Kultusminister Jacques Lang, der mit den Ministerpräsidenten der Bundesrepublik Deutschland diesen Sender installiert hat. Auch das war eine Entscheidung, die von großer Bedeutung ist. Ich will heute daran erinnern.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Herr Finanzminister, ich möchte aus dem, was Sie vorgetragen haben, einen Aspekt herausgreifen. Sie haben zu Recht darauf verwiesen, dass etwa ein Drittel der Kundschaft in Saarbrücken Franzosen sind. Jeder, der mal durch die Bahnhofstraße geht, weiß das. Genauso weiß man, wie wichtig der grenzüberschreitende Austausch ist. Ich erinnere an die Woche des jungen französischen Theaters, in der viele Französinnen und Franzosen zu uns kommen, um diese Veranstaltung zu sehen. Sie kommen wegen des kulturellen Austausches.

Wo wir uns heute so einig sind, will ich an einen weiteren Punkt erinnern: Es wäre im Interesse dessen, was wir heute hier besprechen, wichtig, wenn wir genauso wie Frankreich bei den Autobahngebühren eine Zone hätten, in der keine Gebühren erhoben würden und der gegenseitige grenzüberschreitende Verkehr gefördert würde. Frankreich macht es so. Wir zahlen bis Forbach nichts, wir zahlen von Thionville bis Metz nichts. Insofern sollten auch in Deutschland eine Möglichkeit und Lösung gefunden werden. Wir können alle diejenigen, die sich bemühen, dies zu tun, nur unterstützen.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Meine Damen und Herren, ich will die Nationalisierungstendenz noch einmal ansprechen, weil das sicherlich jede und jeden von uns bewegt. Wir haben in Europa in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Fehlern gemacht. Das müssen wir selbstkritisch

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

sehen. Ich sage „wir“, weil solche Fehlentwicklungen nicht nur auf ein Land oder einige wenige Personen zurückzuführen sind.

Diese Fehlentwicklungen werden heute sehr deutlich sichtbar, beispielsweise bei dem großen Thema der Flüchtlingsfrage. Bei der Behandlung der Flüchtlingsfrage fehlte viel zu lange der europäische Geist, viel zu stark haben die Eigeninteressen der einzelnen Länder die Entscheidungen bestimmt. Ich gehe dabei von dem Asylkompromiss aus, den ich als saarländischer Ministerpräsident mitgestaltet habe. Der Asylkompromiss hatte zwei Grundlagen, von denen eine vergessen wurde. Die eine Grundlage war, dass man eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Gesamteuropa haben wollte. Ich glaube, das ist ein Gedanke, dem niemand widersprechen kann. Im Ergebnis kam die sogenannte Dublin-Regel zustande, die zunächst einmal besagte, dass die Asylanträge dort gestellt werden müssen, wo die Menschen, die verfolgt werden, zum ersten Mal den europäischen Boden betreten. Wir dürfen nicht vergessen, dass diejenigen, die ich hier genannt habe - Max Braun, Gustav Regler, Johannes Hoffmann -, uns alle verpflichten, dieses Grundrecht auf Asyl im europäischen Rahmen zu bewahren und niemals preiszugeben, daran auch nicht rütteln zu lassen.

(Beifall.)

Das ist ja die Tradition, die diese Personen uns vermitteln. Deshalb haben wir diesen Ansatz gesucht.

Aber jetzt kommt der entscheidende Zusatzgedanke, der zu großen Schwierigkeiten geführt hat, weil er nicht befolgt worden ist. Es hieß auch, dass wir einen finanziellen Ausgleich brauchen und einen Verteilungsschlüssel in Gesamteuropa, um nicht Staaten wie Griechenland oder auch Italien alleine zu lassen, die sonst die Hauptlast dieser Flüchtlingsbewegungen zu tragen hätten. Dieser zweite Gedanke wurde über viele Jahre vernachlässigt, auch durch Versäumnisse aus Deutschland. Deswegen haben sich dann, als es einmal ernst wurde, andere Staaten gesperrt, sich zu einer gemeinsamen Lösung zu bekennen. Wir dürfen also nicht immer nur vom europäischen Zusammenhalt reden, sondern wir sind auch verpflichtet, wenn es darum geht, schwierige Aufgaben in Angriff zu nehmen, nationale Egoismen zu überwinden.

Die zweite Frage bezieht sich nicht auf kulturelle und soziale Entwicklungen, sondern auf die wirtschaftliche Entwicklung. Ich habe mit zu denen gehört, die den Euro als Währungssystem damals befürwortet haben. Ja, ich kann sagen, ich habe eine wesentliche Rolle dabei gespielt, ihn seinerzeit in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands durchzusetzen; andere wichtige Persönlichkeiten waren anderer Auffassung. Ich habe aber darauf hingewiesen - für historisch Interessierte: 1995 in Mannheim -, dass

dieses Währungssystem nur funktionieren kann, wenn es eine Lohnstückkosten-Koordination gibt. Sie ist leider nicht zustande gekommen. Deshalb haben wir jetzt ein erhebliches Auseinanderentwickeln der Volkswirtschaften in Gesamteuropa. Solange dieses Problem nicht gelöst wird, werden die Völker Europas weiter auseinanderdriften.

Wir können es nur lösen, wenn wir in Europa einen wirtschaftlichen Rahmen konstituieren, der dazu führt, dass die Interessen aller Völker Europas gewahrt werden.

(Beifall bei der LINKEN.)

In einem Währungssystem - das ist weltweit umstritten -, das wirtschaftlich stärkere Volkswirtschaften bevorteilt und wirtschaftlich schwächere Volkswirtschaften erheblich benachteiligt, kann der europäische Gedanke nicht reifen. In einem solchen Währungssystem wird es weiter Nationalisierungstendenzen geben. Wenn wir sehen, dass beispielsweise Italien 25 Prozent seines industriellen Anteils verloren hat, dann muss das jeden engagierten Europäer umtreiben. An die Adresse der Generalkonsulin als Vertreterin unseres Nachbarlandes möchte ich sagen: Es ist nicht akzeptabel, wenn ein Land wie Frankreich die Vereinbarungen einer Währungsunion einhält, die darin bestehen, ein gemeinsames Inflationsziel zu verfolgen, und andere Länder diese Vereinbarungen nicht einhalten, indem sie - ich sage es einmal so - Lohndumping betreiben. Dann kann die ganze Sache nicht funktionieren.

(Beifall bei der LINKEN.)

Wir sind also, meine sehr geehrten Damen und Herren, gehalten, diese Nationalisierungstendenzen in ihrem Ursprung zu erkennen. Der Ursprung liegt nicht zuletzt in einer sehr unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Entwicklung. Wenn im Zuge einer Wirtschaftsphilosophie, wie sie sich weltweit ausgebretet hat, die sozialen Systeme immer mehr unter Druck geraten sind und damit die Lebensentwürfe vieler Menschen in Frage gestellt wurden - nicht nur in Deutschland, nicht nur in Europa, sondern weltweit; denken Sie an die Entwicklung in den Vereinigten Staaten -, dürfen wir uns nicht wundern, wenn autoritäre Systeme oder nationalistische Regierungen wieder an die Macht kommen. Ich glaube, der heutige Tag, an dem wir hier an der Saar über Europa diskutieren, sollte uns dazu verpflichten, solchen Entwicklungen entgegenzutreten.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die CDU-Landtagsfraktion Herr Abgeordneter Roland Theis.

Abg. Theis (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Toscani, zunächst einmal gestatten Sie mir, Ihnen ganz herzlich zu danken für die, wie ich finde, frische und sehr vitale Regierungserklärung, die Sie gerade vorgetragen haben. Ich verbinde dies mit einem Dank an Ihre Mannschaft, denn das Europa-ministerium, sehr geehrter Herr Minister, ist ein kleines Team, aber mit großer Wirkung.

Europapolitik im Saarland, das ist Querschnittsaufgabe, das ist - und das haben die vielen Beispiele, die Sie aufgezählt haben, gezeigt - im wahrsten Sinne des Wortes saarländische Innenpolitik. Sie sind als Europaminister und als Ministerium an vielen Fronten unterwegs. Ich darf Sie zunächst einmal beglückwünschen zu den vielen Unterstützern, die Sie von außerhalb haben. Ich habe vorhin Frau Professor Oster-Stierle, Frau Professor Fellner und natürlich unsere Generalkonsulin gesehen, die vielen aus der saarländischen Zivilgesellschaft, die das tun; Herr Ukrow ist auch hier. Herr Minister, Sie haben zu Recht diese Unterstützung, weil das Europa-ministerium gute Arbeit leistet. Dafür zunächst einmal herzlichen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Ich will Ihnen aber auch danken für das Bekenntnis zur europäischen Identität unserer Region und die Betonung einer - bei allen Unterschieden in diesem Haus - wertvollen Gemeinsamkeit. Denn wir führen diese europapolitische Debatte in einer Zeit, in der viele Gewissheiten verloren gegangen sind, die in den vergangenen Jahrzehnten als erreicht galten, in einer Zeit, in der - das kann man sagen, auch der Kollege Lafontaine ist darauf eingegangen - der europäische Gedanke und der Gedanke von freiheitlichen Demokratien weltweit in die Krise geraten sind. Ich denke dabei nicht nur an Ereignisse wie den Brexit und das Aufkommen von Nationalismen auch in unserem Nachbarland - Le Pen, Mélenchon sind ja nur zwei Namen, die für eine antieuropäische Haltung stehen beziehungsweise für den Aufstieg von EU-feindlichen Populismen allerorten -, sondern auch an Kreise, in denen früher der Gedanke der Vertiefung der europäischen Integration selbstverständlich war. Ich erinnere mich persönlich an die Zeit, in der ich im Ausland studieren durfte, vor ungefähr 15 Jahren, als in dem Studentenwohnheim, in dem ich lebte, Franzosen, Belgier, Senegalesen, Finnen, natürlich auch beim gemeinsamen Kochen, Essen und Sonstwas-Tun, sich über Europa unterhalten haben.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE).)

Für uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, war das Zusammenwachsen Europas nicht nur Konsens, es war auch Selbstverständlichkeit. Auch die

Begriffe, die wir damals in den Debatten benutzt haben, haben gezeigt, dass die Richtung, in die sich Europa entwickeln sollte, völlig klar war. Wir sprachen damals - und manche tun es heute in anderen Zusammenhängen immer noch - vom Europa der zwei Geschwindigkeiten, als gäbe es unterschiedliche Tempos, mit denen man sich in eine Richtung bewegen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit dem Brexit wissen wir: Dieser Wagen hat auch einen Rückwärtsgang. Es geht eben nicht mehr nur um die Frage, in welcher Geschwindigkeit wir das europäische Projekt vertiefen, sondern es geht darum, ob wir das überhaupt wollen. Das ist mir noch einmal deutlich geworden, als ich im vergangenen Monat mit internationalen Studenten diskutiert habe, mit Menschen also, die eigentlich an diese Idee glauben müssten, weil sie gerade ihre Ausbildung absolvieren und natürlich auch von der Europäischen Union und von diesem Gedanken profitieren. Diese Studenten kamen aus Deutschland, aus Frankreich, aus anderen europäischen Staaten und darüber hinaus. Bei dieser Diskussion wurde der europäische Gedanke durchaus auch infrage gestellt. Manche Studierende - gerade wenn sie aus Ländern wie Russland oder der Türkei kommen - sagen heute, die freiheitliche Demokratie mag euer System sein, unseres ist es aber in dieser Gestalt nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das stellt uns als diejenigen, die an diese Idee glauben und an ihr festhalten, vor neue Herausforderungen. Wir müssen wieder stärker auch aktuelle Begründungen dafür liefern - wobei auch die historischen Begründungen wichtig sind, Kollege Lafontaine - und den Beweis in der Gegenwart antreten, dass die Lösung der Probleme unserer Zeit, einige davon sind eben genannt worden, in gemeinsamen europäischen Antworten liegen. Wir müssen deutlich machen, dass Abschottung und Protektionismus für moderne Volkswirtschaften Irrwege sind und dass demokratische Systeme zu stabilieren, zu erfolgreicher und auch zu gerechteren Gesellschaften führen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Aufgabe als Demokraten und als Europäer ist es, diesen Beweis im Saarland und darüber hinaus anzutreten, und deshalb ist diese Debatte richtig.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Ich glaube, unsere gemeinsame Überzeugung besteht darin, dass das Saarland hier eine wichtige Rolle zu spielen hat. Das liegt an unserer geografischen Lage, weil hier die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Alltag vor ganz konkrete Probleme gestellt werden, die ja nicht Probleme europäischer Provenienz sind, sondern es sind Probleme - Minister Toscani hat es vorhin dargestellt - des Zusammenkommens und des immer noch Auseinanderragens unterschiedlicher nationaler Regelungen in der einen

(Abg. Theis (CDU))

oder anderen Frage. Wir können hier im Kleinen zeigen, dass gemeinsame Lösungen eben nicht in der Trennung und nicht im Bau von Mauern liegen, sondern in der gemeinsamen Herangehensweise an diese Themen.

Einige Themen sind genannt worden, an denen man das sehr, sehr plastisch machen kann und auch machen muss, weil diese Dinge die Menschen umtreiben. Ich denke hier an den Bereich der inneren Sicherheit. Minister Toscani hat es eben schon angeprochen. Das beste Mittel gegen grenzüberschreitende Banden, die sich die Grenze zunutze machen, um vor der Verfolgung der Sicherheitsbehörden zu fliehen, ist es eben nicht, die Grenzen zu kontrollieren, sondern ist es, dafür zu sorgen, dass die Sicherheitsbehörden gut zusammenarbeiten. Das deutsch-französische Kommissariat, Sie haben das Gemeinsame Zentrum für Polizei- und Zollzusammenarbeit in Luxemburg genannt, aber auch der alltägliche Kontakt zwischen den Beamten auf der einen oder anderen Seite sind dafür bestes Beispiel. Frau Kuhn-Theis ist ja an der Stelle immer noch zu Recht unterwegs, aber es gibt noch viel zu tun.

Das gilt auch für den Arbeitsmarkt. Das beste Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich und Fachkräftemangel in Deutschland ist eine gemeinsame Lösung durch eine bessere Verzahnung der Ausbildungs- und Arbeitsmärkte. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit des großen europäischen Projektes, dass wir hier im Kleinen zeigen, dass die Probleme der Grenzen lösbar sind. Solange wir nicht einmal in der Lage waren, dafür zu sorgen, dass Taxis ohne bürokratische Probleme von Forbach nach Saarbrücken fahren konnten, war das wenig glaubwürdig. Und so gibt es viele kleine Beispiele dafür, dass Europa die Lösung im Großen ist.

Wir haben die gemeinsame Überzeugung, dass das Saarland aufgrund seiner geografischen Lage eine besondere Rolle hat. Aber ich will dem Kollegen Lafontaine zustimmen, dass wir auch eine besondere Rolle haben, weil wir eine besondere historische Situation haben. Denn das Saarland war Zankapfel und unsere Region war grenzüberschreitend immer Kristallisierungspunkt europäischer Politik. Wenn sich die Mächtigen in Berlin und Paris und darüber hinaus verstanden haben, ging es den Saarländern gut. Und wenn sie sich nicht verstanden haben, waren wir die Ersten, die darunter gelitten haben. Heute sind wir Labor und Ausgangspunkt von vielen Initiativen. Eine Person möchte ich nennen, die man als historische Figur, wenn man an die Region denkt, glaube ich, nicht vergessen darf. Das ist Robert Schuman, der als deutscher Staatsbürger in Luxemburg geboren wurde und als französischer Politiker die Weichen gestellt hat für das europäische Projekt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben hier in der Erde von Robert Schuman, wir leben hier

auch mit diesem Gedanken, denn europäische Überzeugungen dürfen nicht in Gedenkkultur enden. Es ist wichtig, dass wir uns die historischen Zusammenhänge - Kollege Lafontaine hat das ja eben getan - wieder vor Augen führen. Aber Europa darf aus Sicht der jungen Generation kein Friedhof großer alter Männer sein, sondern muss Quell guter Ideen für die Zukunft sein. Und die Idee Robert Schumans war, dass die vitalen Interessen seiner Zeit, das, worüber und womit Nationen Krieg geführt haben, in Zukunft gemeinsam bewirtschaftet und geklärt werden muss. Das waren damals Kohle und Stahl und es waren mit der Weiterentwicklung, mit Euratom auch andere große Industriebereiche.

Aber wir müssen heute die Frage beantworten: Was sind denn heute - Stand 2017 - auf die Ideen Robert Schumans zurückgehend die wesentlichen und vitalen Interessen unserer Zeit, die wir gemeinsam angehen müssen? Es sind mit Sicherheit die Themen Migration und Schutz unserer Außengrenzen, es geht aber auch um das Thema Souveränität auf europäischer Ebene, Souveränität in einer komplexer gewordenen Welt. Es geht auch um die Themen Verteidigungspolitik und digitale Souveränität. Wir sollten als Europäer in der Lage sein, über unsere Daten bestimmen zu können. Ich bin mir sicher, wenn heute Robert Schuman wieder einen Plan entwerfen würde, würde er die Themen Verteidigungspolitik, digitale Souveränität und gemeinsames Auftreten der Europäer in der Welt in den Vordergrund stellen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist meines Erachtens der richtige Quell: gute Ideen, kein Friedhof großer Männer, sondern Quell für die Zukunft. Darauf sollten wir aufbauen.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Eine solche Initiative, die von unserer Region ausgeht, ist die Frankreichstrategie. Das ist die Strategie dieses Landes, aber es ist eine, die weit über die Landesgrenzen hinausgeht - hin zu unseren französischen Nachbarn. Ich bin wirklich optimistisch, dass diese Frankreichstrategie auch weiterhin Erfolge zeittigt. Das zeigt die Unterstützung im Saarland. 70 Prozent der Saarländerinnen und Saarländer unterstützen sie, und über 90 Prozent der jungen Menschen halten das für eine gute Idee. Das zeigen aber auch die Reaktionen und Interessensbekundungen aus Frankreich, aus Lothringen, dem Elsass und weit darüber hinaus. Das zeigen aber insbesondere auch - und wer beim Runden Tisch der Landesregierung zur Frankreichstrategie war, hat es mit Händen greifen können - die zahlreichen Initiativen aus dem Saarland. Sehr geehrter Herr Minister Toscani, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, ich glaube wir können feststellen: Die Frankreichstrategie war die richtige Idee zur richtigen Zeit. Und wir sind auf einem richtigen Weg, den wir weitergehen sollten.

(Abg. Theis (CDU))

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Selbstverständlich ist die Frankreichstrategie nicht in erste Linie eine Strategie zum Erlernen einer Sprache. Die Frankreichstrategie ist eine Internationalisierungsstrategie für unser Land, das im globalen Wettbewerb dringend Alleinstellungsmerkmale braucht, die uns unterscheidbar und auswählbar im globalen Wettbewerb gegenüber anderen Regionen macht. Und deshalb ist zu unterstreichen, was Kollege Toscani zu der Frage gesagt hat, wie es sich denn mit dem von einigen vermuteten Konkurrenzverhältnis zur englischen Sprache verhält. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer im Jahr 2017 meint, man könne das Erlernen der französischen Sprache im Saarland und das generelle Erlernen der englischen Sprache im Saarland gegeneinander ausspielen, der meint auch, dass man sich in der Schule entscheiden müsste, ob man Schreiben oder Rechnen lernt. Wir brauchen natürlich beides. Das ist eine Selbstverständlichkeit, die niemand in Zweifel ziehen kann.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Sprache ist aber mehr als Schule. Das Geheimnis unseres Nachbarn Luxemburg, ich glaube, das kann jeder bestätigen, der einmal dort durch das Land gefahren ist, ist ja nicht das Erlernen von Sprache in den Schulgebäuden, sondern es ist die Existenz des Nebeneinander von mindestens zwei, wenn nicht drei Sprachen im öffentlichen Raum. Kollege Lafontaine hat völlig zu Recht ARTE als positives Beispiel genannt. Ich schaue das unglaublich gern, aber ich will ARTE doch an einer Stelle kritisieren. Ich glaube, der Tag, an dem ARTE aufhört, deutsche Filme französisch zu synchronisieren und französische Filme deutsch zu synchronisieren und anfängt, sie stattdessen zu untertiteln, damit man beide Sprachen gleichzeitig konsumieren kann, so wie es in Luxemburg in jedem Kino bei jedem deutschen oder englischen Film selbstverständlich ist, der wäre ein guter Tag für das Erlernen der jeweiligen Nachbarsprache. ARTE ist ein großartiges Projekt, selbstverständlich, aber auch da kann man noch vieles tun.

(Beifall von der CDU.)

Das gilt aber für jede öffentliche Kommunikation im öffentlichen Raum. Wir müssen dafür sorgen, dass derjenige, der das Saarland betritt, merkt: Hier ändert sich was, das ist nicht mehr die Westpfalz, das ist nicht mehr Waldmohr, sondern hier wird es international! Das muss im öffentlichen Raum spürbar und hörbar sein. Deshalb, glaube ich, können wir auch bei Beschilderungen oder bei Ansagen in Zügen viel mehr tun, damit Französisch und auch Englisch im öffentlichen Raum tatsächlich hörbar sind. Das wäre der beste Unterricht im Rahmen von Erwachsenenbildung für uns alle, den man sich vorstellen kann. Das ist das Erfolgsgeheimnis in Lu-

xemburg. Da haben wir noch viel aufzuholen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Französisch und Englisch im öffentlichen Raum zu installieren, wie es die Luxemburger tun, davon können wir profitieren, das wäre ein richtiger Schritt im Rahmen dieser Internationalisierungsstrategie für unser Land!

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Diese Internationalisierung bietet Chancen. Ich will keine von denen wiederholen, die bereits genannt worden sind, aber ich will drei nennen, von denen ich glaube, dass sie in den kommenden Jahren eine besondere Rolle spielen sollten. Das ist zum einen das Thema Tourismus. Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Radius von zwei Zugstunden leben in unserer Region über 18 Millionen Franzosen, über 18 Millionen potenzielle Kunden für unsere touristischen Unternehmen, für unsere Heimat. Wir sollten sie einladen, diese zu entdecken. Der französische Markt ist mit Sicherheit eines der größten Potenziale für unsere Region. Ich glaube, wir bieten mit Kulinarik und Kultur auf französischem Niveau die besten Voraussetzungen dafür, dieses Potenzial stärker zu heben. Der Franzose an und für sich - da kann ich ja ein bisschen mitreden - macht gerne Urlaub bei sich zu Hause. Warum auch nicht, Frankreich ist mit das schönste Land der Welt, warum sollte man es verlassen? Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir den Franzosen sagen: „Bei uns ist es genauso schön, weil wir ja schließlich auch mal französisch waren“, dann ist das eine Riesenchance für den Tourismus in unserer Region. Das sollten wir auch in den nächsten Jahren in den Vordergrund stellen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Der zweite Punkt ist, dass wir die Frankreichstrategie eben auch als Sprachstrategie über Frankreich hinaus denken müssen. Ich bin Frau Professor Fellner dankbar, dass sie heute Morgen hier ist, denn sie hat vor Kurzem ein Projekt initiiert und im Rahmen eines Letter of Intent auch sozusagen auf das Gleis gesetzt, das auf genau diese Möglichkeiten abzielt. Es handelt sich um eine Kooperation der Universität des Saarlandes, des Centre Juridique Franco-Allemand, mit der Université International de Tunis, also mit Tunesien, dem frankofonen Afrika. Meine sehr verehrten Damen und Herren, über 220 Millionen Menschen sind französische Muttersprachler, davon ist Frankreich ein schöner Teil, aber es gibt eben noch weitere Chancen darüber hinaus. Frau Professor Fellner, herzlichen Dank für diese Initiative. Die Frankreichstrategie ist eben eine globale Strategie, und die Universität des Saarlandes leistet dazu einen großartigen Beitrag. Lassen Sie uns mehr davon sehen, auch in Zukunft, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

(Abg. Theis (CDU))

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist eine Möglichkeit, eine Chance, die wir in der Kooperation mit Frankreich in Zukunft stärker nutzen sollten, nämlich auch dort zusammenzuarbeiten, wo Frankreich zurzeit vielleicht sogar erfolgreicher ist als Deutschland: wenn es darum geht, Ökosysteme für Gründerinnen und Gründer zu schaffen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, FRENCH TECH ist ein erfolgreiches Produkt französischer Wirtschaftspolitik. Es sorgt dafür, dass Ökosysteme in den Metropolen Frankreichs gestärkt werden, damit Gründerinnen und Gründer ihre Ideen zu erfolgreichen Produkten machen und auf die Märkte bringen können und Wohlstand und Arbeit schaffen. Unser Ziel in den nächsten fünf Jahren sollte es sein, dass wir ein grenzüberschreitendes Gründer-Ökosystem schaffen. Wir sind die einzige Region, die „FRENCH TECH made in Germany“ produzieren kann, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Dafür gibt es genügend Möglichkeiten. Ich will nur eine nennen. André Rossinot, der Präsident der Metropole Nancy, der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt, hat neulich hier in Saarbrücken Gespräche zum Thema Cyber Security geführt, bei dem es viele Möglichkeiten der Kooperation gibt, das in der Tat auch in die Zeit passt, weil es nämlich eine der großen Herausforderungen ist. Das sind Initiativen, von denen wir mehr brauchen. „FRENCH TECH made in Germany“ kann nur aus dem Saarland kommen. Darauf, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt es, auch in den kommenden Jahren aufzubauen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, manchmal sind aber die Fragen, die man sich in der Politik stellt, nicht die richtigen, und manchmal ist auch der Blick etwas verbaut. Ich hatte in der vorvergangenen Woche hier eine Schülergruppe zu Gast vom Gymnasium Illingen und dem Lycée Jeanne d'Arc in Nancy, beides UNESCO-Schulen, die hier im Saarland eine ganze Woche gemeinsam verbracht und sich mit der Frankreichstrategie beschäftigt haben. Viele haben daran mitgewirkt, die im Europaministerium, in der Staatskanzlei oder hier im saarländischen Landtag mit diesen Schülerinnen und Schülern gearbeitet haben. Die haben eine Umfrage und Workshops gemacht und die haben sich mit deutsch-französischen Unternehmerinnen getroffen. Am Ende dieser Woche gab es eine Diskussion hier im saarländischen Landtag. Wir haben darüber gesprochen, was man noch verbessern kann. Irgendwann meldete sich eine französische Schülerin und sagte: Lieber Herr Theis, ich habe ja verstanden, was Sie da alles machen, und ich stelle auch fest, dass es verschiedene Initiativen auch auf französischer Seite gibt. Aber wenn es eine Frankreichstrategie in Deutschland gibt und eine Deutschlandstrategie in Frankreich,

dann versteh ich nicht, warum wir daraus nicht eine gemeinsame Strategie machen. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde, das ist die klügste Frage, die seit Langem in diesem Landtag gestellt worden ist. Unsere Aufgabe ist es, darauf die richtigen Antworten zu finden, damit wir eine gemeinsame europäische Strategie für unsere Heimat bekommen. Denn unsere Heimat wird nie unmodern, solange sie europäisch ist. Darauf, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten wir hinarbeiten. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Präsident Meiser:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Fraktionsvorsitzender Hubert Ulrich.

Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Das Thema der heutigen Regierungserklärung ist ein Thema, das das Selbstverständnis unseres Parlaments und dasjenige vieler Saarländerinnen und Saarländer betrifft. Es ist ein wichtiges, ein ganz zentrales Thema für die Zukunft unseres Bundeslandes und unserer Region.

Das Europa in der heutigen Form, wie wir es kennen, hat uns eine nie dagewesene Epoche von Frieden, aber auch von Wohlstand beschert. Vieles, was für uns heute völlig selbstverständlich ist, ist für die Generation unserer Väter und Mütter ganz anders gewesen. Ein Beispiel: Mein Vater musste noch gegen Frankreich in den Krieg ziehen. Von uns hier hat das zum Glück keiner mehr erlebt. Für meine, für unsere Generation ist die Vorstellung, mit dem Gewehr in Richtung Westen zu ziehen, völlig fremd - zum Glück! Ich bin Jahrgang 57, ich bin großgeworden mit Städtepartnerschaften mit Frankreich. Für mich und mein gesamtes Umfeld ist immer völlig klar gewesen: Auf der anderen Seite der Grenze, die es damals noch gab, leben Menschen, mit denen will ich was gemeinsam machen, da fahre ich hin in Urlaub. Das ist ein völlig anderes Lebensverständnis als das unserer Väter- und Großvätergeneration. Maginot-Linie und Westwall sind für mich rein museale Einrichtungen, nicht mehr und nicht weniger. Schlagbäume und Geldwechsel allerdings habe ich noch erlebt, viele hier in diesem Hause auch. Wir wissen noch, was es bedeutet, zur Bank zu gehen, bevor man nach Frankreich fährt, Francs zu holen, sich an der Grenze kontrollieren zu lassen, den Pass vorzuzeigen.

Völlige Freizügigkeit, gleiche Währung, gemeinsames europäisches Empfinden - ich glaube, ich kann für uns alle sprechen -, das ist für uns alle in diesem Hause völlige Normalität. Tja, gemeinsames europäisches Empfinden. Im letzten Jahr, ich erinnere

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))

mich gut daran, hatten wir eine Veranstaltung vor der Europa-Galerie in Saarbrücken. Es ging um Europa, wir hatten einen Infostand gemacht. Plötzlich hatten wir, hatte ich persönlich Diskussionen mit mehreren Menschen, für die das gar nicht so war, Deutsche hier aus dem Saarland. Sie haben mir gesagt, wo ist eigentlich das Problem, wenn oben in Felsberg oder hier an der Goldenen Bremm wieder ein Schlagbaum steht? Es interessiert mich doch nicht, wenn ich einen Pass zeigen muss, Geld kann ich auch wechseln. Das waren klare Europagegner, klare saarländische Europagegner. Der Euro? Nur eine Belastung. Die Chancen, die für uns alle daraus erwachsen sind, wollten diese Menschen gar nicht sehen.

Diese Diskussionen haben mir sehr zu denken gegeben - und es waren keine einzelnen Personen, sondern es waren schon mehrere. Natürlich ist das, was sie widergespiegelt haben, in unserem Land heute keine Mehrheitsmeinung, weder im Saarland noch in Deutschland. Es ist gut, dass es so ist. Wir sind uns aber, glaube ich, alle darüber im Klaren, dass die Zahl der Europagegner hier in diesem Land leider wächst. Wir sind uns auch alle darüber einig, das ist eigentlich eine traurige Wahrheit, dass nach der Wahl mit sehr großer Wahrscheinlichkeit zum ersten Mal seit langer Zeit Europagegner in diesem Parlament sitzen werden. Das ist Demokratie, da geht kein Weg daran vorbei. Es macht aber auch deutlich, wie wichtig es ist, dass alle politischen Parteien, das sind wir alle hier in diesem Raum, alles tun, um Europa zu verteidigen, um Europa weiter auszubauen und um Europa nicht zurückdrängen zu lassen.

Vor diesem Hintergrund, Herr Minister Toscani, Frau Ministerpräsidentin, ist es auch sehr wichtig und sehr richtig, dass die Landesregierung eine Europastrategie hat, daran festhält und sie nach vorne treibt. Wir müssen Europa leben, dazu gehört eben auch eine solche Strategie. Sie gehört insbesondere dazu, wenn wir sehen, welche dunklen Wolken sich im Moment hinter der Grenze am Horizont zeigen. Sie wissen alle, wovon ich rede, ich rede von der französischen Präsidentschaftswahl, von der immensen Gefahr für Europa, von der immensen Gefahr für uns alle, dass Marine Le Pen diese Wahl gewinnt, was wir alle nicht hoffen wollen. Es ist aber mittlerweile nicht mehr ganz unmöglich. Wir wissen auch alle, was das für Europa und für uns im Saarland bedeuten würde. Europa wäre vermutlich am Ende, wir hätten alle ein ganz großes Problem. Gerade wir hier im Saarland und insgesamt in der Republik Deutschland wären die größten Leidtragenden. Unsere Wirtschaft würde nach unten gehen, der hohe Wohlstand, den wir heute haben, wäre wohl auf diesem Niveau nicht mehr zu halten. Deshalb ist es wichtig, jedes Engagement einzugehen, das im französischen Raum denkbar ist und jeden

französischen Kontakt zu knüpfen und zu leben. Dazu gehört eben die Frankreichstrategie der Landesregierung.

Herr Minister, Sie haben eben einige richtige und positive Beispiele genannt. Es gibt aber einige Dinge mit Blick auf Frankreich, auf den grenzüberschreitenden Raum, die von der gesamten Entwicklung her nicht so positiv sind. Die Maut ist eines dieser Themen, Sie haben es angerissen. Sie haben sich hier auch gegen die Maut positioniert, Sie haben sie zumindest hinterfragt. Aber, Herr Minister, diese Maut ist ein Kind der Großen Koalition in Berlin, ist ein Kind Ihrer eigenen Partei, so problematisch sie ist. Ich hätte mir schon gewünscht, dass die Große Koalition hier im Saarland, dass die Landesregierung in Berlin bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag, aber auch im Bundesrat einen deutlich größeren Widerstand hätte erkennen lassen, als es der Fall war. Man hätte sich insbesondere als Grenzregion deutlicher positionieren können und müssen.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Verkehrspolitik allgemein ist aber ein wichtiger Baustein in einer grenzüberschreitenden Strategie, bei einer wirklich gelebten Frankreichstrategie. Wenn wir genau hinschauen, das wissen Sie, Herr Minister, dann sieht das nicht so gut aus, wie wir es alle gerne hätten. Die Zugverbindung nach Frankreich, auch die Anbindung nach Paris, war schon mal besser, auch da gibt es dunkle Wolken am Himmel. Ob wirklich alles so bleibt mit den Verbindungen nach Paris, das wissen Sie, steht ein wenig in den Sternen. Auch da bräuchten wir dringend mehr Druck durch die saarländische Landesregierung, dass wir nicht weniger, sondern bessere Verbindungen nach Frankreich bekommen, dass das Stück zwischen Saarbrücken und Metz deutlich mehr genutzt wird, dass dort Effizienzpotenziale gehoben werden und nicht dieses Klein-Klein herrscht, das wir an dieser Stelle immer noch haben. Auch das wäre und ist gelebte Frankreichstrategie.

Ich will ein weiteres Beispiel in diesem Zusammenhang aufgreifen, das wir in diesem Parlament im vergangenen Jahr schon einmal diskutiert haben und bei uns GRÜNEN eigentlich nur Kopfschütteln hervorgerufen hat. Die Diskussion hat sogar Kopfschütteln bei einigen Mitgliedern der Großen Koalition im Parlament hervorgerufen, von denen ich weiß, dass sie auch für dieses Projekt kämpfen. Diese Landesregierung kämpft aber offenbar nicht für dieses Projekt. Sie wissen, wovon ich rede, ich rede von dem Projekt Tram-Train, das eine Straßenbahnverbindung zwischen den Städten hier im Saarland und dem französischen Grenzraum plant. Es gibt eine Studie aus dem Jahre 2014 vom Eurodistrict SaarMoselle, die zu einem sehr positiven Ergebnis für dieses Projekt gekommen ist. Diese Studie hat

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))

belegt, dass dieses Projekt Tausende von Arbeitsplätzen hier in dieser Region schaffen und zu einer echten grenzüberschreitenden Verkehrsanbindung führen würde, die gerade viele Käuferinnen und Käufer - Maut hin, Maut her - in die Region holen würde.

Ich habe nicht verstanden, warum die Landesregierung dieses Projekt, das große ökonomische, aber auch ökologische Vorteile bringt, nicht vorangetrieben hat, nicht vorantreibt. Sie schieben es einfach weg und kümmern sich nicht darum. Da muss man ernsthaft fragen, was ist es dann für eine Frankreichstrategie? Frankreichstrategie muss man leben, man kann nicht nur davon reden, man muss auch die Projekte aufgreifen, die da sind. Herr Minister, warum tun Sie das nicht? Sie sind nach wie vor eine Erklärung schuldig.

Hinzu kommt: 80 Prozent der Kosten dieses Projektes Tram-Train würden von der Europäischen Union getragen. Das heißt, wir bekämen zig Millionen Förderung in diese Region hinein. Da frage ich mich: Warum klemmt sich diese Landesregierung nicht dahinter, holt dieses Geld ins Saarland, holt dieses Projekt in die Region und bringt damit die Frankreichstrategie wirklich nach vorne?

Damit komme ich zum Abschluss bei diesem einzelnen Projekt. Man muss auch wissen, wenn die Landesregierung jetzt nicht auf die Tube drückt, dann sind die Gelder weg. Das Geld wird es nämlich nur dann geben, wenn das Projekt bis 2020, 2021 abgerechnet, also umgesetzt ist. Wir haben jetzt 2017, das sind, soweit ich rechnen kann, noch sechs Jahre, das ist nicht viel. Hier verschläft die Landesregierung in den wesentlichen Teilen eine echte Frankreichstrategie, die man wirklich greifen könnte, die wichtig und sinnvoll wäre für diese Region.

(Beifall bei PIRATEN und GRÜNEN.)

Nächstes Beispiel ist die Bildungspolitik, auch hier wundert man sich. Insbesondere unsere Universität und unsere Hochschulen könnten eine ganz bedeutende Rolle bei einer gelebten Frankreichstrategie spielen. Eine starke UdS, starke Hochschulen hier im Saarland könnten attraktive Partner sein in dieser Region, in europäischen Netzwerken beziehungsweise Forschungsverbünden. Nur eine starke UdS hätte in diesem Großraum genügend Gewicht, um eine solche Rolle zu spielen, um Netzwerke und Verbünde als gleichwertiger Partner mitgestalten zu können. Nur ressourcenstarke Hochschulen könnten dieses spürbare Interessengefälle bezüglich der Großregion zwischen den Nationalstaaten ein wenig kompensieren. Alles das geht nur, wenn Sie die Hochschulen hier im Saarland finanziell entsprechend ausstatten. Aber auch hier macht die Landesregierung das Gegenteil von dem, was notwendig wäre: Sie schwächen unsere Hochschulen, Sie

schwächen unsere Universität, indem Sie viel zu viele finanzielle Mittel dort herausgenommen haben. Dort müsste ein Schwerpunkt mit Blick auf das Land selbst gesetzt werden. Über die Hochschulen holen wir uns junge, intelligente Köpfe hier ins Saarland für unsere Unternehmen im Saarland. Nur über die Hochschulen könnten wir eine echte Frankreichstrategie im Hochschulbereich leben. Auch dort geschieht sehr wenig.

Oder noch ein weiteres, für mich trauriges, Kapitel in einer Frankreichstrategie, das Thema Cattenom. Auch dort wird im Saarland viel geredet. Wir sind uns alle einig: Cattenom müssen wir abschalten. Das muss weg. Aber auch hier muss man immer wieder die Frage stellen, wie denn an dem Punkt die Frankreichstrategie der Landesregierung aussieht. Alle wissen, diese Frankreichstrategie kann nur über Berlin laufen. Das kriegen wir alleine aus dem Saarland heraus nicht geregelt. „Über Berlin laufen“ heißt, dort muss die Kanzlerin ran, dort muss das Kanzleramt persönlich ran. Wie wir alle wissen, haben wir ja einen ganz gewichtigen Kanzleramtsminister, der kommt aus dem Saarland. Wir haben einen Bundesjustizminister, der kommt aus dem Saarland. Da fragt man sich, warum es denn diesen beiden Schwergewichten nicht gelingt, in Richtung Cattenom via Bundeskanzlerin eine vernünftige Verhandlungsstrategie aufzubauen. Man hat bis heute nicht gehört, dass die Landesregierung an dieser Stelle in Berlin bei der Kanzlerin wirklich einmal vorstellig geworden wäre.

Oder noch ein weiteres Beispiel - das ist sogar angesprochen worden -, das Thema grenzüberschreitende Ausbildung. Das ist ein sehr guter Ansatz, den Sie da verfolgen. Den kann man nur unterstützen. Er ist absolut richtig. Aber auch hier muss man die Frage stellen, wie es denn in der Realität aussieht. Wie viele grenzüberschreitende Ausbildungsverhältnisse haben wir denn? Herr Minister, Sie wissen, wenn wir alle diese Menschen, die wir im Saarland haben, hier in diesen Saal setzen würden, der Raum wäre vermutlich noch nicht einmal halb gefüllt. Das heißt, wir reden doch hier von etwas, was nach wie vor leider Gottes nicht mit Leben erfüllt wird.

Oder das Thema Französisch-Unterricht. Es wird ja auch viel von Französisch-Unterricht hier in unseren saarländischen Schulen gesprochen. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben das vor Jahren schon angezogen. Da soll sehr viel geschehen, aber was ist denn real geschehen? Gibt es hier im Saarland den verbindlichen Französisch-Unterricht ab der ersten Klasse? Nein, den gibt es natürlich nicht. Auch hier muss ich sagen: Nur darüber reden, das reicht einfach nicht.

(Beifall von B 90/GRÜNE.)

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))

Oder aber - damit komme ich zum Schluss - der grenzüberschreitende Umweltschutz, die leidige Diskussion um die Industriekonferenz Carling. Auch dort läuft vieles nicht so, wie man sich das im europäischen Verbund eigentlich vorstellen würde. Dort könnte und müsste mehr passieren in Form von grenzüberschreitender Zusammenarbeit, um den Menschen im Warndt vor der permanenten Industriekonferenz Carling die Angst zu nehmen.

Mein Fazit ist, Ihre Frankreichstrategie - ich wiederhole das noch einmal - ist absolut wichtig, ist absolut richtig. Aber erfüllen Sie sie doch an mehr Stellen mit Leben, erfüllen Sie sie doch an den Stellen mit Leben, wo Sie das tun können, wo es das Land wirklich nach vorne bringt! Tram-Train - ich wiederhole mich - ist das beste Beispiel. Runde Tische alleine, in denen man über die Frankreichstrategie redet, genügen nicht. Es muss mehr konkretes Handeln geben. Dazu fordern wir als GRÜNE diese Landesregierung auf. - Vielen Dank.

(Beifall von B 90/GRÜNE und vereinzelt von der LINKEN und den PIRATEN.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die SPD-Landtagsfraktion Frau Abgeordnete Margret Zieder-Ripplinger.

Abg. Zieder-Ripplinger (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Ich will kein Europa, das unter grauem Mehltau erstickt. Ich will ein buntes Europa, das menschenfreundlich, friedlich, weltoffen, demokatisch, solidarisch und gerecht ist.

(Beifall von der SPD.)

Es ist Zeit, dass wir aufstehen, dass wir der Welle von Hass und Unwahrheit mit all unserer Kraft entgegentreten. Nicht zuletzt der Brexit und der Sieg von Donald Trump in den USA haben rechtspopulistische Kräfte in Europa entfesselt. Sie verbünden sich wie jüngst in Koblenz, um sich letztendlich abzuschießen. Sie wollen die Zeit zurückdrehen, die Globalisierung rückgängig machen. Sie wollen einen übersteigerten Nationalismus mit all seinen destruktiven Konsequenzen, die wir vor allem hier im Saarland über Generationen erdulden mussten.

Denn das Saarland liegt im Herzen Europas, an der Nahtstelle zwischen Deutschland und Frankreich. Acht Mal haben sich hier in der jüngeren Geschichte die Grenzen zwischen unseren Ländern hin und her verschoben. Erst mit der Gründung der Europäischen Union hat dieser Wahnsinn ein Ende genommen. Deshalb sollten wir dieses Jahr mit großer Freude und vor allem mit vollem Selbstbewusstsein den 60. Geburtstag der Römischen Verträge und somit die Geburtsstunde der Europäischen Union feiern. Wir feiern gleichzeitig aber auch die Geburts-

stunde des Saarlandes. Denn ohne die Europäische Union gäbe es das Saarland in seiner heutigen Form nicht und umgekehrt.

Denn erst das Saarstatut hat den Weg zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Vorgängerin der heutigen Europäischen Union, frei gemacht. Ich freue mich daher ganz besonders, dass ich morgen mit dem Europa-Ausschuss in Paris das Saarstatut im Original sehen darf. Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit 60 Jahren profitieren wir jeden Tag von offenen Grenzen sowie von Frieden und Freundschaft mit unseren Nachbarn in der Grenzregion SaarLorLux. Auch diese Tatsache müssen wir immer wieder laut und selbstbewusst betonen.

Liebe Gäste, direkt vor unserer Haustür wächst um Saarbrücken herum eine deutsch-französische Großstadt heran. 700.000 Menschen leben schon heute in dieser europäischen Metropole Saar-Mosel. Im Umkreis von Saargemünd, über den Regionalverband bis nach St. Avold profitieren die Menschen von Vielfalt, wenn sie einkaufen, sich bilden, Kultur- und Freizeitangebote nutzen oder ihre Gesundheit pflegen. Wenn es uns gelingt, unsere vier Zentren Saarbrücken, Luxemburg, Metz und Trier vernünftig mit Schienen zu verbinden, haben wir auch gute Chancen, zur echten grenzüberschreitenden SaarLorLux-Metropole zusammenzuwachsen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, fünf Jahre hat die saarländische Landesregierung mit Hochdruck am weiteren Zusammenwachsen unserer Grenzregion gearbeitet. Der sichtbare Beweis ist der Europabericht der saarländischen Landesregierung, den der zuständige Minister Stephan Toscani soeben ausführlich vorgestellt hat. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken, lieber Stephan.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Bedanken möchte ich mich aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die nicht nur den Europabericht erarbeitet haben, sondern die auch mit hohem persönlichen Einsatz und viel Herzblut gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen auf der anderen Seite der Grenze in ihren Fachbereichen zusammenarbeiten. Sie sorgen dafür, dass das Kooperationsnetz unserer Verwaltung in der SaarLorLux-Region immer engmaschiger und effektiver wird. Auch dafür herzlichen Dank.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben die vergangenen fünf Jahre dazu genutzt, unsere Partnerschaft in der Großregion voranzutreiben, sei es über die Begegnungen der Ministerpräsidentin mit ihren Kolleginnen und Kollegen in der Großregion oder in ihrer Funktion als Bevollmächtigte für die kulturellen deutsch-französischen Angelegenheiten. Aber auch die übrigen Spitzen der saarländischen Landesregierung haben in enger Zusammenarbeit mit dem Parlament einen intensiven Austausch mit

(Abg. Zieder-Ripplinger (SPD))

ihren Kolleginnen und Kollegen über die Grenze hinweg gepflegt und haben somit der Großregion SaarLorLux neue Impulse gegeben.

Wir haben beispielsweise dafür gesorgt, dass bereits fast jedes zweite Kita-Kind im Saarland spiegelnd Französisch lernt. Damit hat es gute Chancen, in Zukunft mehrsprachig zu sein. Wir haben dafür gesorgt, dass Jugendliche die Möglichkeit haben, sich in zwei Ländern auszubilden - damit erweitern sie ihre beruflichen Perspektiven innerhalb der Großregion -, dass akut herzkrank Menschen aus Forbach sich wohnortnahe in der Klinik in Völklingen behandeln lassen können statt im fernen Straßburg oder Metz. Damit haben sie bessere Chancen, wieder gesund zu werden.

Wir haben auch dafür gesorgt, dass die Zusammenarbeit insbesondere zwischen den deutschen und französischen Umweltbehörden besser klappt - damit schaffen wir Vertrauen in der Bevölkerung und sorgen für bessere Lebensbedingungen -, dass das gemeinsame Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit in Luxemburg weiter ausgebaut wird. Das ist auch heute schon erwähnt worden. Damit sorgen wir für mehr Sicherheit in unserem Grenzgebiet. Des Weiteren, dass die Künstlerinnen und Künstler in SaarLorLux ihre vielfältigen gemeinsamen Aktivitäten realisieren können. Damit fördern wir das gegenseitige Verständnis und das Gefühl der Zusammengehörigkeit innerhalb unserer Grenzregion.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber hinaus haben wir mit Unterstützung von europäischen Mitteln zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unter anderem an drei strategischen Projekten für unsere Großregion gearbeitet. Erstens. Wir haben die Hochschule der Großregion von einem Modellprojekt zu einer festen Institution entwickelt. Damit sichern wir unseren Studentinnen und Studenten die Möglichkeit, in vier Ländern Studienabschnitte zu absolvieren. Das gibt es sonst nirgendwo in Europa! Aber auch die Lehrenden und die Forscherinnen und Forscher profitieren vom interkulturellen und wissenschaftlichen Austausch über die Grenzen hinweg.

Zweitens. Wir haben eine touristische Vermarktung unserer industriehistorischen, kulturellen und natürlichen Schätze in der Großregion SaarLorLux auf den Weg gebracht. Damit locken wir Menschen in die Großregion und fördern den Tourismus. Gleichzeitig machen wir aber auch unsere Bevölkerung neugierig auf unsere Nachbarregionen und schaffen dadurch ein Gefühl für unsere SaarLorLux-Region als ein zusammenhängender Raum.

Drittens. Wir haben mit unserem Modellprojekt Task Force Grenzgänger die Möglichkeit geschaffen, rechtliche Hemmnisse im Bereich des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes gezielten Lösungen zu-

zuführen. So ist es uns beispielsweise gelungen, die Doppelbesteuerung von Renten ehemaliger Grenzgängerinnen und Grenzgänger zu stoppen. Damit fördern wir das schnellere Zusammenwachsen unseres gemeinsamen grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser eigenes europapolitisches Netzwerk, an dem wir in den vergangenen fünf Jahren ebenfalls intensiv gearbeitet haben, hat uns bei der Realisierung unserer Vorhaben sehr gut geholfen. In diesem Zusammenhang möchte ich vor allem den Interregionalen Parlamentarierrat, unser Parlament der Großregion, erwähnen. Mit seiner Unterstützung ist es uns gelungen, ganz praktische Probleme des Lebens in einer Grenzregion zu lösen. Beispielsweise konnten wir einen kurzfristigen Stopp von Paketzustellungen im Grenzraum wieder rückgängig machen.

Darüber hinaus hat der grenzüberschreitende Austausch von Parlamentariern zu einer besseren Praxis beim Integrieren der Geflüchteten beigetragen. Zudem wurde auf Initiative der Kommission 3 unter Leitung von Isolde Ries auf einer großregionalen Konferenz die Notwendigkeit eines schienengebundenen ÖPNV in unserem SaarLorLux-Raum erarbeitet. Vielen Dank auch dafür, liebe Isolde Ries.

(Beifall bei der SPD.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Lackmustest für das Funktionieren des gesamten europapolitischen Netzwerks der Landesregierung war allerdings das Engagement für die saarländische Stahlindustrie. Auf Initiative unserer Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger haben sich alle Akteure für den Erhalt und den Schutz der heimischen Stahlindustrie eingesetzt. Mit starken Partnern an der Seite ist es schließlich gelungen, die Europäische Kommission von der Notwendigkeit des Schutzes der europäischen und damit auch der saarländischen Stahlindustrie zu überzeugen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir im Saarland an unserem europäischen Kurs mit einem starken französischen Akzent, mit einem starken Akzent auf Frankreich festhalten müssen. Ich sehe aber auch die Gefahren, die diesen Kurs beeinträchtigen können. Dabei denke ich insbesondere an die Präsidentschaftswahlen in Frankreich im Mai dieses Jahres. Wir müssen hoffen, dass am Ende ein Demokrat zum Präsidenten Frankreichs gewählt wird, damit Frankreich in der Nato, in der EU und beim Euro bleibt. Denn ohne Frankreich gibt es keinen deutsch-französischen Motor und ohne diesen ist eine Europäische Union nur noch schwer denkbar.

Aber auch wenn Frankreich in der Europäischen Union bleibt, müssen wir an Europa arbeiten. Zwar

(Abg. Zieder-Ripplinger (SPD))

hat der Brexit vielen Menschen in Europa wieder deutlich gemacht, wie wertvoll die Europäische Union ist. Laut einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage sehen zwei Drittel der Europäerinnen und Europäer in der Europäischen Union einen Hort der Stabilität in einer unruhigen Welt. Und 81 Prozent treten dafür ein, die Freiheit zu erhalten, überall in der Europäischen Union leben, studieren, arbeiten und Geschäfte abschließen zu dürfen. Dennoch brauchen wir dauerhafte Änderungen, damit diese Zustimmung bei der nächsten Gelegenheit nicht wieder kippt.

Deshalb brauchen wir eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Wir müssen die Wirtschaftsunion ergänzen durch eine Finanzunion und durch eine Sozialunion. Wir brauchen ein europäisches Einwanderungs- und ein europäisches Asylgesetz. Wir brauchen faire Handelsabkommen, vor allem mit Afrika. Wir brauchen europäische Wahlen mit transnationalen Listen. Und schließlich brauchen wir ein Europa, in dem die Regionen eine viel stärkere Rolle spielen als bisher.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam unsere Stimme erheben für ein buntes Saarland in einer bunten Europäischen Union, die menschenfreundlich, friedlich, weltoffen, demokratisch, solidarisch und gerecht ist. - Glück auf und bonne chance.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die Fraktion der PIRATEN Herr Fraktionsvorsitzender Michael Hilberer.

Abg. Hilberer (PIRATEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Minister Toscani, es ist offensichtlich sehr schwierig, sich die vielen positiven Errungenschaften und die vielen positiven Entwicklungen in der Großregion, die wir in den letzten Jahrzehnten glücklicherweise sehen konnten, als eigene Erfolge auf die Fahnen zu schreiben, das haben Sie auch noch mal deutlich gemacht. Das ist auch nicht notwendig. Ich glaube, es ist auch gut so, denn der Erfolg der Großregion hat viele Mütter und Väter.

Das Zusammenwachsen der Großregion ist uns allen, die wir hier sitzen, aber auch sehr vielen Menschen außerhalb dieses Parlamentes und außerhalb der Parlamente unserer Partnerregionen, sei es in Grand Est - da vor allem noch immer mit dem Fokus auf Lothringen, unserem direkten Nachbarn -, sei es in Rheinland-Pfalz, sei es in Belgien oder auch in Luxemburg, ein Anliegen. Uns alle verbindet ein großes Ziel: Wir wollen zusammen arbeiten, zusammen leben und in dieser Region zusammen wach-

sen. Das ist zum Glück immer noch breit mehrheitsfähig. Das ist wichtig, das bringt uns voran.

(Beifall von den PIRATEN und vereinzelt von der LINKEN.)

Das Thema eignet sich deshalb auch nicht, jetzt hier groß eine Abrechnung mit der Regierung zu machen, wie man das manchmal nach Regierungserklärungen und der entsprechenden Antwort der Opposition tut. Es gibt natürlich nach wie vor unzählige Hemmnisse in der Großregion, die die Menschen in dieser Region behindern und die wir überwinden müssen. Einige davon kreide ich auch dieser Landesregierung an, vor allem dass da mehr hätte passieren müssen.

Da ist zum Beispiel das Thema Mobilität, die Kollegin Zieder-Ripplinger hat es auch schon angesprochen. Wir brauchen eine Schienenverbindung. Denn wie sollen wir zusammenwachsen, wenn wir die Menschen nicht zusammenbringen? Das beste Verkehrsmittel, um die Menschen zusammenzubringen, ist eben eine gute Schienenverbindung. Ich hätte mir gewünscht, dass da mehr passiert, gerade was die Anbindung des grenznahen Lothringens angeht, gerade was die Anbindung von Luxemburg über die Schiene angeht. Das sind zwei unglaublich große Potenziale und da müssen wir schneller vorangehen, um das zu verwirklichen.

(Beifall von den PIRATEN und vereinzelt von der LINKEN.)

Was auch mir nicht gefallen hat, ist der Umgang auch dieser Landesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen mit dem Thema Ausländermaut. Wir haben das in der letzten Sitzung sehr ausführlich diskutiert. Ich bin immer noch der Meinung, dass es dem Saarland gut anstehen würde, klar Opposition gegen diese Ausländermaut zu machen, denn sie ist vom Gedanken her antieuropäisch und gegen unsere Nachbarn gerichtet. Das ist etwas, wo wir aus dem Saarland heraus ganz klar widersprechen müssen.

(Beifall von den PIRATEN und von der LINKEN.)

Aber dennoch sind wir alle zufriedene Bewohner dieser Großregion, weil es eben auch an vielen Stellen gut läuft. Es ist doch erfrischend, auch in der heutigen Zeit, diese Erfolge der Europäischen Union vor der eigenen Haustür noch mal zu benennen und sich auch noch mal darüber zu freuen, wie gut es eigentlich ist. Es ist ja gerade diese europäische Integration, diese Generationenaufgabe, diese Mammutaufgabe, diese Jahrhundertaufgabe, die es uns ermöglicht, hier in der Großregion so gut nebeneinander her zu leben. Wenn man es sich genau anschaut, ist es natürlich schon noch ein Nebeneinander-Herleben, aber das wird uns überhaupt nur ermöglicht durch diese europäische Integration. Vieles

(Abg. Hilberer (PIRATEN))

ist hier möglich. Ich habe es gesagt: Wir können heute zusammen leben und zusammen arbeiten und zusammen wachsen. Das verdanken wir der europäischen Integration. Das ist Auswuchs dessen, was die Europäische Union jedem einzelnen in diesem Land bringt.

In den letzten fünf Jahren hatte ich unzählige Möglichkeiten, mir die grenzüberschreitende Entwicklung in unserer Region anzuschauen und sie zu erleben. Wir haben uns im Interregionalen Parlamentarierrat, unserer Vertretung der Parlamente in der Großregion, unzählige Projekte angeschaut. Wir haben mit unzähligen Akteuren gesprochen. Wir haben auch kleinere Probleme gelöst. Wir haben wichtige Fragen aufgeworfen. Wir haben die Richtung gezeigt, wohin es in Zukunft gehen muss, und das meist einhellig, fraktions-, regions- und nationsübergreifend, und nur mit einem Ziel: zum Wohle der Menschen in unseren Regionen. Ich glaube, das ist ein sehr schönes Beispiel, an dem man sieht, wo und wie Europa funktioniert.

Das hat für mich auch eine sehr wichtige Erkenntnis gebracht, wo wir heute mit der europäischen Integration eigentlich stehen. Wenn man sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit anschaut, wie sie heute in unserer Region funktioniert, dann müssen zwei Dinge zusammenkommen. Das sind zunächst einmal engagierte Individuen, denn bei jedem erfolgreichen Projekt, das ich in unserer Großregion gesehen habe, stecken ein, zwei oder drei Leute dahinter, die mit Herzblut an der Sache arbeiten, denen das grenzüberschreitende Zusammenarbeiten wichtiger ist als irgendwelche Detailfragen und die über Jahre hinweg am Ball bleiben. Zum Zweiten muss die Politik die Hindernisse entfernt haben. Es gibt immer noch so viele Hindernisse zwischen den Nationalstaaten, die Menschen davon abhalten, zusammenzukommen und zusammen zu arbeiten. Es ist die Aufgabe der Politik, diese Hindernisse aus dem Weg zu schaffen.

Deshalb finde ich es auch nicht richtig, beispielsweise unter Verweis auf die Zahl der grenzüberschreitenden Auszubildenden zu sagen, das sind nur so wenige, das ist nur eine Handvoll. Das ist gar nicht wichtig. Wichtig ist, dass dieses Hindernis aus dem Weg geräumt ist und dass es jetzt funktionieren kann. Jetzt werden sich in unserer Region die Akteure finden. Jetzt werden sich die jungen Menschen finden, die das möchten. Wir werden steigende Zahlen sehen. Wichtig ist, dass das Hindernis weg ist. Der Rest kommt fast von alleine, wenn wir dem keine neuen Hindernisse in den Weg legen. Deshalb ist auch das eine Erfolgsgeschichte.

(Vereinzelt Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Vielen von uns ist es so erschienen, als wären diese Erfolgsgeschichten und diese sehr vielen, oft sehr

kleinen Schritte, die aber doch immer in die gleiche Richtung gehen, eine Art Naturgesetz und als wären Frieden, Wohlstand und freundschaftliche Zusammenarbeit gottgegeben und es würde immer so weitergehen. Schnell vergisst man, was uns die Vergangenheit gezeigt hat: Es kann nämlich ganz anders gehen. Schnell vergisst man darüber auch, wie gut es doch jetzt eigentlich funktioniert. Wir waren es gewohnt, dass es Schritt für Schritt weitergeht.

Dass dem leider nicht so ist, zeigt uns natürlich das Erstarken der Nationalisten und der Faschisten, die in vielen europäischen Ländern - ich will nicht sagen: Oberhand gewinnen - wieder aus der Versenkung gekommen sind und die erklecklichen Prozentzahlen in Wahlen und Abstimmungen hinter sich versammeln. Das sind beunruhigende Nachrichten für uns alle in Europa, speziell für uns in den Grenzregionen, da wir - ob wir wollen oder nicht - darauf angewiesen sind, mit unseren Nachbarn gut zusammen zu leben, zu arbeiten und zu wachsen.

Manchmal frage ich mich allerdings, wovor ich in der heutigen Zeit mehr Angst haben muss: vor den Nationalisten, die offensichtlich wieder auf dem Vormarsch sind, oder vor den sprachlosen Europäern, die dem offensichtlich so wenig entgegenzusetzen haben. Auch im Saarland ist man doch längst satt und faul geworden, wenn es darum geht, die europäische Vision zu verteidigen und vor allem weiterzuentwickeln. Es geht auch darum zu sagen, ein Schritt zurück geht mit uns sowieso nicht, wir wollen vielmehr nach vorne. Ich glaube, auch wir im Saarland müssen wieder wesentlich deutlicher machen, dass wir hin zu einer besseren europäischen Integration wollen und dass wir dieses Europa leben und mit Visionen füllen wollen.

Verzeihen Sie den kleinen Seitenhieb an der Stelle: Das halbseidene Bekenntnis zur Ausnahme für Grenzregionen von der Ausländermaut ist auch nicht gerade ein hilfreiches Signal. Auch Stimmen in diesem Haus, die die ruinöse Austeritätspolitik, die derzeit in der Europäischen Union Politik du jour ist, immer wieder lautstark befürworten, helfen uns mit Sicherheit nicht, als Europa gemeinsam voranzukommen. Da müssen wir etwas ändern.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Statt zu schweigen und uns abzufinden gibt es nur eine Aufgabe, die die Volksvertreter vom Volk auf die Fahne geschrieben bekommen haben, nämlich die Probleme zu lösen. Es gibt große schwelende Probleme in der Europäischen Union. Wir dürfen uns nicht dadurch zurückwerfen lassen, dass beispielsweise das britische Parlament gesagt hat, es möchte den Austritt aus der Union. Wir müssen die Scherben aufheben und sagen, wo es jetzt weitergeht.

(Abg. Hilberer (PIRATEN))

Bleiben wir auf den britischen Inseln. Was ist die europäische Perspektive für ein Land wie Schottland, das mehrheitlich dafür gestimmt hat, bei der Europäischen Union zu bleiben? Welche Perspektive bieten wir für die Schotten? Das ist eine Frage, auf die wir eine Antwort geben müssen.

Griechenland wird oft in diesem Haus zitiert und genannt. Es ist das prominente Opfer eines ungezügelten, deregulierten Finanzmarktes. Übrigens ist es eine Deregulierung, die krass uneuropäisch ist; ich komme später darauf zu sprechen. Welche Perspektive bietet die Europäische Union den Griechen außer einer Schuldzuweisung im Sinne von, ihr habt betrogen, ihr wart es doch, jetzt müsst ihr damit zuretkommen? Das ist doch keine Perspektive, an der Europa wachsen kann! Das ist eine Perspektive, an der Europa nur scheitern kann.

Wir schaffen es ja auch nicht, eine europäische Außenpolitik zu definieren! Was wollen wir Europäer eigentlich mit der Türkei? Was wollen wir eigentlich in der Ukraine? Was ist das Verhältnis von Europa zu Russland? Das schwankt irgendwo zwischen freundschaftlicher Partnerschaft und großer Angst. Aber die europäische Antwort fehlt!

Wo ist die europäische Öffentlichkeit, die überhaupt solche Debatten führen kann? Wir brauchen eine Verfassungsinitiative. Die Europäer müssen darüber bestimmen, wie wir in der EU zusammenleben wollen. Raus aus den Vertragswerken von oben herab und auf dieser Grundlage von unten herauf etwas aufbauen! Warum nicht eine Direktwahl des Kommissionspräsidenten? Ich hätte gerne die Diskussion in ganz Europa, ob der Kandidat oder die Kandidatin als Kommissionspräsident die richtige Wahl wäre. Ich glaube, das wäre eine schöne europäische Diskussion, die uns zusammenführen würde im freundschaftlichen Streit um die beste Personalie. Es kann nicht sein, dass der Kommissionspräsident nach wie vor eingesetzt wird.

(Vereinzelt Beifall bei den Oppositionsfaktionen.)

Es gibt einen weiteren Punkt, der leider immer noch ein bisschen ins Hintertreffen geraten ist. Wir müssen, was unsere Kulturschaffenden, unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die großen Kulturunternehmen in Europa angeht, mehr dafür werben, dass es eben auch mehr dieser paneuropäischen Großevents gibt. Ich meine, es ist fast schon ein Treppenwitz, dass das europäischste aller Events, über das man mit jedem in Europa reden kann, der Eurovision Song Contest ist. Es erscheint wie ein Treppenwitz, dass wir uns da zusammenfinden und über Musik von wechselnder Qualität sprechen. Ich glaube, es ist tatsächlich der Hebel, über den man etwas bewegen kann. Wir brauchen diese identitätsstiftenden Großevents. Ich glaube, wir müssen da

auch von politischer Seite daran arbeiten, dies zu unterstützen.

Manchmal tut es mir als Europäer im internationalen Kontext etwas weh, wenn ich sehe, wie wir unser Licht unter den Scheffel stellen, wenn es um den European Way of Life geht. Unter dem American Way of Life kann sich jeder etwas vorstellen: Vom Tellerwäscher zum Millionär und der Staat soll sich möglichst raushalten, damit jeder Tellerwäscher, der die Anlagen zum Millionär hat, es schaffen kann.

Wir haben in Europa einen ganz anderen Ansatz. Wir haben nach dem Zweiten Weltkrieg eine ganz besondere Wirtschaftsordnung geschaffen, die einmalig in der Welt ist und die darauf fußt, dass wir sagen, ja, wir wollen einen freien Wettbewerb und innovative Akteure, die sich aber verantwortungsvoll verhalten müssen. Wir brauchen eine Solidarität und ein ordnungspolitisches Korsett, das eben auch die negativen Auswüchse des Kapitalismus einfängt. Das ist tatsächlich der europäische Weg. Das ist eine unglaubliche Erfolgsgeschichte, auch wenn viele sie jetzt schlechtdreden. Selbst wenn wir in vielen Details nachsteuern, verändern und es der jetzigen Situation anpassen müssen, ist es doch ein unglaubliches Erfolgsmodell, das in Europa Millionen von Menschen aus der Armut und der Perspektivlosigkeit heraus gerettet hat in eine sichere Wohlstandsgeellschaft - mit der Möglichkeit aufzusteigen. Ich glaube, diesen European Way of Life dürfen wir international gerne öfter und fortierter vertreten. Das ist besser, als jeder Forderung nach Deregulierung hinterherzulaufen, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei den Oppositionsfaktionen.)

Natürlich kann man jetzt zu Recht sagen, viele von diesen Dingen können die Saarländer nicht bestimmen. Das ist richtig. Nichtsdestotrotz, jeder von uns ist einer von 500 Millionen, die genau das zu bestimmen haben und deshalb darf unsere Stimme bei diesen Themen nicht leise bleiben. Im Gegenteil, wenn wir das europäischste aller Bundesländer sein wollen, wenn wir unserer historischen Rolle im Herzen Europas gerecht werden wollen, dann müssen wir, auch mit unseren wenigen Menschen, mit dieser einen Million, eine laute Stimme sein, die genau das fordert, die die Vision formuliert und sagt: Wir wollen ein weiteres Europa, ein stärkeres Europa, ein besseres Europa. Wir werden weiter daran arbeiten, für uns gibt es da keinen Schritt zurück, denn jeder Schritt zurück ist ein unglaublicher Verlust für dieses Saarland, jeder Schritt nach vorne ist ein unglaublicher Gewinn und deshalb werden wir genau so weiterarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Oppositionsfaktionen.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die SPD-Landtagsfraktion Frau Abgeordnete Isolde Ries.

Abg. Ries (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Viele Menschen leben die Grenzregion und leben in der Großregion, das ist heute Morgen schon mehrfach betont worden. 200.000 Menschen pendeln täglich nach hüben und drüben, essen hüben und drüben und arbeiten, genießen die Kultur und gehen einkaufen. Und dennoch - man will es nicht glauben - haben viele Menschen Angst vor diesem Koloss Europa. Oskar Lafontaine hat es angesprochen, viele Menschen fühlen sich fremdbestimmt. Man muss sich schon die Frage stellen, warum das so ist. Ich will es an einem aktuellen Beispiel festmachen, an der Stahlindustrie. Herr Minister Toscani hat in seiner Regierungserklärung den Ausschuss der Regionen angesprochen, als Schnittstelle zwischen europäischer und landespolitischer Ebene hat er ihn bezeichnet. Der AdR ist die Stimme der Regionen und Städte in der Europäischen Union. Das wurde im Lissabonner Vertrag bewusst festgelegt, um mehr Bürgernähe zu schaffen. Es findet zwar in Ihrer Regierungserklärung keine Erwähnung, Herr Minister Toscani, aber ich durfte als Berichterstatterin für Stahl im Ausschuss der Regionen eine Stellungnahme zu den Herausforderungen des Stahlsektors in der EU einbringen, und dort im Wirtschaftsausschuss - im ECON -, genau wie im Plenum, wurde diese Stellungnahme einstimmig verabschiedet, was keine Selbstverständlichkeit ist bei 28 verschiedenen Ländern.

Die Stahlindustrie ist ein bedeutender Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor und im Saarland hängen immerhin 22.000 Arbeitsplätze unmittelbar oder mittelbar von der Stahlindustrie ab. Viele Probleme, die den Stahlunternehmen und ihren Beschäftigten Sorgen bereiten, müssen auf europäischer Ebene gelöst werden. Diese Probleme entstehen in Europa und der Welt, sie sind nicht hausgemacht. Ich war diesen Montag, also vor zwei Tagen, zum wiederholten Male mit den saarländischen Stahlarbeitern unterwegs. Wir waren in Straßburg, weil am Montag die Reform der Emissionshandelsrichtlinie der vierten Handelsperiode diskutiert wurde. Heute, in einer Stunde, zwischen 12.00 und 13.00 Uhr, wird dazu die Abstimmung in Straßburg stattfinden. Unser Ziel in vielen Gesprächen, Demonstrationen und Stellungnahmen war und ist, deutlich zu machen, dass Stahl und Klimaschutz keine Gegensätze sind, sie müssen vielmehr in Einklang gebracht werden. Wir haben erreicht, dass die deutschen Sozialdemokraten einen Antrag zu Kuppelgasen eingebracht haben, der gerade für das Saarland besonders wichtig ist. Ich hoffe, dass er nachher eine Mehrheit finden wird.

Die Entscheidungen, die in Brüssel und Straßburg fallen zur Außenhandelspolitik, zum Anti-Dumping-Verfahren, zu niedrigen Zöllen, zur Marktwirtschaftsfrage bezüglich China, zum Emissionshandel etc. sind auch Entscheidungen über das Schicksal unserer heimischen Stahlindustrie. Europa muss gewährleisten, dass der Wettbewerb fair vonstatten geht. Klar ist: Auch der Beste kann nur Erfolg haben, wenn die Spielregeln eingehalten werden. Wettbewerbsfähige Unternehmen wie die saarländische Stahlindustrie dürfen nicht durch subventionierte und gedumpfte Importe vom Markt gedrängt werden. Das ist nicht akzeptabel und das ist auch geradezu absurd. Es hilft auch dem globalen Klima nicht, wenn die Stahlproduktion nach China oder in andere Drittstaaten verlagert wird und die umweltfreundlichsten Stahlwerke aus dem Saarland, Deutschland und Europa kaputt gehen. Es gibt ganz berechtigte Ängste und Zweifel bei den Stahlarbeitern, bei den Menschen im Saarland, ob das, was in Europa geregelt wird, für sie gut ist.

Viele Menschen ängstigen sich vor den Veränderungen einer immer größeren globalisierten Welt. Auch die Stahlarbeiter waren und sind der Meinung, dass die EU sie zu wenig schützt. Da müssen wir etwas tun, um deutlich zu machen, dass es auch anders geht. Aber Globalisierung ist kein Schicksal, in das wir uns ohnmächtig ergeben müssen, sondern Globalisierung lässt sich auch regeln, sozial, demokratisch und nachhaltig. Die Stahlarbeiter im Saarland, in Deutschland und Europa haben sich zur Wehr gesetzt. Sie haben das nicht einfach angenommen, sie haben für ihre Interessen gekämpft und haben einiges erreicht und können stolz darauf sein.

(Beifall der Abgeordneten Kolb (SPD).)

Sie haben erreicht, dass es in Zukunft ein Frühwarnsystem geben wird, schnellere Anti-Dumping-Verfahren, höhere Zölle, dass die „lesser duty rule“ ausgesetzt wird und weniger Klimaschutzabgaben anfallen. Mit solchen Aktionen macht man Europa begreifbar und erfahrbar. Von den Stahlarbeitern hat niemand gewusst, was der Ausschuss der Regionen ist, und heute weiß jeder, der im Stahlbetrieb arbeitet, was dieser Ausschuss bedeutet und was er für sie unternehmen kann. Das ist Politik gemeinsam mit den Menschen in den europäischen Gremien, und das sollten wir weiter wahrnehmen. So stellt man sich gegen den weit verbreiteten Mainstream des Europa-Bashings. Auch gerade aktuell, wo immer mehr Menschen den Glauben in die EU verlieren und einen Rückzug ins nationale Schneckenhaus wünschen, müssen wir das auch alle ernst nehmen. Deshalb ist es unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker, nicht nur davon zu reden - das ist schön heute Morgen, wir klopfen uns untereinander auf die Schulter -, wir müssen deutlich machen, dass die EU kein übermäßiges Gebilde ist, von dem

(Abg. Ries (SPD))

wir fremdbestimmt werden, sondern dass wir alle Teil dieser Europäischen Union sind, die Garant für Frieden, Freiheit, Sicherheit und Demokratie ist, und dass das keine Selbstverständlichkeit ist.

Es braucht einfach mehr Transparenz, damit die Menschen erkennen, wie das funktioniert, und es braucht mehr Mitwirkungsmöglichkeiten. Das müssen wir den Menschen vermitteln. Viele Menschen fühlen sich abgehängt und fremdbestimmt, der Brexit ist ein Beleg dafür. Ich hoffe, dass das ein einmaliger Beleg bleibt und nicht weitere Kreise zieht. Dabei brauchen wir gerade jetzt, besonders auch im Hinblick auf die Ereignisse in den USA, überzeugte Europäerinnen und Europäer. Es ist leichter, mit in den Chor derer einzustimmen, die über das angebliche Brüsseler Bürokratiemonster schimpfen und die EU zum Sünderbock für jede erdenkliche Fehlentwicklung machen. Wir brauchen Mitmacher statt Mitleufer, wir brauchen Mutmacher statt Miesmacher.

Eines ist mir besonders wichtig, das ist hier auch schon angesprochen worden: Wir dürfen nicht zulassen, dass uns die Populisten und Nationalisten vor sich hertreiben und sich die Verunsicherung der Menschen zunutze machen. Da sind wir als Europäerinnen und Europäer alle gefragt. Das geht nur, indem wir die berechtigten Sorgen und Ängste der Menschen ernst nehmen. Das bedeutet, wir müssen sie ernst nehmen in der Flüchtlingspolitik, wenn es um Arbeitsplätze geht, um die Verlagerung von Arbeitsplätzen von einem europäischen Land ins andere, wenn es um die Sicherheit geht, wenn es um die ganz persönlichen Probleme im Grenzbereich geht, aber auch bei der Maut. Das sollte uns umtreiben. Dieser Maut-Murks der CSU zieht nämlich neue Grenzen, das heißt, in Zukunft zahlen alle, die ins Saarland wollen, Eintrittsgeld. Ich freue mich, Herr Minister Toscani, dass Sie das Problem angesprochen haben. Sie sind aber auch Finanzminister, ich hätte mir gewünscht, dass Sie im Bundesrat für Sonderregelungen im Grenzbereich gestimmt hätten. Ich freue mich jedoch über den Sinneswandel und dass Sie jetzt gemeinsam mit uns für Ausnahmen kämpfen, auch wenn es nicht so aussieht, als würden wir obsiegen.

Unsere grenzüberschreitende Politik hat Modellcharakter. Das ist richtig. Arbeiten wir daran, dass die Menschen dies auch so sehen. Deshalb ist das Motto der Gipfelpräsidentschaft Luxemburgs, bei der auf mehr Bürgernähe gesetzt wird, das Richtige. Wir brauchen ein Europa der Bürger, wir brauchen ein Europa, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der Markt. - In diesem Sinne Glück auf!

(Beifall von der SPD.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die Landesregierung Frau Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer.

Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal ein herzliches Dankeschön an den Europaminister für die Abgabe der Regierungserklärung, in der er den Europabericht der Landesregierung vorgelegt hat. Ein herzliches Dankeschön an alle Kolleginnen und Kollegen für diese europapolitische Diskussion und die Art und Weise, wie wir die Diskussion miteinander geführt haben.

Sehr geehrter Herr Kollege Hilberer, Sie haben vollkommen recht: Was im Europabericht vorgelegt worden ist, ist vor allen Dingen das Ergebnis und die Zusammensetzung dessen, was viele Menschen in diesem Land gemeinsam im Sinne eines gemeinsamen Europas auf den Weg gebracht haben. Es ist das Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen auch und gerade hier im saarländischen Landtag und dies fraktionsübergreifend, im Ausschuss der Regionen und in der saarländischen Zivilgesellschaft. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall von den Regierungsfaktionen.)

Es ist heute Morgen in den Redebeiträgen vieles von dem dargelegt worden, was wir aktuell noch an Problemen haben und wie Zukunftsvisionen für unser Europa, insbesondere unsere Region aussehen könnten. Vom Fraktionsvorsitzenden der LINKEN Herrn Lafontaine ist dargestellt worden, aus welchen Wurzeln diese Region entstanden ist, welche Persönlichkeiten der Geschichte dazu beigetragen haben, dass das Saarland, dass die europäische Region, in der wir gemeinsam mit unseren Nachbarn und Freunden leben, das heutige Gesicht hat. Das ist vollkommen richtig so, denn Europa ist nicht auf einen Schlag entstanden, sondern die Idee von Europa war schon sehr lange in unserem Raum greifbar und hat über viele Jahrzehnte und Jahrhunderte - mit Fortschritten, aber auch mit Rückschlägen - der Umsetzung bedurft.

In die Reihen derjenigen, die Sie, Herr Fraktionsvorsitzender, erwähnt haben, möchte ich, wie auch Roland Theis es getan hat, Robert Schuman einbinden. Robert Schuman, ein Kind dieser Region, war wie im Übrigen auch Konrad Adenauer ein überzeugter Christ. Wenn wir in diesen Tagen so viel vom christlichen Abendland reden, dann wäre es für all diejenigen, die das Ganze fälschlich verwenden, wichtig, dass sie sich nicht an denen orientieren, die aktuell das Wort führen, sondern an Männern wie Robert Schuman oder Konrad Adenauer.

(Beifall von der CDU.)

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

Robert Schuman hat in seinem Schuman-Plan Folgendes deutlich gemacht: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlag herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Taten entstehen.“ - Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sollten wir gerade in der heutigen Zeit in all seinen Facetten beherzigen. Kollege Hilberer hat eben gefragt, was der „European Way of Life“ sei. Es ist genau die Tatsache, dass Europa noch nie in seiner Geschichte, nicht in der Gegenwart und hoffentlich auch nicht in der Zukunft die eine große Einheit war oder werden wird, in der ein Land dem anderen gleicht. Das ist nicht unsere Geschichte. Das ist weder unsere Gegenwart noch unsere Zukunft. Unsere Zukunft muss sein, dass wir diese Besonderheiten, die uns als Nationalstaaten, als Regionen ausmachen, in einem großen Ganzen verbindlich miteinander zusammenbringen. Wir wollen gemeinsame Ziele erreichen, wir wollen aber kein einfältiges Allerlei aus uns machen, in dem ein Land dem anderen gleicht. Sehr geehrter Herr Kollege Hilberer, dies unterscheidet uns von anderen Regionen in der Welt.

Wenn Sie fragen, was der „European Way of Life“ nun sei, dann kann ich nur Folgendes sagen: Es ist noch nicht so lange her, da hieß es aus Amerika, Europa sei „Old Europe“, mit dem man nichts anfangen könne. Ich sage Ihnen ganz offen und mit Blick auf die Entwicklungen in Amerika: Ich glaube, dass Zeiten kommen werden, in denen viele Menschen aus anderen Regionen dieser Welt, auch aus Amerika, froh sind und darauf setzen, dass es „Old Europe“ mit seinen Werten und Überzeugungen gibt. Dafür müssen wir kämpfen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ja, ich will für ein Deutschland und ein Europa kämpfen, die stolz darauf sind, dass sie Mauern niedrigerissen haben, und die nicht versuchen, Wahlen zu gewinnen, indem sie ankündigen, neue Mauern zu bauen. Ich will für ein Deutschland und für ein Europa kämpfen, von denen ich sagen kann: Ja, ich bin stolz darauf, dass hier in Frieden gleichberechtigte Menschen leben, egal, woher sie kommen, egal, welches Geschlecht sie haben, und vor allem egal, was sie glauben. Ich will nicht auf einem Kontinent oder in einem Land leben, wo die Frage, ob jemand einreisen darf oder nicht, davon abhängt, ob er oder sie aus einem Land kommt, in dem es mehrheitlich Muslime, Christen oder Juden gibt. Das ist nicht das Europa, das ich mir wünsche. Das ist nicht das Europa, das die Väter und Mütter Europas für uns alle vorgesehen hatten.

(Beifall von den Regierungsfraktionen und bei den Oppositionsfraktionen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wurde auch gefragt, wie wir es mit den Partnern um uns herum halten. - Ich will auch kein Europa, in dem diejenigen gleichberechtigte Partner oder Mitglieder sind, die ernsthaft national darüber diskutieren, ob sie die Todesstrafe wieder einführen. Solche Länder haben in der europäischen Gemeinschaft keinen Platz. Ehrlich gesagt fällt es mir auch schwer, einigermaßen unbefangen mit Nachbarn Europas umzugehen - egal, wie groß sie sind -, die sich nicht nur sehr leichtfertig über die Frage der territorialen Unverletzbarkeit von Grenzen hinwegsetzen, dies etwa mit Blick auf die Krim, ich tue mich auch schwer mit Ländern, die zunehmend eine gesellschaftspolitische Entwicklung nehmen, die man nicht anders als reaktionär beschreiben kann. Wenn ich mir anschau, dass in Russland zurzeit ein Gesetz diskutiert wird, in dem die Themen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt wieder zu Kavaliersdelikten degradiert werden, dann kann ich nur sagen, das hat mit den Werten Europas, wie ich sie verstehe, nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Starker Beifall.)

Ja, ich will ein Europa, das stark ist, das gemeinsam stark ist. Aber dieses Europa, das gemeinsam stark ist, muss dann auch alle in die Lage versetzen, ihre Stärken ausleben zu können. Was wir zurzeit an Krisen zwischen den europäischen Staaten erleben, kommt daher, dass es in den einzelnen Staaten Versäumnisse, Fehlentwicklungen und Probleme gegeben hat. Ich werde und will gar nicht verkennen, dass Griechenland seine schwierige Situation und Probleme wegen seiner Schuldensituation hat. Aber die Schulden drücken im Moment in der Zurückzahlung gar nicht. Was wir in Griechenland erleben, ist das Ergebnis einer politischen Klasse - das muss man so hart sagen -, die sich in den letzten Jahrzehnten vor allen Dingen durch Missmanagement und Korruption ausgezeichnet hat und die nicht in der Lage war, das Land so zu modernisieren, wie es eigentlich sein muss. Deswegen muss daran gearbeitet werden. Die Union und auch die anderen Länder müssen ihren Beitrag liefern, damit dies möglich ist. Das ist die Verantwortung, die wir gemeinsam in Europa haben. Der müssen wir auch gerecht werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Das müssen wir gerade hier in der Region durch ganz konkrete Arbeit tun. Isolde Ries hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es in Europa viele gibt, die an Europa vieles kritisieren, die aber oft gar nicht Europa meinen, sondern Entwicklungen im eigenen Nationalstaat. Wir sollten uns alle sehr selbstkritisch vor Augen führen, dass auch wir - und da ist keiner frei von Schuld - in der Vergangenheit häufig Dinge, die schwierig zu erklären waren, auf Brüssel geschoben haben, obwohl die Art und Weise, wie wir

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

sie umgesetzt haben, nichts mit Brüssel zu tun hatte, sondern mit Impulsen aus Berlin und auch im Bundesrat, nach dem Motto: „Was wir schon immer einmal bürokratisch regeln wollten, regeln wir jetzt, denn jetzt können wir die Schuld auf Brüssel schieben.“ Aber wenn wir das permanent machen - das haben wir beim Brexit erlebt -, wenn man permanent Brüssel zum Sünderbock für alles und jedes macht, kann man nicht am Tag der Abstimmung erwarten, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung voller Begeisterung hinter Brüssel, hinter Europa stellt. Das ist die Verantwortung, der auch wir uns stellen müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfraktionen und dem Abgeordneten Augustin (PIRATEN).)

Deswegen müssen wir hier Beispiele geben, damit die Menschen gerade in grenzüberschreitenden Regionen persönlich die Mehrwerte erleben und zu Botschaftern der gemeinsamen europäischen Zusammenarbeit werden.

Sehr verehrter Herr Kollege Ulrich - er ist im Moment nicht im Raum -, ich will nur eines sagen. Wir haben eine Situation, in der wir eine im Bundesvergleich stark zurückgegangene Jugendarbeitslosigkeit haben, in der wir Lehrstellen haben, die nicht besetzt werden können, weil uns die Bewerberinnen und Bewerber dafür fehlen. Gleichzeitig erleben wir, dass junge Menschen auf der französischen Seite nach einer solchen Ausbildung suchen, dass sie von Arbeitslosigkeit bedroht sind. In einer solchen Situation ist es doch nicht nur unser berechtigtes Interesse hier im Saarland, nein, es ist geradezu eine europäische Verpflichtung, es hier in der Grenzregion möglich zu machen, dass junge Franzosen im Saarland eine Ausbildung durchlaufen können. Wenn es in dem Zusammenhang noch eine Sprachbarriere gibt, ist es eben wichtig, dass diese jungen Menschen die Möglichkeit haben, ihre schulische Ausbildung in Frankreich, in ihrer Muttersprache zu absolvieren, dass wir die bürokratischen Hemmnisse, die sich hier stellen mögen, beseitigen. All das haben wir getan.

Ich bin hier ganz bei Frau Zieder-Ripplinger: Es geht nicht um die Frage, ob wir mit einem Schlag 50, 100 oder 500 in diese Ausbildung bringen. Jeder Einzelne, der diese Ausbildung macht und dadurch Arbeit in dieser Region findet, ist ein Beispiel dafür, dass Europa zusammensteht in der Umsetzung seines Versprechens, dass die jungen Menschen in Europa Zukunft haben, auch in dieser Region. Deswegen ist jeder Einzelne diese Anstrengung wert.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Genau dieser Punkt macht aber auch deutlich - und das hat der Kollege Lafontaine angesprochen -, dass es nicht damit getan ist, Regelungen zu ändern, bürokratische Hindernisse abzubauen. Wir

brauchen auch kulturelles Verständnis und kulturelle Übersetzungen. Solange wir nicht in Frankreich deutlich machen können, welche Qualität und welche Zukunftsperspektive in unserer dualen Ausbildung liegen, solange wir es nicht schaffen, französischen Jugendlichen und ihren Eltern ein Gefühl dafür zu vermitteln, wie sie das ins eigene Bildungssystem, ins eigene Wertesystem übersetzen können, solange werden wir nicht die große Zahl von Auszubildenden haben, die wir gemeinsam haben könnten.

Diese kulturelle Übersetzungsarbeit leisten am besten die jungen Menschen selbst. Jeder, der für seine Ausbildung von Deutschland nach Frankreich geht oder umgekehrt, jeder, der das macht und der anschließend - das sehen wir sowohl bei den Berufsabsolventen als auch bei den Absolventinnen und Absolventen etwa der Deutsch-Französischen Hochschule - mit mehrsprachiger Kompetenz auf den Arbeitsmarkt kommt, wird erleben, dass er wesentlich größere Chancen als diejenigen, die im rein nationalen Kontext ausgebildet werden. Deswegen ist dies eine wichtige Zukunftsperspektive für diese jungen Menschen. Je mehr junge Menschen wir mit dieser Perspektive versehen, desto eher können wir die kulturelle Übersetzungsarbeit leisten. Daran sollten wir arbeiten und wir sollten uns nicht entmutigen lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wir wollen, dass das Zusammenleben in unserer Region besser funktioniert. Es ist wie immer im Leben: Was funktioniert, wird als selbstverständlich hingenommen, als vollkommen normal. Was nicht funktioniert, wird natürlich gespürt. Ja, ich will ehrlich sein: Es funktioniert noch vieles nicht. Es gibt vieles, wo ich mir wünschen würde, wir wären schon größere Schritte vorangekommen. Das betrifft zum Beispiel das Thema der öffentlichen Personennahverkehre und der Anbindungen. Wir befinden uns nun einmal in einem Herzstück Europas, wir haben nicht so viele rein deutsche Nachbarn, wir haben vor allen Dingen europäische Nachbarn. Deswegen ist für die Frage, wie wir unsere Verkehre gestalten, nicht nur relevant, was Berlin darüber denkt, es ist auch relevant, was Luxemburg darüber denkt und was Paris in dieser Sache umsetzt. Deswegen müssen wir uns gemeinsam mit den Partnern in der Region aufstellen. Das ist schwieriger, das ist langwieriger.

Vorhin ist die Strecke nach Forbach angesprochen worden. Gerade dort hat der Eurodistrict eine große Studie in Auftrag gegeben, um die Wirtschaftlichkeit zu berechnen. Für europäische Projekte genauso wie für innerdeutsche Verkehrsprojekte gilt: Sie müssen eine gewisse Wirtschaftlichkeit erfüllen. Wenn das der Fall ist, können wir Schritt für Schritt an die Realisierung gehen. Ja, wir leben in einem vielfältigen Gebilde, das auch kompliziert ist, und für

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

manches braucht man eben länger, das gehört zur Realität dazu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Menschen in dieser Region wollen die bestmögliche Versorgung, die bestmöglichen Lebensbedingungen, und zwar in ihrer Nähe, vor ihrer Haustür. Da kann es nicht sein, dass die Frage der bestmöglichen gesundheitlichen Versorgung davon abhängt, wo dies im nationalen Kontext möglich ist. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass wir die Zusammenarbeit mit der SHG in Völklingen haben, dass klar ist, bei bestimmten Patienten und wenn Not am Mann ist, wird in Völklingen behandelt und nicht in Straßburg. Ich hoffe sehr - wir arbeiten im Moment mit aller Kraft daran und ich darf mich dafür auch noch einmal ganz herzlich bei der Generalkonsulin bedanken -, dass wir dies weiter umsetzen, Schritt für Schritt. Jeder, der schon einmal mit dem deutschen Gesundheitssystem zu tun hatte, weiß, wie schwierig es ist, alle Partner unter einen Hut zu bringen. Man kann sich dann vorstellen, wie zeit- und kraftraubend es ist, wenn man dies zwischen zwei nationalen Systemen bewerkstelligen muss. Wir dürfen aber nicht nachlassen und es gibt gute Beispiele. Wir haben Regionen in Europa, etwa zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden, wo das sehr viel besser und selbstverständlicher funktioniert als bei uns. Wir sollten deshalb hier als Großregion einmal von anderen Regionen in Europa lernen, weil wir dort Fortschritte sehen können.

Das Gleiche, meine Damen und Herren, gilt auch für das Thema Sicherheit. Terroristen und Kriminelle haben sich noch nie an nationalen Grenzen gestört. Es kann deshalb nicht sein, dass die Sicherheitsarchitektur an Grenzen aufgehoben wird. Das gilt auch für Grenzen zwischen Behörden und Zuständigkeiten. Das gilt für Grenzen zwischen Bundesländern, das gilt für Grenzen zwischen Bundesländern und Bund, das gilt auch für nationale Grenzen. Deswegen müssen wir alles dafür tun, dass in dem Maße, wie Kriminelle sich grenzüberschreitend bewegen, insbesondere die Sicherheitsbehörden ohne Probleme, ohne Hindernisse, ohne Grenzen zusammenarbeiten können. Genau das erwarten die Menschen von uns und genau dafür müssen wir uns einsetzen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wir müssen uns auch dafür einsetzen, dass in dieser Region die letzte Grenze fällt, die uns noch trennt. Ich erlebe es mit Blick auf meine drei Kinder in der eigenen Familie. Ich brauche da wenig zu erzählen über das Thema Europa als Friedenprojekt, denn meine drei Kinder sind in der glücklichen Situation aufgewachsen, dass sie Krieg und Auseinandersetzung nur vom Hörensagen und vom Geschichtsunterricht kennen. Meine drei Kinder sind als eine Generation aufgewachsen, die sich nicht mehr dar-

an erinnern kann, dass es Grenzkontrollen gegeben hat. Meine drei Kinder können sich nicht mehr daran erinnern, wie es war, wenn man von einem Land zum anderen gefahren ist und ständig irgendwo Geld wechseln musste, denn sie sind Kinder der Eurogeneration. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen alle, dass das keine Selbstverständlichkeit ist. Kollege Lafontaine hat eben geschildert, welch ein mühsamer Prozess es war, den Euro ins Werk zu setzen. Wir sind uns heute doch alle einig, dass wir uns, auch mit Blick auf das Thema Wirtschaftspolitik und anderes, mit dem Euro noch mehr Gemeinsamkeit gewünscht hätten. Mehr war damals sicherlich nicht umzusetzen, aber wir müssen das heute nachholen.

Wofür wir hier sorgen können, ist, dass eine der letzten Grenzen fällt, die es in unserer Region gibt, nämlich die Sprachgrenze, und das ist der Kern unserer Frankreichstrategie. Die Frankreichstrategie ist nicht nur mit Blick auf Frankreich, sondern auch mit Blick auf Luxemburg und Europa eine Strategie, die das Ziel verfolgt, dass hier eine Generation aufwächst, die sich selbstverständlich mit ihren Nachbarn verständigen kann, und zwar nicht in einer dritten Fremdsprache, nämlich in Englisch, sondern in der jeweiligen Nachbarsprache.

Es gibt hier in der Großregion Beispiele dafür, wie das gehen kann. Und das sind nicht nur die Luxemburger, sondern das ist insbesondere die Deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien, die einen sehr hohen Anteil an zweisprachigen Kindern hat, obwohl die wenigsten dieser Kinder in Französisch sprechenden Familien groß geworden sind. Man hat dort ein gutes Schulsystem entwickelt, dass das ermöglicht. Wir haben den Ansatz gewählt zu sagen, wir wollen Französisch sehr früh entwickeln. Deswegen ist es eine tolle Leistung, dass 40 Prozent der Kindertagesstätten im Saarland bilingual sind. Wir wollen diese Zahl in den nächsten Jahren massiv erhöhen. Es bleibt auch unser Ziel, dass daran ein Französischunterricht ab der ersten Klasse anschließt. Im Moment haben wir das ab Klassenstufe 3 flächendeckend, ab der ersten Klasse in rund einem Drittel unserer Grundschulen. Dafür brauchen wir entsprechende Konzepte und die entsprechenden zweisprachigen Lehrkräfte. Deswegen wird das nicht auf einen Schlag möglich sein, sondern Schritt für Schritt. Ich hoffe und wünsche sehr, dass auch der zukünftige Landtag die Landesregierung darin unterstützen wird, diese Dinge voranzutreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir die Sprachgrenze überwinden können, schaffen wir es vielleicht auch die gefährlichste aller Grenzen zu überwinden, nämlich die Grenze, die wir in unseren Köpfen haben. Beim Jubiläum des Schengener Abkommens in Schengen hat Jean-Claude Juncker mit Blick auf die, im Vergleich zu heute, noch relativ

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

schwach ausgeprägte nationalistische Diskussion gesagt, er wünsche sich eine kurze Zeit, in der die nationalen Grenzen wiederaufleben, damit die Menschen spüren, was sie sozusagen am Schengener Abkommen haben. Manchmal - und das ist nicht immer schön - wird aus einem Wunsch auch Realität. Wir haben in den letzten Monaten in Teilen Europas wieder eine nationale Grenzziehung erlebt. Aber die Hoffnung, die Jean-Claude Juncker damit verbunden hat, dass das selbstverständlich dazu führen würde, dass alle wieder den Wert von Schengen erkennen, diese Hoffnung ist bisher leider so nicht eingetreten. Deswegen ist es in der Tat richtig, dass wir diesen Europabericht in einer Zeit diskutieren, in der der Nationalismus in Europa wieder auflebt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird auch auf uns ankommen deutlich zu definieren, was es bedeutet, wenn man deutsche Interessen in einem europäischen Kontext definieren soll. Deutsche Interessen wahrzunehmen - und dazu sind wir verpflichtet -, das bedeutet auch, dass sich im Grunde genommen eine nationalistische Antwort darauf verbietet, weil sie alles andere als im deutschen Interesse ist.

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Wir hatten in diesen Tagen in Frankreich die Vorstellung des Wahlprogramms des Front National. In diesem Zusammenhang muss man sich einmal die aktuelle Situation der Landwirte im Saarland anschauen. Unsere Landwirte produzieren jetzt schon quasi Scholle an Scholle mit ihren französischen Nachbarn. Und es gibt jetzt schon Unterschiede, etwa bei der Besteuerung des Agrardiesels. Das macht bereits einen Preisunterschied für die Produkte aus. Aber wenn das Realität wird, was die extreme Rechte in Frankreich will mit Blick auf Strafzölle auf ausländische Produkte, dann bedeutet das für die Landwirte im Saarland, dass sie ihre Produkte wahrscheinlich nicht mehr direkt über die Grenze nach Frankreich liefern könnten, weil dann ihre Produkte erheblich teurer wären als französische Produkte.

Jetzt kann man sagen, das machen wir dann in einer Art Rückspiel genauso. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das in Zukunft die Wirtschaftspolitik in Europa sein soll, dann können gerade wir als exportorientierte Nation und gerade wir hier im Saarland mit einer Industriestruktur, die exportabhängig ist, uns ausmalen, wie viele Arbeitsplätze davon in Zukunft bedroht sein werden. Und wer sich nicht das Beispiel der Landwirte vor Augen führen will, der soll heute in der Saarbrücker Zeitung nachlesen, welche Diskussion bei Ford derzeit darüber geführt wird, was der Brexit für die Produktion im Saarland eventuell bedeutet. Kein Land in Europa ist so abhängig davon wie wir in Deutschland, dass es einen fairen Handel gibt, dass es offene Grenzen gibt. Deswegen liegen nationale Hindernis-

se und Hemmnisse eben nicht im nationalen Interesse, sondern sie sind das krasse Gegenteil davon.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Das ist auch der Grund, weshalb wir hier gemeinsam dafür kämpfen, dass es keine zusätzlichen Hürden gibt. Wir sind umgeben von Nachbarn, die wie etwa Luxemburg, keine Maut erheben oder wie Frankreich zumindest für gewisse Streckenabschnitte auch Ausnahmen von der Maut zulassen. Für diese besondere Situation des Grenzlandes Saarland haben wir mit Blick auf die Mautdiskussion auch in der Vergangenheit gekämpft. Ich darf daran erinnern, dass im ersten Durchgang des Gesetzes, so wie es verabschiedet worden ist

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Hoch erfolgreich)

und der EU-Kommission vorgelegt worden ist, im Ursprungsentwurf der Regierung vorgesehen war, dass eine Maut erhoben wird für Autobahnen und für Bundesstraßen. Wir haben damals gesagt, wir können als Grenzregion auf keinen Fall mitmachen, wenn Straßen wie Bundesstraßen, die auch von vielen Pendlern genutzt werden, von der Maut betroffen sind. Deswegen hat die Bundesregierung dies in dem ersten Gesetz, das verabschiedet worden ist, herausgenommen und wir reden jetzt nur noch über eine Maut für Autobahnen. Dann ist das Ganze der Europäischen Kommission zur Prüfung vorgelegt worden. Aus der Europäischen Kommission heraus ist mündlich mitgeteilt worden, dass es noch weitere Möglichkeiten gibt, Ausnahmen zuzulassen. Diese Möglichkeiten bestehen darin, dass man Streckenabschnitte aus der Mautpflicht herausnehmen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier sind wir ganz klar positioniert: Wenn es diese Möglichkeiten gibt, dann müssen diese Möglichkeiten auch genutzt werden. Wir reklamieren das nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern wir sorgen auch dafür, dass wir für diese Ansichten Verbündete im Bundesrat haben. Das ist der Grund, weshalb wir uns zusammen mit Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bei der ersten Frankreich-Konferenz dahingehend abgestimmt haben, dass unter Federführung des saarländischen Wirtschafts- und Verkehrsministeriums ein Vorschlag erarbeitet wird, der von Rheinland-Pfalz, von Baden Württemberg, von Nordrhein-Westfalen und auch von anderen Grenzregionen mitgetragen werden kann. Auf diese Weise kann man im Bundesrat deutlich machen, dass es eine Mehrheit von betroffenen Ländern gibt und dass diejenigen Länder, die an der Grenze liegen, das Thema Maut nur mitmachen werden, wenn es entsprechende Ausnahmeregelungen gibt. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind hier auf einem guten Weg, die Vorschläge sind in der Erarbeitung, die Gespräche mit den anderen Ländern laufen. Insofern macht die saarländische Landesregierung -

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

und zwar mit allen beteiligten Ministerien - ihre Hausaufgaben. Auch das will ich an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall von den Regierungsfaktionen.)

Kollege Hilberer hat eben gesagt, wir seien nicht der größte Teil Europas. Das stimmt. Wir sind 1 Million von vielen hundert Millionen. Aber ich möchte ein Wort aufgreifen, das der ehemalige Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft, unser Freund Karl-Heinz Lambertz, einmal geprägt hat. Er hat gesagt: Europa ist wie eine Patchwork-Decke. Über die Qualität einer solchen Decke entscheiden weniger die einzelnen Flecken, sondern die Haltbarkeit der Nähte. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind hier gemeinsam mit unseren Freunden in Luxemburg und Lothringen in Grand Est die entscheidende Naht, gemeinsam mit anderen Grenzregionen in Europa. Deswegen kommt es entscheidend auf uns an, es kommt entscheidend auf die Grenzregionen an. Wenn wir dafür sorgen, dass Europa alltagstauglich ist, wenn wir dafür sorgen, dass die Menschen ganz persönlich in ihrem Alltag erleben, dass dieses Europa funktioniert und ihnen Vorteile bringt, dann tragen wir dazu bei, dass Europa eben nicht mehr nur noch an einer anonymen Bürokratie in Brüssel festgemacht wird, sondern dass Europa für jeden Einzelnen ein persönliches Anliegen, eine Herzensangelegenheit wird, so wie es für viele in der Gründergeneration in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg war. In diesem Sinne: Lassen Sie uns gemeinsam an unserem Europa weiterarbeiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall von den Regierungsfaktionen.)

Präsident Meiser:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Nachwahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungsgerichtshofes des Saarlandes (Wahlvorschlag des Landtagspräsidiums Drucksache 15/2096)

Zu diesem Punkt darf ich herzlich den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs, Herrn Prof. Dr. Rixencker, begrüßen.

(Beifall des Hauses.)

Die sechsjährige Amtszeit des Mitglieds des Verfassungsgerichtshofes Frau Kerstin Herrmann wird morgen auslaufen. Ebenso ist die sechsjährige Amtszeit des stellvertretenden Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Herrn Thomas Caspar am 09.04.2017 beendet. Nach Art. 16 Abs. 1 der Verfassung des Saarlandes in Verbindung mit § 3 Abs. 1

des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof werden die Mitglieder und ihre Stellvertreter in geheimer Wahl ohne Aussprache mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages gewählt.

Die DIE LINKE-Landtagsfraktion hat Frau Rechtsanwältin Almuth Zempel als Mitglied des Verfassungsgerichtshofs benannt. Die SPD-Landtagsfraktion hat Herrn Thomas Caspar als Stellvertreter des ordentlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Frau Renate Trenz zur Wiederwahl benannt. Das Erweiterte Präsidium hat in seiner Sitzung am 09. Februar beschlossen, Ihnen diese Benennung als Wahlvorschlag zu unterbreiten, der Ihnen nunmehr als Drucksache 15/2096 vorliegt.

Ich darf zur Wahl noch auf Folgendes hinweisen. Ich bitte Sie, sich nach dem Namensaufruf in Raum 30 zu begeben, wo Ihnen zwei Wahlzettel mit Umschlag ausgehändigt werden. Die Wahlzettel sind in den Wahlkabinen auszufüllen und in dem Umschlag in die Urne einzuwerfen. Gültig sind nur die Wahlzettel, auf denen die Stimmabgabe im Kreis eindeutig gekennzeichnet ist. - Ich darf nun die Schriftführer bitten, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die Schriftführer rufen die Namen der Abgeordneten auf.)

Ich darf fragen, ob ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden ist. - Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Ich schließe die Stimmabgabe und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung der Stimmen zu beginnen.

(Die Schriftführer zählen die Stimmen aus.)

Ich gebe das Ergebnis bekannt, zunächst für Frau Zempel. Abgegebene Stimmen: 49, gültige Stimmen: 49. Davon stimmten 44 mit Ja, 4 mit Nein und es gab eine Stimmenthaltung. Das Ergebnis für Herrn Caspar. Abgegebene Stimmen: 49, gültig: 49. Davon stimmten 45 mit Ja, 4 mit Nein. Damit sind Frau Zempel als Mitglied und Herr Caspar als stellvertretendes Mitglied des Verfassungsgerichtshofs des Saarlandes mit dem erforderlichen Quorum von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages, nämlich 34, gewählt.

(Beifall.)

Da Sie sich vor ihrer Wahl schriftlich bereit erklärt haben, sich als Mitglied beziehungsweise stellvertretendes Mitglied des Verfassungsgerichtshofs zur Verfügung zu stellen, gehe ich davon aus, dass Sie die Wahl annehmen. Ich sehe Zustimmung. Ich darf Ihnen zu Ihrer Wahl die Glückwünsche des Hauses aussprechen.

Wir kommen damit zu Punkt 2 der Tagesordnung:

(Präsident Meiser)

Vereidigung des Mitglieds und des stellvertretenden Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs des Saarlandes

Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof leisten die Mitglieder und Stellvertreter vor Amtsantritt vor dem Landtag den Eid.

Wir kommen zur Vereidigung. Ich darf zunächst Frau Zempel bitten, zu mir heraufzukommen. Die Mitglieder des Hauses und die Zuhörer bitte ich, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich spreche Ihnen die Eidesformel vor: „Ich schwöre, mein Amt unparteiisch, getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohle des Volkes zu führen. So wahr mir Gott helfe.“ Es ist Ihnen freigestellt, den Eid mit oder ohne religiöse Beteuerung zu leisten. Ich bitte Sie, die rechte Hand zu erheben und die Eidesformel zu wiederholen.

Abg. Frau Zempel:

Ich schwöre, mein Amt unparteiisch, getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohle des Volkes zu führen. So wahr mir Gott helfe.“

Präsident Meiser:

Ich danke Ihnen.

(Beifall des Hauses.)

Ich darf dann Herrn Caspar zu mir herauf bitten. Ich darf auch Ihnen die Eidesformel kurz vorsprechen: „Ich schwöre, mein Amt unparteiisch, getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohle des Volkes zu führen. So wahr mir Gott helfe.“ Auch Ihnen ist freigestellt, den Eid mit oder ohne religiöse Beteuerung zu leisten. Ich bitte Sie, die rechte Hand zu erheben und die Eidesformel zu wiederholen.

Abg. Herr Caspar:

Ich schwöre, mein Amt unparteiisch, getreu der Verfassung und den Gesetzen zum Wohle des Volkes zu führen.

Präsident Meiser:

Ich danke Ihnen.

(Beifall des Hauses.)

Während noch gratuliert wird, darf ich unsere Sitzung unterbrechen. Wir setzen die Sitzung um 13.15 Uhr fort.

(Die Sitzung wird von 12.17 Uhr bis 13.19 Uhr unterbrochen.)

Vizepräsidentin Ries:

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich darf die anwesenden Kolleginnen und Kollegen bitten, ihre Plätze einzunehmen.

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Polizeigesetzes (Drucksache 15/2092)

Zur Begründung erteile ich Frau Abgeordneter Ruth Meyer das Wort.

Abg. Meyer (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe anwesenden Kolleginnen und Kollegen!

(Heiterkeit.)

Kein anderes Phänomen gefährdet die Freiheit und Sicherheit unseres Landes so sehr wie extremistische Bewegungen am rechten und linken Rand unserer Gesellschaft, aber insbesondere der islamistische Terror. Unter uns wohnen Menschen, von denen wir aus ihren Äußerungen auf offener Straße oder in den sozialen Netzwerken wissen, dass sie eine radikale Gesinnung haben. An der Veränderung ihrer Lebensgewohnheiten oder ihres Aussehens erkennen wir, dass sie eine derartige Gesinnung haben. Das kann eine Äußerlichkeit, eine vorübergehende Phase sein, das können aber auch tickende Zeitbomben sein, sogenannte Gefährder. Wir erwarten von unserer Polizei, dass sie diese Gefährder identifiziert, dass sie sie überführt und aus dem Verkehr zieht.

Der erschütternde Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt hat uns zuletzt brutal vor Augen geführt, dass eine freiheitliche Gesellschaft immer auch verwundbar ist, besonders wenn die Täter noch nicht einmal vor dem eigenen Tod zurückgeschrecken. Terror und Gewalt machen uns betroffen, aber sie dürfen unsere Gesellschaft nicht zerstören.

Jeder Demokrat muss dafür einstehen und durch sein Handeln deutlich machen, dass unsere Freiheit stärker ist als der Terror. Deshalb sind wir gerade jetzt gefordert, unsere Sicherheitsarchitektur sorgsam zu überprüfen und anzupassen und sicherzustellen, dass unser Rechtsrahmen fest genug gezurrt ist. Terror und Gewaltkriminalität fordern dabei gerade eine demokratische Gesellschaft besonders heraus, denn wir haben Freiheit und Persönlichkeitsrechte abzuwägen und bei jeder Maßnahme, die hierin eingreift, deren Verhältnismäßigkeit auszuloten. Aber zuallererst, meine Damen und Herren, lie-

(Abg. Meyer (CDU))

be Kolleginnen und Kollegen, haben wir unsere Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Die vorliegende Anpassung des saarländischen Polizeirechts ist dazu ein wichtiger Schritt im Konzert all der Maßnahmen, die zwischen Bund und Ländern derzeit in sorgsamer Abstimmung sind. Wenn wir dann Schlagzeilen wie die folgenden hören oder lesen, dann belegt das, dass unser Rechtsstaat dem Terror jedenfalls nicht machtlos gegenübersteht. Letzten Donnerstag etwa meldete SPIEGEL ONLINE: „Großrazzia in Göttingen - zwei Gefährder aus islamistischer Szene festgenommen“. Am 20. Januar war eine Schlagzeile der Berliner Morgenpost: „Polizei verhaftet mutmaßlichen Gefährder in Berliner Moschee“. Eine Woche zuvor wurde in Oberhausen ein 28-Jähriger fest- und in Abschiebehaft genommen, der als Gefährder eingestuft war und in dringendem Verdacht stand, Attentate in Deutschland zu planen. Wiederum eine Woche davor waren wir alle stolz, dass es unserer saarländischen Polizei gelungen war, einen mutmaßlichen Finanzbeschaffer der Terrormiliz „Islamischer Staat“ in Saarbrücken-Burbach zu verhaften.

In den weiteren Nachrichtentexten dieser Schlagzeilen findet sich dann häufig ein Satz wie dieser: Der Mann stand seit Längerem im Visier der Sicherheitskräfte, er verfügt über enge Kontakte in die islamistische Szene und wurde deshalb intensiv beobachtet. - Diese Beobachtungen sind ganz entscheidend und einerseits nötig, um ausreichend Beweise zu sammeln, um Hintergründe und Mittelsleute festzustellen und mit den so gewonnenen Erkenntnissen Gewalttaten zu verhindern, aber andererseits auch, um den geeigneten Zeitpunkt eines Zugriffs abzupassen und ihn nicht zu lange zu verzögern. Dieser nachvollziehbar schwierige Balanceakt ist unserem Staatschutz am 02. Januar dieses Jahres offensichtlich gut gelungen. Ich nutze sehr gerne die Gelegenheit, unserer Polizei für ihr umsichtiges und professionelles Agieren ausdrücklich Dank und Anerkennung auszusprechen.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Solch ein Ermittlungserfolg - das wissen wir - ist immer Ergebnis des Zusammenwirkens verschiedener polizeilicher Maßnahmen. Aber ein Ermittlungsinstrument, das bei den genannten Razzien und Festnahmen sehr erfolgreich zum Einsatz gekommen ist, ist die Observation, offen oder verdeckt. Beobachten darf die Polizei nicht erst, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat von erheblicher Bedeutung vorliegen - dann greift die Strafprozessordnung -, sondern bereits zur Gefahrenabwehr im Vorfeld solcher Straftaten. Hier stellt unser saarländisches Polizeirecht die Rechtsgrundlage dar.

Wir bringen heute auf den Weg, dass unsere Polizei in diesen Fällen konkreter Gefahr mehr Handlungsspielräume erhält. Wenn etwa der begründete Verdacht besteht, dass sich eine Person radikalisiert hat, wenn ein verurteilter Islamist seine Haftstrafe verbüßt hat und in Freiheit kommt oder wenn ein Tatverdächtiger, dessen staatfeindliche Gesinnung aktenkundig ist, mangels Beweisen aus der U-Haft entlassen werden muss, dann laufen auf unseren Straßen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit konkrete Gefährder herum, die wir nicht einfach so aus den Augen lassen dürfen. Dann erwartet unsere Bevölkerung völlig zu Recht von uns, dass sich der Staat, dass sich unsere Polizei ein möglichst umfassendes Bild davon verschafft, wie diese Personen mit hoch kritischer Gesinnung leben, welche Kontakte sie unterhalten, in welchem sozialen Umfeld sie sich bewegen, und sie damit Verdachtsmomente sorgfältig überprüft, um die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Da ist es gut zu wissen, dass für alle derzeit im Saarland registrierten Gefährder auch Observationsbeschlüsse vorliegen. Die Krux: Diese Maßnahme und jede Verlängerung nach § 28 Abs. 3 Saarländisches Polizeigesetz ist zurzeit auf eine Frist von drei Monaten begrenzt. Das ist die Zeit, die unserer Polizei verbleibt, um das Gefährdungspotenzial einer Person abzuschätzen und gegebenenfalls dafür Sorge zu tragen, dass sie aus dem Verkehr gezogen wird.

Dass dies außerordentlich schwierig ist und dass Zeit dabei ein ganz wesentlicher Faktor ist, hat nicht zuletzt der Fall Anis Amri gezeigt. Deshalb wollen wir die Höchstdauer einer längerfristigen Observation auf ein halbes Jahr verdoppeln. Für den Einsatz verdeckter Ermittler gilt dabei weiterhin die Zeit von maximal drei Monaten. Die gleichen Zeiten gelten übrigens dann jeweils auch für eine eventuelle Verlängerungsmaßnahme.

Meine Damen und Herren, Handlungsfähigkeit ist das Gebot der Stunde. Das heißt, wir müssen bundesweit und darüber hinaus einmütig und entschlossen agieren, mehr Erkenntnisse über Gefährder gewinnen und diese zuverlässig vernetzen, wenn wir im Kampf gegen terroristische Bedrohung langfristig erfolgreich sein wollen. Aber ich sage an dieser Stelle auch: Ich hätte mir gewünscht und es auch für erforderlich gehalten, dass wir heute mit der Anpassung unseres Polizeirechts weiter gegangen wären. Denn die Maßnahmen, die spätestens auch seit der Berliner Erklärung der CDU/CSU-Innenminister bundesweit diskutiert und erwogen werden, sind aus meiner Sicht und aus der Sicht meiner Fraktion genauso unverzichtbar, wenn wir unsere Freiheit angemessen schützen und Sicherheit gewährleisten wollen.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

(Abg. Meyer (CDU))

Wir brauchen insbesondere den Einsatz moderner Videotechnik zur Gesichts- und Kfz-Kennzeichenerkennung, etwa wenn es darum geht, an öffentlichen Orten Gefährder aufzufinden, die möglicherweise unterwegs sind, um Menschenleben auszulöschen. Ich darf aus einer der letzten Sitzungen des Innenausschusses zitieren. Da hat Harald Schnur, der Leiter des LPP 2 des Landeskriminalamtes, sinngemäß Folgendes gesagt: Das Instrument der Videoüberwachung spielt bei der Prävention und bei der Bekämpfung sowohl der Allgemeinkriminalität als auch des islamistischen Terrors eine große Rolle, die durch keine andere Maßnahme vollkommen zu kompensieren ist. - Wir brauchen also den Einsatz moderner Videotechnik, wir brauchen aber ebenso auch eine Ausweitung der Kommunikationsüberwachung. Das betrifft die Frist der Vorratsdatenspeicherung genauso wie die Ermöglichung von Online-Untersuchungen. Und wo der Datenschutz dem Opferschutz entgegensteht, etwa bei der überfälligen Vereinheitlichung der Datenbanken unserer Sicherheitsbehörden, müssen wir ihn überprüfen und gegebenenfalls neu justieren. Wer unsere demokratische Grundordnung gefährdet, muss wissen, dass wir bereit sind, sie mit allen dem Rechtsstaat zur Verfügung stehenden und mit ihm zu vereinbarten Maßnahmen zu schützen.

Das gilt natürlich auch für das Thema Personal. Ausdrücklich gehört die stete Sorge für eine gute Ausstattung der Polizei materiell wie personell dazu. Dafür haben in diesem Landtag CDU-Parlamentarier immer gestanden. In den letzten 17 Jahren wurden unter CDU-Innenministern mit 1.546 Polizeibeamten - im Schnitt 91 pro Jahr - dreimal so viele eingestellt wie in den 15 Jahren davor. Das waren 490, gerade mal 33 pro Jahr.

Sicherheitspolitik ist eben kein Saisongeschäft, bei dem man eben kurz vor Wahlen oder wenn es die aktuellen Entwicklungen erzwingen Positionen korrigiert und sich dann aber doch ziert, wenn es gilt, Fakten zu schaffen. Sicherheitspolitik braucht Kontinuität und Verlässlichkeit. Und sie muss sich an geänderte Situationen anpassen. Deshalb danke ich besonders unserem Innenminister, dass er in den letzten eineinhalb Jahren mit bislang fünf Sicherheitspaketen im Wert von insgesamt zusätzlichen 17,5 Millionen Euro Maßstäbe gesetzt und Handlungsfähigkeit bewiesen hat.

Meine Damen und Herren, der Rechtsstaat kann sich nicht sehenden Auges selbst Schutzoptionen verwehren; dann würde er grob fahrlässig handeln und eine Einladung an alle Gefährder aussprechen. Mit der Verlängerung der Observationsfristen setzen wir dagegen ein deutliches Zeichen. Durch eine systematische offene oder heimliche Beobachtung schränken wir ihre Bewegungsfreiheit ein und kön-

nen Informationen über ihre Pläne und Strukturen gewinnen.

Auch wenn wir als CDU gerne entschlossener herangegangen wären, so ist diese Vorlage doch ein wichtiger Schritt. Wenn die CDU die Regierung dieses Landes weiterführt, dann werden wir weitere Schritte gehen und zum Beispiel dafür sorgen, dass Videoüberwachung dort, wo Gefährdungspotenziale analysiert wurden, vorbeugend ausgebaut und nutzbringend eingesetzt werden kann. Wir wollen hierfür eine Rechtsgrundlage in unserem Saarländischen Polizeigesetz schaffen.

Die saarländische Bevölkerung muss wissen, dass wir unsere Sicherheitsbehörden gut ausstatten: mit wirksamen Befugnissen, ausreichend Personal und verlässlichem Rückhalt. Das soll und wird mit uns so bleiben. In diesem Zusammenhang steht auch diese Gesetzesnovelle. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung in der Ersten Lesung. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Ich danke der Berichterstatterin und eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Birgit Huonker von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. Huonker (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute in Erster Lesung die Änderung des Saarländischen Polizeigesetzes. Im Kern geht es darum, die Observationszeit von drei auf höchstens sechs Monate zu erhöhen. Die Kollegin hat es eben ausführlich dargestellt. Deswegen kann ich mich kurz fassen. Die Hürden dafür sind hoch. Es gibt nach wie vor einen Richtervorbehalt. Wir werden diesem Gesetzentwurf insoweit zustimmen.

Nichtsdestotrotz möchten wir die Anhörung abwarten und eventuell neue Erkenntnisse gewinnen. Grundsätzlich geht dieser Gesetzentwurf aufgrund der geänderten Sicherheitslage in die richtige Richtung. Wenn man aber die Sicherheit erhöhen möchte, muss dafür das notwendige Personal vorhanden sein. Wir wissen ja nicht, wie viele Gefährder es im Saarland gibt. Sind es einer, drei, 15 oder 20? Das wissen wir nicht. Dementsprechend muss man überlegen, woher wir das notwendige Personal dafür kriegen. Wird es aus anderen Organisationseinheiten abgezogen? Das alles wissen wir nicht. Wir erhoffen uns weitere Erkenntnisse aus der Anhörung im Innenausschuss.

Vorab möchten wir sagen, dass die Linksfraktion diesem Gesetzentwurf zustimmen wird. - Danke schön.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun Michael Neyses von der Fraktion die GRÜNEN.

(Sprechen.)

Abg. Neyses (B 90/GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Gesetzentwurf zur Änderung des Saarländischen Polizeigesetzes. Im Einzelnen geht es um den § 28 Abs. 3 Satz 2 und 3. Derzeit besteht bei längerfristigen Observationen und beim Einsatz einer verdeckten Ermittlerin oder eines verdeckten Ermittlers die Möglichkeit, eine Anordnung durch richterlichen Beschluss für drei Monate zu erhalten.

Wenn diese drei Monate nicht ausreichend sind, kann ein Antrag auf weitere Observation beziehungsweise der Einsatz von verdeckten Ermittlern wieder mit richterlichem Beschluss beantragt werden. Reicht dies immer noch nicht aus, kann dies auch mehrmals wiederholt werden. Wenn Gefahr im Verzug ist, muss die Anordnung sogar nur von der Behördenleiterin oder dem Behördenleiter getroffen werden. Diese muss dann innerhalb von drei Tagen von einem Richter validiert werden.

Sie wollen nun die Frist für eine längerfristige Observation von drei auf sechs Monate anheben. Das Prozedere, mehrmals einen richterlichen Beschluss einholen zu müssen und alle drei Monate die weitere Überwachung einer Person begründen zu müssen, kann mühsam sein. Daher werden wir den Gesetzentwurf auch nicht ablehnen. Aber bei vollständiger Ausnutzung des derzeitigen Rechtsrahmens bestehen unserer Ansicht nach ja auch jetzt schon Möglichkeiten, eine längerfristige Observation einer Person durchführen zu können.

Sie begründen eine Verlängerung auf sechs Monate damit, dass der Zeitraum von drei Monaten für eine längerfristige Observation in Einzelfällen zu kurz bemessen sein kann, da sich Gefährder über einen längeren Zeitraum gesetzeskonform verhalten. Auch wir begleiten die derzeitige Sicherheitslage kritisch. Nach den Terroranschlägen in Nizza oder Berlin und der sich generell seit Monaten verschärfenden Sicherheitslage in der EU fordern wir deshalb schon seit längerer Zeit eine deutlich verbesserte Personal- und Sachausstattung der Polizeibehörden.

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik. Mit Aktionismus und martialischem Gehabe kommen wir nicht weiter. Stattdessen müssen wir die Polizei in Land und Bund nachhaltig stärken. Angesichts der aktuellen Sicherheitslage sind die Anforderungen an die Beamtinnen und Beamten in der jüngeren Vergangenheit deutlich gestiegen. Die Saar-Polizei hat ihre Belastungsgrenze schon lange erreicht. Deshalb fordern wir schon seit Lan-

gem von der Landesregierung, jährlich mindestens 110 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter einzustellen, um mehr Einsatzkräfte in der Fläche zu haben und damit das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Die Ausbildungsstellen für Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter wurden zwar für 2016 und für dieses Jahr auf 110 Stellen aufgestockt. Aufgrund der aktuellen Sicherheitslage und aufgrund der Stellen, die nun zusätzlich für Videoüberwachung gebraucht werden, ist es aber fraglich, ob dies ausreichend ist. Tatsache ist nämlich, dass mit der Aufstockung auf 110 Ausbildungsstellen zurzeit lediglich der Stellenabbau der Jahre 2014 und 2015, als es 83 beziehungsweise 91 Neueinstellungen gab, kompensiert wird. Deshalb fordern wir nun, langfristig jährlich 120 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter einzustellen.

Aktuell ist eine verstärkte Videoüberwachung im Saarland geplant. Konkret sollen zunächst an der Johanniskirche zwei Videokameras installiert werden und später auf dem Bahnhofsvorplatz inklusive der Saarbahn-Haltestelle und Reichsstraße weitere Videokameras. Diese müssen aber überwacht werden, am besten von ausgebildeten Polizeibeamten. Jetzt soll die Dauer für die sehr personalintensive Observation erhöht werden. Wie viele Beamte braucht man denn für eine Observation über einen Zeitraum von sechs Monaten an sieben Tagen in der Woche und 24 Stunden am Tag? Kann das die saarländische Polizei überhaupt personell bewältigen? Das sind Fragen, die wir in der Anhörung im Innenausschuss stellen werden.

Was bedeutet denn konkret „Gefährder“? Was meinen Sie konkret mit Gefährderinnen und Gefährdern in der Gesetzesbegründung? Sind damit die sogenannten islamistischen Gefährder gemeint oder umfasst die Benennung beispielsweise auch Anti-Atom-Aktivisten, denn diese können auch als Gefährder definiert werden, wie eine Kleine Anfrage der DIE LINKE-Bundestagsfraktion an die Bundesregierung im November 2016 aufzeigt.

Das Problem ist, dass es derzeit keine rechtsstaatliche Definition des Begriffs „Gefährder“ gibt. Auf der Ministerpräsidentenkonferenz letzte Woche wurde auf Initiative von Baden-Württemberg angeregt, eine zwischen Bund und Ländern abgestimmte Definition des Begriffes eines Gefährders festzulegen. Es wäre deshalb gut, wenn es eine solche Definition schon geben würde, bevor der Begriff in die Begründung eines Gesetzentwurfs geschrieben wird.

Die Einstufung von Gefährdern erfolgt seitens der zuständigen Polizeibehörde. Als Gefährder bezeichnet die Polizei Personen, denen aufgrund ihrer extremistischen Gesinnung jederzeit erhebliche Straftaten, etwa Terroranschläge und Morde, zugetraut

(Abg. Neyses (B 90/GRÜNE))

werden. Legal definiert ist die Begrifflichkeit allerdings bislang nicht, wie ich bereits sagte. Sie gilt jedoch sowohl für Islamisten als auch für Rechts- und Linksextremisten. Islamistische Gefährder zu überwachen, bevor sie eine Straftat ausführen, ist sinnvoll. Die Frage ist, ob die drei Monate für die Observation ausreichend sind. Bei der Anhörung im Ausschuss werden uns die Anzuhörenden vermutlich diesbezüglich Informationen geben können.

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, handwerklich hat der Gesetzentwurf unserer Meinung nach noch einige Makel, uns stellen sich vor allem noch einige Fragen dazu. Wenn wir diese in der Anhörung erörtern können und unsere Fragen zu dem Gesetzentwurf danach beantwortet sind, dann sehen wir weiter. Wir verwehren uns diesem Gesetzentwurf nicht, weil auch wir die derzeitige Sicherheitslage kritisch beobachten. Aber wir wollen die Anhörung im Ausschuss abwarten, um uns abschließend positionieren zu können. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Oppositionsfaktionen und von der Abgeordneten Kolb (SPD).)

Vizepräsidentin Ries:

Herzlichen Dank. - Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der PIRATEN, Michael Hilberer.

Abg. Hilberer (PIRATEN):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich ist es ja eine sehr kleine Gesetzesänderung, die heute in den Landtag eingebracht wurde, und eigentlich habe ich nur ein paar sachliche Fragen, die für mich noch offen sind. Deshalb sah ich jetzt auch keinen besonderen Grund, dieses Thema mit Pathos am Pult zu vertreten, zumindest so lange nicht, bis die Kollegin Meyer es gemacht hat. Sie hat eben nicht nur einfach begründet, was hier Sachlage ist und warum es sinnvoller wäre, sechs Monate statt drei Monate für die Observation zu haben, sondern sie stellt sich hin und präsentiert sich als die Verteidigerin der Freiheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da muss ich Ihnen sagen: Freiheit schützt man nicht, indem man dieselbe entzieht! Hätte ich gewusst, Frau Kollegin, dass Sie hier aus Protokollen der nicht öffentlichen Innenausschusssitzung zitieren, hätte ich mir auch ein paar Stellen rausgesucht, die vielleicht einen etwas weniger gefärbten Überblick über die Gesamtsituation bringen als das, was Sie sich als Zitat rausgesucht haben. Trotzdem bin ich ein bisschen irritiert, dass wir die Lageeinschätzung der Polizei, über die ja sonst immer so hoch geheim im Innenausschuss berichtet wird, hier im Plenum darstellen können. Aber anscheinend ist das so, das kann man wohl machen.

Es stellt sich aber bei dem Gesetzesantrag, den wir heute diskutieren, die Frage, ob es wirklich notwendig ist. Wir haben jetzt die Möglichkeit, drei Monate lang Personen zu observieren im Zuge der polizeilichen Präventionsarbeit, nicht der Strafverfolgung, das haben Sie ja schon richtig dargestellt. Es besteht auch jederzeit die Möglichkeit, diese drei Monate nochmals um drei Monate zu verlängern. In Ihrer Begründung legen Sie eben nicht dar, warum das nicht ausreichend ist. Auch mich würde es sehr interessieren, was jetzt an sechs Monaten - ohne eine qualitative Änderung vorzunehmen, sondern nur eine quantitative von drei auf sechs Monate - den großen Fortschritt bringt beziehungsweise wie viele Gefährder, von denen Sie sprechen, uns bisher aufgrund dieser Dreimonatsfrist durch die Lappen gegangen sind, weil sich dann kein Richter gefunden hat, der das noch mal um drei Monate verlängern wollte. Das sind die spannenden Fragen an der Stelle.

Dann schreiben Sie in Ihrer Antragsbegründung den Gefährder hinein. Das ist momentan auch in aller Munde und es ist vom Wort her schon klar - Gefährder sind gefährlich -, dass man was tun muss. Im Polizeigesetz ist er natürlich gar nicht genannt. Wenn ich das hier richtig lese, ist es so, dass sich diese Observation auf jeden bezieht, bei dem Anhaltspunkte bestehen, dass er künftig Straftaten begehen kann, und auf Personen, bei denen Anhaltspunkte bestehen, dass sie mit einer der vorgenannten Personen bezüglich künftiger Straftaten in Verbindung stehen. Das ist schon ein sehr weit gefasster Begriff. Wenn Sie hier schon der Öffentlichkeit weismachen wollen, es gehe Ihnen um Gefährder, dann sollten Sie auch eine Einschränkung ins Gesetz reinschreiben und beispielsweise sagen, das ist eine Person, bei der es Anhaltspunkte gibt, dass sie Verbrechen gegen das Leben plant. Davor haben die Leute ja Angst, und das ist das, was Sie offensichtlich in der Öffentlichkeit darstellen wollen und wovor Sie die Menschen schützen wollen. Es ist für mich sehr offen, warum Sie das nicht machen und warum Ihre Begründung so weit von dem abweicht, was Sie im Endeffekt in diesem Gesetz ändern.

Trotzdem bin ich ganz beim Kollegen Neyses. Wenn es diese Anforderung gibt und wenn das Innenministerium sagt, dass wir ein akutes Problem haben, dass da eine Lücke ist, die geschlossen werden muss, werden wir uns im Parlament damit beschäftigen müssen. Auch ich bin dafür, dass wir eine Anhörung durchführen und uns die Argumente sehr genau anhören. Wir werden genau diese Fragen dann noch einmal stellen und hoffentlich eine bessere Antwort bekommen als bei dieser sehr dürfigen Gesetzesbegründung hier.

Erlauben Sie mir noch ein Wort. Wenn man sich als Vertreter der Fraktion, die immer noch am Abbau

(Abg. Hilberer (PIRATEN))

der Polizeistellen festhält - wenn auch jetzt mit einer Schuldenbremse-Bremse, also mit weniger Abbau als ursprünglich geplant -, die aber stattdessen Videoüberwachung will, die auch nicht ganz günstig ist, sich hier hinstellt als großer Vertreter von mehr Einstellungen bei der Polizei, finde ich das zumindest grenzwertig. Man stellt sich in eine Tradition, in die man eigentlich nicht gehört.

Zurück zum Gesetz. Wir werden uns bei diesem Gesetz enthalten. Wir werden im Ausschuss eine Anhörung beantragen und Experten benennen, weil ich diese Fragen für sehr wichtig und völlig ungeklärt halte. - Vielen Dank.

(Beifall von PIRATEN und B 90/GRÜNE.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Stefan Pauluhn.

Abg. Pauluhn (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es steht außer Zweifel, dass die Menschen, die bei uns leben, ob in Deutschland insgesamt oder bei uns hier im Saarland, einen sehr hohen Anspruch und mittlerweile eine sehr hohe Erwartungshaltung - vielleicht war sie nie höher als in den letzten Monaten - an die Gewährleistung der inneren Sicherheit haben. Die eine oder andere Debatte wäre vor zwei Jahren in diesem Haus gar nicht möglich gewesen oder mit Sicherheit vollkommen anders verlaufen als am heutigen Tag.

Auch dass wir in der vorletzten Sitzung dieser Legislatur als Große Koalition, als die Fraktionen, die diese Regierung tragen, ein Gesetz einbringen und im Ergebnis in der letzten Plenarsitzung dieser Legislatur wahrscheinlich ein Gesetz beschließen werden, das das Saarländische Polizeigesetz gravierend verändert, ist, wie ich finde, ein Ausfluss der Debatte und der Ereignisse der letzten Tage, der letzten Jahre - nicht nur bei uns, sondern auch im europäischen Kontext -, also von dem, was geschehen ist und was die Menschen bewegt. Ich finde es andererseits aber auch ein gutes Zeichen. Es beweist, dass diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen bis in die letzte Plenarsitzung hinein handlungsfähig sind, obwohl Wahlkampf ist. Es ist ein Zeichen in Richtung Bevölkerung, dass wir uns um die Probleme der Menschen und die Herausforderungen dieser Zeit bis zum letzten Tag der Regierungszeit intensiv kümmern.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Eigentlich könnte ich es in Ministermanier kurz machen und es in drei Sätzen sagen: Das Gesetz ist notwendig. Es zeichnet sich ab, dass es in Erster Lesung in diesem Haus eine breite Zustimmung bekommt. Es ist richtig, dass wir es machen. - Den-

noch will ich auf ein Argument eingehen, das Kollege Hilberer genannt hat und das mich auch beeindruckt hat. Er fragte, ob die Begründung ausreichend ist. Wir werden uns im Ausschuss, natürlich in einer Anhörung, damit befassen. Es muss dazu auch noch mindestens eine Sondersitzung des Innenausschusses geben. Wir werden uns darüber zu unterhalten haben. Das ist wichtig und richtig. Dem verweigert sich auch niemand, ganz im Gegenteil, wir aus den Regierungsfraktionen unterstützen Sie ausdrücklich darin, dass wir uns in einer Anhörung inhaltlich alles noch einmal genau erklären lassen und es - von mir aus - auch noch einmal aus oppositioneller Sicht auf den Prüfstand stellen.

Ich will aber die Motivation der Koalitionsfraktionen nennen und darlegen, warum wir der Auffassung waren, dass wir es gerade jetzt in den letzten beiden Plenarsitzungen vollziehen müssen. Sicherlich spielten in der Vergangenheit, in den letzten Jahrzehnten Observationen im Saarland nicht die große entscheidende Rolle, vielleicht spielten sie überhaupt keine Rolle im Hinblick auf terroristische Aktivitäten. Terroristische Aktivitäten sind ein neues Phänomen. Es ist keines, das wir in der Erwartung aufgreifen, dass irgendetwas geschehen kann, sondern das wir aufgreifen müssen, weil es tatsächliche Umstände auch bei uns im Land, in diesem sicheren Biotop Saarland, notwendig machen. Wir haben derzeit schon mindestens einen Gefährder in Observation. Nach den Altregelungen droht er, aus den Maßnahmen der Observation herauszufallen.

Wir können gerade bei terroristisch Aktiven oder auch zurzeit Inaktiven nicht darauf setzen, dass sie in der Ruhephase, in der sie sich vielleicht im Moment befinden, auf Dauer bleiben. Deshalb stellt die Bekämpfung einer terroristischen Bedrohung andere Anforderungen als früher. Deshalb ist es hilfreich, dass wir heute die Observationsmöglichkeiten in der Erstbeantragung von drei auf sechs Monate anheben und die weiteren zu begründenden, auch wieder von Gerichten zu bestätigenden Observationen bis zu maximal sechs Monate erweitern, was natürlich nicht heißt, dass es auch immer sechs Monate sein müssen. Sie erkennen daraus schon, dass man mit der neuen Regelung der Maximaldauer und der fortlaufenden Begründung erstens einmal die Schritte der Begründungsmuster nicht so eng fassen muss wie im alten Gesetz, was der Polizei sehr hilft. Gera de im Hinblick auf terroristische Aktivitäten stellt dies einen wichtigen Sicherheitsgesichtspunkt dar. Zweitens wird eine Gesamtobservation im ersten und zweiten Schritt schon für einen viel längeren Zeitraum möglich, als es bei dem alten Gesetz nach Beantragung möglich war. Dies waren die wesentlichen Gesichtspunkte für uns, zusammen mit dem Inneministerium und dem Anforderungsprofil, das aus der Mitte der Polizei formuliert wurde, zu sagen, dies müssen wir in dieser Legislative machen. Insofern

(Abg. Pauluhn (SPD))

unterstreiche ich, dass es notwendig ist, dies jetzt zu tun. Es ist auch ein notwendiges Signal zum Thema innere Sicherheit und ein notwendiges Instrument für die Polizei in unserem Land. Deshalb ist es absolut richtig, es jetzt in einem ordentlichen parlamentarischen Verfahren zu tun.

Ich glaube auch, dass wir über das Instrument der Videoüberwachung weiter zu reden haben, Kollegin Meyer. Dies ist ganz sicher so. Ich selbst bin da permanent mit Klaus Bouillon im Austausch. Wir haben mehrfach darüber korrespondiert, was in der Zukunft notwendige Rahmenbedingungen zur Änderung sein werden. Wir sind uns genauso einig, dass wir die Ausweitung der Videoüberwachung nicht hopplapott machen können. Da ist sicherlich eine umfangreiche, große Anhörung nötig. Es aber jetzt noch ohne konkreten zeitlichen Druck in eine der letzten Plenarsitzungen in dieser Legislaturperiode hineinzupressen, erschien uns beiden - wenn ich das so sagen darf, werter Herr Minister - doch ein bisschen überzogen. Deshalb bin ich froh, dass wir uns darauf verständigt haben, diese Debatte in der neuen Legislaturperiode zu führen. Insofern tut die Große Koalition das, was notwendig und wichtig ist und was zu mehr innerer Sicherheit in diesem Lande führt. In diesem Sinne bin ich jetzt schon dankbar für die breite Zustimmung in diesem Haus.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Minister für Inneres und Sport Klaus Bouillon.

Minister Bouillon:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf mich den Ausführungen von Stefan Pauluhn vollinhaltlich anschließen. Ich bin auch froh, dass es so kurz vor Ende einer Legislaturperiode gelungen ist, die Dinge so zu betreiben, wie es heute geschieht. Wir haben aus Respekt vor dem Parlament darauf verzichtet, heute weiter gehende Anträge einzubringen, was weiche Ziele, Fußfesseln und andere Dinge angeht. Ich denke, damit sind weitreichende Konsequenzen verbunden. Wir wollen losgelöst von einer gewissen Hektik des sogenannten Wahlkampfes die Dinge in Ruhe und sachlich miteinander bereiten.

Was die heutige Änderung angeht, so ist sie der Wunsch aller Fachleute Deutschlands. Alle Kriminolisten und Leiter der AGs sagen uns, es ist ein deutlicher Unterschied in der Praxis, ob man drei Monate oder sechs Monate Zeit hat, ob man die Dinge verändern und verlängern kann oder nicht. Ich denke, die Tatsache, dass Menschen, die dieses Geschäft jahrzehntelang betreiben, dies intensiv wünschen, sollte für uns Rechtfertigung sein, es so, wie es heute getan wurde, einzubringen.

Was die Situation des Personalkörpers angeht, sollte unstrittig sein, dass wir in den letzten beiden Jahren mehr Köpfe eingestellt haben als in den 30 Jahren zuvor. Man kann natürlich über die Tarifangestellten und die 450-Euro-Verträge diskutieren. Eines wird aber in der Diskussion immer vergessen, und allein dieses Argument schlägt alle anderen Argumente tot: Wir haben jetzt schon für drei Jahre - natürlich wird das weitergehen - 30 Fälle von Lebensarbeitszeitverlängerung pro Jahr. Zu den 110 Personen, die wir einstellen, kommen also 30 voll ausgebildete Polizisten mit Erfahrung. Das zeigt, dass diese Koalition handlungsfähig ist. Wir reagieren. Das wird sicherlich auch nach der Wahl geschehen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. - Ich schließe die Aussprache.

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Inneres und Sport zu überweisen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 15/2092 unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 15/2092 in Erster Lesung einstimmig angenommen wurde. Zugestimmt haben CDU- und SPD-Fraktion sowie die Fraktion DIE LINKE. Enthalten haben sich die PIRATEN-Fraktion und die B 90/GRÜNE-Fraktion.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der PIRATEN-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Einführung einer Berichtspflicht des Ministeriums für Inneres und Sport gegenüber dem Parlament (Drucksache 15/2093)

Zur Begründung erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Michael Hilberer das Wort.

Abg. Hilberer (PIRATEN):

Vielen lieben Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir bleiben quasi beim Thema. Es geht darum, ob das Parlament beurteilen kann, was die exekutiven Organe im Bereich Überwachung tun. Uns geht es im Speziellen darum, uns den Bereich der Funkzellenabfrage, der sogenannten Stillen SMS und des IMSI-Catchers genauer anzuschauen. Das sind Überwachungsmaßnahmen, die unsere Polizei durchführen kann, die direkte Angriffe auf die Handys darstellen, auf die - wie man inzwischen sagen muss - kleinen mobilen Su-

(Abg. Hilberer (PIRATEN))

percomputer, die wir fast alle fast immer bei uns tragen.

Was machen wir, wenn wir diese Geräte bei uns tragen? Wir haben damit Ortungsgerät, Abhörwanze und Peilsender freiwillig jeden Tag in unserer Tasche. Das sind die technischen Möglichkeiten, die diese Geräte bieten. Da ist es nur natürlich, dass auch die Ermittlungsbehörden einen Drang verspüren, auf diese Daten zuzugreifen, weil es ihnen die Arbeit erleichtert beziehungsweise in manchen Bereichen die Arbeit auch erst möglich macht. Trotzdem stellt dies natürlich einen massiven Eingriff in den persönlichsten Lebensbereich dar, wenn der Staat durch diese Geräte auf die Kommunikationsdaten Zugriff erlangt.

Ich führe an dieser Stelle gerne - und werde das auch heute wieder tun - das analoge Pendant auf. Was wir uns digital herausnehmen, wie nahe wir dem Bürger auf die Pelle rücken, wäre im analogen Bereich völlig undenkbar. Stellen Sie sich vor, jeder von uns müsste ein kleines Büchlein mit sich führen, wo er einträgt, um wie viel Uhr er genau wo ist, und er würde sich überall, wo er vorbeigeht, einen Stempel abholen „Ja, da war ich“. Undenkbar, dass einer von uns ein solches Buch überhaupt führen würde, undenkbar, dass sich der Staat erdreisten würde, auf dieses Buch zuzugreifen. Beim Handy sieht es ganz anders aus. Diese Daten sind nun mal da. Es gibt Begehrlichkeiten, auf sie zuzugreifen. Entsprechend wird es auch gemacht und oft zu wenig hinterfragt.

Deshalb ist es umso wichtiger, hier ein ganz wichtiges verfassungsrechtliches Prinzip zur Geltung zu bringen, nämlich die Verhältnismäßigkeit und die Zweckmäßigkeit dieser Instrumente. Ist es angemessen, dass die Ermittlungsbehörden IMSI-Catcher, Stille SMS und Funkzellenabfrage einsetzen - auch in dem Umfang, in dem sie dies tun -, und führt es überhaupt zum gewünschten Erfolg? Sprich, hätte im Endeffekt die Ermittlung vielleicht auch problemlos stattfinden können, ohne dass dieses Instrument benutzt wird? Das sind die Fragen, die für uns als Gesetzgeber unglaublich wichtig sind.

Dabei geht es nicht nur darum, den Rahmen festzulegen, in dem das erfolgen darf; es ist ja im Gesetz schon so geschrieben und wir möchten das mit dieser Gesetzesänderung auch überhaupt nicht ändern. Es geht uns vielmehr um den Punkt parlamentarische Kontrolle, denn wir haben als Parlament natürlich die Aufgabe, die Exekutive zu kontrollieren, gerade auch bei solch extremen Eingriffen in den persönlichsten Lebensbereich.

Wie aber kann das Parlament die Regierung kontrollieren, wenn die statistischen Daten über den Einsatz und den Umfang des Einsatzes für genau diese Mittel fehlen? Wenn vor allem überhaupt keine Da-

ten über die Wirksamkeit erhoben werden? Das heißt, ich kann anhand der Daten nicht nachvollziehen, ob die Funkzellenabfrage im weiteren Verfahren, im Gerichtsprozess tatsächlich eine Rolle gespielt hat, ob es ein wichtiger Beweis war oder nur ein Indiz, was man vielleicht gar nicht gebraucht hätte. Alle diese Daten liegen im Moment nicht vor.

Wenn das Parlament sich dann auf Aussagen einer Regierung verlassen muss, die aufgrund von Einzelfällen argumentiert, ist das unbefriedigend. Auch wenn der Innenminister eben argumentiert hat, die Polizisten, die Menschen, die das jeden Tag machen, verlangen aus ihrer Erfahrung heraus eine längere Frist, dann, finde ich, ist das ein sehr schwaches Argument. Es ist ja verständlich. Natürlich, wenn es die Arbeit erleichtert, wollen die das haben. Aber das kann für uns ja nicht das Maß aller Dinge sein, denn wir müssen die Rechte und Freiheiten aller Bürgerinnen und Bürger in diesem Land beachten und nicht nur die Arbeitserleichterung für die Ermittlungsbehörden.

Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen ist, aber bei uns kommt jedes Jahr der Bauernverband vorbei und der hätte es natürlich sehr gerne, dass das Saarland für jeden Hektar, der bestellt wird, über die bereits gezahlten Subventionen hinaus zusätzlich Geld bezahlt. Das sind die Praktiker, die wissen, wie das in der Landwirtschaft läuft, und die verlangen das. Trotzdem stellen wir uns nicht hierhin und sagen: Okay, das kriegen sie natürlich. Die müssen ja wissen, ob das wichtig ist oder nicht. - Ich denke, man muss das auch vor dem Hintergrund sehen, dass man vielleicht nicht immer die richtige Zielgruppe befragt, wenn es darum geht, gesamtgesellschaftliche Gleichgewichte zu beurteilen.

(Beifall bei den PIRATEN.)

Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir unsere Arbeit tun. Dafür brauchen wir als Parlamentarier aber auch die Mittel. Wir möchten deshalb eine Berichtspflicht an das Parlament im Gesetz verankern. Es ist eine Kleinigkeit, aber unserer Meinung nach eine absolute Notwendigkeit. Sie geht auch über das hinaus, was Sie als Abgeordnete im Moment beispielsweise über eine kleine Anfrage erreichen können. Ich habe es vorhin schon kurz ausgeführt. Sie können über eine Anfrage nicht herausbekommen, wie es um die Wirksamkeit dieser Mittel bestellt ist, weil diese Daten nicht erhoben werden. In Zukunft soll das passieren. Allzu schwierig ist es nicht, man muss nur einen durchgängigen Datensatz machen.

Dass bisher Überwachungsinstrumente ohne eine explizite Berichtspflicht überhaupt ins Gesetz geschrieben werden, ist ein unerhörtes Versäumnis. Darüber müsste man sich eigentlich den ganzen Tag aufregen und fragen: Warum machen die Parlamente das überhaupt, warum schreiben sie das hier

(Abg. Hilberer (PIRATEN))

rein, ohne eine Berichtspflicht vorzusehen? Wie kann ich es den Bürgerinnen und Bürgern zumuten, eine solche Überwachung zu installieren, ohne dass es einen öffentlichen Bericht darüber gibt, in welchem Ausmaß dies geschieht?

Zum Glück ist dies zwar ein schlimmes, ein unerhörtes Versäumnis, aber ein Versäumnis, das wir heute hier bereinigen können, indem Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen. Es sind keine Gemeinheiten drin oder kleine Fallstricke dergestalt, dass wir irgendeines Ihrer geliebten Überwachungsinstrumente abschaffen wollten. Es geht tatsächlich nur darum, dass dieses Parlament in Zukunft einen ordentlichen Bericht darüber bekommt, was in diesem Land eigentlich passiert. Ich glaube, es sollte in unser aller Interesse liegen, dass es gerade in diesen sensiblen Bereichen eine sehr gute statistische Datengrundlage zur Beurteilung dieser Instrumente gibt.

(Beifall bei den Oppositionsfaktionen.)

Deshalb bitte ich Sie nochmals: Stimmen Sie dem Gesetzentwurf zu. Lassen Sie uns diese Gesetzgebung noch machen. Das schaffen wir bis zur nächsten Plenarsitzung noch problemlos. Wir können uns an das Saarländische Polizeigesetz dranhängen. Ich bin da absolut optimistisch, dass diese tollen Abgeordneten in diesem Parlament das hinkriegen. Es muss uns darum gehen, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Und da geht es nicht nur darum, Leib und Leben zu schützen, wie wir das vorhin diskutiert haben. Es geht auch darum, die Freiheiten und Grundrechte zu schützen, denn ohne die ist dieser Staat leider überhaupt nichts wert. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Oppositionsfaktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Christian Gläser von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Gläser (CDU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf Drucksache 15/2093, Gesetz zur Einführung einer Berichtspflicht des Ministeriums für Inneres und Sport gegenüber dem Parlament, will die PIRATEN-Landtagsfraktion, wie sie sagt, die für die Ausübung der parlamentarischen Kontrolle notwendigen Informationen erhalten. Durch die von Ihnen vorgelegte Änderung des Saarländischen Polizeigesetzes soll eine effektive Kontrolle anhand genauerer Informationen erst ermöglicht werden.

Dabei gibt es bereits eine Berichtspflicht der Landesregierung. Diese findet in den Ausschüssen statt. Im Ausschuss für Fragen des Verfassungsschutzes, im Ausschuss für Inneres und Sport werden solche Berichte in unregelmäßigen Abständen erstattet.

(Abg. Hilberer (PIRATEN): Herr Kollege, es geht hier nicht um die Berichte in den Ausschüssen!)

Zuletzt geschehen am 17. November 2017 im Innenausschuss unter TOP 5: Bericht der Landesregierung über die Durchführung von Funkzellenabfragen durch die saarländische Polizei und den Verfassungsschutz. Ein Antrag der PIRATEN-Landtagsfraktion.

(Zuruf.)

Dort wurde uns darüber berichtet, dass in 2016 insgesamt 365 richterliche Anordnungen zur Erhebung von Daten umgesetzt worden sind, davon nur eine nach dem Saarländischen Polizeigesetz, nach § 28b Saarländisches Polizeigesetz. - Das steht da übrigens falsch, auch im Protokoll, es ist nicht 28c, sondern 28b. - Davon hatten 154 die Erhebung von Funkzellendaten zum Inhalt. Der Verfassungsschutz hat überhaupt keine Funkzellenabfragen durchgeführt.

Am 18.12.2014 hatte der Abgeordnete Hilberer eine Anfrage zu Funkzellenabfragen im Saarland gestellt, Drucksache 15/1197. Auch die wurde umfangreich beantwortet. Zuvor, am 26.09.2014, hatte der Abgeordnete Ulrich in der Drucksache 15/1072 eine Anfrage zur Nutzung stiller SMS durch saarländische Behörden gestellt.

Sie sehen, es gibt also bereits eine Berichtspflicht gegenüber dem Parlament in seiner Gesamtheit und auch, wie die öffentlich einsehbaren Anfragen zeigen, der Öffentlichkeit gegenüber. Es gibt also keine geheimen, intransparenten Zahlen und Fakten. Wer anderes suggeriert, bemüht ein Stück weit neuamerikanisch gesagt „alternative Fakten“.

Vollmundig erklären Sie in Ihrer Presseerklärung, es werde höchste Zeit, die Überwachungsgesetze an Fakten auszurichten, ganz so, als gäbe es bei uns eine permanente unkontrollierte Überwachung aller überall. Meine Damen und Herren von den PIRATEN, zunächst muss man die Gesetzentwürfe, die man einbringt, an den rechtssystematischen Grundsätzen ausrichten und nicht nur an Fakten! Da haben Sie völlig versagt.

(Zuruf des Abgeordneten Hilberer (PIRATEN). - Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Fakten werden völlig überschätzt!)

Herr Ulrich, hören Sie doch einmal zu. Sie sind gerade erst gekommen und schon plärrn Sie dazwischen. Ich finde das unmöglich. - Im Saarländischen Polizeigesetz regelt der Landesgesetzgeber Gefahrenabwehrrecht. Das ist präventives polizeiliches Handeln. In der StPO hingegen regelt der Bundesgesetzgeber Strafverfolgungsrecht. Das ist repressives polizeiliches Handeln. Das Grundgesetz sieht vor, dass die Gesetzgebungskompetenz für die Strafverfolgung beim Bund liegt. Die Aufgabenwahr-

(Abg. Gläser (CDU))

nehmung bei der Gefahrenabwehr obliegt dem Land und wird vom Landtag im Saarländischen Polizeigesetz geregelt. Die Strafprozessordnung, also das repressive Handeln und das Saarländische Polizeigesetz, also präventives Handeln, müssen systematisch strikt auseinandergehalten werden, auch wenn die saarländische Vollzugspolizei im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung sowohl präventiv als auch repressiv tätig wird.

Und was machen Sie? Sie wollen im Saarländischen Polizeigesetz, also im Gefahrenabwehrrecht, eine Berichtspflicht sowohl für repressive strafprozessuale und gefahrenabwehrrechtliche Funkzellenabfragen, für die Einsätze von IMSI-Catchern und die Versendung sogenannter Stiller SMS verankern. Das ist - man kann es nicht anders sagen - grober Unfug. Da fehlen leider elementare Kenntnisse des polizeilichen Handelns.

(Beifall bei den Regierungsfaktionen.)

Auch hat der Bundesgesetzgeber mit den in der StPO festgelegten Berichtspflichten zur Telekommunikationsüberwachung die Materie abschließend geregelt. Für eine entsprechende oder gar weiter gehende Regelung im Saarländischen Polizeigesetz ist insofern überhaupt kein Raum. Wir sind schlichtweg dafür nicht zuständig. Auch die Funkzellenabfrage ist nach dem Saarländischen Polizeigesetz rechtlich überhaupt nicht möglich. Es gibt keine Rechtsgrundlage dafür. Das ist Ihnen gar nicht aufgefallen. Der Einsatz von IMSI-Catchern und die Versendung Stiller SMS finden ihren Grund hingegen in § 28b Saarländisches Polizeigesetz. Meine Damen und Herren, eine Berichtspflicht für etwas, was sich wie die Funkzellenabfrage im Saarländischen Polizeigesetz gar nicht findet und insofern gar nicht möglich ist, das ist etwas, was sich für mich und für die CDU-Landtagsfraktion, für die ich hier spreche, schlicht erübrigert.

(Beifall bei den Regierungsfaktionen.)

Auf weitere inhaltliche Ausführungen zu Ihrem Gesetzentwurf möchte ich verzichten. Es gibt offensichtliche weitere handwerkliche Mängel. So soll die parlamentarische Kontrolle gleichzeitig einmal als Vierter Abschnitt und einmal als Fünfter Abschnitt eingefügt werden. Aber lassen Sie mich einige grundsätzliche Anmerkungen machen, die sind mir wichtiger.

Eines möchte ich vorwegschicken: Ich kann Ihrem Gesetzentwurf dem Grunde nach sogar etwas abgewinnen. Das mag Sie erstaunen. - Sie lachen, aber hören Sie mir bitte einmal zu. So ist die Funkzellenabfrage eine der Strafverfolgung dienende Ermittlungsmaßnahme, mit welcher verdeckt die Verkehrsdaten, also die Umstände der Telekommunikation - und nicht die Inhalte - aller Mobilfunkteilnehmer erhoben werden können, die sich in einem bestimmten Zeitraum in einer näher bezeichneten Funkzelle in

einem Bereich mit einer Größe zwischen 100 Metern und einigen Kilometern innerhalb des Mobilfunknetzes aufzuhalten oder aufgehalten haben. Ziel ist es, hierbei zu bestimmen, welche Handynummern sich zu diesem Zeitpunkt in einem zu der Funkzelle gehörenden und nach Straßen, Plätzen oder Straßenzügen definierten Gebiet eingeloggt haben. So soll die Identität eines noch unbekannten, einer erheblichen Straftat Tatverdächtigen geklärt werden und mutmaßliche Straftaten aufgeklärt werden.

Die Gefahr beim Besuch einer Demonstration oder einer anderen öffentlichen Veranstaltung selbst zu einem Betroffenen zu werden, steigt also - Herr Neyses hat das Beispiel eben genannt. Natürlich steht die Funkzellenabfrage unter einem Richtervorbehalt, kann bei Gefahr im Verzug im Rahmen der Eilkompetenz jedoch auch durch die Staatsanwaltschaft selbst angeordnet werden. Im Gegensatz zu einer Telekommunikationsüberwachung nach § 100a StPO richtet sich die Funkzellenabfrage nicht nur gegen einzelne bestimmte Tatverdächtige, sondern unterschiedslos gegen alle in der Funkzelle anwesenden Mobilfunkgerätebesitzer, die Telekommunikationsdienstleistungen in Anspruch nehmen. Die Funkzellenabfrage ist also nicht individualisiert, sondern es werden sämtliche Verkehrsdaten erfasst, die in bestimmten Funkzellen zu einer bestimmten Zeit angefallen sind. Dies stellt einen einschneidenden, verdeckten Eingriff in diverse Grundrechte, vor allem aber in das Fernmeldegeheimnis nach Art. 10 Abs. 1 GG, dar. Die Eingriffsintensität ist sehr hoch, denn es handelt sich um eine verdeckte Maßnahme, was generell schwerer wirkt als offene Maßnahmen, da sich die Betroffenen dagegen nicht unmittelbar, sondern allenfalls rückwirkend wehren können. Die Anzahl der Betroffenen ist sehr hoch und die Funkzellenabfrage betrifft zu einem überwiegenden Teil unverdächtige und unbeteiligte Mobilfunkteilnehmer. Diese haben in der Regel keinen Anlass zu einem Tatverdacht gesetzt, riskieren aber dennoch, Gegenstand weiterer Ermittlungsmaßnahmen zu werden. Demgegenüber steht das Strafverfolgungsinteresse des Staates. Dieses ist bei der Verfolgung von erheblichen Straftaten zweifelsohne sehr hoch.

Ich fasse zusammen: Die Funkzellenabfrage ist ein intensiver Eingriff in eine Vielzahl von Grundrechten, welcher nur unter besonderer Berücksichtigung des Gebots der Verhältnismäßigkeit verfassungsrechtlich gerechtfertigt werden kann. In ihrem Umfang ist die Funkzellenabfrage sehr weitreichend, weil sie fast zwangsläufig immer unbeteiligte Dritte betrifft. Die verfassungsmäßige Ordnung lebt gerade davon, dass die Bürger sich ohne Angst vor staatlicher Überwachung dazu entschließen, ihre Grundrechte auszuüben.

Das ist ein wichtiges Wesensmerkmal unserer offenen Gesellschaft. Deshalb müssen Funkzellenabfra-

(Abg. Gläser (CDU))

gen hinreichende Grenzen gesetzt werden und insbesondere muss dem Gebot der Verhältnismäßigkeit zur Geltung verholfen werden. Es geht also bei der Funkzellenabfrage, aber auch bei dem Einsatz von IMSI-Catchern und auch beim Versenden von Stillen SMS wieder um zwei große Werte unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung: Es geht um Freiheit und um Sicherheit. Dort, wo es um den Wert der Freiheit geht, haben wir es mit dem Recht der Bürgerinnen und Bürger auf eine unkontrollierte freie Telekommunikation zu tun. Auf der anderen Seite, dort wo es um den Wert der Sicherheit geht, geht es um den Anspruch der Menschen auf eine effektive Strafverfolgung, um eine rasche Aufklärung und Ahndung von Verbrechen und darum, dass wir präventiv einen effizienten Beitrag dazu leisten, dass weitere Verbrechen erst gar nicht geschehen.

Das hatten wir schon einmal bei der Vorratsdatenspeicherung. In Artikel 6 der Europäischen Grundrechtscharta heißt es in einem Satz kurz und prägnant: Jede Person hat das Recht auf Freiheit und Sicherheit. - Es geht wie bei der Videoüberwachung um die schwierige Balance zwischen Freiheit einerseits und Sicherheit andererseits, gerade in dem schwierigen Feld der modernen und digitalen Welt. Diese Balance muss bewahrt werden und dazu brauchen wir klare Regelungen. Das heißt aber nicht, dass wir von vornherein auf solche Maßnahmen verzichten müssen. Deshalb wollen wir zum Beispiel auch mehr Videoüberwachung.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was mich an Ihrem Gesetzentwurf einmal mehr stört - abgesehen davon, dass er rechtssystematisch grober Unfug ist -, ist, dass Sie viel von Überwachung und von Verlust von Grundrechten sprechen. Aber an keiner Stelle sprechen Sie über Verbrechensbekämpfung oder Opferschutz. Das findet bei Ihnen in diesem Plenum überhaupt nicht statt. Viel Freiheit, null Sicherheit - das ist Ihr Credo.

(Zuruf.)

Ihre Anträge kommen einmal mehr nur auf einem Bein daher. Das passt leider zu anderem, was in diesem Hause von Ihnen kam, und zu Ihrem mitunter verqueren Verhältnis zu den Sicherheitsbehörden dieses Landes, wo Sie nur Überwachung und Überwachungsdruck sehen. Ich bin froh, dass viele Menschen in diesem Land in den Sicherheitsbehörden bei Polizei und Verfassungsschutz ihre schwere Arbeit für uns alle tun. Dafür sollten wir ihnen in erster Linie danken.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Sie schreiben zu Ihrem Antrag auf ihrer Homepage: Der Überwachungsdruck auf die Bevölkerung steigt immer weiter an. Die Geschichte lehrt uns, was technisch möglich ist, wird früher oder später umgesetzt.

(Abg. Hilberer (PIRATEN): Widerlegen Sie das einmal.)

Was Sie dabei völlig ausblenden, sind veränderte hochkomplexe Sicherheitslagen und der technische Fortschritt, den sich gerade auch Verbrecher zunutze machen. Und Sie blenden auch die Rolle des Opferschutzes in unserer modernen Gesellschaft völlig aus. Wer sich permanent so geriert, als ginge die erhebliche Bedrohung in dieser Gesellschaft von den Beamten in den Ermittlungsbehörden aus und von unseren Polizisten und Polizistinnen, die ihre Aufgaben zum Schutze des Rechtsstaates erfüllen und nach rechtsstaatlichen Vorgaben handeln, anstatt von kriminellen Verbrechern und Terroristen, die die Sicherheit und die Freiheit bedrohen, der hat eine verquere Sicht auf unseren demokratisch legitimierten und von Gewaltenteilung geprägten Rechtsstaat und unsere Sicherheitsbehörden. Auch Sie sollten verstehen, dass es bei den beschriebenen Ermittlungsmaßnahmen im Rechtsstaat und unter den Bedingungen des Rechtsstaates es eben nicht - wie Sie sagen - um immer ausgefeilte Methoden der Überwachung geht, sondern um effiziente ermittlungstaktische Maßnahmen, die der Verbrechensbekämpfung und dem Opferschutz dienen.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wer sich unter den Bedingungen des Rechtsstaates damit so schwertut, der hat nicht verstanden, dass Freiheit ohne Sicherheit nicht dauerhaft gewährleistet werden kann.

Wir leben gerne in der demokratischen offenen Gesellschaft, müssen sie aber täglich wertschätzen und uns dafür einsetzen. Wir wollen in Frieden und Freiheit leben in einer offenen und toleranten Gesellschaft. Das erfordert die wehrhafte Demokratie. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, sie haben ein Grundrecht auf Sicherheit in Freiheit. Das ist unser Credo und das unterscheidet uns von Ihnen.

Ja, die Maßnahmen bedingen auch GrundrechtseinigriFFE. Sie sind innerhalb rechtsstaatlicher Grundsätze aber gut für unsere Demokratie und für den Zusammenhalt unserer offenen Gesellschaft. Solange dies so wie zuvor beschrieben der Fall ist, sehe ich aus grundsätzlichen Erwägungen und nicht nur, weil der Gesetzentwurf rechtssystematischer Unfug ist, keinen Anlass zum Handeln im Sinne Ihres Gesetzentwurfes. Denn die parlamentarische Kontrolle ist weiter gegeben, es gibt eine Berichtspflicht gegenüber dem Parlament.

Die Kontrolle wurde in dieser 15. Legislaturperiode ausgeübt, auch dank Ihrer stetigen Bemühungen, das erkenne ich an. Dass Sie dies immer wieder ins Bewusstsein des Parlaments gerückt haben, ist nach meinem Dafürhalten durchaus ein Verdienst von Ihnen. Auch deswegen wird die parlamentari-

(Abg. Gläser (CDU))

sche Kontrolle auch in der nächsten, der 16. Legislaturperiode, weiter stattfinden. Sie und ich werden dem Parlament dann nicht mehr angehören, aber die Arbeit wird auch ohne uns weitergehen. Ich bin überzeugt davon, dass die Kollegen, die dem Parlament weiter angehören werden, die beiden widerstreitenden und in Korrespondenz zueinander stehenden Grundrechte Freiheit und Sicherheit in eine ebenso ausgewogene Balance bringen werden, wie dies bisher der Fall ist. Die CDU-Landtagsfraktion wird Ihren Gesetzentwurf ablehnen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe --

(Abg. Hilberer (PIRATEN): Spricht die SPD denn heute nicht mehr? - Zuruf des Abgeordneten Neyses (B 90/GRÜNE).)

Das kostet eine Runde. - Das Wort hat Michael Neyses von der Fraktion B 90/GRÜNE.

Abg. Neyses (B 90/GRÜNE):

Ich wundere mich doch etwas, dass die SPD heute zu diesem wichtigen Thema keine Wortmeldung abgegeben hat. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! IMSI-Catcher, sogenannte Stille SMS und Funkzellenabfragen - die Vorredner haben es bereits angesprochen und erklärt, worum es geht. Die Strafverfolgungsbehörden haben dadurch im Rahmen von Ermittlungen die Möglichkeit, Mobilfunkdaten zu erfassen, Mobilfunkgeräte von Verdächtigen zu identifizieren beziehungsweise deren Standort festzustellen.

Kollege Hilberer hat es gesagt: Das Handy ist immer dabei, die Daten sind da. Das ermöglicht schon eine gute Identifizierung. Kollege Gläser ist auf die Strafverfolgungsinteressen in schwerwiegenden Fällen eingegangen. Die Handys ermöglichen natürlich durchaus eine Identifikation der Täter beispielsweise bei Einbrüchen. Wenn immer die gleiche Handynummer an Tatorten zu sehen ist, ist es schon möglich, Täter dadurch zu finden.

Allerdings - das muss man auch sagen - sind datenschutzrechtlich solche Techniken problematisch. Denn beim Einsatz werden auch Handynummern von unbeteiligten Bürgerinnen und Bürgern erfasst, wir haben es alle gelesen, 7,5 Millionen Datensätze in einem Jahr. Ich persönlich glaube, so viele Verbrecher können wir im Saarland gar nicht haben. Durch die vielen Zugriffe wird das Recht der Bürgerinnen und Bürgern auf informationelle Selbstbestimmung tangiert.

Herr Hilberer hat hier auch zu Recht die Frage gestellt, wo man diese Verfahren braucht und wo andere Verfahren genügen. Kolleginnen und Kollegen, wir halten es ebenfalls für wichtig, dass solche Einsätze transparent und überprüfbar bleiben, und um nicht mehr geht es bei diesem Gesetzentwurf. Daher halten wir die Forderung der PIRATEN-Fraktion, eine entsprechende Berichtspflicht des Ministeriums gegenüber dem Landtag gesetzlich zu verankern, für sinnvoll. Die Vergangenheit zeigt auch, dass aus Demokratien durchaus mal Diktaturen entstehen können. Man braucht nicht unbedingt in unsere Vergangenheit zu schauen, es reicht ein Blick in die Türkei, um zu sehen, wie schnell ein Überwachungsstaat entstehen kann.

Wenn man darüber nachdenkt, wird auch das Machtmisbrauchspotenzial von Überwachungsmaßnahmen deutlich. Zum Glück leben wir hier in einer funktionierenden Demokratie, und wir müssen alles dafür tun, dass es so bleibt. Wir werden dem Gesetzentwurf daher zustimmen.

Die Große Koalition hat ja eben klargemacht, dass sie es nicht für nötig hält, eine Berichtspflicht einzuführen. Daher haben wir GRÜNE uns notiert, dass wir uns in den nächsten Jahren im Ausschuss jeweils berichten lassen. Aber, Kollege Gläser, es ist nicht das Gleiche, einen Bericht im Ausschuss zu geben oder eine generelle Berichtspflicht gegenüber dem Parlament zu haben. Ich bitte daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, um Zustimmung zum Gesetzentwurf der PIRATEN-Fraktion. - Vielen Dank.

(Beifall von B 90/GRÜNE und PIRATEN.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende der PIRATEN Michael Hilberer.

Abg. Hilberer (PIRATEN):

Es ist ja schon entlarvend, dass man als Gegenargument versucht, hier Formalien zu monieren. Ich telefoniere kurz und bringe Ihnen einen Juristen, der sagt, dass das so geht. Ich halte das für eine Nebelkerze.

Aber gehen wir mal auf die scheinbaren Sachargumente ein. Sie sagen, ich könnte ja bereits jetzt als Abgeordneter einen entsprechenden Bericht anfordern. Das stimmt, aber Sie sollten die Antwort auf die von mir gestellte Anfrage, die Sie zitiert haben, einmal genauer lesen, zum Beispiel die Vorbemerkung der Landesregierung: „Da der mit der Beantwortung der Anfrage verbundene Arbeitsaufwand aufseiten der Polizei vor allem aufgrund der retrograden Betrachtung sehr hoch gewesen wäre und zu einer längerfristigen starken Einschränkung des operativen Dienstbetriebs geführt hätte, wurde im Einvernehmen mit dem Fragesteller die Vereinba-

(Abg. Hilberer (PIRATEN))

rung getroffen, dass die Polizei alle Funkzellenabfragen im Zeitraum 01.09.2013 bis 31.08.2014 erhebt.“ Es wurde also vereinbart, dass von einem bestimmten Zeitpunkt ab in die Zukunft die entsprechenden Daten erhoben würden. Das ist zugegebenermaßen nicht das, was man normalerweise bei kleinen Anfragen hat, aber ich wollte ja auch nicht die Polizei mit dieser Anfrage lahmlegen, sondern es ging mir tatsächlich darum, die Datengrundlage zu schaffen, damit dieses Parlament beurteilen kann, wie es mit Funkzellenabfragen im Saarland aussieht.

Übrigens war es dann kein besonders großer Aufwand für die Behörden, diese Daten im laufenden Betrieb aufzunehmen. Und diese Chance hätten wir auch, wenn wir es entsprechend im Gesetz verankern würden, weil man es dann eben nicht im Nachhinein betrachten muss und jemand noch mal alle Akten durchschauen muss, weil ein Abgeordneter das erfragt hat, sondern weil man von Anfang an eine Statistik führt und die dem Parlament zur Verfügung stellt. Die kann dann auch noch besser sein, was die Wirksamkeit angeht, ich hatte es in der Einbringungsrede schon kurz erwähnt. Dazu haben Sie offensichtlich nichts gesagt, denn die Wirksamkeit lässt sich natürlich nur beurteilen, wenn man so einen Fall von Anfang bis Ende verfolgt. Im Nachhinein ist das ein unglaublicher Arbeitsaufwand, aber während des laufenden Betriebs ist das gar kein Problem. Deshalb ist es auch so wichtig, dass das als Berichtspflicht im Gesetz steht. Deshalb brauchen wir diese Berichtspflicht!

(Beifall von den PIRATEN und dem Abgeordneten Neyses (B 90/GRÜNE).)

Dann haben Sie ein bisschen hin und her laviert, ob es eine Funkzellenabfrage gibt oder nicht. Ich glaube, im Endeffekt stand dann doch die Aussage, dass es eine gibt, was sich auch mit der Antwort der Landesregierung deckt.

Und dann packen Sie wieder die alte, konservative Lachnummer aus von wegen: Wer die Behörden kontrollieren will, der ist gegen die Polizei, der verhöhnt die Opfer. Also das ist jetzt wirklich unterste Schublade! Müssen wir das hier wirklich immer wieder diskutieren?

(Sprechen bei der CDU. - Zuruf des Abgeordneten Becker (CDU).)

Wir stehen genauso hinter der Polizei in diesem Land wie jede andere Fraktion auch. Wir haben immer wieder Verbesserungen für den Personalkörper der Polizei gefordert. Es gibt nur einen großen Unterschied: Wir haben nicht vergessen, dass es eine unglaublich große Errungenschaft ist, dass das Gewaltmonopol in diesem Staat bei der Polizei liegt, dass nicht jeder hier rumläuft und jedem eine runterhauen kann, wie er will, weil er das irgendwie toll fin-

det oder so. Wir haben vielmehr gesagt, das Gewaltmonopol liegt beim Staat.

(Zurufe von der CDU.- Abg. Strobel (CDU): Das braucht man nicht zu sagen. Das ist selbstverständlich.)

Aber mit dieser Ermächtigung des Staates geht natürlich auch eine große Verantwortung einher. Wir fordern nicht mehr ein, als dass wir jetzt in diesem speziellen Fall eine klare Statistik darüber erhalten, was das staatliche Handeln ist. Sie haben ja selbst festgestellt, welch gravierende Grundrechtseingriffe das sind. Da ist es wirklich nicht zu viel verlangt, darüber eine Statistik zu führen. Uns dann hinzustellen als Gegner der Ermittlungsbehörden und Freunde der Täter, das ist mir zu sehr unterste Schublade.

Noch ein Wort zum Opferschutz. Man kann halt auch Opfer staatlicher Willkür werden, das gab es sogar in der Bundesrepublik schon. Da würde ich mal den Ball ganz flach halten, Herr Kollege.

(Zuruf des Abgeordneten Becker (CDU). - Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Stefan Pauluhn.

Abg. Pauluhn (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will es ganz schnell machen. Ich wollte ursprünglich gar nicht mehr in die Debatte eingreifen, aber da in der letzten Phase der Eindruck erweckt wurde, als wäre - -

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Stefan, du kannst dir ruhig Zeit lassen.)

Ich kann mir in der Tat Zeit lassen, insbesondere wenn der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN sich die Ehre gibt, wieder anwesend zu sein, das war nicht bei jeder Debatte heute so. Insofern fühle ich mich geehrt, dass der Kollege Hubert Ulrich unter uns weilt. - Ich wollte mich gar nicht mehr melden, aber es ist gerade in den letzten Ausführungen von Ihnen, werter Kollege Herr Hilberer, der Eindruck entstanden, als würde durch die Ablehnung so etwas mitschwingen wie, wir hätten etwas zu verheimlichen. Ich finde, das ist falsch. Ich weiß auch, dass der von Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf systematische Fehler hat und dass man das, selbst wenn man es mit einer breiten Unterstützung untermauert ins Verfahren geben würde, auch mit einer breiten Anhörung, bei dieser kontroversen Lage sicherlich in dieser Legislaturperiode gar nicht mehr hinbekäme.

Ich habe einmal eine Einschätzung des Justizministeriums eingeholt, die ich vorlesen möchte: Zur Anordnung der Berichtspflichten bezogen auf den Einsatz von IMSI-Catchern, einer Maßnahme nach der

(Abg. Pauluhn (SPD))

Strafprozessordnung, fehlt dem Landesgesetzgeber bereits die Gesetzgebungskompetenz. Im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung sind die Länder durch Art. 72 Abs. 1 des Grundgesetzes von der Gesetzgebung ausgeschlossen, solange und soweit der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit durch Gesetze Gebrauch gemacht hat. Die Strafprozessordnung beinhaltet eine solche abschließende Regelung der polizeilichen Befugnisse gemäß § 6 EGStPO hinsichtlich der beim Bestehen eines Anfangsverdachtes im Sinne des § 152 Abs. 2 StPO einsetzenden Strafverfolgung. - In diesem breiten Einsetzungsbereich, wo die Kontrolle eigentlich durch Berichte ausgeübt werden müsste, fehlt uns die Gesetzgebungskompetenz. Und dann sprechen wir noch über Einzelfälle, zum Beispiel wenn ein IM-SI-Catcher bei einem Selbstmordgefährdeten eingesetzt wird, zum Schutz der Person, die einen Selbstmord plant. Ob es notwendig ist, gesetzgeberisch zu handeln, um eine Berichtspflicht für solche Einzelfälle nun auch festzuschreiben, wage ich zu bezweifeln.

(Beifall bei der SPD.)

Insofern denke ich, kann man mit guten Argumenten sagen, dass wir diesen Gesetzentwurf in Erster Lesung ablehnen.

(Beifall von der SPD.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Inneres und Sport zu überweisen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 15/2093 unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 15/2093 in Erster Lesung mit Stimmenmehrheit abgelehnt wurde. Dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen, dafür gestimmt haben die Fraktionen PIRATEN und B 90/GRÜNE, enthalten hat sich die Fraktion DIE LINKE.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tageordnung:

**Zweite Lesung des Gesetzes zur Zustimmung zum Zwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwanziger Rundfunkänderungsstaatsvertrag)
(Drucksache 15/2051)**

Zur Berichterstattung über die Beratungen des Gesetzentwurfes im Ausschuss erteile ich dem Ausschussvorsitzenden Herrn Thomas Schmitt das Wort.

Abg. Schmitt (CDU), Berichterstatter:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag des Saarlandes hat den von der Regierung eingebrachten und als Drucksache 15/2051 vorliegenden Gesetzentwurf zur Zustimmung zum Zwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwanziger Rundfunkänderungsstaatsvertrag) in seiner 56. Sitzung am 18. Januar 2016 in Erster Lesung angenommen und zur weiteren Beratung an den zuständigen Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien überwiesen. Der Gesetzentwurf dient dazu, die Zustimmung des Landes zum Zwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag herbeizuführen, die die Ministerpräsidenten der Länder im vergangenen Jahr abgeschlossen haben. Der Vertrag umfasst Änderungen des Rundfunkstaatsvertrages, des Deutschlandradio-Staatsvertrages und des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages. Neben redaktionellen Anpassungen im Rundfunkstaatsvertrag ist insbesondere hervorzuheben, dass im Deutschlandradio-Staatsvertrag die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zur Staatsferne der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten umgesetzt werden. Darüber hinaus erfolgt im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag eine Neujustierung bei der Aufteilung des Rundfunkbeitrages zwischen ARD, ZDF und Deutschlandradio.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien hat sich in seiner Sitzung am 26. Januar 2017 mit dem Gesetzentwurf befasst. Unter Zustimmung aller Fraktionen empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes in Zweiter und letzter Lesung. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Ich danke dem Berichterstatter und eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 15/2051 in Zweiter und letzter Lesung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 15/2051 in Zweiter und letzter Lesung einstimmig, mit den Stimmen aller Fraktionen des Hauses, angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der PIRATEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Freifunk-Initiativen als gemeinnützig anerkennen (Drucksache 15/2091)

(Vizepräsidentin Ries)

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Abgeordnetem Andreas Augustin das Wort.

Abg. Augustin (PIRATEN):

Danke, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bundesrat hat am vergangenen Freitag als Punkt 95 der Tagesordnung eine Vorlage der Länder Nordrhein-Westfalen und Thüringen behandelt und diese federführend an den Finanzausschuss verwiesen. Die Vorlage trägt den Titel „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung zwecks Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk“, Drucksache 107/17. Bei dieser Bundesratsdrucksache geht es um eine Klarstellung der Abgabenordnung hinsichtlich der Gemeinnützigkeit bestimmter Vereine. Es geht dabei um Freifunkvereine, also Vereine, die sich ehrenamtlich und ohne Gewinnabsicht engagieren, um möglichst flächendeckend Internet mittels Freifunk, vereinfacht gesagt mittels WLAN bereitzustellen. Sie versorgen auf diesem Weg oft Flüchtlingsunterkünfte mit Internet, arbeiten mit Berufsfeuerwehren, Freiwilligen Feuerwehren und anderen Hilfsdiensten zusammen, aber auch mit Kommunen, kommunalen Betrieben und kommunalen Eigenbetrieben. Bei dieser Öffentlichkeitswirksamkeit wird gerne die vereinsinterne Vermittlung von Wissen übersehen, Wissen über Netzwerktechnologie, die Funktionsweise des Internets insgesamt, Funktechnologie, Netzwerksicherheit, Ausfallsicherheit elektrischer Systeme und entsprechender Kommunikationssysteme und vieles mehr.

Für solche Vereine gab es in der Vergangenheit immer wieder Probleme hinsichtlich der Gemeinnützigkeit. Die Abgabenordnung ist dort nicht eindeutig und wird deshalb von den Finanzämtern unterschiedlich ausgelegt. Wegen der Vermittlung von Wissen, also beim Bildungsaspekt, werden solche Vereine manchmal als gemeinnützig anerkannt. Wegen angeblicher Konkurrenz zu professionellen Anbietern werden sie es manchmal nicht. Eine solche Konkurrenz ist faktisch nicht gegeben, aber das ist ein anderes Thema, vor allem muss man das dem jeweiligen Finanzamt immer individuell nachweisen. Letztlich haben die Länder Nordrhein-Westfalen und Thüringen das Thema deshalb in den Bundesrat gebracht, wo es nun in den Ausschüssen beraten wird; federführend ist der Finanzausschuss. Gemäß des im Bundesrat zu diskutierenden Änderungsvorschlags soll die Abgabenordnung so geändert werden, dass solche Vereine immer als gemeinnützig anerkannt werden. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, dem im Bundesrat zuzustimmen.

Generell, denke ich, sollte es das Ziel aller sein, Rechtsklarheit zu haben, also die Abgabenordnung so zu formulieren, dass zwei gleiche Vereine von

zwei unterschiedlichen Finanzämtern nicht unterschiedlich eingeordnet werden. Zu der Frage, warum man diese Vereine nun in dem Fall immer als gemeinnützig einordnen sollte, habe ich bereits ein paar allgemeine Dinge gesagt. Ich möchte aber noch auf die Situation im Saarland eingehen.

Hier hat die Regierung einen Digitalisierungsrat eingesetzt mit einem Digitalisierungsforum und dem Landtag in dieser Legislaturperiode schon mehrfach über den jeweils aktuellen Stand der Netzarbeit im Saarland berichtet. Es gab entsprechende Berichte vor allem im Finanzausschuss, aber teilweise auch in anderen Ausschüssen. Die sogenannten weißen Flecken auf der Karte, also die Bereiche mit nur sehr langsamem Internetzugang im Saarland, werden immer kleiner.

Gerade erst letzte Woche wurde im Digitalisierungsforum noch einmal darauf verwiesen, dass wir im Vergleich zu den anderen Flächenländern überdurchschnittlich gut dastehen. Das ist auch korrekt. Genau das ist aber die Voraussetzung für WLAN. Im Gegensatz zum Mobilfunk nützt mir das beste WLAN-Gerät nichts, wenn der Internet-Anschluss, an den ich es anschließe, sehr langsam ist. Wir haben dann einen Flaschenhals, und das ist nicht das WLAN, sondern der Internet-Anschluss. Aber gerade in einem Bundesland, wo die letzten weißen Flecken geschlossen werden und wir durchschnittlich eine ganz gute Netzarbeit haben, stellt sich dieses Problem nicht und wir könnten das tatsächlich nutzen. Wir würden deshalb überdurchschnittlich gut davon profitieren, wenn es in dem Bereich keine Probleme gäbe.

Dementsprechend bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag und bitte auch persönlich noch einmal die Landesregierung, sich diesem Thema im Bundesrat nicht zu verschließen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN sowie vereinzelt von LINKEN und GRÜNEN.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Abgeordnete Roland Theis von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Theis (CDU):

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Augustin, Sie sprechen mit Ihrem heutigen Antrag „Freifunk-Initiativen als gemeinnützig anerkennen“ ein gemeinsames Anliegen an. Davon bin ich jedenfalls im Vorfeld dieser Debatte überzeugt. Ich glaube, daran wird auch der Verlauf dieser Debatte nichts ändern. Dieses gemeinsame Anliegen aller Fraktionen im saarländischen Landtag lautet - ich will das einmal aus der

(Abg. Theis (CDU))

Vogelperspektive beschreiben -, die Chancen von Digitalisierung, die Chancen der digitalen Welt für möglichst alle überall dezentral und frei von Barrieren nutzbar und erschließbar zu machen, und zwar jenseits von Altersschranken, jenseits von technologischen Schranken, im Grunde genommen um Teilhabe zu ermöglichen, Teilhabe an den Möglichkeiten, die die Digitalisierung bietet.

Es ist völlig unumstritten, Kollege Augustin - das haben Ihre Ausführungen auch deutlich gemacht -, dass Freifunkinitiativen dazu einen wichtigen Beitrag leisten können. Das sind in vielen Orten spannende Bürgerprojekte, denn sie entstehen in der Zivilgesellschaft. Sie sind daher dezentral. Sie entstehen dort, wo Bedarfe bestehen, dort, wo wirtschaftliche Lösungen im ersten Schritt offensichtlich nicht zum gewünschten Ergebnis führen. Sie sind deshalb zu begrüßen. Viele Bürgerinnen und Bürger, auch aus meiner Partei - Sie haben das aus dem Hochwald bereits berichtet -, sind in solchen Initiativen unterwegs. In der Tat ist es dann auch eine Lösung für lokale Lücken, für weiße Flecken, so wie die weißen Flecken heute im Plenum des saarländischen Landtags, wenn ich mir das WLAN der heutigen Plenarsitzung anschau. Deshalb braucht es dafür in der Tat Lösungen und Freifunkinitiativen wie die Ihre. Freifunkinitiativen wie die, die Sie beschreiben, können solche Lösungen darstellen.

Es ist im Übrigen nicht nur eine Chance für diejenigen, die diese auf der Abnehmerseite nutzen, im Grunde genommen die Bürgerinnen und Bürger, die auf den Straßen und Plätzen in den Bereichen, die Sie beschrieben haben, diese Freifunkinitiativen nutzen, es sind auch Chancen für Verwaltungen, für Administrationen, für Unternehmen. Denn solche Initiativen ermöglichen auch den Zugang zu elektronischer Verwaltung, zu Angeboten von E-Government. Sie ermöglichen auch die Nutzung von lokalen Geschäftsmodellen, denn dort, wo in der Innenstadt freies WLAN verfügbar ist, können natürlich auch Unternehmen anders werben, können Unternehmen auch andere Dienstleistungsangebote machen, können Unternehmen Geschäftsmodelle entwickeln, die dann besser oder erstmalig funktionieren. Insofern haben Sie recht. Freifunkinitiativen bieten auch dort eine Chance, wo sie ohne diese nicht bestünden.

Das, was Sie in dem Antrag fordern, ist dennoch - darauf sind Sie ja eingegangen - eine komplexe Angelegenheit, denn das Recht der Gemeinnützigkeit, das ja zu einigen Vorrechten führt, die zu Recht begehrt sind, ist hochkomplex. Viele gute Anliegen in unserer Gesellschaft streben dieses Recht der Gemeinnützigkeit an. Daher wollen wir die Initiative, die an anderer Stelle gestartet wurde und die von Ihnen aufgegriffen worden ist, auch nicht ablehnen. Wir haben Ihnen ja im Vorfeld zugerufen, dass das gemeinsame Anliegen der freieren und besseren Nut-

zung der Chancen der Digitalisierung für uns alle so wichtig ist, dass wir uns mit dieser Thematik, mit der Gemeinnützigkeit von Freifunkinitiativen im zuständigen Ausschuss, im Finanzausschuss des saarländischen Landtages beschäftigen wollen.

Deshalb lehnen wir den Antrag heute nicht ab, sondern bleiben an der Thematik, an diesem gemeinsamen Anliegen durch eine Befassung im Finanzausschuss dran. Ich bitte dafür um Unterstützung. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Koalitionsfraktionen und den PIRATEN.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun die Abgeordnete Barbara Spaniol von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. Spaniol (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schon gut, dass zu diesem Thema die üblichen großkoalitionären Reflexe einmal nicht kommen und dass Zustimmung zu dem wichtigen Thema signalisiert wird. Das werden wir natürlich auch mitmachen. Es war aber vorher schon klar, würde ich sagen.

Vielleicht noch ein Wort grundsätzlicher Art zum Thema Digitalisierung. Es gilt allerorten das Gebot der Stunde. Die öffentliche Diskussion ist davon komplett beherrscht, die Veranstaltungen von A bis Z sowieso. Die Versorgung mit freiem Netz muss bei der Gestaltung einer digitalen Gesellschaft jedenfalls eine feste Rolle spielen. Davon kommt man gar nicht mehr weg. Da sind wir uns, glaube ich, einig. Deshalb können wir es uns als Gesellschaft im Ganzen überhaupt nicht mehr leisten, einzelne soziale Gruppen von diesen Chancen auszuschließen, denn es ist eine Tatsache - das muss man im Rahmen dieser Debatte immer wieder sagen -, dass nicht jede und jeder sich ein schnelles Netz einfach so leisten kann, wie es für viele von uns selbstverständlich ist.

Es gibt dazu auch ziemlich gute Blogs, wo das adäquat diskutiert wird. Aber eines scheint klar: „Bei freien WLAN-Zugängen leben die Deutschen im Internet-Mittelalter. Frankreich, China, Osteuropa,“ - so wurde der Bogen geschlagen - „überall gibt es unterwegs viel mehr Gratisnetz.“ - So eine Passage aus einem Zeitungsbericht der WELT vom letzten Jahr. Da kann man sagen, okay, das ist ein Jahr her. Es hat sich sicherlich seitdem viel getan, aber die Grundproblematik besteht nach wie vor.

Das Fehlen öffentlicher WLAN-Netze ist ärgerlich, nicht nur für Touristen, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger, die darauf angewiesen sind. Tatsache ist auch, das es ein Standort- und Wettbe-

(Abg. Spaniol (DIE LINKE))

werbsnachteil geworden ist. Auch das wurde ja eben angesprochen.

Es geht hier nicht auch - das muss man immer wieder sagen - um Luxuskommunikation, ganz im Gegenteil, es geht um digitale Teilhabe, Kommunikation und Gemeinschaft, also eigentlich ganz klar um öffentliche Daseinsvorsorge. Unterstützt werden damit nämlich - auch das wurde ja schon angesprochen - vielfach die zahlreichen Ehrenamtlichen im Land. Wenn man es mit der Unterstützung ernst meint, dann gehört der Freifunk dazu als Beispiel für modernes Engagement. Es ist ja schon fast eine Bürgerbewegung, die sich dafür einsetzt - das ist schon sehr spannend -, den eigenen WLAN-Anschluss sicher auch für andere zur Verfügung zu stellen. Es gibt zigfach diese Freifunkinitiativen für freies WLAN. Die wollen das ohne Hürden und ohne Abzocke. Das ist auch richtig und gut so.

In Berlin hat die rot-rot-grüne Koalition - die nennen das so - den Ausbau des frei zugänglichen WLAN Netzes durch die Schaffung weiterer Infrastruktur unter Einbezug von Initiativen von Freifunkern und Landesbeteiligungen vereinbart. NRW wurde schon genannt. Wir haben auch nach Niedersachsen geschaut. In Bremen ist die Diskussion im Moment in vollem Gange. Rheinland-Pfalz und Thüringen - überall wurde das Thema Bürgernetze stärken in den Fokus gerückt, ist längst angekommen und wird zum Teil auch entsprechend mit Landesmitteln gefördert. Das zeigt alles, dass es wirklich immer wichtiger wird, die Bürgerinnen und Bürger zu fördern, die sich zusammentun, um als Freifunker öffentlich zugängliche kostenlose WLAN-Hotspots zu schaffen.

Es gibt ja auch funktionierende Beispiele, das ist vorhin schon angeklungen. Gerade wenn wir in den ländlichen Raum blicken, in die Dörfer, so habe ich bei den PIRATEN zum Beispiel zum Thema Gisingen gelesen: „Ein ganzes Dorf funk frei.“ Das war im Februar letzten Jahres. Seitdem ist noch mehr gegangen. Aber das fand ich schon eine spannende Sache aus einem kleinen Dorf heraus. Freifunk ist in Gisingen bereits der Renner, heißt es da, und erfreut sich hoher Beliebtheit. Dem gibt es kaum etwas hinzuzufügen. Das ist ganz einfach so und das zeigt auch ganz deutlich, dass das Internet heute zu unserem Leben, zur Daseinsvorsorge dazugehört. Deshalb darf auch der Zugang zum Internet nicht in irgendeiner Art und Weise vom Geldbeutel abhängen.

Wie diejenigen ohne eigenes Konto größere Probleme haben, eine Wohnung zu finden, und diejenigen ohne eigenes Telefon es sicherlich bei der Jobsuche schwer haben, so sind diejenigen ohne Internet-Zugang in unserem gesellschaftlichen Leben oft aufgeschmissen. Das muss man einfach mal so sagen. Deshalb ist Freifunk für alle kein Luxus, sondern

längst eine zeitgemäße, umsetzbare Forderung. Und es ist gut, wenn sich Bürgerinnen und Bürger hier gegenseitig unterstützen. Man könnte sagen, Großes entsteht immer im Teilen. An dieser Stelle, finde ich, passt das ganz gut.

(Beifall von der LINKEN und den PIRATEN.)

Darum sollten auch die Vereine - der Kollege Augustin hat das ausführlich skizziert -, die den Ausbau von Bürgernetzen vorantreiben, auch als gemeinnützig anerkannt werden. NRW ist hier an erster Stelle im Bundesrat aktiv geworden. Auch das wurde eben zu Recht angesprochen. Aus unserer Sicht gehört auch eine gezielte Informationskampagne zum Werben für Freifunk dazu. Vielleicht kann man dann an dieser Stelle auch die letzten Bedenkenträger überzeugen.

Die Wirkung von alledem wird nicht sofort einsetzen, auch das ist klar. Aber ein gesunder Schub tut der Debatte und der Umsetzung sicherlich gut. Deshalb finden wir den Antrag heute gut und werden ihm natürlich zustimmen. - Ich bedanke mich.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat die Abgeordnete Pia Döring von der SPD-Landtagsfraktion.

Abg. Döring (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Betrachtet man die Entwicklung von Kommunikationstechnologien im historischen Kontext, so war die weltweite Vernetzung durch den Telegrafen zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine wichtige Triebfeder der Globalisierung. Der Zugang zu diesem frühen weltumspannenden Kommunikationsnetz stand theoretisch jedem offen, aber eben nur theoretisch. Um anno 1900 eine analoge Twitter-Nachricht mit 200 Zeichen in Form eines Telegramms von Hamburg nach New York per Morse-Code zu verschicken, musste man tief ins Portemonnaie greifen. Wer Zugang zum Telegrafennetz hatte, hatte Zugang zu Informationen und war damit klar im Vorteil.

Wie wir alle wissen, wurde das Telegrafensystem längst vom weltumspannenden World Wide Web, dem Internet, abgelöst. Die im 19. Jahrhundert begonnene Verkabelung der Welt wurde durch rasante technische Entwicklungen bis zum 21. Jahrhundert ausgebaut und ergänzt um ein Netz aus Glasfasern und orbitalen Kommunikationssatelliten. Die Verkabelung der Welt hat so zur Verwandlung der Welt beigetragen, die heute durch eine immer weiter voranschreitende Kommunikationsverdichtung ihren sichtbarsten Ausdruck in der Allgegenwärtigkeit des Smartphones findet.

(Abg. Döring (SPD))

Das Internet bestimmt vielleicht nicht zur Gänze unser aller Leben, es ist aber für viele Menschen zu einem alltäglichen Bestandteil geworden. Informationen und Wissen sind heute im Überfluss vorhanden. Ob Streaming-Dienste, Online-Banking, Einkaufen oder Kommunikation über soziale Netzwerke oder kostenlose Kurznachrichtendienste - jeder kann alle zur Verfügung stehenden Kommunikationsmittel nutzen. Ein freier Zugang zum Netz ist - zumindest in den demokratischen Staaten - für alle Bürgerinnen und Bürger vorhanden. Auch die Kosten für einen Internetzugang sind überschaubar geworden.

Wie die PIRATEN-Landtagsfraktion in ihrem Antrag schreibt, ermöglicht „der freie Zugang und die flächendeckende Verfügbarkeit von Internet eine Teilhabe an der Informations- und Wissensgesellschaft“, das ist richtig. Und das Stichwort, auf das es meiner Meinung nach ankommt, heißt Digitale Teilhabe. Die Digitalisierung der Gesellschaft wirkt auf alle Lebensbereiche und betrifft alle. Sie bietet Chancen, ermöglicht mehr Barrierefreiheit und Transparenz in den politischen Strukturen. Sie schafft mehr Teilhabe. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben seit fast 150 Jahren für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gekämpft. Das werden wir auch in Zukunft tun - in der realen und auch in der virtuellen Welt.

Der Ausbau muss vorangetrieben werden, um unsere Dörfer und Städte und vor allem unsere mittelständischen Betriebe mit schnellem Internet zu versorgen. Wir begrüßen ausdrücklich Initiativen, deren Ziel es ist, ein kostenloses freies Kommunikationsnetzwerk aufzubauen, zu unterhalten und zu erweitern. Die Idee hinter den Freifunk-Netzen ist ja, wie es der Name schon sagt, die freie und kostenlose Benutzung durch die Bürgerinnen und Bürger. Freifunk-Netze verfügen allerdings meist über geringe Bandbreiten und dienen eher einer Grundversorgung und nicht als Alternative zu leistungsfähigen Internetanschlüssen. Ein längst überfälliger Schritt war daher die Abschaffung der sogenannten Störer-Haftung, die nichts anderes als eine Bremse für den Ausbau von freiem WLAN war.

Die PIRATEN-Landtagsfraktion fordert in ihrem Antrag, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene in den zuständigen Bund-Länder-Gremien für eine umfassende steuerliche Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Vereinen zur Förderung des Ausbaus von Bürgernetzen einsetzt, wenn diese auch beziehungsweise ausschließlich WLAN-Netze aufbauen und unterhalten, aber hierbei keine kommerziellen Interessen verfolgen.

Die Landesregierung soll außerdem der aktuellen Bundesratsinitiative der Länder Nordrhein-Westfalen und Thüringen vom 02. Februar 2017 zustimmen, wonach mit einer Änderung der Abgabenordnung die steuerliche Anerkennung der Gemeinnützigkeit

von Freifunk erreicht werden soll. Der Gesetzentwurf der beiden Bundesländer sieht eine Ergänzung der Katalogzwecke des § 52 Abs. 2 Satz 1 Abgabenordnung vor. Danach soll die Steuerbegünstigung wegen Gemeinnützigkeit auch Freifunk-Initiativen in der Rechtsform einer Körperschaft, wie zum Beispiel Vereinen, eröffnet werden, wenn diese Kommunikationsnetzwerke aufbauen und unterhalten. Aus Wettbewerbsgründen soll dabei der Förderzweck auf unentgeltliche Tätigkeiten beschränkt werden.

Der Vorschlag der PIRATEN-Fraktion erscheint in der Sache zunächst grundsätzlich unterstützenswert. Vor einer abschließenden politischen Festlegung sollte aber eine eingehende steuerrechtliche und regionalakteurspezifische Prüfung vorgenommen werden. Steuerrechtlich betrachtet hätte es durchaus Charme, die Tätigkeit von Freifunk-Initiativen in die nach § 52 Abs. 2 Satz 1 Abgabenordnung begünstigten Katalogzwecke einer Körperschaft aufzunehmen. Hierbei stellt sich allerdings die Frage, ob die im Gesetzentwurf Nordrhein-Westfalens und Thüringens enthaltene Definition der zu begünstigenden Freifunk-Netze überhaupt rechtlich tragfähig und praktikabel ist.

Ich kürze meine Rede ab, weil schon vieles zu dem Thema von meinen Vorrednern gesagt wurde. Grundsätzlich halten wir Freifunk-Initiativen sowie auch viele andere Vereine für förderungswürdig.

Morgen wird im Finanzausschuss des Bundesrates der Entwurf eines „Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung zwecks Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk“ der Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Thüringen beraten. Wir schlagen daher vor, diese Beratungen abzuwarten und den Antrag der PIRATEN-Landtagsfraktion in den Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen zu überweisen. Basis für die künftige Befassung mit dem Thema Freifunk sollten somit die Beratungsergebnisse des Finanzausschusses des Bundesrates sein. Ich bitte Sie daher um Zustimmung für die Überweisung des Antrages der PIRATEN-Landtagsfraktion in den Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat der Abgeordnete Michael Neyses von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Neyses (B 90/GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Digitalisierung verändert unsere Wirtschaft, unsere Bildung und die Art, wie wir arbeiten. Unser kompletter Alltag ist betroffen. Worum geht es beim Thema Freifunk - frei und offen? Frei bedeutet, dass die Person, die

(Abg. Neyses (B 90/GRÜNE))

das WLAN benutzt, keine Gebühren zahlt. Offen bedeutet, dass es keine künstlichen Hürden gibt, um das Netz zu nutzen. Das heißt, man braucht kein Passwort und muss sich nicht registrieren.

Jeder von uns trägt mittlerweile einen Computer mit sich herum, zumindest ein Handy. Dort hat man oft keine Daten-Flatrate, sondern zum Beispiel einen Volumentarif. Wenn das aufgebraucht ist, ist man froh, wenn man irgendwo in der Stadt WLAN empfängt, um es im öffentlichen Raum nutzen zu können. Die Nachfrage nach einem solchen Angebot steigt ständig.

Kolleginnen und Kollegen, viele Menschen sind auch zuhause in der Lage, sich ein WLAN einzurichten. Auf die Fragen, wie man ein größeres Netzwerk einrichten kann und welche Hard- und Software dafür gebraucht wird, haben Freifunk-Initiativen in Deutschland eine Antwort. Das sind ehrenamtlich tätige und technikbegeisterte Menschen, die erklären können, wie solche Netzwerke funktionieren und wie man sie aufbauen kann. Dort kann jeder mithelfen, solche Netzwerke aufzubauen und somit Nachbarschaftsnetzwerke einzurichten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Freifunk ist Ehrenamt, Ehrenamt ist wichtig.

(Beifall bei den Oppositionsfaktionen.)

Durch diese Initiativen entsteht Medienkompetenz, die immer wichtiger wird. Freie Internetzugänge sind in Zeiten der Digitalisierung von hoher Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger. Offene Internetzugänge dienen dem Allgemeinwohl. Freifunk-Initiativen leisten einen ehrenamtlichen Beitrag beim Ausbau des flächendeckenden und kostenlosen Internets to go.

Freifunk-Initiativen sind mehr als nur Provider. Gera-de bei der Einrichtung und Verbreitung ihrer Netze verbreiten sie Wissen darüber, wie solche Netzwerke funktionieren und mit welcher Technik man sie betreiben kann. Abgesehen vom sozialen Engagement und mit der Einrichtung der Netze an vielen Orten erfüllen diese Vereine einen Katalogzweck der Abgabenordnung, nämlich die Förderung der Bildung. Auch fördern sie durch ihr Engagement die Medienkompetenz. Kolleginnen und Kollegen, wir sollten dieses ehrenamtliche Engagement anerkennen und würdigen. Dazu müssen wir diese Ehrenamtler fördern.

(Beifall bei den Oppositionsfaktionen.)

Die rechtlichen Hürden wurden bereits ausgeräumt. Die Störerhaftung ist glücklicherweise Geschichte. Der WLAN-Ausbau wird zurzeit auf allen Ebenen vorangetrieben, ob durch Fördermittel der EU oder durch rechtliche Schritte wie die Abschaffung der Störerhaftung. St. Wendel zum Beispiel unterhält in der Innenstadt fünf drahtlose Internetzugangspunkte

vom Schlossplatz über den Fruchtplatz bis zur Stadt- und Kreisbibliothek. Im nächsten Jahr soll zu dem im Freibad schnelles und kostenloses Surfen möglich sein. Die Kosten für das Projekt beliefen sich auf rund 1.200 Euro einmalig pro angeschafftem Hotspot und 25 Euro jährlich für Unterhaltskosten je Standort. Umgesetzt wird dies durch den Einsatz eines Internetdienstleisters als technischem Partner.

In der Altstadt von Saarlouis kann ebenfalls schon kostenlos gesurft werden. Initiator sind die Saarlouiser Stadtwerke, technischer Partner ist Intersaar GmbH. In Dillingen in der Stummstraße kann gesurft werden, auch in Saarbrücken und anderen Standorten. Ich glaube, jeder Abgeordnete hier im Raum kennt einen Standort in seiner Gegend, wo es inzwischen eine Möglichkeit gibt.

Freifunk-Initiativen, die das nicht gewerblich machen, sind aber auf Spenden angewiesen. Deshalb ist das geltende Recht für sie im Moment leider ärgerlich, denn für die Spender ist es derzeit nicht attraktiv, weil die Spende nicht steuerlich abgesetzt werden kann. Zurzeit haben vereinsgemäß organisierte Anbieter von kostenlosen öffentlichen WLAN-Netzen das Problem, dass sie von den meisten Finanzämtern nicht als gemeinnützig anerkannt werden. Deshalb ist die derzeitige Rechtslage diesbezüglich nicht mehr zeitgemäß. Sie muss den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen und entsprechend angepasst werden.

Kolleginnen und Kollegen, die PIRATEN möchten, dass die Gemeinnützigkeit von Freifunk-Vereinen anerkannt wird und in die Abgabenordnung aufgenommen wird. Das ist ein Vorhaben, das Unterstützung verdient und umgesetzt werden sollte, wie wir finden. An dieser Stelle freue ich mich, dass die Große Koalition den Antrag zumindest nicht ablehnt, sondern in den Ausschuss überweisen will.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch darum bitten, dass es nicht eine Erste-Klasse-Beerdigung in den Ausschuss wird, sondern dass er dort wirklich behandelt wird, anders als bei manchen Anträgen in der Vergangenheit. Ich bitte darum, das Thema wirklich zu diskutieren. Das ist eine wichtige Sache, für die wir alle stimmen sollten. - Ich bitte um Zustimmung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Oppositionsfaktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Abgeordnete Andreas Augustin von der Fraktion der PIRATEN.

Abg. Augustin (PIRATEN):

Ich möchte noch eine kleine Schlussrunde machen und einige Dinge ergänzen. Eine Voraussetzung für Gemeinnützigkeit ist zum Beispiel die Überparteilich-

(Abg. Augustin (PIRATEN))

keit. Die Kollegin Spaniol hat eben gesagt, dass die PIRATEN in Gisingen recht aktiv waren, um das Dorf mit WLAN zu versorgen. Um nicht die PIRATEN alleine dastehen zu lassen, mache ich den kompletten Rundumschlag: In Wadrill hat der CDU-Ortsverband das Dorf umfassend ausgebaut und mit Freifunk versorgt. Kirkel mit einem SPD-Bürgermeister ist schon ganz gut dabei. Dort haben die freiwilligen Feuerwehren, die Jugendzentren, das Rathaus und diverse weitere Orte bereits WLAN. Am Freibad, das der Kollege Thul eben angesprochen hat, arbeiten wir noch. Dort war das Problem zuletzt, dass wir WLAN-Empfang genau in den Schwimmbecken hatten und nicht auf der Liegewiese. Das Umgekehrte wäre wünschenswert. Wir arbeiten daran.

(Heiterkeit und Sprechen.)

Die Gemeinde Schiffweiler hat im Gemeinderat beschlossen, in dem Bereich umfassend aktiv zu werden. In Lebach läuft das Ganze über die Stadtwerke und nicht über die Gemeinde selbst. Aber auch dort gibt es entsprechende Bestrebungen, die öffentlichen Plätze zu versorgen. Es muss nicht gerade ein kompletter Ortsverband oder etwas Ähnliches sein. Zum Beispiel hat auch der MdB der LINKEN, Thomas Lutze, in seinem Wahlkreisbüro Freifunk und außerdem die GRÜNEN-Landesgeschäftsstelle. An der Stelle kann ich sagen, dass es ein überparteiliches Projekt ist. In diesem Sinne steht das der Ge meinnützigkeit nicht im Weg. - Ich muss noch eine Sache des Kollegen Neyses korrigieren.

(Abg. Neyses (B 90/GRÜNE): Sowas!)

Ja, es ist halt so. - In dem Moment, in dem man das Datenvolumen des Mobilfunkvertrags aufgebraucht hat und nach einem WLAN sucht, hat man schon das Problem. Umgekehrt wird doch ein Schuh daraus. Wenn man flächendeckend WLAN hat, wird das Datenvolumen gar nicht erst aufgebraucht. Deshalb ist es so wichtig, dass man nicht an ein oder zwei Stellen WLAN hat, wo man hinpilgern kann, wenn man kein Datenvolumen mehr hat, sondern dass man WLAN flächendeckend so hat, dass man das Datenvolumen ganz selten braucht, weil man überall WLAN hat. Genau dafür ist Freifunk da.

Es gab verschiedene Angaben mit Zugangspunkten; Kollegin Döring hat ein paar genannt. Ich fasse das etwas kürzer. Wir haben im Saarland schon jetzt über 500 Zugangspunkte. Bundesweit sind es über 41.000. Ich glaube, das spricht für sich. Es geht hier also nicht um eine Bewegung, bei der sich ein oder zwei Leute ehrenamtlich engagieren. Das ist vielmehr eine etwas größere Geschichte. Dementsprechend sollte man sich damit befassen. Das tut der Bundesrat jetzt.

Mit der beantragten Überweisung in den Ausschuss sind wir einverstanden und werden dem zustimmen. Wir werden es dort gleich auf die Tagesordnung set-

zen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit. Bis bald im Ausschuss.

(Beifall bei den Oppositionsfaktionen. - Heiterkeit.)

Vizepräsidentin Ries:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Es wurde beantragt, den Antrag in den zuständigen Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu überweisen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen wurde und in den zuständigen Ausschuss überwiesen ist. Die Abstimmung über den Beschlussantrag entfällt somit.

Wir kommen zu den Punkten 7 und 11 der Tagesordnung

Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Demokratie für alle, Kinder- und Jugendrechte stärken (Drucksache 15/2094)

Beschlussfassung über den von der PIRATEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen stärken (Drucksache 15/2098)

Zur Begründung des Antrages der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Michael Neyses das Wort.

Abg. Neyses (B 90/GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ist Mündigkeit gleichbedeutend mit Volljährigkeit? Dieser Frage sind wir im Vorfeld dieses Plenums nachgegangen und zu einem klaren Ergebnis gekommen: Nein. Mündigkeit wird definiert als Reife oder Verantwortungsbewusstsein. Mündige Bürgerinnen und Bürger sind jene Menschen, die reif genug sind, mit sich, der Gesellschaft und ihrer Umwelt verantwortungsbewusst umzugehen.

Diese Befähigung wird in Deutschland nicht automatisch an die Volljährigkeit geknüpft. Ich möchte Ihnen einige Beispiele aufzeigen. Autofahren: Seit einigen Jahren dürfen Jugendliche ab 17 Jahren in Begleitung Auto fahren. Strafmündigkeit: Im StGB ist geregelt, dass ein Mensch mit 14 Jahren strafrechtlich für seine Handlungen und Taten zur Verantwortung gezogen werden kann. Religionsmündigkeit: Mit 14 Jahren steht einem Kind in Deutschland die volle

(Abg. Neyses (B 90/GRÜNE))

Entscheidung darüber zu, zu welcher Religion es sich bekennen möchte. Parteieintritt: Das Mindestalter, um in Deutschland in eine Partei einzutreten, wird von den Parteien selbst festgelegt. In den relevanten Parteien Deutschlands beträgt das Mindestalter 14 bis 16 Jahre. Sie sehen, in unserer Gesellschaft bedeutet die Mündigkeit eines Menschen nicht automatisch Volljährigkeit.

Nun frage ich Sie: Wenn Sie der Meinung sind, dass ein Mensch in diesem Alter unter anderem reif genug ist, sich politisch zu engagieren, wieso nehmen wir dann nicht selbstverständlich an, dass er auch eigenständig politische Entscheidungen treffen kann? Warum beziehen wir Kinder und Jugendliche nicht stärker ein? Schließlich sind ihre Rechte auf Beteiligung und Mitgestaltung national wie international gesetzlich verankert, zum Beispiel in der UN-Kinderrechtskonvention, dem Achten Buch Sozialgesetzbuch oder dem Bürgerlichen Gesetzbuch.

Unser Antrag heute zielt daher auf eine Stärkung der Kinder- und Jugendrechte ab. Wir finden, das Wahlalter muss bei Kommunal- und Landtagswahlen von 18 auf 16 Jahre abgesenkt werden. Die Bevölkerung in Deutschland wird immer älter. Die Zahl junger Menschen ist dagegen stetig am Sinken. Um ihre Interessen vertreten zu können, muss man ihnen auch die Möglichkeit geben, über die Zusammensetzung der politischen Gremien mitzuentscheiden. Zu viele von ihnen, nämlich 71 Prozent, bringen der Politik und ihren Vertretern kein Vertrauen mehr entgegen, so die Ergebnisse der im Jahr 2016 durchgeföhrten europaweiten Jugendstudie Generation What, an der 160.000 junge Menschen zwischen 18 und 34 Jahren teilgenommen haben. Trotz dieser Politikverdrossenheit können sich aber 42 Prozent der Jugendlichen durchaus vorstellen, sich politisch zu engagieren. Dass sie gewillt und bereit sind, sich einzubringen und ihre Interessen engagiert zu vertreten, hat auch die von uns GRÜNEN beantragte Anhörung der Verbände und Organisationen im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Sommer letzten Jahres bewiesen. Diese Bereitschaft muss von der Politik gefördert und unterstützt werden.

Die Idee ist zugegebenermaßen nicht neu, andere Bundesländer machen es uns seit Jahren vor. Brandenburg hat bereits im Jahr 2011 das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 abgesenkt, Schleswig-Holstein zog 2013 nach. In Hamburg dürfen Jugendliche seit 2013 ab 16 Jahren sowohl an Bürgerschafts- als auch an Bezirksversammlungswahlen teilnehmen. Auch Bremen lässt schon seit 2011 Wahlen für Bürgerschaft und Stadtbürgerschaft ab 16 Jahren zu.

Bundesländer, in denen man an Kommunalwahlen teilnehmen kann, auch wenn man noch nicht volljährig ist, sind Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vor-

pommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Schleswig-Holstein. Ich glaube, es wäre schneller gegangen, wenn ich die aufgezählt hätte, in denen es nicht der Fall ist, zum Beispiel das Saarland. Wir würden uns wünschen, dass das Saarland diesem Beispiel folgt.

Was wir auf Landes- und Kommunalebene fordern, muss unserer Meinung nach konsequenterweise auch für Bundestagswahlen gelten. Wir stehen nämlich für eine Einbeziehung von jungen Menschen auf allen Ebenen der Demokratie. Eine weitere Forderung von uns ist die niedrigschwellige und jugendgerechte Beteiligung junger Menschen bei Entscheidungen in ihren Kommunen. Dort haben sie ihren Lebensmittelpunkt. Dort sollen sie auch gefragt werden, wenn es um ihre Belange geht. Bisher findet sich im KSVG lediglich der § 49a, demzufolge die Gemeinden bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen können. Das genügt uns nicht. Wir wollen, dass daraus eine Soll-Vorschrift, wenn nicht sogar eine Muss-Vorschrift wird. Was die praktische Umsetzung betrifft, müssen die Gemeinden verbindlich dazu angehalten werden, Jugendbeiräte einzurichten. Bisher sieht das KSVG lediglich vor, dass Gremien eingerichtet werden können. Wir wollen, dass Jugendliche bei Themen, die sie betreffen, nicht nur scheinpartizipieren oder vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sondern dass sie auf Augenhöhe mit den Erwachsenen diskutieren können und ernst genommen werden.

(Vizepräsidentin Spaniol übernimmt den Vorsitz.)

Dies gilt auch für den Bereich Schule. Hier spielt sich zum großen Teil der Alltag der Kinder und Jugendlichen ab. Warum sollen sie also nicht auch die Möglichkeit bekommen, ihr Umfeld aktiv mitzugestalten? Das Schulmitbestimmungsgesetz sieht ihre Einbeziehung zwar vor, sie ist aber bewusst nicht konkret und verbindlich genug formuliert. Eine Möglichkeit der Einbeziehung wäre zum Beispiel, die Schülerinnen und Schüler ihrem Alter entsprechend an der Gestaltung der Schulordnung zu beteiligen. Eine weitere wäre die Einführung von Klassenräten. Das Mindeste muss aber sein, die Schülerinnen und Schüler überhaupt einmal umfassend über die Beteiligungsrechte zu informieren, beispielsweise im Politikunterricht.

Meine Damen und Herren, aus Sicht der Wissenschaft brauchen Kinder und Jugendliche Beteiligung für ihre Entwicklung. Das stärkt ihr Verantwortungsbewusstsein, ihre Selbstständigkeit und ihre Gemeinschaftsfähigkeit. Demokratie lernt nur, wer sie auch lebt.

Ich möchte an dieser Stelle noch ganz kurz auf eine Besuchergruppe zu sprechen kommen, mit der wir

(Abg. Neyses (B 90/GRÜNE))

gemeinsam hier im Plenum standen. Es gab die Frage einer Schülerin, was mit dem Wahlrecht ab 16 sei. Da haben wir festgestellt, dass eigentlich große Einigkeit besteht, das wir das befürworten. Dann haben wir gemerkt, dass die CDU fehlt. Und daran liegt es, hier wird blockiert. Ich bitte Sie, diese Blockadehaltung zu überdenken. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von B 90/GRÜNE und PIRATEN.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke schön, Herr Abgeordneter. - Zur Begründung des Antrags der PIRATEN-Landtagsfraktion erteile ich Frau Abgeordneter Jasmin Freigang das Wort.

Abg. Freigang (PIRATEN):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Wahlrecht ab 16 ist in diesem Landtag in dieser Legislaturperiode nicht neu. Bereits im Jahr 2013 haben wir PIRATEN einen Gesetzentwurf zum Thema Absenkung des Wahlalters eingereicht. Der ist damals leider an der Großen Koalition gescheitert. Aber wir geben Ihnen jetzt noch mal die Möglichkeit, den Fehler von damals rückgängig zu machen. Ihr habt noch mal die Möglichkeit, dem Wahlalter ab 16 zuzustimmen. Das gibt es ja auch nicht jedes Mal.

Am 26. März, das wissen wir alle, sind Landtagswahlen. Aufgrund der demografischen Entwicklung überwiegen halt die Wähler im Alter von 60 plus stark gegenüber den Wählern im Alter von 25 Jahren und jünger. Die Politik richtet sich mehr und mehr nach den Interessen der älter werdenden Bevölkerung. Die Gefahr ist groß, dass die Interessen von jüngeren Menschen, von Kindern, von Jugendlichen in den Hintergrund geraten. Aber das ist nur einer der Gründe, warum wir ein Wahlrecht ab 16 wollen.

Kinder und Jugendliche interessieren sich immer mehr für Politik. Sie wollen ihre Welt mitgestalten und nicht einfach nur darin leben. Es ist vor allem ein Prozess, den man unterstützen muss. Man muss Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen und sich in demokratische Prozesse einzubringen. Das, meine Damen und Herren, beugt Politikverdrossenheit vor!

(Beifall von PIRATEN und B 90/GRÜNE.)

Zudem gibt es eigentlich gar keinen ersichtlichen Grund, der einer Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten auf 16- und 17-Jährige entgegenstehen würde, im Gegenteil. Wir Politiker im Landtag, im Bundestag, über alle Ebenen hinweg sind Vertreter des gesamten Volkes. Wir sind Vertreter von 50-, 60- oder 30-Jährigen, wir sind aber auch die Vertreter von Kindern und Jugendlichen. Warum schließen wir so viele Teile der Bevölkerung davon aus, ihre

Vertreter zu wählen? Das ist kein Gedanke, der erst den GRÜNEN und PIRATEN gekommen ist, auch der Landesjugendring hat dieses Thema schon öfter angesprochen. Der Jugendhilfeausschuss hat kürzlich ein Positionspapier veröffentlicht, das die Absenkung des Wahlalters beinhaltet.

Es gibt aber noch weitere Punkte. Ich nenne einmal die Bildungspolitik. Bildungspolitik ist Ländersache. Wer ist direkt davon betroffen? - Natürlich die Schüler. Sie dürfen derzeit groteskerweise erst dann wählen, wenn sie die Schule gerade verlassen oder verlassen haben, das heißt, sie sind wahlberechtigt, wenn sie von der Schule, die sie so stark betroffen hat, gar nicht mehr betroffen sind. Es geht noch weiter: Unter 18-Jährige dürfen bereits in Ausbildung und Beruf, das bedeutet, sie zahlen Steuern, sie dürfen aber nicht mitentscheiden, was mit ihren Steuergeldern passiert. Ab 14 Jahren sind Kinder und Jugendliche strafmündig, sie dürfen aber nicht wählen gehen.

Es ist aber noch sehr viel mehr nötig, als nur das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken. Das Kommunalselfstverwaltungsgesetz muss dringend dahingehend geändert werden, dass Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene bei allen Entscheidungen der jeweiligen Gemeinde, die sie betreffen, angemessen beteiligt werden - und zwar verpflichtend. Es soll eine Pflichtformulierung in das Gesetz und nicht nur eine Kann-Formulierung. Denn derzeit ist es noch sehr oft der Fall, dass Kinder und Jugendliche bei wichtigen Entscheidungen nicht gebührend berücksichtigt werden.

Ebenso gehen wir beim Antrag der GRÜNEN mit, die verpflichtende Einrichtung von Jugendbeiräten auf kommunaler Ebene zu fordern. Wir haben Seniorenbeiräte für die Belange von Seniorinnen und Senioren, warum nicht auch Jugendbeiräte für die Belange von Jugendlichen? - So weit zum Antrag der GRÜNEN. Wir werden ihm zustimmen. Ich bitte Sie, dies ebenfalls zu tun.

Unser Antrag geht sogar noch ein bisschen weiter. Wir sind der Meinung, dass es für Kinder und Jugendliche nicht nur wichtig ist, mitzugestalten, sondern es ist genauso wichtig, dass Kinder und Jugendliche auch wissen, wie sie dies im Land tun können. Im Gemeinschaftskunde-, Sozialkunde- oder Politikunterricht wird die Begeisterung für Europa und die Demokratie geweckt. Es wird über den Bundestag gesprochen, es wird erklärt, was der Bundesrat macht, aber welche Beteiligungsmöglichkeiten Kinder und Jugendliche hier vor Ort haben, sei es, in die Jugendverbände von Parteien einzutreten, sei es die Schülervertretung oder sei es einfach nur die Tatsache, eine Petition zu schreiben, so etwas wird derzeit viel zu wenig behandelt.

(Abg. Freigang (PIRATEN))

Das Gleiche gilt für Gesetze, die Kinder und Jugendliche momentan betreffen. Hier sehen wir Nachbesetzungsbedarf, die Lehrpläne sind anzupassen. Es ist keine große Änderung. Es werden nicht 10 oder 20 Stunden dafür nötig sein. Es ist vielleicht eine Unterrichtsstunde, aber wenn man sie gut strukturiert aufbaut, dann ist es ein Plus für die Demokratie, es ist ein Plus für die Jugendlichen, die sich für Politik interessieren. Sie wissen dann, wie sie sich bei uns politisch engagieren können. Und wenn auf niederschwelliger Ebene dargestellt wird, wie Kinder und Jugendliche sich beteiligen können, beteiligen sich vielleicht auch mehr Kinder und Jugendliche politisch und die Politikverdrossenheit wird zurückgehen.

(Beifall von den PIRATEN und bei B 90/GRÜNE.)

Das Ganze wollen wir stützen, indem die Rechte von Kindern und Jugendlichen Staatszielbestimmung werden, insbesondere deren besondere Schutzbedürftigkeit. Dies würde ein richtiges Zeichen für eine kinderfreundliche Gesellschaft setzen. Durch die verfassungsrechtliche Stellung wird gezeigt, welchen gesellschaftlichen Stellenwert Kinder und Jugendliche einnehmen und dass die Angelegenheiten, die sie betreffen, auch ernst genommen werden. Wie in Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention vorgesehen, sollen sie bei den sie betreffenden Angelegenheiten angemessen beteiligt werden. Das wird dann auch bedeuten, dass sie in Sachen Bildungspolitik, welche ja Landespolitik ist, mit abstimmen, also wahlberechtigt sind. Also ist auch das Wahlalter auf 16 abzusenken.

(Sprechen.)

Wer jetzt sagt, das geht doch alles gar nicht, die Rechte von Kindern und Jugendlichen kann man nicht in die Verfassung aufnehmen, dem sage ich, er soll einmal über die Landesgrenzen schauen. Das Land Baden-Württemberg hat es bereits in die Landesverfassung aufgenommen.

(Anhaltendes Sprechen.)

Es wird jetzt hier vorne ein wenig laut!

Vizepräsidentin Spaniol:

Kolleginnen und Kollegen! Bitte stellen Sie die Gespräche ein. Das stört sehr. Die Rednerin hat das Wort.

Abg. Freigang (PIRATEN):

Ich belasse es jetzt einmal dabei. Ich bitte Sie, unserem Antrag und dem Antrag der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion zuzustimmen, aber ich denke, ich werde nachher noch einmal zu Wort kommen.

(Beifall von den PIRATEN und bei B 90/GRÜNE.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die CDU-Fraktion die Kollegin Petra Fretter.

Abg. Fretter (CDU):

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr froh, dass ich heute noch die Gelegenheit bekomme, in der sich zu Ende neigenden Legislaturperiode eine Stellungnahme für die CDU zu einem jugendpolitischen Thema zu übernehmen. Es ist meine erste Rede und für mich etwas Besonderes. Ich freue mich darüber.

(Beifall des Hauses.)

Danke sehr. - Die heutigen Anträge von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN und von den PIRATEN, unterstützt von der Fraktion DIE LINKE, so hat es heute in der SZ gestanden, betreffen ebenfalls etwas Besonderes, nämlich unsere Demokratie in etlichen Facetten.

Demokratie kommt aus dem Griechischen und bedeutet Herrschaft des Volkes. Demokratie garantiert freie Wahlen, Gewaltenteilung, Schutz der Grund-, Bürger- und Menschenrechte. Unabdingbar dazu gehört auch die Meinungsfreiheit ebenso wie die Pressefreiheit. Sie garantiert jedem Bürger, sich in den gesellschaftlichen und politischen Bereichen einzubringen. Unsere Form der Demokratie in Deutschland ist die parlamentarische Demokratie. Berechtigte Bürgerinnen und Bürger bestimmen in Wahlen ihre Vertreterinnen und Vertreter in zukünftigen Parlamenten. Sie bestimmen damit, wer sich für alle in unserer Gesellschaft nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle und im positivsten Sinne einsetzt und wer gestaltet, womit ich überleite auf die Forderung der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Der spanische Philosoph José Ortega y Gasset hat zur Bedeutung des Wahlrechtes Folgendes gesagt: „Das Heil der Demokratien, von welchem Typus und Rang sie immer seien, hängt von einer geringfügigen technischen Einzelheit ab - vom Wahlrecht. Alles andere ist sekundär.“ Damit ist, so glaube ich, explizit ausgedrückt, wie wichtig das Wahlrecht für eine demokratische Gesellschaft und ihren freiheitlichen Fortbestand ist. Es ist eines der wichtigsten Mosaiksteine in diesem Konstrukt.

Es ist auch dargestellt, welchen Wert dieses Wahlrecht hat, nämlich einen extrem hohen. Das zieht unweigerlich die Folge nach sich, dass auch die Anforderungen daran höher gestellt werden müssen. Um diesen Anforderungen im Hinblick auf das Wahlrecht gerecht zu werden, muss der Gesetzgeber auch die abstrakte, generelle Reife und das Verantwortungsbewusstsein von Altersgruppen in seine

(Abg. Fretter (CDU))

Beurteilung und Entscheidung mit einbeziehen. Ich glaube, es ist extrem wichtig, sehr sorgsam und verantwortungsbewusst an das Thema Wahlalterabsenkung heranzugehen, sind die Folgen doch weitreichend.

Zurzeit ist die Grenze laut Artikel 64 in der Verfassung des Saarlandes bei 18 Jahren angesetzt. 18 Jahre bedeutet, die Jugendlichen haben die Volljährigkeit erreicht, sie dürfen ihr Leben mit allen Rechten und Pflichten eigenständig gestalten. Sie sind nun geschäftsfähig und können Verträge abschließen. Sie dürfen ohne Begleitung Auto fahren. 16-Jährige dürfen dies nach unseren geltenden Gesetzen nicht. Sie dürfen kein Auto fahren.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Sie dürfen aber ohne Begleitung Moped fahren!)

Ja, Herr Kollege, aber ich spreche vom Autofahren.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Moped zu fahren ist viel gefährlicher!)

Wie gesagt, wir sprechen vom Autofahren. Herr Ulrich, danke für den Hinweis, aber das passt jetzt nicht. - Noch einmal: Sie dürfen kein Auto fahren und keinen Vertrag abschließen. Sie dürfen keinen hochprozentigen Alkohol trinken und vieles mehr. Verstoßen sie gegen das Gesetz, greift das Jugendschafgesetz. Das ist mit 18 nicht mehr der Fall. Hier fällt der Jugendliche unter das Erwachsenenstrafrecht. In der Realität sieht das etwas anders aus, das wissen Sie. Richter urteilen oft bis zum 21. Lebensjahr noch nach Jugendstrafrecht. Das zeigt, dass Gerichte und Gesellschaft noch ein gewisses Maß an Rücksichtnahme gegenüber Jugendlichen walten lassen. Es trägt dem der Tat zugrundeliegenden Entwicklungszustand Rechnung, ein Aspekt, den man in unserer Diskussion heute auch nicht außer Acht lassen sollte.

Frau Kollegin Freigang hat schon gesagt, wir sind Vertreter des ganzen Volkes. Meine Erfahrung ist - und ich habe mit etlichen Jugendlichen gerade über dieses Thema gesprochen -, dass es auch Jugendliche gibt, die nicht für das Wahlrecht mit 16 sind. Das ist die Realität. Ich verstehe aber das Anliegen sehr gut und möchte an der Stelle auch nicht verschweigen, dass ich Sympathie und Verständnis für Jugendliche empfinde, die das Wahlalter mit 16 einfordern. Viele davon sind sehr aktiv in Verbänden, Organisationen und Vereinen tätig. Davon konnte ich mich selbst in den letzten Monaten ausgiebig überzeugen, es hat mich sehr beeindruckt. Die Kinder und Jugendlichen lernen dort, sich zu engagieren, gemeinsam etwas zu bewegen und zu erreichen. Sie lernen, soziale Netzwerke zu bilden, sprich Demokratie zu erleben. Hier wird von allen exzellente Arbeit geleistet, was nicht hoch genug anzuerennen ist.

(Beifall von den Regierungsfraktionen und Ministerin Bachmann.)

Trotz allem stellt sich die folgende Frage: Soll man Rechte und Pflichten wirklich voneinander trennen, sie noch weiter auseinanderdividieren? Ich glaube, dies sollte man nicht tun. Die Altersgrenze von 18 hat sich in vielen Bereichen bewährt. Mit der Volljährigkeit erhalten die Jugendlichen das Wahlrecht, aber auch ihre Pflichten als vollwertiger Bürger. Eine Absenkung der Volljährigkeit wurde selbst von Befürwortern des Wahlrechtes mit 16 eben noch nicht eingefordert. Wie muss man diese Feststellung hinsichtlich der betroffenen Jugendlichen bewerten? - Sich darüber Gedanken zu machen, überlasse ich jedem selbst. Entkoppelt man das Wahlalter von der Volljährigkeit, sind Rechte und Pflichten nicht mehr eins. Wir hätten dann Wahlrecht ja, Strafmündigkeit nein. Würde in der Folge dann auch noch die vollständige Lösung von einer Altersgrenze, die willkürliche Festlegung einer solchen oder gar keine Altersgrenze ins Gespräch gebracht? Das hatten wir auch schon in den Medien nachlesen können.

Womit dann auch das Thema Familienwahlrecht ins Spiel käme. Ich glaube, dass die angesprochenen Möglichkeiten nicht mit unserem derzeit hohen Anspruch an unser Wahlrecht konform gehen. Rechte und Pflichten gehören nun einmal zusammen und werden so dem genannten Anspruch gerecht. Diese beiden Aspekte sind untrennbar mit einer funktionierenden, verantwortlichen Gesellschaft verwoben und garantieren Stabilität.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, immer wieder wird die Shell-Jugendstudie zitiert oder wie im Antrag der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion die europaweite Studie Generation What von 2016. In der Shell-Studie wird seit Jahren explizit dargestellt, dass das Interesse an einer Absenkung des Wahljahres und nachfolgend die Beteiligung an Wahlen nicht so ausgeprägt sind, wie es vielleicht von manchen Kolleginnen und Kollegen der antragstellenden Parteien gewünscht wäre.

Ich habe hier ein etwas anderes Zahlenwerk als Sie, Herr Kollege Neyses. Ich will es gerade noch verlesen. Die Zustimmung der Bevölkerung für ein Wahlrecht mit 16 Jahren wächst laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung von 2015 nur sehr langsam, von 9 auf 13 Prozent. Knapp 80 Prozent sprechen sich für die Beibehaltung des Wahlalters mit 18 aus. In der Shell-Studie von 2015 wird zwar eine Steigerung des Interesses der Jugendlichen an Politik von 36 Prozent in 2010 auf 41 Prozent in 2015 beschrieben, auch die gestiegene Bereitschaft, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen. Demgegenüber steht aber die Aussage, dass Jugendliche den politischen Parteien wenig Vertrauen entgegenbringen. Über eine Forderung nach Absenkung des Wahlalters auf 16

(Abg. Fretter (CDU))

Jahre im Rahmen der Infratest-Interviews von rund 2.500 Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren ist hier nichts berichtet worden.

In vorherigen Shell-Studien wird auch ein typischer Wahllebenszyklus verdeutlicht. Ich zitiere, mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin: Nach einem bereits unterdurchschnittlichen Einstiegsniveau der Erstwähler erreicht die Wahlbeteiligung in der Altersgruppe der 21- bis 29-jährigen Zweit- und Dritt wählern ihren ersten Tiefpunkt, um dann im Laufe des Lebens kontinuierlich anzusteigen und erst bei den über 70-Jährigen wieder leicht abzuflauen.

Die europaweite Studie Generation What, eine Umfrage bei Jugendlichen im Alter von 18 bis 34 Jahren aus 35 Ländern, wirft die Frage auf, ob man das Ergebnis auf das Saarland eins zu eins umlegen kann, da die Schlussfolgerungen nur auf einer Datenbasis von circa 1,2 Prozent basieren. Ich glaube nicht, dass das repräsentativ für das Saarland ist und hier angewendet werden kann.

Demokratie leben bedeutet nicht einfach nur, wählen zu gehen. Das ist einfach zu kurz gedacht. Politische Beteiligung und Engagement ist nicht nur in Verbänden und Vereinen möglich, nein. Auch in den Jugendorganisationen der Parteien wird politische Bildung erlebt, erfahren, erlernt und eingeübt. Auch Geschehnisse werden erlebt. Viele Jugendliche sind dort aktiv. Als CDUlerin darf ich hier natürlich insbesondere die Junge Union nennen. Das ist die mitgliederstärkste Jugendorganisation in Deutschland und Europa insgesamt mit rund 120.000 Mitgliedern.

In Ihren Anträgen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wird auch das Recht der Mitbestimmung und Mitsprache von Kindern und Jugendlichen angesprochen, ein wichtiges Recht, welches insbesondere auch von der UN-Kinderrechtskonvention und im SGB VIII gesetzlich festgehalten ist. Da sind wir als CDU voll bei Ihnen und teilen dieses Ziel mit wohl allen Fraktionen hier im Plenum. Allerdings reicht unserer Meinung nach ein Stimmzettel alleine nicht, um Jugendliche für Politik und demokratische Entscheidungsschritte zu begeistern. Wahlrecht alleine weckt kein politisches Interesse. Partizipation bedeutet, sich zu beteiligen, mitmachen können, wenn man mitmachen möchte, und nicht, wenn man in Jugendbeiräten auf kommunaler Ebene gesetzlich verpflichtet wird.

Erstens würde hier in das Recht der kommunalen Selbstverwaltung eingegriffen, das Gemeinden gestattet, Gremien und Vertretergruppen selbst zu bestimmen. Im KSVG gibt es unter § 49a Abs. 1 und 2 auch schon die Regelung, Kinder und Jugendliche bei Planungen ihre Interessen betreffend zu beteiligen.

Zweitens wurde bei zurückliegenden Landtagsberatungen auf eine verpflichtende Regelung verzichtet

mit der Begründung, dass Gemeinden im Sinne des Selbstverwaltungsrechtes selbst über die Einrichtung von Jugendräten entscheiden können. 2011 - das ist zwar schon eine Weile her, ich möchte es trotzdem noch erwähnen - erfolgte diesbezüglich eine Umfrage in den saarländischen Kommunen, wie sich die Mitwirkung von Jugendlichen in solchen Gremien darstellt. Beteiligt haben sich damals 31 Städte und Gemeinden. Aus der Rückmeldung erfuhr man, dass sich diese Gremien sehr unterschiedlich zusammensetzen und darstellen. Ergebnis war: Es gibt 12 Kinder- und Jugendräte und 11 andere Vertretungsformen, Runder Tisch, Kinder- und Jugendbeauftragter, Arbeitskreise etc. Fünf Jugendräte mussten wegen geringen Interesses leider aufgelöst werden und die Gründung von zweien scheiterte leider auch an fehlendem Interesse. 28 Gemeinden haben keine entsprechenden Gremien, warum auch immer. Man kennt die Gründe nicht, es wurde auch nicht explizit dargestellt.

Das soll im Folgeschluss aber nicht heißen, dass Kinder und Jugendliche nicht aktiv oder uninteressiert wären, ganz im Gegenteil. Wie ich schon erwähnte, durfte ich in den letzten Monaten durch zahlreiche Besuche bei Jugendorganisationen, -verbänden und -vereinen erleben, wie intensiv die Jugend gesellschaftliches und damit auch demokratisches Leben mitgestaltet. Hier werden soziale Kompetenzen erlernt, das Miteinander gefördert und damit Werte vermittelt, die in einer Gesellschaft wie der unseren nicht fehlen dürfen. Das hat mich sehr beeindruckt. Für mich steht außer Frage, dass wir dieses Engagement stärken und weiterhin fördern müssen. Das kann man erreichen, indem man die vorhandenen bestehenden Vertreterstrukturen stärkt und indem bewährte Jugendinstitutionen Kinder und Jugendliche engagiert und qualifiziert vertreten. Das wollen wir weiterhin umsetzen, weil es uns wichtig ist, die Jugendlichen zu fördern. Verehrter Kollege Thul, Sie hatten es heute in der SZ kurz angesprochen, wir sind nicht gegen moderne, frische Ideen. Im Gegenteil, wir wollen diese ebenso mit allen Fraktionen stärken, fördern und unterstützen.

(Beifall bei der CDU.)

Einen großen Dank sage ich an dieser Stelle allen, die sich hier in beispielhafter Weise ehrenamtlich engagieren. Sie leisten einen großen Beitrag für unsere Gesellschaft. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU.)

In einem weiteren Punkt sprechen Sie, liebe Kollegen der B 90/GRÜNE-Fraktion und der PIRATEN-Fraktion, die Überarbeitung des Schulmitbestimmungsgesetzes an und die damit auszubauenden Mitgestaltungsrechte der saarländischen Schülerinnen und Schüler. Ich habe darüber mit Schülern und Lehrern unterschiedlicher Schulen gesprochen und

(Abg. Fretter (CDU))

Folgendes erfahren: Die Regel ist, dass bei Problemen in Bezug auf das Schulmitbestimmungsgesetz oder bei irgendwelchen anderen Problemen zwischen Lehrern und Schülerschaft immer das Gespräch gesucht wird, dass sich ausgetauscht wird und damit meist auch ein Konsens beziehungsweise eine Lösung zu aller Zufriedenheit gefunden wird. Die Schulen von heute mit ihrem Lehrpersonal sind nicht mehr auf dem pädagogischen Stand der grauen Vorzeit. Schulen sind modern, kommunizieren mit ihren Schülern, lehren, vermitteln, moderieren, beteiligen und schlichten sogar.

Klassenräte sind da ein klassisches Beispiel. Schüler erfahren hier direkte Kommunikation. Sie können ihre Anliegen in einem vertrauten Rahmen vorbringen und besprechen. Der Klassenrat ist ein freiwilliges Instrument. Der Lehrer lädt zu den Sitzungen ein und die Schülerinnen und Schüler werden aktiv beteiligt. Auch hier habe ich die Rückmeldung von Schülern und Lehrern, dass es heute kaum eine Klasse gibt, in der kein Klassenrat existiert. Dieser Rat funktioniert auf pädagogisch höchstem Stand, hat Tradition, ist bewährt und außerdem ein transparentes System.

An der Gesamtkonferenz wie auch an der Schulkonferenz nehmen gewählte Schüler- und Elternvertreter teil. In der Gesamtkonferenz wird wie in einem Ausschuss vorberaten und ausdiskutiert. Die Ergebnisse werden dann in einer Schulkonferenz beschlossen. In beiden Gremien sind jeweils die gerade genannten Vertreter dabei. Auch hier ist Mitbestimmung also gewährleistet. Der Forderung nach Abschaffung der Gesamtkonferenz, wie es die Landesschülervertretung im Zusammenhang mit einer verbesserten Mitbestimmung bei der Anhörung in der Sitzung des Sozialausschusses im Juni 2016 vorgetragen hat, kann ich so nicht folgen. Wir alle kennen das Verfahren der Vorbesprechungen in Ausschüssen und dass die folgende Beschlussfassung in den entsprechenden Gremien erfolgt. Dieses Vorgehen ist bewährt und daran ist meiner Meinung nach auch nicht zu rütteln. Ich denke, dass gerade bei diesem Verfahren mehr Mitbestimmung vollzogen wird.

Die PIRATEN-Fraktion hat außerdem beantragt, dass die Rechte von Kindern und Jugendlichen, insbesondere die Schutzbedürftigkeit, staatlich verankert und in die Verfassung des Saarlandes aufgenommen werden soll. Ich glaube, die in Ihrem Antrag aufgezählten Punkte werden im SGB VIII zurzeit schon ausreichend berücksichtigt. Ich meine, dass damit die Rechte und der Schutz von Kindern und Jugendlichen umfangreich abgesichert sind. Das soll nicht heißen, dass dieses Thema nicht nochmals diskutiert werden sollte.

Ob man die Lehrpläne anpassen sollte, die gerade in Sozialkunde und im Gesellschaftswissenschafts-

unterricht der neunten Klasse mit dem Thema Partizipationsmöglichkeiten Jugendlicher an politischen Interessen und politischen Prozessen auf allen Ebenen schon breit politisch ausgerichtet sind, wage ich nicht zu beurteilen. Hierzu sollte man erst einmal die Schülerinnen und Schüler und die zuständigen Lehrer anhören, bevor man über diese weitreichenden Änderungen verantwortlich abstimmt. Das sind Aufgaben des Bildungsausschusses, dem ich hier auch nicht vorgreifen will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, Jugendliche wollen sich einbringen und Jugendliche sollen sich einbringen. Sie sollen in Schulen und Jugendorganisationen politische Bildungsmaßnahmen erfahren und sie sollen sich politisch engagieren und beteiligen. Wenn gewünscht, sollen sie dabei aber auch verantwortungsvoll und sorgfältig begleitet werden. Dadurch erlernen sie die notwendige Sicherheit, um mit den Rechten und Pflichten unserer Gesellschaft, die mit 18 Jahren auf sie übertragen werden, speziell auch in Bezug auf das Wahlrecht umzugehen.

Ich bin nun am Ende meiner Rede, Sie haben meine Stellungnahme und die Begründung dazu gehört. Die Stellungnahme und die Begründung erfolgen im Namen der CDU-Fraktion, die deshalb den Anträgen der Fraktionen B 90/GRÜNE und PIRATEN nicht folgen und sie in allen Punkten ablehnen wird. - Ich danke Ihnen für Ihr aufmerksames Zuhören.

Vizepräsidentin Spaniol:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Fretter, für Ihre erste Rede hier im Parlament. - Das Wort hat nun für die Fraktion DIE LINKE der Kollege Ralf Georgi.

Abg. Georgi (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine werten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es hier mit Anträgen der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN- und der PIRATEN-Fraktion zu tun, die so oder so ähnlich schon viele Male in deutschen Parlamenten gestellt worden sind. Die Begründungen sind fast immer gleich und ich werde unsere Begründung heute noch einmal deutlich machen. Im Jugendschutzgesetz ist geregelt, dass an Jugendliche ab 16 Jahren legal Bier, Wein, Obstwein und Sekt zum Konsum abgegeben werden dürfen. Der Gesetzgeber geht also davon aus, dass ein 16-jähriger Jugendlicher mit Alkohol verantwortlich umgehen kann. Der Gesetzgeber geht aber auch davon aus, dass ein 16-jähriger Jugendlicher mit dem Wahlrecht nicht verantwortlich umgehen kann und deswegen gesteht man ihm ein Wahlrecht erst gar nicht zu. Es geht bei den vorliegenden Anträgen also letztlich um die Stärkung der Rechte Jugendlicher. Es geht in beiden Anträgen aber auch um die Absenkung des Wahlalters.

(Abg. Georgi (DIE LINKE))

Wir LINKE fordern schon lange die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, so steht es auch in unserem Wahlprogramm. Es ist unverständlich, warum man mit unter 18 Jahren den Führerschein machen darf, aber nicht wählen darf, warum ein 16-jähriger Auszubildender Steuern zahlen muss, aber nicht darüber entscheiden darf, was mit den Steuergeldern passiert.

Meine Damen und Herren, natürlich sehen auch wir die Notwendigkeit, Kinder- und Jugendrechte zu stärken, wie zum Beispiel auch der Deutsche Kinderschutzbund, der Landesjugendring, die Evangelische Jugend, die Jugend des Bistums Trier oder auch die Landesschülervertretung. So forderten sie in der Anhörung im Sommer eine bessere Berücksichtigung der Meinung von Kindern und Jugendlichen bei städtebaulichen Maßnahmen, die Senkung des Wahlalters zu Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Entscheidungen in ihrem Ort. Da geht es also um Änderungen des KSVG dahingehend, dass Kinder und Jugendliche in diesen Fällen beteiligt werden müssen und nicht nur können wie bisher.

Eine Interessenvertretung von, mit und für Kinder und Jugendliche, ein funktionierender ÖPNV, bessere Internetverbindungen, die Einführung von Kinder- und Jugendräten auf kommunaler Ebene, die Einsetzung eines unabhängigen Kinder- und Jugendbeauftragten, auch die Förderung und Stärkung der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit in offenen und Verbandsstrukturen war ein Thema. Sie wollen tatsächliche Mitwirkungsmöglichkeiten und keine bloßen Alibiteilnahmen und fordern die Stärkung bestehender Strukturen der Jugendhilfe. Die Aufzählung ist nicht abschließend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, es gibt viele Forderungen der Verbände und es gibt noch viel zu tun in der Kinder- und Jugendpolitik. Die Fraktionen wollten das weitere Vorgehen nach der Sommerpause 2016 miteinander abstimmen. Leider ist das noch nicht geschehen. Das finde ich sehr schade.

(Abg. Scharf (CDU): Das hättet Ihr beantragen sollen.)

Trotzdem finde ich es schade, dass das nicht passiert ist. Sie haben das damals im Ausschuss vorschlagen, Herr Scharf, dann hätten Sie auch selbst einmal vorwärtsgehen können. - Wir stimmen beiden Anträgen zu, weil wir inhaltlich übereinstimmen und weil das auch Forderungen von Verbänden und Organisationen in der Jugendhilfe sind. Kolleginnen und Kollegen, vielleicht ergibt sich ja bald eine Regierungskonstellation im Saarland, die sich diesem Thema etwas ambitionierter widmet als die bisherige Landesregierung. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke schön, Herr Abgeordneter. - Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion der Kollege Sebastian Thul.

Abg. Thul (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines vorweg: Die Kollegin Fretter hat meine Pressemitteilung angesprochen. Es ist ja ganz offensichtlich, dass wir da anderer Meinung sind als die CDU. Ich muss sagen, in der Debatte und in Ihrem Beitrag habe ich nichts gehört, was mich davon überzeugt, Jugendlichen unter 18 das Wahlrecht nicht zuzugestehen.

(Beifall von der SPD und den Oppositionsfraktionen.)

Ich habe mir gerade eine Frage gestellt; der Kollege Hermann Scharf kennt das vielleicht auch aus eigener Erfahrung. Ich habe in einer Werkstatt für Menschen mit geistiger Behinderung gearbeitet. Diese Menschen durften, egal wie reif sie sind, egal wie sehr sie in ihrer Stimmabgabe vielleicht eingeschränkt sind, trotzdem wählen gehen, und das ist gut so. Sie können mir nicht erklären, warum jemand, der schwerstmehrfachbehindert ist, wählen gehen darf, aber einem 17-Jährigen die Reife dazu abgesprochen wird. Das ist unlogisch, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von der SPD und bei den Oppositionsfraktionen.)

Im Rahmen der Beteiligung bin ich nach wie vor der Meinung, dass wir Kinder und Jugendliche an Wahlen beteiligen müssen. Wir müssen das nicht nur bei den unter 18-Jährigen tun. Sie haben ja selbst gesagt, Frau Kollegin, dass das Thema Familienwahlrecht auch öfter zur Sprache kommt. Unser Landesvorsitzender, der Bundesjustizminister, hatte das auch mal in die Diskussion gebracht. Ich wäre sehr gespannt, was dabei herauskommt, wenn wir uns mal aktiv mit der Frage des Familienwahlrechts auseinandersetzen würden, damit, ob Menschen, die für ihre Kinder mitentscheiden dürfen, wie unsere Welt in Zukunft aussehen soll, wie unsere Demokratie aussehen soll, mehr als eine Stimme haben sollten. Ich würde mich freuen, wenn wir in diesen Prozess aktiv einsteigen würden.

Wir diskutieren heute erneut über die Stärkung von Kinder- und Jugendrechten im Saarland. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich den GRÜNEN danken, dass Sie diesen Antrag eingebracht haben, weil er uns die Möglichkeit gibt, unsere Position darzulegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, einige von Ihnen waren ja im letzten Jahr dabei, als wir mehrere Anhörungen von Kinder- und Jugendverbänden hatten, erst die Anhörung der Koalitionsfraktionen, dann die zweite Anhörung abends im Ausschuss. Wir haben

(Abg. Thul (SPD))

viele Kinder und Jugendliche gehört. Ich habe keinen darunter gehört, der gesagt hat, er halte nichts von einem Wahlrecht unter 18. Das heißt, die Verbände sind da ganz klar.

Auch ganz klar ist, dass Demokratie erlernt werden muss, und das am besten - das ist meine Auffassung - so früh wie möglich. Politische Bildung ist in Zeiten der Trumps, Le Pens, Petrys und Wilders wichtiger denn je. Antidemokratische und rechtspopulistische Strömungen schicken sich an, Europa und die Welt wieder in dunkle Zeiten zu treiben. Wir hatten heute Morgen eine lange europapolitische Diskussion und wir sehen, auf welche Katastrophe wir eventuell zusteuern, wenn wir uns die Umfragewerte der Rechtspopulisten insbesondere im benachbarten Frankreich anschauen.

Die Shoah, die größte Schande des letzten Jahrtausends, hat Millionen Menschen das Leben gekostet, und wir tragen die Verantwortung dafür, dass sich dieses Kapitel nie mehr wiederholt. Dies gilt insbesondere für die kommenden Generationen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass Demokratie früh erlebt und erlernt wird und Menschen auch unter 18 ihre Stimme abgeben können.

(Beifall von der SPD und bei den Oppositionsfaktionen.)

Die Abgeordneten dieses Parlaments müssen für die Demokratie werben und mehr Menschen dafür begeistern. Ich bin der festen Überzeugung, dass Kinder und Jugendliche bereit sind, mehr Verantwortung für unsere Demokratie zu übernehmen. Dafür spricht unter anderem das hohe Engagement der Kinder- und Jugendverbände im Saarland. An dieser Stelle begrüße ich recht herzlich auch Vertreterinnen und Vertreter des Vorstandes des Landesjugendrings. Ihr seid uns jederzeit herzlich willkommen und wir bedanken uns bei euch für euer Engagement!

(Beifall von der SPD und bei den Oppositionsfaktionen.)

Für die SPD ist Demokratie weit mehr als die regelmäßige Beteiligung an Wahlen. Das hat die Kollegen Fretter zu Recht dargestellt: Es geht nicht nur um das Wählen. Wir wollen alle Lebensbereiche demokratisieren und alle Menschen dabei einbinden, und kein Mensch, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf in einer Demokratie zurückgelassen werden.

Im Sinne dieses Ziels haben wir bereits im letzten Jahr ein Positionspapier unter dem Titel „Unsere Demokratie stärken - Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen“ verabschiedet. Dieses Papier entstand nicht im stillen Kämmerlein, sondern in der Zusammenarbeit und in Abstimmung mit vielen Kinder- und Jugendverbänden. Ich möchte kurz auf die wichtigsten Punkte des Papiers eingehen und

dabei zeigen, dass wir viele Punkte des GRÜNEN-Antrags sowie des PIRATEN-Antrags so oder so ähnlich schon lange in unser Programm aufgenommen haben.

Erstens: Die SPD will eine Ausweitung des Wahlrechts. Gerade auch aufgrund des demografischen Wandels gilt es, die Stimmen junger Menschen zu stärken. Junge Menschen können und wollen an Wahlen teilnehmen, und wir wollen sie nicht mehr davon abhalten, ihre Stimme abzugeben oder auch sich wählen zu lassen.

Zweitens: SchülerInnen-Rechte stärken. Auch in der Schule ist Demokratisierung ein wichtiger Bestandteil, um Schülerinnen und Schüler zu einem selbstbestimmten Leben zu befähigen. Gibt es eine gelebte Mitbestimmung zwischen Schulleitung, Lehrkräften und Schülervertretung, profitiert langfristig auch die Schule von einem besseren Klima. Wie ich heute Morgen vom Bildungsministerium erfahren durfte, gab es eine erste Kick-off-Veranstaltung, um unser Schulmitbestimmungsgesetz zu novellieren. Das war auch eine Forderung der Landesschülervertretung, der wir gerne nachkommen. Wir haben damit schon angefangen. Ich finde, wir müssen auch im Schulmitbestimmungsgesetz zukünftig SchülerInnenrechte stärken.

(Beifall von der SPD und bei den Oppositionsfaktionen.)

Drittens: Wir brauchen ein umfassendes Beschwerdemanagement, und damit meine ich nicht nur „Beschwerdemanagement“, sondern „Verbesserungsmanagement“. In allen Einrichtungen, die Kinder und Jugendliche betreuen, muss ein unabhängiges und altersadäquates Beschwerdemanagement eingerichtet werden. An dieses sollen sich Kinder und Jugendliche wenden können, wenn Konflikte mit der Einrichtung auftreten. Wir hatten diese Diskussion mit dem Kinderschutzbund letztes Jahr, und ich denke, wir sind uns alle einig, dass es ein Fortschritt wäre auch für die Qualität in unseren Kinder- und Jugendeinrichtungen.

Viertens: Die Jugendbeteiligung in der Kommune ausbauen. Über § 49a KSVG besteht in jeder Kommune die Möglichkeit, Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Dabei ist die Einrichtung eigener Gremien schwächer ausgestaltet, als dies zum Beispiel bei Seniorinnen und Senioren der Fall ist. Wir fordern eine Gleichstellung in diesem Bereich. Dabei ist es uns wichtig, klarzustellen, dass wir eben gerade nicht feststellen wollen, dass es Jugendbeiräte in den Kommunen geben muss. Da unterscheiden wir uns von dem GRÜNEN- und dem PIRATEN-Antrag. Wir brauchen die beste Beteiligungsform für engagierte Jugendliche vor Ort, und das muss nicht immer ein klassischer Beirat sein. Die Beteiligungsformen müssen flexibel, aber die Beteiligung muss für

(Abg. Thul (SPD))

die Kommunen dennoch verpflichtend sein. Ich finde, wenn wir das umsetzen, sind wir schon einen guten Schritt weiter, Jugendliche aktiv zu beteiligen. Wir sollten sie nicht unbedingt mit unserem alten Denken und unserer alten Gremienstruktur erdrücken, sondern wir sollten die Jugendlichen selber entscheiden lassen, was denn die beste Beteiligungsform ist. Aber die Kommune sollte sie natürlich verpflichtend beteiligen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Fünftens: Kinder- und Jugendnetzwerke stärken. Da spielt der Landesjugendring eine ganz wichtige Rolle, er ist nämlich die Interessenvertretung der saarländischen Kinder- und Jugendverbände - leider mittlerweile ohne die Landesschülervertretung, aber vielleicht stoßen die ja wieder dazu, ich würde es mir wünschen. Er ist von unschätzbarem Wert, wenn es um die Förderung von ehrenamtlicher Jugendbandsarbeit im Saarland geht. Die SPD ist nicht erst seit heute der Auffassung, dass dieses Netzwerk gestärkt werden muss. Wir haben uns deshalb zum Ziel gesetzt, die finanzielle Situation des Landesjugendrings in Zukunft sicherzustellen und zu verbessern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen auch die Anzahl der JugendbildungsreferentInnen erhöhen. Dies soll sicherstellen, dass die wichtige Arbeit der ehrenamtlich arbeitenden Kinder und Jugendlichen weiterhin gut durch Hauptamtliche unterstützt und ausgebaut wird.

Hier sitzt ein Jugendverband, die Saarländische Karnevalsjugend, der uns gute Gründe genannt hat, warum er unter anderem auch einen Jugendbildungsreferenten braucht. Ich denke, die ehrenamtliche Arbeit der Karnevalsjugend - ich nenne sie nur, weil sie heute hier ist, sie ist eine Riesen-Jugendor ganisation - sollte unterstützt werden. Deswegen werden wir zukünftig mehr JugendbildungsreferentInnen einstellen, wenn es nach dem Willen der SPD geht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

All diese Vorschläge und noch viele weitere Ideen haben wir nicht nur in unser Positionspapier, sondern letzten Endes auch in unser Wahlprogramm aufgenommen. Diese Vorschläge kamen direkt von Jugendlichen und sind jetzt unser Angebot zur kommenden Wahl. Das zeigt, dass wir es ernst meinen mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und nicht nur darüber reden, sie zu beteiligen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD.)

Wir freuen uns, dass es offenbar einige Parteien gibt, die diese Ziele teilen. Ich habe auch Verständnis dafür, dass GRÜNE und PIRATEN noch kurz vor der Landtagswahl solche Anträge einbringen. Ich würde es genauso machen, wenn ich in der Opposition wäre, weil die Diskussion doch die unterschiedlichen Einstellungen der Regierungsfraktionen zeigt.

Das ist aber alles kein Beinbruch. Wir konkurrieren im nächsten Monat um die besten Ziele und die besten Ideen für unser Land, und da machen alle hier vertretenen Parteien mit. Wenn wir an diesem Ziel weiterhin festhalten, wenn wir es nach der Wahl umsetzen würden - mich persönlich würde es sehr freuen, wenn es eine große Übereinkunft gibt -, eins ist klar, das geht nur mit der CDU. Es ist eben auch schon angekündigt, wir müssen die Verfassung ändern.

Auch deswegen ist es von der Kollegin Maurer

(Abg. Freigang (PIRATEN): Freigang)

falsch formuliert gewesen, dass wir heute die Chance haben, das Wahlalter zu senken. Sie hätten einen Antrag stellen müssen, die Landesverfassung zu ändern, und dann hätten wir hier mit einer nötigen Zweidrittelmehrheit dafür stimmen müssen. Deswegen appelliere ich natürlich an unsere Freundinnen und Freunde der CDU, auch nach der Wahl erneut über dieses Thema zu reden. Vielleicht können wir uns mal anschauen, ob es in den Kommunen Sinn macht, die Jugendlichen wählen zu lassen, und ob das vielleicht zu mehr Beteiligung führt. Mich würde es freuen, wenn wir in dieser Frage ein Stück weiterkommen, aber darüber sollen die Wählerinnen und Wähler entscheiden. - Vielen Dank.

(Beifall von der SPD.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Herr Kollege Thul. - Das Wort hat nun für die Fraktion der PIRATEN die Abgeordnete Jasmin Freigang.

Abg. Freigang (PIRATEN):

Hallo, ich hatte schon angekündigt, dass wir uns zu dem Thema hier vorne noch sehen werden. Ich möchte zu ein paar Punkten etwas sagen, die die Kollegin Fretter angesprochen hat. Frau Fretter hat zu Recht gesagt, dass das Wahlrecht ein hohes Gut und wichtig ist. Das ist keine Frage, das sehen wir auch so. Deshalb gibt es beim Wahlrecht auch keine Grenzen nach oben. Sehr viele ältere Menschen verstehen aber viele Themen nicht mehr, über die abgestimmt wird und über die sie auch Parteien wählen. Es käme aber niemand, um Gottes willen, auf die Idee, das Wahlrecht mit einer Altersgrenze nach oben zu deckeln. Deswegen finde ich es genauso obskur, das Wahlrecht so starr auf 18 zu lassen und nicht mal darüber zu diskutieren, es abzusenken. Wenn über die Konsequenzen einer Absenkung diskutiert wird, dann scheint man wirklich zu denken, dass die Demokratie gefährdet ist, wenn man der Kollegin eben zugehört hat. Da frage ich mich wirklich, wie in anderen Bundesländern, wo das Wahlrecht bereits abgesenkt ist, noch Demokra-

(Abg. Freigang (PIRATEN))

tie herrschen kann. Dieser Vorwurf ist für mich nicht verständlich.

Das Wahlrecht abzusenken ist nicht das einzige Mittel, das PIRATEN und GRÜNE genannt haben, um Jugendliche mehr zu begeistern. Sie müssen einfach die Anträge richtig lesen. Es geht auch um die Möglichkeit, auf kommunaler Ebene mehr einbezogen zu werden. Sie haben gesagt, es wäre rein rechtlich gar nicht möglich, den Kommunen vorzuschreiben, welche Gremien sie zu bilden haben. Wenn das nicht möglich ist, dann müssten wir eigentlich unseren Antrag bezüglich der Seniorenbeiräte ebenfalls zurückziehen, weil das gleichwertig zu sehen ist.

(Zuruf von Ministerin Bachmann.)

Ich halte fest: Vier von fünf Fraktionen hier im Landtag sind für die Absenkung des Wahlalters. Eine große Mehrheit der gewählten Vertreter ist dafür. Es hängt also an einer Fraktion.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Immer an derselben!)

Ich verstehe, dass die SPD aufgrund des Fraktionszwanges nicht zustimmen kann. Deshalb brauchen wir hier im Saarland einen echten Politikwechsel, um ein bisschen fortschrittlich abzustimmen zu können. Es sind nämlich immer die gleichen Themen, die von der gleichen Fraktion abgeblockt werden. Ich denke, es ist wirklich mal an der Zeit, dass die Wählerinnen und Wähler anders entscheiden. - Danke sehr.

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Frau Kollegin Freigang. - Das Wort hat nun die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Monika Bachmann.

Ministerin Bachmann:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Mitglieder des Landesjugendringes! Nachdem die Wahlreden alle gehalten sind, will ich versuchen, direkt auf das Thema zurückzukommen. Es ist das Recht einer jeder Fraktion, Anträge einzureichen. Der Antrag, der heute von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den PIRATEN eingereicht wurde, befasst sich mit dem Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen. Er will dieses auf 16 Jahre absenken und ist nicht zum ersten Mal eingereicht worden.

Ich habe mich gefragt: Ist dieser Antrag mit seinem Inhalt überhaupt dafür geeignet, die Interessen der Jugendlichen an demokratischer Meinungsbildung zu stärken und vor allen Dingen, wie Sie es gesagt haben, Frau Freigang, die Parteiverdrossenheit zu verhindern? Meine Antwort ist: Nein. Ich will das auch begründen. Die Absenkung des Wahlalters alleine reicht nicht aus, um Jugendliche zu motivieren und an die Politik und das Wahlverhalten heranzu-

führen. Die Reife eines 16-Jährigen oder einer 16-Jährigen kann individuell - wie auch bei uns Erwachsenen - sehr unterschiedlich ausgeprägt sein. Wir alle wissen, wie leicht Menschen und insbesondere auch Jugendliche zu manipulieren sind, vor allem auch dann, wenn die Schule die Jugendlichen bisher unzulänglich auf eine Absenkung des Wahlalters vorbereitet hat.

Es gibt Gott sei Dank Studien darüber. Eine Studie der Universität Hohenheim kam im vergangenen Jahr zu einem Ergebnis, das ich Ihnen vorstellen möchte. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass viele Jugendliche in dem Alter gar nicht wissen, worum es bei der Wahl eigentlich geht.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE).)

Das sagt die Studie. - Sie verstehen Politikerreden nicht. Lieber Sebastian Thul, da müssen wir uns fragen, warum die Leute uns nicht mehr verstehen.

(Abg. Thul (SPD): Ja, natürlich.)

Wir müssen uns fragen: Warum versteht uns der Jugendliche nicht, warum versteht uns der Dreißig-, Vierzig-, Fünfzig-, Siebzig-, Achtzig- und Neunzigerjährige nicht mehr? Das müssen wir klären, wenn wir vom Herabsetzen des Wahlalters reden. Die Jugendlichen verstehen weder die Politikreden - so die Studie - noch verstehen sie den Begriff "Opposition". Also müssen wir Aufklärungsarbeit leisten, das als allererstes.

Die Absenkung des Wahlalters ist aus meiner Sicht auch deshalb abzulehnen, weil sie ihr Ziel, die Steigerung der Wahlbeteiligung bei jungen Wählern, verfehlt. Auch das zeigen Erfahrungen aus anderen Bundesländern. Die Ergebnisse liegen vor: Weder gehen 16- und 17-Jährige mehr wählen, noch gehen die jungen Erwachsenen häufiger zur Wahl, wenn sie einmal das Wahlrecht mit 16 hatten. Das ist alles nachzulesen.

Lassen Sie mich aber noch etwas hinzufügen, was Sie bedenken sollten, liebe Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wenn Sie fordern, auch im Bundesrat darauf hinzuwirken, das Wahlalter bei Bundestagswahlen abzusenken, erinnere ich Sie an das, was Petra Fretter Ihnen schon vorgetragen hat: Staatsbürgerliche Rechte und Pflichten sind aus gutem Grund miteinander verkoppelt. Erst mit 18 Jahren haben junge Menschen die alleinige Verantwortung für ihr Leben. Alles Weitere haben die Voredner längst aufgeführt. Würde man das Wahlalter bei Bundestags- beziehungsweise Landtagswahlen absenken, so verlöre dieses Schutzrecht seinen bisherigen Stellenwert, der ihm als einzigm Akt in einer repräsentativen Demokratie letztendlich zukommt.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich meine, Wahlrecht und Wählbarkeit sollen miteinander ein-

(Ministerin Bachmann)

hergehen. In der Diskussion um die Senkung des Wahlalters stellt sich die Frage, ob verschiedene Bewertungsmaßstäbe für das Wahlrecht zugrunde gelegt werden sollten. - Wenn man sich mit dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschäftigt, wäre es unheimlich anständig, wenn der Fraktionsvorsitzende nicht so laut telefonieren würde, dass er nicht versteht, was ich sagen will und wie die Diskussion läuft.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen, anstatt das Wahlalter zu senken, eine qualifizierte Integration von jungen Leuten in die Politik. Da sind wir uns einig. Das wollen wir alle. Wir wollen, dass Jugendliche uns verstehen. Wir wollen, dass ältere Menschen uns verstehen. Und wir wollen, dass 50-Jährige uns verstehen. Vielleicht sollten wir uns einmal angewöhnen, unsere Reden so zu gestalten, dass man uns auch versteht, Begriffe zu verwenden, die die Menschen draußen auch verstehen, und nicht Begriffe benutzen, bei denen draußen kein Mensch weiß, wovon wir überhaupt reden.

Wenn aber BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier in ihrem Antrag fordern, das Wahlalter für die Kommunalwahlen zu senken, dann bin ich der Meinung, Hubert Ulrich, wir sollten insbesondere gerade die Kommunalwahl nicht als Spielwiese für derartige Experimente benutzen. Eine Absenkung des Wahlalters nur für die Kommunalwahlen würde den Eindruck erwecken, dass diese nicht so wichtig sind.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Wie ist denn das bei den EU-Bürgern? Die dürfen auch nur bei der Kommunalwahl wählen.)

Das Gegenteil ist der Fall. Die Politik, die vor Ort von unseren Gemeinden und Stadträten gemacht wird, das ist die richtige Antwort und das ist die Basis für unsere Politik, die wir hier im Land machen bis nach Berlin.

(Beifall von der CDU. - Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE) tritt ans Saalmikrofon)

Vizepräsidentin Spaniol:

Frau Ministerin --

Ministerin Bachmann:

Nein, ich werde das nicht zulassen. Er kann das nachher fragen. Er hat die ganze Zeit telefoniert oder war nicht im Raum.

Vizepräsidentin Spaniol:

Gut, Sie gestatten keine Zwischenfrage.

Ministerin Bachmann:

Nein.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE).)

Hinzu kommt, dass in den Ländern, in denen das Wahlalter auf kommunaler Ebene bereits gesenkt wurde - auch das können Sie ja nachlesen -, keine wesentliche Steigerung der Wahlbeteiligung festzustellen ist. Oder behaupten Sie das Gegenteil? BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert eine Änderung des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes dahingehend, dass auf kommunaler Ebene verpflichtend Jugendbeiräte eingerichtet werden und die Beteiligung Jugendlicher an allen sie betreffenden Entscheidungen in der Gemeinde verpflichtend werden soll.

Dazu kann ich nur sagen - vielleicht haben Sie es noch nicht gewusst -, wir haben in diesem Haus 1997, also vor 20 Jahren, im saarländischen KSVG die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als Kann-Bestimmung festgeschrieben. 20 Jahre ist das her. Mit einer Änderung in eine gesetzliche Beteiligungspflicht und der Einführung einer festgelegten Form von Jugendarbeit kann für sich alleine genommen keine Verbesserung der Beteiligung Jugendlicher erreicht werden. Bestenfalls hat man durch Mitwirkung von privilegierten und bildungsnahen Jugendlichen eine Alibibeteiligung geschaffen. Das wollen wir mit Sicherheit nicht. Weniger privilegierte oder benachteiligte Jugendliche werden sich durch ein gesetzlich verankertes Recht auf Beteiligung nicht gewinnen lassen. Wir müssen das interessant machen. Wir müssen Politik interessant machen und wir müssen verständlich sein. Vielmehr besteht sogar die Gefahr, dass sie noch weniger wahrgenommen werden, weil sie nicht öffentlich in den Beteiligungsgremien in Erscheinung treten oder sich äußern dürfen. Das ist nämlich die Wahrheit.

Gerade bei der Thematik gesetzliche Änderungen für mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist also aus meiner Sicht zu betonen, dass diese sich nur durch positive Wirkung entfalten kann. Sie muss durch vielfältige zielgruppenorientierte und sozialpädagogisch begleitete Maßnahmen - lieber Sebastian Thul, da stimme ich zu - im Rahmen von Jugendarbeit, im Rahmen von Jugendbildungsarbeit, ergänzt werden.

Was müssen wir also tun? Viele Reden halten? Das bringt uns auch keine jungen Wähler. Das bringt uns auch keine interessierten Jugendlichen, die mit uns gerne wie alle Parteien, die hier sind, Politik machen würden. Ich sage, wir müssen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ohne gesetzliche Änderungen fördern, indem wir stärkere Anreize für wirklich kreative Projekte in diesem Bereich schaffen.

Mein Haus hat dazu einen Weg gewählt. Kinder- und Jugendbeteiligung wird künftig stärker als bisher gefördert werden. Zu diesem Zweck hat mein Haus gemeinsam mit dem Deutschen Kinderhilfswerk den

(Ministerin Bachmann)

„Länderfonds Saarland für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ initiiert. Die Fördersumme für dieses Jahr ist 20.000 Euro. Es werden sowohl innovative Projekte mit beispielhafter Wirkung gefördert als auch Grundlagenprojekte, die beteiligungsorientierte Arbeitsformen erproben, auch der Landesjugendring. Wie oft bin ich in diesem Hause und überreiche die Schecks, wenn es innovative und gute Projekte sind. Gerade im Landesjugendring vereinen sich die Jugendlichen von vielen Organisationen, um letztendlich ihre Jugend- und Kinderprojekte dort vorzustellen.

Ein entsprechender Förderfonds kann Fachkräfte und Ehrenamtliche in der Kinder- und Jugendarbeit aus meiner Sicht motivieren, sich kreativ mit der Thematik, egal welche, auseinanderzusetzen und vor allen Dingen neue Projekte auszuarbeiten, die durch den Länderfonds Saarland unterstützt werden. Das kann ich natürlich nur machen - das müssten Sie eigentlich wissen -, weil Sie, die Abgeordneten, den Haushalt verabschieden und weil Sie mir diese Gelder zur Verfügung gestellt haben.

Die saarländischen Kinder- und Jugendverbände, die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe und die Kommunen sind aufgefordert, Anträge zu stellen. Gewünscht ist, dass die Projekte Mädchen und Jungen in ihren unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten einbeziehen und altersgemäße Mitwirkung auch für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche möglich machen. Die Einzelheiten werden dazu in Kürze, in wenigen Tagen, auch der Öffentlichkeit vorgestellt. Die interessierten jungen Menschen müssen auch und gerade in einer älter werdenden Gesellschaft von der Politik angemessen berücksichtigt werden.

Deshalb sage ich, konkrete Maßnahmen sind wichtig. Viel Gerede hilft den Jugendlichen auch nichts. Es werden einzelne mit uns aufstehen und sagen, wir wollen das, und andere werden sich nicht angeprochen fühlen. Deshalb ist es die Aufgabe von uns, den politischen Parteien, junge Menschen zum Engagement einzuladen. Dazu sind wir bereit. Deshalb würde ich Sie gerne alle dazu einladen.

(Beifall von der CDU.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Herr Fraktionsvorsitzender Ulrich hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Ich lasse diese zu. Sie erfolgt aus dem Saal und die Erwiderung der Ministerin unter Umständen direkt am Rednerpult. - Bitte schön.

Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):

Frau Ministerin, Sie haben sich eben etwas über die Forderung lustig gemacht, das Wahlalter ab 16 einmal auf kommunaler Ebene einzuführen und dort

auszuprobieren. Sie haben das so dargestellt, als wäre das eine Abwertung dieser Idee, dieser Möglichkeit, das Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahren einzuführen. Ich habe eben dazwischengerufen, wie das mit den Bürgern der Europäischen Union ist, aber Sie haben ja nicht darauf reagiert. Die dürfen doch bei uns nur auf kommunaler Ebene wählen. Bedeutet das denn aus Ihrer Logik heraus, dass alle EU-Bürger dann demokratisch abgewertet sind bei uns in Deutschland oder europaweit - diese Regelung gilt ja europaweit -, weil sie eben nur auf kommunaler Ebene wählen dürfen? Meine Frage geht dahin: Hinkt der Vergleich nicht irgendwo, wie Sie da argumentieren?

Ministerin Bachmann:

Erstens, ich habe mich nicht lustig gemacht. Zweitens, ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich mich in Ihrer Abwesenheit lustig gemacht hätte, weil ich das ernst nehme. Ich habe Ihnen drittens Studien von Universitäten und anderen Bundesländern vorgelegt, in denen sich eben zeigt - wie ich es Ihnen dargestellt habe -, dass leider Gottes auch dort der Gang zur Wahlurne nicht größer war als in anderen Bundesländern, wo es das nicht gibt.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Das ist gar nicht meine Frage. Meine Frage war, wie das mit den EU-Bürgern ist.)

Aus diesem Grund sage ich Ihnen, ich spreche mich dagegen aus, weil ich der Meinung bin, wir müssten uns verständlich machen, wir müssten die jungen Leute anlocken. Die jungen Leute bestimmen unsere Zukunft, aber nicht durch ein Wahlrecht mit 14, 15 oder 16, vielmehr müssen wir verständlicher reden und genau zu diesem Zeitpunkt auch die Initiative ergreifen.

(Beifall von der CDU. - Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Wer redet denn von 14? Das ist keine Antwort auf meine Frage.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Das Wort hat nun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Michael Neyses.

Abg. Neyses (B 90/GRÜNE):

Frau Präsidentin, ich habe mich auch noch einmal zu Wort gemeldet, um hier etwas klarzustellen, was mir an der Argumentation von Frau Bachmann doch etwas komisch vorkommt. Die Position der CDU ist ja irgendwo klar, aber wenn man eine Beteiligung auf kommunaler Ebene als Experiment bezeichnet, kommen mir doch einige Fragen.

(Ministerin Bachmann: Ja, ist es ja auch!)

Ein Experiment - Sie sagen, klar reden, deutlich reden -, ich übersetze es einmal für Sie. Frau Kollegin

(Abg. Neyses (B 90/GRÜNE))

Eder-Hippler bemüht hier immer die Sendung mit der Maus. Machen wir einmal die Sendung mit der Maus für Minister an dieser Stelle. Ein Experiment ist zumindest einmal etwas Neues. Ich habe Ihnen das eben vorgelesen oder vorgetragen, welche Bundesländer bereits ein Wahlrecht ab 16 auch auf kommunaler Ebene haben. Dann stellen Sie fest, das sind mehr als die, die es nicht haben. Daher kann das hier kein Experiment sein. Das an dieser Stelle zur Klarstellung. - Vielen Dank.

(Beifall von B 90/DIE GRÜNEN.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke schön, Herr Abgeordneter. - Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe dann die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung zunächst über den Antrag der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion, Drucksache 15/2094. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 15/2094 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Oppositionsfraktionen, dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der PIRATEN-Landtagsfraktion, Drucksache 15/2098. - Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 15/2098 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Oppositionsfraktionen, dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen.

Wir kommen nun zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der PIRATEN-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Landessenziorenbeirat (Drucksache 15/2016)

Zur Begründung erteile ich Frau Abgeordneter Dagmar Heib das Wort.

Abg. Heib (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! So wie das Leben ist, so sind die Debatten im saarländischen Landtag. Wir sprachen vorhin von den Jugendlichen und kommen jetzt zu den Senioren. Das sie Verbindende ist Familie. Aber ich glaube, das wissen wir alle und für uns alle ist wichtig, dass alle Generationen am politischen Geschehen teilhaben.

Der saarländische Landtag hat vor nunmehr zwanzig Jahren, Frau Ministerin, einen Beschlussantrag entschieden, in dem die Landesregierung aufgefordert wurde, den Landessenziorenbeirat ins Leben zu rufen. Der Landessenziorenbeirat arbeitet nun seit fast zwanzig Jahren bei uns im Saarland. Ich freue mich, dass der derzeitige Vorsitzende, Herr Gerhard Ballas, heute bei uns im Parlament zu Gast ist und dieser Debatte folgen wird. Ich werde nachher noch mal auf Sie zu sprechen kommen.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Lieber Gerhard Ballas, Ihnen und natürlich allen Mitgliedern im Landessenziorenbeirat ein herzliches Danke schön von uns allen, da bin ich mir sicher. Ich möchte Sie auch bitten, diesen Dank und die Grüße von uns allen weiterzutragen. Wir treffen uns ja in der nächsten Sitzung des Beirates dann auch wieder.

Das Entscheidende bei zwanzig Jahren Arbeit für die Belange unserer älteren Mitbürgerinnen und Bürger ist, dass es zwanzig Jahre Arbeit mit den Beteiligten und mit den Betroffenen selbst ist, die im Landessenziorenbeirat erfolgt. Der Antrag wurde damals von der CDU-Fraktion eingebracht. Die damals zuständige Sprecherin ist auch heute in diesem Saal und wird nachher ebenfalls das Wort zu der Thematik ergreifen. Es ist Monika Bachmann, die damals dieses Thema federführend begleitet hat. Ich denke, da schließen sich auch noch mal Kreise. Damals genau wie heute steht die CDU auch dafür, dass die Erfahrungswerte, die Kompetenzen und der Sachverständ von unseren Seniorinnen und Senioren genutzt werden müssen.

Wenn ich die Zahlen des Statistischen Landesamtes zum Stichtag 31.12.2015 betrachte, so hatten wir im Saarland 227.630 über 65-Jährige, das entspricht einer Quote von 22,86 Prozent, davon 57 Prozent Frauen. Meine Damen und Herren, mehr als jeder Fünfte ist heute bereits über 65 Jahre alt. In zwanzig Jahren rechnet man damit, dass es gemessen an der Gesamtbevölkerung 31 Prozent sein werden.

Das sind Zahlen, die uns allen zu denken geben müssen. Jedenfalls ist für uns alle klar, dass wir hier eine Bevölkerungsgruppe haben, deren Kompetenz und deren Erfahrungsschatz es gilt mitzunehmen und weiterhin in unsere Arbeit einzubringen.

Damals wie heute steht die CDU dafür, ältere Menschen zu hören, mit ihnen zu diskutieren, sich mit ihnen auszutauschen, sie ernst zu nehmen. Denn nur wenn die Menschen ernst genommen werden - das ist unabhängig vom Alter -, sind sie auch bereit, sich zu beteiligen und Verantwortung zu übernehmen. Diese Potenziale müssen wir wecken und sichern, um im Saarland für unsere Senioren und Seniorinnen, für alle Bürger weiterhin gute Arbeit zu leisten.

(Abg. Heib (CDU))

Der Landessenziorenbeirat ist seit seiner Konstituierung ein Sprachrohr der älteren Menschen im Land. Er ist auch ein Bindeglied zwischen Senioren und öffentlichen Stellen, aber auch zwischen den Seniorinnen und Senioren und der Landespolitik. In dem uns heute vorliegenden Antrag, über den wir nachher abstimmen werden, haben wir die Aufgaben wie folgt beschrieben: Erstens Beratung des Landtages und der Landesregierung in allen grundsätzlichen Fragen der Politik für Seniorinnen und Senioren, zweitens Abgabe von Empfehlungen, zu denen die Landesregierung wie auch der Landtag regelmäßig Stellung nehmen und auch über die seniorenpolitischen Konsequenzen berichten, drittens die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Behörden und Verbänden und Ausarbeitung seniorenpolitischer Initiativen.

Das sind die Aufgaben, die wir in unserem Antrag aufgegriffen haben. Herr Ballas war im September vergangenen Jahres im zuständigen Sozialausschuss zu Gast und hat uns dort zum einen von der Arbeit des Landessenziorenbeirates berichtet und uns auch Anregungen mitgegeben. Diese Anregungen wurden aufgegriffen. Wir haben dann einen Antrag entworfen, den ich den anderen Fraktionen im Landtag zugeleitet habe. Ich freue mich, dass alle Fraktionen diesen Antrag teilen, wir gemeinsam Ihre Anregungen aufgreifen und sie jetzt mit dieser Drucksache zur Abstimmung gestellt werden.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Ich danke den Fraktionen auch, dass ich die Gelegenheit habe, unseren gemeinsamen Antrag hier einzubringen.

Ich habe auch den alten Antrag aus dem Jahr 1997 dabei. Ich möchte eine große Änderung ansprechen, die uns auch Herr Ballas nahegelegt hat. Nach zwanzig Jahren ist es ganz legitim und vernünftig, dass man die aktuelle Situation reflektiert und dann --

(Lautes Sprechen.)

Entschuldigung --

Vizepräsidentin Spaniol:

Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Saal und darum, die Hintergrundgespräche und Telefonate während der Rede einzustellen.

Abg. Heib (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Es ist sinnvoll, die Sache aufzugreifen und zu reflektieren, wie die aktuelle Situation ist, wie die Arbeitsabläufe sind, wie die Prozesse sind, um im Gremium vernünftig arbeiten zu können. Eine grundsätzliche und gute Entscheidung ist, dass wir eine Begrenzung der Köpfe auf 21

vorschlagen, damit das Gremium überhaupt noch arbeitsfähig ist.

In der ersten Drucksache 1997 wurde aufgenommen, dass kommunale Seniorenbeiräte beziehungsweise Seniorenbeauftragte der Städte und Kommunen Mitglied im Landessenziorenbeirat werden, und zwar jeder Kommune. Jeder Beauftragte sollte im Landessenziorenbeirat vertreten sein, das war damals auch eine sinnvolle Entscheidung. Damals hatten wir zwei oder drei Seniorenbeiräte in den saarländischen Kommunen. Wir haben inzwischen eine andere Wirklichkeit. Mittlerweile haben 39 Kommunen im Saarland entweder einen kommunalen Seniorenbeirat oder einen Seniorenbeauftragten, der in der Kommune die entsprechenden Interessen vertritt.

Von daher ist es eine gute Lösung - das ist auch aus dem Landessenziorenbeirat zu hören -, dass man die Landesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen Seniorenbeiräte gegründet hat. Dass es mittlerweile 39 Kommunen sind, hat auch damit zu tun, dass wir im Hohen Hause im Jahr 2014 gemeinsam das Kommunalselbstverwaltungsgesetz im Saarland geändert haben, indem wir eine Soll-Bestimmung gesetzlich normiert haben, dass es nämlich in den Kommunen zu den Einrichtungen kommen sollte. Auch das hat mit dazu beigetragen, dass wir jetzt die stolze Zahl 39 haben. Da fehlen noch ein paar. Aber ich denke, das ist auch auf einem guten Wege.

Dazu wird auch - davon bin ich überzeugt - die Landesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen Seniorenbeiräte beitragen. Diese Landesarbeitsgemeinschaft ist eine sinnvolle Vernetzung, eine Plattform für Information und Erfahrungsaustausch. Dies wird dazu führen, dass die Kommunen, die jetzt noch außen vor sind, sich auch bewegen und es dort ebenfalls kommunale Vertretungen, Beiräte oder Beauftragte, geben wird. Das ist eine gute Entwicklung gerade für die Seniorinnen und Senioren im Saarland.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

An der Stelle danke ich all denjenigen, die in den Kommunen dazu beitragen, dass diese Arbeit geleistet wird. Wir alle wissen, dass das hauptsächlich im Ehrenamt geschieht.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Die in der Drucksache vorgestellte Lösung sieht vor, dass die Landesarbeitsgemeinschaft insgesamt acht Vertreter in den Landessenziorenbeirat entsenden wird. Das werden neben der oder dem Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft noch sieben weitere Vertreter sein. Wir haben das Anliegen in die Drucksache aufgenommen, dass es Vertretungen möglichst aus jedem Landkreis beziehungsweise dem Regionalverband geben soll, damit sich das Saarland im Landessenziorenbeirat regional widerspiegelt.

(Abg. Heib (CDU))

Die von uns aufgenommenen Gruppen, Institutionen und Verbände sind Garanten, um die Aufgaben des Landesseniorenbeirates mit zu gestalten. Ich verzichte an dieser Stelle auf die Aufzählung; die Drucksache liegt Ihnen allen vor. Sie können das nachlesen, falls Sie es nicht schon getan haben. Dem Landesseniorenbeirat wird weiterhin freigestellt sein, darüber hinaus beratende Mitglieder zu kooperieren beziehungsweise im Einzelfall Sachverständige zu berufen.

Das Einzige, wo ich geschluckt habe, war die Tatsache, dass das Mindestalter im Landesseniorenbeirat 55 Jahre beträgt - das, wenn man gerade 54 geworden ist! Aber das ist eine rein persönliche Sache. Ich glaube, es ist eine gute Sache, dass wir das so festschreiben.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wir waren und sind im Sozialausschuss einstimmig der Meinung, dass diese Anpassung dem Landesseniorenbeirat weiterhin die Möglichkeit einer vitalen Vertretung der seniorenpolitischen Interessen geben wird, ganz in der Tradition einer saarländischen Seniorenpolitik. Ich bin mir bewusst, dass gerade die Senioren von vielen pflegepolitischen Fragestellungen betroffen sind, das wissen wir alle. Sie sind und werden das bleiben. Die Anzahl der Pflegebedürftigen in unserem Land beträgt annähernd 40.000 Menschen. Die Zahl der Hochbetagten steigt auch. Wir wissen also, dass das weiter ein Thema sein wird, ein Thema für uns alle, ein Thema, das alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land betrifft. Es war ein Thema im Landesseniorenbeirat in den vergangenen Jahrzehnten und wird gerade in diesem Gremium auch ein Thema bleiben.

Dennoch möchte ich sagen, dass eine Seniorenpolitik an einer aktivierenden und gesellschaftlichen Teilhabe ausgerichtet sein soll. Meine Damen und Herren, in diesem Sinn verstehe ich unseren Antrag und die Ausrichtung, die der Landesseniorenbeirat haben wird. Ich glaube, es wird weiterhin die Möglichkeit gegeben sein, eine Politik zu gestalten, die alle Bedürfnisse und Bedarfe der Senioren in unserem Land im Blick hält. Meine Damen und Herren, das ist wichtig, damit der Zusammenhalt in unserem Land gestärkt wird. Ich danke den Fraktionen und bin froh, dass wir das gemeinsam auf den Weg gebracht haben. - In dem Sinne vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Frau Kollegin Heib. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE die Kollegin Heike Kugler.

Abg. Kugler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Ballas! Unsere Gesellschaft besteht aus einem immer größeren Anteil älterer Menschen. Das ist gut so. Von daher gewinnt die Seniorenanarbeit stets an Bedeutung. Dies muss natürlich auch Konsequenzen für die Politik und die Einbeziehung älterer Menschen haben. Deshalb ist ein Landesseniorenbeirat natürlich sehr wichtig; das gehört entsprechend verankert.

Mit dem vorliegenden Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, die Arbeit des Landesseniorenbeirates weiterzuentwickeln und die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Das ist wichtig und richtig. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass es in anderen Bundesländern weitergehende Strukturen gibt, die man sich zum Vorbild nehmen sollte. Es gibt Seniorenmitwirkungsge setze, in denen die gesetzlichen Mitwirkungsrechte und -pflichten geregelt sind. Dabei geht es darum, nicht nur über Senioren zu sprechen, sondern mit ihnen zu sprechen und von ihnen zu hören, wo der Schuh drückt.

Dass dies nicht das Ende der Fahnenstange ist, zeigen uns andere Bundesländer. In mehreren Bundesländern gibt es zur stärkeren Einbeziehung der Senioren in die politischen Entscheidungen sogar Altenparlamente. Zum Beispiel in Schleswig-Holstein gibt es dieses sogenannte Altenparlament.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Heike, schau dich einmal um.)

Siehst du so alt aus? - In Schleswig-Holstein gibt es das bereits seit 1989. Das ist also keine neue Erfindung. Es hat dort schon Tradition und ist entsprechend besetzt. Dieser Landtag tagt einmal im Jahr und auch dort, wo der andere Landtag immer sitzt. Delegierte des Landesseniorenrates werden durch Wohlfahrtsverbände, Sozialverbände, Gewerkschaften, Beamtenvertretungen und Parteien des Altenparlaments gewählt. Anträge werden formuliert und in Arbeitsgruppen beraten sowie Empfehlungen entwickelt, die schließlich von allen Teilnehmern in einer abschließenden Debatte diskutiert, überarbeitet und schließlich vom Plenum übernommen werden. Den gesamten Tag über sind Abgeordnete des Landtages vertreten. Sämtliche Fraktionen sind auch vor Ort, sachkundige Berater und interessierte Zuhörer natürlich auch. Ich möchte damit aufzeigen, dass die Sache so weitergehen könnte. In Schleswig-Holstein ist es so, dass die Beschlüsse des Altenparlaments den im Landtag vertretenen Parteien, der Landesregierung und den Bundestagsabgeordneten des Landes zugestellt werden.

Ich möchte es kurz machen. Im Saarland müssen wir auf der kommunalen Ebene noch an der Umsetzung der Mitwirkungsmöglichkeiten arbeiten, denn

(Abg. Kugler (DIE LINKE))

noch lange nicht alle Kommunen haben Vertreterinnen und Vertreter in die Landesarbeitsgemeinschaft Kommunaler Seniorenbeiräte entsendet. Ich schaue in meinen Kreis St. Wendel: Dort sind noch sehr wenige Vertreter nominiert worden, da muss noch einiges getan werden.

Wir machen uns mit dem heutigen gemeinsamen Antrag auf den Weg. Es gibt noch viel zu tun. Die LINKE unterstützt daher natürlich den Antrag. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. - Für die SPD-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Pia Döring das Wort.

Abg. Döring (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Alltagskompetenzen, Förderteilhabe und Integration stärken den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Die heutigen Senioren sind im Durchschnitt gesünder, besser ausgebildet und vitaler als frühere Generationen. Sie möchten ihr Engagement in Beruf, Wirtschaft und Gesellschaft fortsetzen. Auch möchten sie, wenn es um ihre gesellschaftspolitischen Belange geht, beraten, mitbestimmen und mitgestalten.

Seniorenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die frühzeitig in andere gesellschafts-, wirtschafts-, sozial-, familien-, kultur-, umwelt- und bildungspolitische Felder eingreift. Ein wichtiges Instrument dabei ist der Landessenziorenbeirat, um politische Entscheidungsträger für die besonderen Bedarfslagen und Problemsituationen älterer Menschen zu sensibilisieren und sie zu beraten. Der Beirat ist kein Gremium, in dem Fachleute über die Interessen von Senioren beraten oder etwas für Senioren aufbauen und entwickeln. Es geht vielmehr um die Beteiligung der älteren Bürgerinnen und Bürger selbst.

Die Gründung des Landessenziorenbeirats des Saarlandes wurde durch Beschluss des Landtags vom 12.11.1997 initiiert. Der Landessenziorenbeirat gründete sich 1998, also vor 19 Jahren. Seit dieser Zeit leisten der Landessenziorenbeirat, die Beiräte und die Seniorenbeauftragten in den Kommunen eine sehr gute Arbeit. Dafür möchte ich mich auch im Namen unserer Fraktion recht herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD.)

Heute liegt ein Antrag aller Landtagsfraktionen vor, der das Ziel hat, die Arbeit des Landessenziorenbeirats auf Grundlage der bisherigen Erfahrungen des Landessenziorenbeirats weiterzuentwickeln und die rechtlichen Rahmenbedingungen herzustellen, um die Arbeit des Landessenziorenbeirats zu optimieren. Um eine effizientere Arbeitsweise zu gewährleisten,

soll der Landessenziorenbeirat zukünftig aus maximal 21 Mitgliedern bestehen. Mit einer Aktualisierung der Zusammensetzung des Rates haben wir eine repräsentative Auswahl getroffen, die sowohl das regionale Spektrum als auch die gesellschaftlichen Akteure des Landes, aber auch eine ausgewogene Zusammenstellung hauptberuflicher und erfahrener ehrenamtlicher Personen garantiert. Besonders hervorheben möchte ich noch einmal die übergreifende Einigkeit bei der Verbesserung beim Landessenziorenbeirat. Alle aktuell im Landtag befindlichen Parteien haben sich sehr konstruktiv eingebracht und stehen dem Antrag positiv gegenüber.

(Beifall des Abgeordneten Scharf (CDU).)

Der SPD sind eine lebendige Demokratie und die Partizipationsmöglichkeiten aller immer ein besonderes Anliegen gewesen. Dazu gehört eben auch die Teilhabe von älteren Menschen an unserer Gesellschaft und den politischen Prozessen. Die Einrichtung und die kontinuierliche Verbesserung des Landessenziorenbeirats ist eine konkrete Ausprägung dessen. Die SPD dankt ausdrücklich allen Menschen, die sich hierfür engagieren und für die Belange ihrer Mitmenschen einsetzen, und freut sich weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Landessenziorenbeirat. Wir stimmen dem Antrag natürlich zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Frau Abgeordnete. - Das Wort hat nun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Michael Neyses.

Abg. Neyses (B 90/GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute einen gemeinsamen Antrag vorgelegt, der zum Ziel hat, den Landessenziorenbeirat neu zusammenzusetzen, die bisherige Arbeit weiterzuentwickeln, um insgesamt in Zukunft eine effizientere Arbeit zu gewährleisten.

Wie sieht die Zukunft der Bevölkerungsentwicklung aus? Wir Saarländer werden immer älter. Unsere Lebenserwartung steigt bei einer gleichzeitig relativ geringen Geburtenquote. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung kam im Jahr 2011 zu dem Ergebnis, dass bis 2030 jeder Zweite älter als 51,5 Jahre sein wird. Zum Vergleich: 2009 lag dieses sogenannte Medianalter noch bei 46 Jahren. Darüber hinaus werden fast 10 Prozent der Bevölkerung im Saarland über 80 Jahre alt sein. Das bedeutet, dass bei einer zunehmenden Alterung der Bevölkerung auch die Gruppe der Seniorinnen und Senioren, deren Bedürfnisse und Interessen ebenso einer zunehmenden Beachtung und Interessenvertretung bedürfen.

(Abg. Neyses (B 90/GRÜNE))

fen. Insofern ist die Einrichtung eines Seniorenbeirats, der die Landesregierung in allen grundsätzlichen Fragen der Politik für ältere Menschen berät, eine sinnvolle und wichtige Einrichtung.

Es muss unser Ziel sein, die Teilhabe älterer Menschen am sozialen Leben zu fördern, die Zusammenarbeit mit Behörden und Verbänden zu gewährleisten und vor allem das Miteinander der Generationen zu organisieren. Dazu kann der Seniorenbeirat einen wichtigen, um nicht zu sagen unverzichtbaren Beitrag leisten, insbesondere dann, wenn es um ganz lebenspraktische Angelegenheiten und Themen geht wie Wohnen im Alter, die Gestaltung von altersgerechten Freizeitaktivitäten, Mobilität im Alter oder auch wenn es um das Thema Alter und Pflege geht.

Der Seniorenbeirat muss sich deshalb aus engagierten Interessenvertretern zusammensetzen, die aufgrund ihres Alters und der Lebens- und Berufserfahrung Kompetenzen und Wissen mitbringen, die für die Seniorenanarbeit hilfreich und nützlich sind. Das sollen sowohl ehrenamtliche als auch hauptamtliche Mitarbeiter sein. Er muss aber auch in seiner Zusammensetzung neben der Repräsentanz von Sozialverbänden, Kranken- und Rentenversicherungen und kommunalen Beiräten auch eine Größe haben, die eine effiziente Arbeit gewährleistet.

Der Landesseniorenbeirat wurde bereits im Jahre 1997 durch die damalige Landesregierung ins Leben gerufen. Mitglieder waren die kommunalen Seniorenbeiräte sowie Institutionen und Verbände, die seniorenpolitische Interessen wahrnehmen und vertreten. Die Ziele der Arbeit des Landesseniorenbeirates sind bis heute, die Anliegen älterer Menschen zu formulieren und nach außen zu tragen, ihre Partizipation am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten und ihre Berücksichtigung und Einbeziehung bei politischen Entscheidungsprozessen sicherzustellen. Dementsprechend gestalten sich auch die Aufgaben des Landesseniorenbeirats. Er steht dem Landtag und der Landesregierung in generellen Fragen der Politik für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Rat und Tat zur Seite. Er spricht Empfehlungen aus, fördert die Zusammenarbeit von Verbänden, Institutionen und Behörden und ist vor dem Erlass von Gesetzen und Verordnungen, die Seniorinnen und Senioren betreffen, zu hören.

Bisher sind die kommunalen Beiräte immer auch automatisch Mitglied im Landesseniorenbeirat gewesen. Da ihre Anzahl aber stetig ansteigt, wächst auch die Mitgliederzahl im Seniorenbeirat, was dazu führt, dass ein zu großes Gremium entsteht, das nicht mehr arbeitsfähig ist. Deshalb soll die Zahl der Vertreter im Seniorenbeirat auf maximal 21 Personen begrenzt werden, wie es heute im gemeinsamen Antrag vorgeschlagen wird. Im Wesentlichen bedeutet das, dass die Landesarbeitsgemeinschaft

kommunaler Seniorenbeiräte - im Oktober 2013 gegründet - insgesamt sieben Vertreter zusätzlich zum Vorsitzenden in den Landesseniorenbeirat entsendet und dabei eine entsprechende Verteilung in Bezug auf die Landkreise, den Regionalverband und die Städte und Gemeinden sicherstellt. Neu hinzu kommen ein Beauftragter für Seniorensicherheit und ein Vertreter der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe.

Wir GRÜNEN begrüßen diese neue Zusammensetzung als eine gute und praktikable Neuregelung, da sie zeitgemäß ist und die Arbeit des Seniorenbeirats effizienter macht. Die Neuregelung ist auch vom Verfahren her zu begrüßen, sie ist mit allen Beteiligten abgestimmt worden, um einen möglichst großen Konsens zu erzielen. Dafür möchte ich der Kollegin Heib noch ausdrücklich danken.

Anschließend möchte ich mich auch noch für die Arbeit des Seniorenbeirates ganz herzlich bedanken. Durch Ihre Arbeit wird die ältere Generation im Saarland hervorragend vertreten und erhält qualifizierte Hilfe und Unterstützung. Seien Sie versichert, dass Sie mit seniorenpolitischen Anliegen bei uns GRÜNEN immer ein offenes Ohr finden werden. - Vielen Dank.

(Beifall von B 90/GRÜNE und bei den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Für die PIRATEN-Landtagsfraktion erteile ich das Wort der Kollegin Jasmin Freigang.

Abg. Freigang (PIRATEN):

Vielen Dank. Frau Präsidentin! Meine lieben Damen und Herren Abgeordnete! Jetzt haben wir das Ganze praktisch noch ein fünftes Mal. Der saarländische Landtag hat im November 1997 die Landesregierung zur Einrichtung eines Seniorenbeirats aufgefordert und diese ist dem auch nachgekommen. Seitdem nimmt der Landesseniorenbeirat wichtige Aufgaben für die Seniorinnen und Senioren in unserem Land wahr. Er berät den Landtag und die Landesregierung in allen grundsätzlichen Fragen der Seniorenpolitik, er gibt Empfehlungen ab, zu denen Landtag und Landesregierung regelmäßig Stellung nehmen, er fördert die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Verbänden und die Ausarbeitung seniorenpolitischer Initiativen. Zudem ist der Seniorenbeirat bei Gesetzen und Verordnungen, die sich auf Senioren auswirken, anzuhören. In der Vergangenheit bekamen wir dadurch viele entscheidende Impulse. Ich möchte mich für die komplette PIRATEN-Fraktion beim Landesseniorenbeirat ganz herzlich bedanken.

(Abg. Freigang (PIRATEN))

Die fast 20 Jahre Erfahrung mit dem Seniorenbeirat geben aber auch Anlass, die Arbeit des Landesseniorenbeirats zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Um eine effiziente Arbeitsweise zu gewährleisten, soll der Beirat künftig aus maximal 21 Mitgliedern bestehen. Das ist einfach eine Anpassung an die neue Gegebenheit. Wir kennen das: Wenn immer mehr Menschen vertreten sind, wird es schwieriger zu diskutieren. Und wichtig ist doch, dass der Landesseniorenbeirat arbeitsfähig bleibt, so wie er jetzt ist.

Der Beirat soll ausgewogen zusammengestellt sein mit hauptberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Seniorenhilfe. Kommunale Seniorenbeiräte beziehungsweise die Seniorenbeauftragte der Städte und Gemeinden entsenden jeweils einen Vertreter beziehungsweise eine Vertreterin in die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Seniorenbeiräte. Die Landesarbeitsgemeinschaft entsendet zusätzlich zum Vorsitzenden insgesamt sieben weitere Vertreter und deren Stellvertreter. Dabei ist sicherzustellen, dass jeder Landkreis und der Regionalverband sowie die Seniorenbeauftragten der Städte und Gemeinden vertreten sind. Die weiteren Mitglieder stehen im Antrag. Ich werde sie nicht noch einmal gesondert aufzählen. Das Mindestalter soll 55 Jahre sein, die Mitarbeit ist ehrenamtlich. Hier ist also sichergestellt, dass sich wirklich die Menschen um die Seniorenpolitik kümmern, die Erfahrung darin haben, welche besonderen Hürden es für Senioren gibt, und die einfach wissen, wie das Leben älterer Menschen in unserem Land ist.

Der Landesseniorenbeirat und die Arbeitsgemeinschaft geben sich eine Geschäftsordnung. Die Geschäftsführung liegt beim Sozialministerium. Ich freue mich auf die weitere konstruktive Arbeit und bin mir sicher, dass wichtige Themen, welche die Belange unserer Seniorinnen und Senioren betreffen, behandelt werden. Dazu gehört zum Beispiel das Thema Senioren-WG. Wie wird das Zusammenleben älterer Menschen gestaltet? Vor allen Dingen ist zu fragen, wie ältere Menschen in unserem Land möglichst lange selbstständig zusammenleben können. Es geht auch um die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs. Da haben ältere Menschen nun mal ganz andere Erfahrungen als jüngere. Auch die Barrierefreiheit allgemein ist zu nennen. Ich freue mich, dem gemeinsam Antrag, den alle Fraktionen eingebracht haben, zustimmen zu können. - Danke sehr.

(Beifall.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Frau Kollegin Freigang. - Das Wort hat nun Frau Ministerin Bachmann.

Ministerin Bachmann:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Gerhard Ballas, herzlichen Dank für Ihr Kommen. Ich darf herzliche Grüße an den ganzen Beirat aussrichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde lügen, wenn ich sagen würde, ich freue mich nicht, dass wir heute diesen gemeinsam Antrag vorlegen. In den zurückliegenden 20 Jahren hat sich so einiges getan. Plötzlich war vielen Menschen klar, dass die Gesellschaft immer älter wird. Alter bedeutet aber nicht gleich Pflegebedürftigkeit, sondern es gibt ältere Menschen, die richtig agil sind, die richtig in der Gesellschaft tätig sind und die gut unterwegs sind in der Politik, in den Vereinen und überall dort, wo sie gebraucht werden. Deshalb war es gut so, dass in den letzten 20 Jahren von uns allen tiefgreifende Veränderungen in der Seniorenpolitik erarbeitet wurden.

Es wurde und wird bis zum heutigen Tag eine moderne Seniorenpolitik erarbeitet. Liebe Frau Freigang, ich gebe Ihnen aber durchaus recht, dass noch viele andere Formen überlegt werden müssen, wie in der Zukunft nicht nur die älteren Menschen leben, sondern wie in der Zukunft Alt und Jung unter einem Dach zusammenwohnen. Dafür gibt es schon gute Beispiele. Wissenschaft, Politik und Gesellschaft erkennen den enormen Bedeutungszuwachs der älteren Generation. Sie fordern deren Wissen ein und wollen diese Menschen in ihren Unternehmen, in den Vereinen weiter fördern. Sie brauchen auch den Rat dieser älteren Menschen.

Wir haben im Saarland bis zum Jahr 2025, was ja nicht mehr so weit hin ist, einen Zuwachs an älteren Menschen von 28 Prozent. Das ist schon etwas. Insofern müssen wir uns darauf einstellen. Wir müssen auch wissen, dass die Babyboomer-Generation in die Nacherwerbsphase kommt. Wir müssen uns einstellen auf ein verändertes Selbstverständnis älterer Menschen hinsichtlich einer zunehmenden Belegschaft, sich gesellschaftlich zu engagieren. Wir stellen auch Folgendes fest: Im Jahr 2014 zählten die 60- bis 75-Jährigen erstmals zur engagiertesten Altersgruppe im Land. Das hat die damalige Nachfrage ergeben.

Diese Entwicklung fand ihren Ausdruck beispielsweise in der Erarbeitung der drei Landesseniorenpläne. Frau Abgeordnete Heib hat es eben dargestellt. Lieber Gerhard Ballas, vor diesem Hintergrund haben sich Arbeit und Aufgaben des Landesseniorenbeirates verändert und werden sich auch weiterhin verändern. Er wird neue Ideen haben müssen, er wird fordern müssen, er muss sich mit den Kommunen, mit den Kommunalvertretern vor Ort auf diese Arbeit einstellen. Vor allen Dingen ist er aber bereit, in dieser Situation neue Wege zu gehen. Das weiß ich,

(Ministerin Bachmann)

weil wir in einem ständigen Dialog sind und weil sich die älteren Männer und Frauen vor Ort in den Gemeinden sehr stark engagieren.

Vor allem im Bewusstsein des veränderten Selbstverständnisses älterer Menschen, die nicht von der Politik verwaltet werden wollen, sondern ihr eigenes Leben leben wollen und sagen wollen, wie es ist, wenn man etwas älter geworden ist, sind Rahmenbedingungen gefragt, die aktives Altern ermöglichen. Dazu gehört beispielsweise die Realisierung des im Januar 2017 von uns gestarteten landesweiten Seniorenlotsennetzwerks als Bestandteil der Sozialplanung in der Seniorenhilfe. Unser Landesprogramm, das jetzt in die Gänge gekommen ist, war von mir so gewünscht, das darf ich sagen, weil ich es als ehemalige Kommunale, als Landrätin schon umgesetzt hatte. Man kann damit Personen in die Häuser schicken, was auch gewünscht war, damit Menschen, die einfach nicht mehr so gut zu Fuß sind, die zwar gut wohnen, die aber nicht mehr gut rausgehen können, nicht vereinsamen. Diese Seniorenlotsen kann man, was von uns mitfinanziert wird, in die Kommunen schicken. Sie sollen in den Gemeinden und in den Ortsteilen sein, damit ihre Hilfe abgerufen werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich gebe nun einige Beispiele dafür, was für die Senioren getan worden ist. In Kooperation mit der Landesmedienanstalt haben wir die virtuellen Mehrgenerationenhäuser geschaffen. Sie wurden 2016 in vier Modellkommunen eingerichtet. Da ist zum Beispiel das Onlinerland in Saarbrücken, über das wir heute Morgen schon gesprochen haben. Als wir das Projekt gestartet haben, dachten wir zunächst, wir müssten die älteren Menschen, die teilnehmen wollen, erst noch suchen. Dem war aber nicht so, wir hatten nicht genügend Plätze, nicht genug Tablets, die wir an diese Menschen ausgeben konnten, damit sie sich fit machen können, um mit ihrer Verwandtschaft, den Kindern, die vielleicht weit weg wohnen, zu kommunizieren, damit sie scypen oder E-Mails und so weiter schreiben können.

Wir haben aber nicht nur die virtuellen Mehrgenerationenhäuser, sondern wir alle haben für die Mehrgenerationenhäuser gekämpft, deren Weiterfinanzierung damals Gott sei Dank in Perl auf der Jugend- und Familienministerkonferenz von der zuständigen Ministerin Schwestig, den Familienministern und mir als Ausrichterin beschlossen wurde. Wir haben in diesem Land acht Generationenhäuser. Herr Ballas und ich hatten letzten Sonntag bei einer Veranstaltung die große Freude, gemeinsam das neunte Mehrgenerationenhaus anzukündigen. Und es war erkennbar, wie die Menschen mitgehen. Wir haben vor etwa 200 Menschen gesessen und es angekündigt, da ist der Grundschulrektor aufgestanden, hat sich vorgestellt und gesagt: Ich würde gerne mit

meinen Grundschulkindern mitmachen. Die älteren Menschen aus dem Mehrgenerationenhaus können den Kindern zum Beispiel etwas vorlesen. Es kommt aber auch von den Kindern etwas zurück, die Älteren und Jüngeren können sich unterhalten, miteinander kommunizieren. Es waren Leute da, die sagten: Ja, meine Mutter hat mir gesagt, sie wolle gerne Häkel- oder Strickkurse anbieten. Vieles andere mehr wurde genannt. Wir haben auch gehört, dass man dort gerne im wissenschaftlichen Bereich unterwegs sein möchte. Die virtuellen Mehrgenerationenhäuser wie auch die Mehrgenerationenhäuser an sich sind also ein ganz wichtiges und auch finanziertes Modell, das der älteren Generation zur Verfügung steht.

Wir haben aber auch seit geraumer Zeit die Seniorensicherheitsberater. Diese Sicherheitsberater sind unterwegs, um die älteren Menschen in Richtung Prävention zu beraten, wie sie sich zuhause verhalten müssen, um mehr Sicherheit zu haben. Auch dies ist ein Programm, das die Landesregierung nicht nur finanziell unterstützt. Hier bin ich jedem Einzelnen von Ihnen dankbar, dass Sie das mit nach außen tragen.

Wir haben die Seniorenbeiräte in den Kommunen, immer noch nicht in allen 52, aber auch da sind wir ehrgeizig unterwegs und fordern das immer wieder ein. Wir wollen auch, dass die Senioren in den Kommunalparlamenten gehört werden. Wir wollen, dass sie dort nicht nur gehört werden, sondern dass sie auch mitreden können, dass sie Ansprechpartner sind.

In dieser Legislaturperiode, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat der Landtag des Saarlandes - ein Beschluss von 2014 - auf Initiative des Landesseniorenbeirates und meines Ministeriums im Rahmen einer Änderung des KSVG die Einrichtung von Beiräten für ältere Menschen, alternativ die Einsetzung von Seniorenbeauftragten, als Soll-Bestimmung aufgenommen. Diese Änderung hat mit dazu beigetragen, dass es im Saarland aktuell 20 Seniorenbeiräte und 33 Seniorenbeauftragte gibt.

Deshalb möchte ich festhalten: Wir haben in den letzten 20 Jahren alle gemeinsam vieles geleistet. Wir haben aber noch vieles vor uns und wir müssen die Maßnahmen immer wieder aktualisieren. Wir müssen die saarländische Seniorenpolitik, die von der Anzahl der betroffenen Menschen her ja immer wichtiger wird, modern aufstellen. Deswegen ist mein Ministerium auch in diesem Jahr unterwegs, um den Film einer meiner Vorgängerinnen Sputnik Moment vorzustellen, der deutlich macht, wie gut es ist, älter zu werden und fit zu bleiben, der deutlich macht, wie man auch noch mit 80 seine Frau/seinen Mann stehen kann. Wir werden aber auch noch eine Filmwoche veranstalten, wir werden genauso wie die rheinland-pfälzischen Kollegen in allen Landkrei-

(Ministerin Bachmann)

sen unterwegs sein, und ich bin mir sicher, dass dann auch die jeweiligen Abgeordneten mit vor Ort sein werden.

Wir wollen alle gemeinsam Mut machen. Dabei brauchen wir natürlich die Fachleute. Die Fachleute, lieber Gerhard Ballas, das sind Sie, das sind Ihre Frauen und Männer, die tagtäglich unterwegs sind und im Landesseniorenbirat ihre Arbeit leisten. Dafür darf ich Danke schön sagen. Auch dem Parlament darf ich ein herzliches Dankeschön sagen für die finanziellen Mittel, die Sie meinem Ministerium für diese Aufgabe immer wieder zur Verfügung stellen. Ich darf Danke sagen im Namen all der Menschen, die uns vor Ort brauchen, denen man mit vielen Ideen Hilfestellung geben kann, Ideen, die der Landesseniorenbirat hat und die manchmal gar kein Geld kosten; da geht es oft nur um den guten Willen, das man rausgeht und sagt: Genau so muss es sein.

Aber eines dürfen wir nicht. Wir dürfen die Menschen, die zuhause sind, nicht vergessen. Wir dürfen auch nicht diejenigen vergessen, die in verschämter Armut leben, die nicht zum Sozialamt gehen und sich nichts mehr leisten können, die aber auch ein Recht darauf haben, an dieser Gesellschaft teilzuhaben. Das ist unser aller Aufgabe. - Deshalb Ihnen allen ein herzliches Danke schön für den gemeinsamen Antrag.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 15/2016 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 15/2016 einstimmig, bei Zustimmung aller Fraktionen im Hohen Hause, angenommen ist.

(Beifall bei allen Fraktionen.)

Wir kommen zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Rahmenbedingungen für Gründer und Gründerinnen verbessern! (Drucksache 15/2095)

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Hubert Ulrich das Wort.

Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute das Thema Rahmenbedin-

gungen für Gründerinnen und Gründer bewusst auf die Tagesordnung gesetzt, weil vor Kurzem die Zahlen zu den Gründungen im Saarland im Jahre 2016 durch die Öffentlichkeit gegangen sind. Diese Zahlen waren nicht schön. Sie besagen, dass im Saarland die Zahl der Gründerinnen und Gründer 2016 um 11 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Das ist nicht schön, das ist dramatisch, das ist äußerst dramatisch, insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir bei Neugründungen bundesweit sowieso schon Schlusslicht sind.

Nun ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze ein Thema, das wir zu Recht immer wieder auf der Agenda haben. Aber in diesem elementaren Bereich scheint die saarländische Landespolitik komplett zu versagen. Anders kann man diese Zahlen nicht deuten.

Es gibt aber noch eine weitere relativ erschreckende Zahl, was die Unternehmensgründungen und den Unternehmensbestand im Saarland betrifft. Das ist eine Zahl, die so gar nicht bekannt ist, weil sie nicht durch die Presse gegangen ist, nämlich die Zahl der Kreditreformen. Diese Zahl besagt, dass wir in den letzten zehn Jahren netto rund 700 Unternehmen im Saarland verloren haben. Auch das ist eine dramatische Zahl. Vor dem Hintergrund dieser Zusammenhänge wundert es mich schon, dass die zuständige Wirtschaftsministerin es noch nicht einmal für nötig hält, überhaupt an dieser Debatte teilzunehmen.

(Beifall bei B 90/GRÜNE. - Abg. Thul (SPD): Das sagt genau der Richtige!)

Die zuständige Wirtschaftsministerin hält es nicht für nötig, an einer solch elementaren Debatte, die ihr Haus originär betrifft, teilzunehmen. Ich sage ganz offen: Das verstehe ich nicht. Das verstehe ich wirklich nicht. Das habe ich bisher auch selten erlebt.

Das Problem hier im Saarland besteht darin, dass die gesamte Gründerstruktur darniederliegt. Wir haben eigentlich keine Gründerstruktur. Wenn man in die Wirtschaft hineinhört, wenn man mit den Experten redet, bekommt man fast überall die gleiche Antwort. Wir haben zwar die Saarland Offensive für Gründer, das SOG-Netzwerk, das es jetzt seit 22 Jahren gibt. Wenn Sie da aber mal genau hinschauen, wenn Sie mit den zuständigen Leuten reden, stellen Sie fest: Da passiert eigentlich nichts!

Das ganze SOG-Gründernetzwerk ist ein In-sich-Geschäft. Pro Jahr gibt es zwar eine Versammlung, pro Jahr gibt es eine Gründermesse. Die da hingehen, sagen mir aber: Da kommen immer wieder die gleichen Leute, da finden eigentlich gar keine Gründungen statt. Und das nicht gerade zum Nulltarif, diese Messe kostet jedes Jahr 200.000 bis 300.000 Euro, nicht wenig Geld in einem sogenannten Haushaltsnotlageland. Das heißt, wir geben für die immer gleiche Party verdammt viel aus.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))

Es gibt aber bei dem SOG-Netzwerk noch weitere Probleme, die auch immer wieder benannt werden. Entscheidungen zum Beispiel über Werbekampagnen, neue Aktivitäten werden immer im gleichen, sehr engen Kreis getroffen: Ministerium, IHK, HWK, SIKB und den Hochschulen. Diese sehr zentralistische Struktur frustriert natürlich die meisten kleineren Partner, insbesondere auch die regionalen Wirtschaftsförderungen. Viele Maßnahmen werden zwar mit Veranstaltungen angestoßen, aber dann fehlt es an der weiteren Betreuung, an der Nachbetreuung. Es fehlt vor allen Dingen auch an gezielten Maßnahmen für Förderer und junge Menschen, die werden damit relativ wenig angesprochen. Wir haben zwar eine Gründerförderung an den Hochschulen - das ist begrüßenswert und sehr wichtig -, aber es gibt auch innovative Gründer außerhalb der Hochschulen. Auch die müssten betreut werden, auch dort geschieht bei uns im Saarland relativ wenig.

Ein weiteres Problem bei der SOG ist die Tatsache, dass jeder SOG-Partner mit seinen eigenen Gründerdaten arbeitet. Die anderen SOG-Partner können ihre Leistungen bei den anderen Gründern gar nicht anbieten. Auch dort passt es nicht. Es schmören alle im eigenen Saft, deshalb bewegt sich nichts weiter, es geht nichts voran. Die Zusammenarbeit im gesamten SOG-Netzwerk ist stark von institutionellen Eigeninteressen geprägt mit all den Problemen, die damit zusammenhängen. Alle Partner achten peinlich darauf, dass jeder seine eigenen Interessen vertitt und dass die Geschäftsideen nicht an andere Stellen weitergehen; alles muss unter Kontrolle bleiben. Es gibt also viele Probleme in diesem Bereich. Dort - und das ist einer der Gründe für unseren Antrag - bräuchten wir eine Neugestaltung im Saarland.

(Zuruf: Gerne!)

Wir müssen wissen, dass sich die Gründerlandschaft in ganz Deutschland in den letzten zehn Jahren gründlich verändert hat. Das Gründungsgeschehen ist heute in einem immer stärkeren Maße geprägt von sogenannten digitalen Geschäftsmodellen. Auch hier geschieht im Saarland eigentlich nichts. Junge sogenannte High Potentials brauchen ihr eigenes Gründerökosystem. Solche Gründerökosysteme, genannt Garagenkonzepte, Stichwort Coworking Spaces, gibt es in vielen anderen Bundesländern. Aber es gibt ein Bundesland, wo so etwas nicht stattfindet und das ist leider unser Bundesland. Also auch hier haben wir wirklich ein massives Versagen der hierfür zuständigen Landesregierung.

Man muss wissen, dass in anderen Bundesländern solche Garagenprojekte heute von großen Unternehmen wie BMW, Adidas oder Osram betrieben werden. Im Saarland geschieht das nicht. Weil es aber nicht geschieht, wäre es eigentlich originäre Aufgabe der Politik, solche Garagenkonzepte anzu-

schieben und mit der Industrie so zusammenzuarbeiten, dass so etwas geschieht. Aber das alles geschieht bei uns hier im Saarland leider nicht.

Vor dem Hintergrund der dramatischen Zahlen, die wir an dieser Stelle haben, haben wir den Antrag heute hier eingebracht. Wir werden es nicht schaffen, nur mit großindustriellen Strukturen Arbeitsplätze im Saarland zu schaffen. Wir wissen alle, wie schnell große Industriestrukturen unter Druck geraten können. In der Stahlindustrie erleben wir es gerade.

(Zurufe von den Regierungsfraktionen.)

Bei der Automobilindustrie kann es auch sehr schnell gehen. Schauen Sie sich den VW-Skandal an, schauen Sie sich die Krise an bei Opel, das gerade von einem französischen Konzern übernommen wird. Gerade wir hier im Saarland leben im Moment wirklich von den großindustriellen Strukturen. Wir haben seit Jahrzehnten das Problem, dass wir zu wenig Mittelstand haben. Das wird von allen Seiten zu Recht bemängelt, man muss dann aber regierungsseitig etwas dafür tun, damit es in einem relevanten Umfang zu Neugründungen im Saarland kommt. Es darf nicht sein, dass die Neugründungen immer mehr zurückgehen. Wir dürfen bundesweit nicht weiterhin Schlusslicht bleiben.

Das ist - ich wiederhole mich da - originäre Aufgabe der Landesregierung, aber hier geschieht nichts! Aus diesem Grund haben wir heute diesen Antrag eingebracht und ich bin jetzt schon gespannt, mit welchen Argumenten die Große Koalition diesen Antrag ablehnen wird, obwohl es keine sachbezogenen Argumente dafür gibt. Aber, ich werde Ihnen jetzt mit Interesse lauschen. - Vielen Dank.

(Beifall bei B 90/GRÜNE.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Herr Fraktionsvorsitzender. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die SPD-Landtagsfraktion der Kollege Hans Peter Kurtz.

Abg. Kurtz (SPD):

Herr Abgeordneter Ulrich, es freut mich wirklich sehr, dass Sie mir um diese Uhrzeit hier im Plenum noch so gespannt zuhören. Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig, dass die Zahl der Gründungen im Saarland momentan um 11 Prozent zurückgegangen ist. Aber auch hier muss man bei den Zahlen vorsichtig sein. Diese rückläufige Gründungsdynamik beruht auf Hochrechnungen des ersten Halbjahrs 2016. Aber auch das allein isoliert betrachtet zeigt überhaupt nicht, dass es hier im Saarland keine Gründeraktivitäten gibt und dass - wie Sie das eben gesagt hatten - die Politik des Landes in diesem Fall versagt hätte. Die isolierte Wiedergabe die-

(Abg. Kurtz (SPD))

ser Zahlen lässt keinen abschließenden Rückchluss auf die Gründerszene im Saarland zu. Man muss auch sehen, dass die Zahl der Liquidationen im Saarland in diesem Zeitraum ebenfalls um 11,5 Prozent zurückgegangen ist. Das heißt, es gibt an dieser Stelle einen genauso großen Rückgang wie bei den Gründungen. Das zeigt, dass wir es hier mit einer guten Qualität von Gründungen zu tun haben, dass also die Gründung nicht später in einer Insolvenz geendet hat. In denke, der Weg der Landesregierung ist richtig, dass nämlich auch in diesem Bereich Qualität vor Quantität geht.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Richtig ist aber, Herr Ulrich, das sehen wir genauso wie Sie, dass wir bei den Gründungen im Saarland noch ein sehr großes Potenzial haben. Wir müssen in diesem Bereich noch einiges tun. Die optimale Begleitung und Förderung von Existenzgründungen von jungen Unternehmen muss für uns alle eine politische Daueraufgabe bleiben.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Hauptsache, wir haben darüber geschwätz.)

Das ist nicht nur darüber geredet. Ich weiß ja nicht, wo Sie in den letzten Jahren waren und ob Sie diese Szene verfolgt haben. Sie haben eben sehr negativ zum Beispiel über die Saarland Offensive für Gründer geredet.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Ja.)

Da haben Sie eben einen anderen Blickwinkel als wir, aber der ist wohl nicht mit der Realität im Einklang, die wir hier im Land haben. Zu diesem regionalen Netzwerk, an dem alle in der Gründerförderung aktiven Kräfte des Saarlandes mitarbeiten, gehört neben dem Wirtschaftsministerium unter anderem auch die Arbeitskammer des Saarlandes.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Dann muss es ja klappen.)

Es ist uns ein Anliegen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützt werden, wenn sie unternehmerisch tätig werden wollen. Dann sind eben viele Dinge zu machen. Hierzu gibt es Beratung und es gibt entsprechende Seminare. Dann kann man sich doch nicht so hinstellen wie Sie eben und einfach sagen, dass das eine Diskussion im gleichen Kreis wäre, bei der nichts herauskommt. Es sind mittlerweile viele Arbeitnehmer als Unternehmer tätig.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Auch andere Teilnehmer, beispielsweise die Bundesagentur für Arbeit und die Universität des Saarlandes, sind in diesem Bereich aktiv. Um angehende Gründer mit Informationen aus erster Hand zu versorgen, bietet das Netzwerk eine Fülle von Veranstaltungen, Seminaren und individuellen Beratungen

für Gründerinnen und Gründer an. Es gibt ganz konkrete Orientierungshilfe, wenn es darum geht, Herausforderungen wie die Aufstellung eines Unternehmenskonzeptes zu bewerkstelligen, oder wenn es um die Frage geht, wie man einen Finanzierungsplan für ein Unternehmen aufstellt. - Herr Ulrich, Sie hören mir ja gar nicht zu. Das haben Sie doch eben versprochen, dass Sie mir zuhören werden.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE).)

Es gibt nicht nur diese Information, es gibt auch ganz konkrete Begleitung von jungen Unternehmern in den ersten Tagen durch die sogenannten Business Angels. Das sind erfahrene Manager aus der Wirtschaft, die im Ruhestand sind. Sie begleiten die jungen Unternehmerinnen und Unternehmer und unterstützen sie oft auch mit Kapital und vor allen Dingen mit ihrem Know-how.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Das SOG-Netzwerk fördert zudem das Thema Existenzgründungen in Schulen. Bereits in den Schulen und an den Hochschulen ist das Netzwerk aktiv. Dort werden Schülerinnen und Schüler und Studenten darüber informiert, dass es auch die Möglichkeit gibt, später als Unternehmer tätig zu sein. Der Größe des Saarlandes ist es zu verdanken, dass die Netzwerkpartner der SOG engmaschig miteinander vernetzt sind. Die spezifischen SOG-Gründungslisten stehen in einem regelmäßigen Austausch und können im Sinne der Gründungsinteressierten deren Anliegen beziehungsweise Beratungsbedarfe in gegenseitiger Abstimmung abarbeiten.

Eine zentrale Ansprechstelle, die die Gründungsinteressierten zu Beginn des Prozesses an die passende Stelle des SOG-Netzwerkes schleust, ist die Stelle KontaktPlus beim Wirtschaftsministerium. Auch diese Stelle hat eine aktive Funktion, wo junge Menschen, die sich unternehmerisch betätigen wollen, eine Orientierung bekommen. Dort gibt es erste Handinformationen zu Fördermöglichkeiten, zu Antragsvoraussetzungen, hier gibt es Ansprechpartner, hier gibt es eine Vermittlung von Wissen über Zuständigkeiten, eine leichtere Kontaktaufnahme mit Beratern öffentlicher Stellen und es gibt Tipps zur Beratung und zu Qualifizierungsangeboten.

Außerdem suchen wir im Saarland jährlich etwa 1.000 Nachfolger für Unternehmen. Deshalb wollen wir den Mut zur Selbstständigkeit unterstützen. Wir wollen die Förderung aller Gründungsetappen von der ersten Idee bis zur erfolgreichen Realisierung sicherstellen. Wir wollen erfolgreiche und leistungsfähige Firmen erhalten und wollen damit wertvolle Arbeitsplätze hier im Saarland sichern. Deshalb werden wir Unternehmen frühzeitig für die Nachfolgeregelung sensibilisieren. Wir werden junge Unternehmer, Menschen, die sich in die Selbstständigkeit wagen, auch weiterhin unterstützen, wenn ein erstes

(Abg. Kurtz (SPD))

Projekt gescheitert ist, denn das Scheitern als Selbstständiger ist kein Makel. Wir werden auch bei einem möglicherweise notwendigen zweiten Gründungsversuch helfen und ein Maßnahmenpaket aufsetzen, damit diese zweite Gründung erfolgreich ist.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, hinzu kommt, dass in den letzten zwei Jahren zu dieser Förderung des SOG auch noch die zielgruppenspezifische Förderung verstärkt wird. Wir machen spezielle Programme für Gründer an den Hochschulen, spezielle Programme für Frauen und Unternehmensnachfolger, aber wir machen auch spezielle Programme für Migranten. Bei dieser Förderung geht es darum, die Zielgruppen, die ein besonders hohes Gründungspotenzial aufweisen, bedarfsgerecht und effizient durch den Gründungsprozess zu begleiten. Um künftig noch stärker auf die besonderen Bedürfnisse bestimmter Zielgruppen einzugehen, hat das Ministerium für Wirtschaft in den letzten zwei Jahren die zielgruppenspezifischen Angebote der SOG-Gründungsförderung weiter ausgebaut. So wurde zum Beispiel im Jahr 2016 zur verbesserten Sicherung der Unternehmensnachfolge eine eigene Koordinierungsstelle Unternehmensnachfolge - FEBU - bei der SIKB gegründet. Die Koordinierungsstelle FEBU wird aus Finanzmitteln des Landes und der EU, aus EFRE-Mitteln, finanziert. Mit Beginn des Jahres 2017 hat die ebenfalls vom Land und der EU geförderte Netzwerkstelle für Frauen im Beruf ein 50-prozentiges Teilprojekt zur Stärkung der Gründungsaktivitäten durch Frauen ins Visier genommen.

Zur Stärkung der Migrantinnenökonomie gibt es die bereits erfolgreiche Zusammenarbeit der SOG mit der Gründungsberatung des IQ-Netzwerks. Diese Zusammenarbeit, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird künftig verstärkt, um gründungsinteressierte Migranten noch besser und noch umfassender bei ihren Gründungsprojekten zu unterstützen. Ein konkretes Projekt ist derzeit in der Abstimmung.

Die Gründungsförderung an den saarländischen Hochschulen hat für uns eine besondere Bedeutung. Das Wirtschaftsministerium fördert die Zielgruppe der innovativen und wissensbasierten Gründerinnen und Gründer an der Universität des Saarlandes, aber auch an der HTW. Dies geschieht im Rahmen eines gemeinsamen Projektes SQUASH - Serviceangebot Qualifizierung und Beratung von Unternehmensgründern aus saarländischen Hochschulen. Mit diesem Projekt geht auch eine Vernetzung der Gründungsförderung an beiden Hochschulen einher. Im Rahmen von SQUASH werden vielfältige Angebote realisiert wie Einzelberatung von Gründungsinteressierten im Hochschulbereich oder auf die Zielgruppe der Studierenden zugeschnittene Seminare zu allen Fragen rund um die Gründung und Selbst-

ständigkeit. Es gibt Mentoring-Programme, Unternehmensplanspiele und Businessplan-Wettbewerbe. Das Förderungsvolumen beträgt bis zu 4,6 Millionen Euro im Zeitraum von 2015 bis 2021.

Eine gute Finanzierung stellt eine Grundvoraussetzung für Gründerinnen und Gründer dar. Das Saarland verfügt über eigene Instrumente zur Bereitstellung von Risikokapital wie die Finanzierungsmöglichkeiten der Saarländischen Wagnisbeteiligungs-gesellschaft SWG oder der Business-Angels-Grün-derfonds Saarland im Rahmen der SOG.

Ich fasse zusammen. Wir sind im Saarland rundum gut aufgestellt, was das Thema Gründung, aber auch die Unternehmensnachfolge angeht. Das war ja der spannende Punkt am Ende Ihrer Antragsbe-gründung, warum wir den Antrag ablehnen. Wir lehnen den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion ab, da wir in der Frage der Grün-dung von Unternehmen auf gutem Weg sind. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Herr Abgeordneter. - Das Wort hat nun für die Fraktion der PIRATEN Herr Fraktionsvorsitzen-der Michael Hilberer.

Abg. Hilberer (PIRATEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag legt den Finger schon in die richtige Wunde. Wir haben definitiv ein Problem in der Gründerszene im Saarland, das lässt sich auch nicht wegdiskutieren. Allerdings macht die Debatte bisher ein bisschen den Eindruck, Beamte und Angestellte philosophieren über Unternehmensgründung. Ich fürchte, da liegt auch der Kern des Problems.

Ich kann wenig anfangen mit dem Antrag, so wie er formuliert ist. Er spiegelt nach meiner Auffassung weder eine Kommunikation mit der saarländischen Szene noch mit der Gründerszene im Allgemeinen wider. Es kann nicht darum gehen, für den Gründer das Risiko zu verringern, das ist gar nicht im Interesse des Unternehmensgründers. Es kann nur darum gehen, ihm zu ermöglichen, dieses Risiko immer wieder einzugehen, wenn er das denn möchte. Denn das ist eigentlich der Grundsatz des Unterneh-mers, dass er eben etwas unternimmt, dafür muss er eine Unternehmung gründen. Das ist immer auch ein Abenteuer.

Ich kann diesem Antrag so nicht zustimmen und ich möchte kurz erläutern, weshalb. Wie gesagt, bei der Analyse, den einleitenden Worten, kann man so weit noch mitgehen, aber die Forderungen als solche sind meiner Meinung nach nicht korrekt. Ich fange mit der ersten Forderung an: „bestehende Berat-

(Abg. Hilberer (PIRATEN))

tungsangebote für Gründerinnen und Gründer zu bündeln“. Das ist gar nicht so einfach, wie es zunächst mal klingt, denn kein Gründer ist wie der andere, und auch kein Bereich, in dem gegründet wird, ist wie der andere. Von daher gesehen ist es gar kein verkehrter Ansatz, hier mit hoch spezialisierten Gründungsberatern das Feld zu beackern. Entsprechend ist der Ansatz auch nicht falsch, das an der Uni und der HTW anders zu machen, als es beispielsweise die Arbeitskammer macht, und Ausgründungen aus bestehenden Unternehmen sind noch mal etwas anderes. Das sind unterschiedliche Dinge, man kann das nicht einfach zusammenfassen. Wer am Anfang seines Berufslebens steht und gründen möchte, braucht relativ wenig Finanzmittel für sich selbst, für denjenigen, der da schon weiter ist, ist es eine ganz andere Situation.

Dann gibt es die Forderung nach der „Förderung von Ideen und Dienstleistungen“. Das klingt gut, aber die Frage ist: Was soll denn das sein? Ideen und Dienstleistungen sind ja gerade die Bereiche, die im Zweifel einen niedrigen Kapitalbedarf haben. Wenn da das Defizit definiert ist und sich die Gründungsförderung in erster Linie auf eine Produktförderung mit hohem Kapitalbedarf beziehen würde, würde ich das noch verstehen, aber das sehe ich so im Saarland nicht. Wir haben eher das Problem, dass man da weniger Kapital bekommt.

Eine weitere Forderung lautet: „Gründungsförderung an Uni und HTW zu stärken und besser zu vernetzen“. Das ist auch so eine Null-Forderung. Klar, Vernetzung ist immer gut, aber an der Stelle ist doch die Frage, ob uns das wirklich weiterbringt. Das Problem ist ja, dass aus Uni und HTW zu wenig ausgegründet wird. Das sehe ich genauso. Aber da müsste das Ziel eher sein, sich den Wissenschaftsbereich noch mal anzuschauen und das auch als Ziel an den Hochschulen zu verankern. Die Forschenden und Lehrenden müssen als Ziel verankert haben, Ausgründungen zu fördern. Das wäre eine Forderung, der man an der Stelle zustimmen kann, die würde uns mit Sicherheit auch weiterbringen.

Der Punkt, der mich besonders gewundert hat, ist die Forderung nach einem „besseren Zugang zur freiwilligen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung“. Der Zugang zu diesen Versicherungen ist, glaube ich, gar nicht das Problem. Ich habe es auch vorhin schon gesagt: Der Unternehmensgründer geht ein Risiko ein, das ist prinzipiell auch nicht verkehrt. Das echte Problem, das dahintersteckt und das Menschen davon abhält, zu gründen, ist die Angst davor, in Hartz 4 zu fallen und dort nicht mehr rauszukommen. Das ist das echte Problem: Hartz 4, der ganze Gängel-Apparat, der da aufgebaut wurde, der nur dazu führt, dass die Leute ihre Innovationskraft und ihre Ideen verlieren und da nie mehr rauskommen! Aber dieses Problem lösen wir auch nicht

mit dem besseren Zugang zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, denn wer gründet, hat erstmal andere Gedanken, als sich darum zu kümmern. Hier würde ich sagen: Klar, bei einer besseren Absicherung bin ich immer dabei, man sollte aber das Hartz-4-System zurückfahren und stattdessen eine solidarische Sozialversicherung machen, wo jeder auch wieder die Möglichkeit hat, aus einer Notlage wieder herauszukommen. Das wäre mit Sicherheit etwas, was die Gründerkultur befördern würde.

Ansonsten ist es eine Binsenweisheit: Der Unternehmensgründer begibt sich auf einen Weg des Wagnisses. Entsprechend bin ich eher der Meinung - und das war auch mein Eindruck in Gesprächen mit Gründern -, dass die eher das Problem haben, dass ihnen Strukturen im Wege stehen. Natürlich muss es eine Kapitalabsicherung geben, damit das funktioniert, einen Businessplan über die ersten Jahre, aber ansonsten sollen ihnen die bürokratischen Strukturen am besten aus dem Weg gehen und sie nicht gängeln.

Ich glaube, das Problem, das wir im Saarland viel eher haben, betrifft die Standortfaktoren: Für Start-ups braucht es Kapital, Innovationskraft und Risikofreude. Kapital ist definitiv ein Problem, gerade an privatem Wagniskapital bräuchten wir im Saarland mehr. Das ist aber nichts, was man politisch so einfach mal heranziehen kann. Innovationskraft und Risikofreude sind zwei Punkte, die man mit Sicherheit fördern kann und die wir auch fördern sollten. Das ist aber keine finanzielle Geschichte, sondern eher eine Frage von Bildung und Ausbildung.

Interessant wird jedoch das Thema Scale-up, das heißt, wenn aus dem Start-up wirklich ein Unternehmen wird, das viele Beschäftigte hat. Dann braucht man eine vitale Szene, die sich selbst bedingt. Schönes Beispiel dafür in Deutschland ist Berlin, aber auch Köln. Dort gibt es schon eine Szene mit vielen Start-ups. Wenn ich zum Scale-up werde, kann ich dann auf ein Reservoir von Leuten zurückgreifen, die sich auskennen. Da braucht es eine Szene und die verfügbaren Arbeitskräfte. Für uns ist die große Aufgabe, die jungen Leute im Land zu halten, dann sind die auch dafür verfügbar.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Dann können wir eigentlich gleich zumachen, da klappt ja gar nichts.)

Hier klappt wenig. - Es ist auch eine Frage von Räumen und Verkehrsbindungen; ich brauche den Raum. Es ist mit Sicherheit ein Versäumnis an der Universität, dass das Starterzentrum immer zu klein ist. Von neuem Gebäude zu neuem Gebäude bleibt es einfach zu klein, da muss man von Anfang an größer planen. Auch dazu finde ich in dem Antrag nichts.

(Abg. Hilberer (PIRATEN))

Der letzte große Punkt ist Innovation. Es geht um Innovation, Innovation, Innovation! Wir brauchen eine Innovationskultur. Das muss ich vor allem der CDU-Fraktion mitgeben: Innovation entsteht in Freiräumen, die setzen nämlich kreative Fähigkeiten beim Menschen frei. Mal ganz ehrlich, da hilft Ihr Video-kult auch nicht unbedingt, er macht nämlich Freiräume zu. Man muss sich klarmachen, das eine führt zum anderen. Wir brauchen Leute, die frei denken, und die brauchen wiederum eine entsprechende Umgebung. Man kann mit Sicherheit viel machen, aber all diese Sachen finde ich in diesem Antrag nicht, von daher können wir dem so leider nicht zustimmen. - Danke.

(Beifall von den PIRATEN.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Herr Fraktionsvorsitzender. - Das Wort hat nun für die CDU-Landtagsfraktion der Kollege Peter Strobel.

Abg. Strobel (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hilberer, den Zusammenhang zwischen Videoüberwachung und Innovation müssen Sie mir nachher noch erklären.

(Abg. Hilberer (PIRATEN): Genau das ist das Problem!)

Der einzige Zusammenhang, den ich sehe, ist, dass technische Innovationen möglicherweise die Videoüberwachung zukünftig erleichtern. Aber das wäre eine gute Innovation. Von daher, glaube ich, haben wir vielleicht das Gleiche gemeint, Sie haben es nur falsch erklärt. - Ja, wir haben im Saarland eine unterdurchschnittliche Gründerquote, und ja, hier besteht Handlungsbedarf. Da gibt es nichts schönszureden. Das Saarland braucht innovative Menschen, ein ansteckendes Gründerklima, es sollte sich auch überregional als moderne Gründerregion präsentieren. Dazu brauchen wir zunächst einmal ein besseres Selbstständigkeitsimage. Wir brauchen eine grundsätzliche Wertschätzung des Unternehmers, der nicht als Abzocker und Ausbeuter diffamiert, sondern als Antriebsfeder von Wirtschaft und Gesellschaft geschätzt wird. Das ist eine Grundvoraussetzung für das, worüber wir reden.

(Beifall bei der CDU.)

Selbstständiges Unternehmertum leistet einen wichtigen Beitrag zur Beibehaltung der Wachstumskraft und zur Stärkung der Innovationsdynamik einer Volkswirtschaft. Insbesondere in hoch entwickelten Industrienationen nehmen Neugründungen eine besondere Rolle hinsichtlich der kommerziellen Verwertung von Innovationen ein, sodass die Produktivität gesteigert und der strukturelle Wandel nach-

drücklich vorangetrieben wird. Eine allgemein gute wirtschaftliche Lage sowie eine hohe Beschäftigungsquote sind allerdings kein Anlass, Anstrengungen zu unterlassen, die eine stärkere Gründungsdynamik begünstigen und in der Lage sind, dauerhaft neue Beschäftigungsverhältnisse entstehen zu lassen. Nein, ganz im Gegenteil, zahlreiche Unternehmensgründungen beinhalten das Potenzial, Arbeitsplätze für die Zukunft zu schaffen und die Wirtschaftsstruktur auszudifferenzieren, sodass Konjunkturrisiken vermehrt diversifiziert werden können und die saarländische Wirtschaft hinsichtlich branchenspezifischer Risiken auf ein breiteres und stabileres Fundament gestellt wird. Es ist daher Anspruch und Ziel einer modernen und nachhaltigen Wirtschaftspolitik der CDU, die Gründer- und Selbstständigenquote im Saarland spürbar und kontinuierlich zu erhöhen.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Und warum klappt's net?)

In den letzten fünf Jahren fanden im Saarland die meisten Existenzgründungen und leider auch die meisten Liquidationen in erster Linie in den Bereichen Handel, Gastronomie sowie Baubewerbewerbe, aber auch bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen statt. Diese Zahlen unterstützen uns in dem Bestreben, Gründungen im industriellen Sektor zu fördern, um einerseits bestehenden Strukturen Rechnung zu tragen und somit von Skalen- und Spillover-Effekten zu profitieren und andererseits durch die Mitgründung einhergehender neuen Produktinnovationen in anderen Branchen zu diversifizieren, exemplarisch sei die Medizin genannt. Damit muss es für uns eine Herausforderung sein, wenn wir bei Gründungen behilflich sein wollen, Monstrukturen zu verhindern. Also genau das, was eben gesagt worden ist, wir müssen uns breit aufstellen und nicht nur in eine Richtung fördern und gründen, sondern müssen ganz breit aufgestellt sein.

Zwei Gruppen von Gründern sind für uns von besonderer Bedeutung, das ist richtig, es geht um Frauen und um Migranten. Nicht nur in Deutschland und im Saarland, sondern in fast allen anderen europäischen Ländern gründen deutlich mehr Männer als Frauen Unternehmen. Hier wollen wir natürlich Hindernisse beseitigen. Unter Personen mit Migrationshintergrund ist der Gründeranteil höher als beim Rest der Erwerbsbevölkerung. Da Migranten durch ihre Gründerfreudigkeit einen wichtigen Beitrag zur Unternehmenslandschaft leisten, sich gleichzeitig aber mit großen Gründungshürden und Abbruchrisiken konfrontiert sehen, wollen wir einen Fokus auf diese Gruppe legen und deren Mut zum unternehmerischen Handeln unterstützen.

Auf die Frage, wie wir die Gründungsbereitschaft im Saarland fördern können, gibt es mehrere Antwor-

(Abg. Strobel (CDU))

ten. Ein Ansatz ist, Ängste zu nehmen und Gründer zu begleiten. Umso wichtiger ist an dieser Stelle eine kompetente und glaubwürdige Beratung durch Mentoren aus der Branche. Idealerweise wird diese nicht durch in der Regel fachfremde Mitarbeiter in Gründungsbüros oder sonstigen staatlichen Behörden angeboten, sondern durch Personen, die ebenfalls Gründer oder einmal selbstständige Unternehmer waren oder immer noch sind. Das Business Angels Netzwerk Saarland bietet hierfür ein attraktives Konzept, das weiter gefördert und dessen Nutzung intensiviert werden sollte.

Ein weiteres wichtiges Kriterium für ein reges Gründergeschehen ist das politisch beeinflusste Umfeld. Um für potenzielle Gründer Anreize zur Unternehmensgründung zu schaffen und die Erfolgsschancen von selbstständigem Unternehmertum in der Startphase zu erhöhen, ist die Etablierung eines gründerfreundlichen Klimas eine wichtige und grundlegende Voraussetzung. Ein sogenanntes fruchtbare, regionales Gründerökosystem zeichnet sich aus durch das Zusammenspiel von Talenten, erfolgreichen Unternehmen als Mitglieder der gleichen Wirtschaftskette, günstigen und ausreichenden Finanzierungsquellen sowie kreativitäts- und innovationsfördernden Bildungseinrichtungen. Weiche Faktoren wie die Offenheit für Innovation vonseiten der Politik, der Wirtschaft und der Bevölkerung ergänzen die Voraussetzungen zur Schaffung eines entrepreneurialen Ökosystems und begünstigen das Entstehen eines kreativen Umfelds mit hoher Lebensqualität.

Neben einer lediglich unterstützenden, begleitenden Politik und einer effizienten sowie bürokratiearmen Verwaltung bedarf es nicht zuletzt einer leistungsfähigen insbesondere digitalen aber auch öffentlichen Infrastruktur. Dazu gehören etwa die Bereitstellung von Rechenzentrumskapazitäten, Produktionsstätten, Büroräumen - Stichwort Coworking - und natürlich einer entsprechenden Glasfaserversorgung. Zudem gibt es keine erfolgreiche Gründung ohne geeignete Finanzierung. Vielleicht besteht hierin das ganz besondere Problem für Gründungen im Saarland?

Die klassischen Fremdfinanzierungen sind für Gründer wegen fehlender Sicherheiten oft einfach nicht erreichbar. Die SIKB leistet im klassischen Bereich einen wichtigen Beitrag mit ihrer Beratung, ebenso durch die Aufstockung von Mitteln mit ihrem Instrument des Nachrangdarlehens. Das ist ein gutes Instrument, gehört aber wie gesagt eher zum klassischen Finanzierungsteil. Hinzu kommen die Förderinstrumente des Wirtschaftsministeriums und die Beratung im SOG-Netzwerk. Darüber ist eben bereits viel gesagt worden. Für eine Gründung brauchen die Unternehmen aber Eigenkapital, und zu den möglicherweise eingesetzten eigenen Mitteln gibt es die Angebote von der Saarländischen Wagnisfinanzie-

rungsgesellschaft SWG und der Saarländischen Kapitalbeteiligungsgesellschaft KWG. Beide sind jedoch, wenn ich richtig informiert bin, jeweils bei 1 Million Euro gedeckelt. Bei Gründungen im Bereich der Medizintechnik oder im IT-Bereich etwa kann der Kapitalbedarf bei einer Gründung leicht mehrere Millionen Euro übersteigen.

Gerade in Homburg wird außerordentlich gut und viel geforscht, leider haben wir dort aber ganz wenig oder so gut wie keine Ausgründungen. Möglicherweise liegt das an dem hohen Bedarf an Kapital, das woanders zur Verfügung gestellt wird. Wir sind dann nicht in der Lage, solche Perlen, die dort entwickelt werden, im Saarland zu halten.

Daran müssen wir dringend etwas ändern. Es braucht also auch innovative, alternative Finanzierungen. Da gibt es ein Portfolio, zum einen natürlich die Business-Angels, die neben Rat und Tat auch Kapital zur Verfügung stellen. Da ist das Thema Crowdfunding zu nennen, da ist das Thema Venture-Capital zu nennen und da ist das Thema Mezzanine-Kapital zu nennen.

Hier tritt jetzt ein regionaler Finanzdienstleister auf den Plan, der eine Finanzierungsform ermöglicht, die uns vollkommen neue Möglichkeiten eröffnet, wie ich finde. Ich spreche von der Sparkasse Saarbrücken, die unter Beteiligung von SIKB und SaarLB voraussichtlich ab Juli 2017 eine Crowdinvesting-Plattform betreiben wird, die in der Lage sein wird, Gründungen nahezu in jeder Größenordnung zu finanzieren. Auf der Einlageseite wird die Plattform offen für private Anleger sein genauso wie für Unternehmen und Venture-Capital-Fonds. Bei der Auswahl von Projekten wird die Plattform von einem wissenschaftlichen Beirat unterstützt werden. Dieses Modell made im Saarland ist übrigens einzigartig in der Sparkassenorganisation und wird ein absoluter Exportschlager für das Saarland werden.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Die Sparkasse Saarbrücken engagiert sich aber noch in einem anderen entscheidenden Feld der Gründerberatung mit ihrer Unternehmensbörse SaarLorLux. In dieser Unternehmensbörse SaarLorLux gibt es drei nennenswerte wichtige Bereiche, zum einen die Ideenbörse, in der quasi nach dem System verfahren wird, eine Idee sucht einen Markt. Dann gibt es die Investorenmanagementbörse. Da geht es um das Matching von Investoren und von Unternehmen. Und es gibt, ganz wichtig, die Nachfolgebörse.

Man muss wissen, circa 1.600 Firmen stehen pro Jahr zur Übernahme im Saarland an. Davon werden etwa die Hälfte, etwa 800 Unternehmen, innerfamilial weitergegeben. Circa 20 Prozent werden an einen Mitarbeiter weitergegeben. Das bedeutet aber, wir haben bis zu 500 ungeregelte Unternehmensab-

(Abg. Strobel (CDU))

gaben. Hier kommt die Nachfolgebörsen ins Spiel. Dort gelingt es, rund 25 Prozent der 500 Unternehmen zu erfassen und davon wiederum werden 40 Prozent auch vermittelt. Ich halte das für eine besondere Leistung, die in der Unternehmensbörsen erbracht wird, die von der Sparkasse Saarbrücken inszeniert worden ist. Damit wird die Sparkasse Saarbrücken, auch alle anderen Sparkassen, die das nutzen, ihrer regionalwirtschaftlichen Bedeutung in besonderem Maße gerecht.

(Beifall von der CDU und vereinzelt bei der SPD.)

Bei dem größten Hemmnis, das ich finanziell seitig sehe, wird sich also einiges tun.

Hinzu kommt etwas, was die Politik auch noch zu leisten hat. So muss Wirtschaftspolitik im Saarland folgende Angebote an junge Unternehmer beinhalten: Ein ganzheitliches Maßnahmenpaket aus finanzieller Förderung, betriebswirtschaftlicher Betreuung und der Bereitstellung gewerblicher Flächen, sodass sich Gründer mit innovativen Ideen im Saarland ansiedeln und auch kreativ entfalten können. Wir brauchen aber auch eine soziale Absicherung für die Gründer.

Ungeachtet des zusätzlich zu tragenden unternehmerischen Risikos sind selbstständige Unternehmer in ähnlichem Maße Einkommens- und Ausgaberrisiken ausgesetzt wie abhängig Beschäftigte. Umso wichtiger erscheint eingedenk dessen eine adäquate soziale Sicherung von Selbstständigen. Dazu zählt insbesondere vor dem Hintergrund unterdurchschnittlich niedriger weiblicher Gründerquoten die Vereinbarkeit von Familie und Gründung, die durch ein flächendeckendes Angebot frühkindlicher Betreuung begünstigt werden muss. Im europäischen Vergleich ist das soziale Sicherungsniveau von Selbstständigen in Deutschland zwar überdurchschnittlich gut, trotzdem müssen wir uns mit der Absicherung der persönlichen wirtschaftlichen Risiken der Gründer weiter beschäftigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine lebendige Unternehmerlandschaft mit einer lebendigen Gründerkultur ist zentraler Bestandteil eines gelingenden Strukturwandels. Wir haben eine sich verändernde Bevölkerungsstruktur, genannt demografischer Wandel, wir haben auch eine Veränderung in der Beschäftigung zur Kenntnis zu nehmen. Das verarbeitende Gewerbe schrumpft, der Dienstleistungssektor und wissensintensive Branchen wachsen. Das stellt Arbeitgeber und Beschäftigte vor Herausforderungen, bietet aber natürlich auch Chancen.

Mit Blick auf unsere Kompetenz im Automotive-Sektor sehen wir den Wechsel der Antriebstechnologie vom Verbrennungsmotor zur E-Mobilität bis hin zum selbstfahrenden Auto natürlich durchaus mit Vorsicht, aber auch mit dem klaren Blick zur Chance.

Um bei dieser Veränderung auch weiterhin Kompetenzzentrum zu bleiben, brauchen wir Forschung und Innovation. Das leistet die Industrie, das leistet vor allem auch das Handwerk, das leisten die Hochschulen und das leisten ganz besonders natürlich auch Gründer, hochschulnahe Ausgründungen und andere auch. Ähnliches gilt für alle Forschungsbereiche an unseren Hochschulen. Ich habe auf die Medizinische Fakultät bereits hingewiesen. Im IT-Bereich können wir auf erfolgreiche Ausgründungen bereits verweisen, da wären einige zu nennen. Warum sollte uns das nicht auch an anderer Stelle gelingen?

Im Fazit ist zu sagen: Im Saarland finden derzeit einfach zu wenig Gründungen statt. Das ist richtig. Der wirtschaftspolitische Instrumentenkasten muss überarbeitet werden. Auch hier ist Kreativität gefragt. Keine Hilfestellung bietet dabei allerdings der Antrag der GRÜNEN. Herr Hilberer, an der Stelle gebe ich Ihnen auch gerne recht. Auch ich habe in dem Antrag eigentlich nichts gefunden, was uns wirklich weiterbringt. Im Gegenteil, die GRÜNEN präsentieren ein paar Überschriften, ein paar Allgemeinplätze, nicht einen einzigen Lösungsansatz. Dahinter steht der Versuch, das Thema irgendwo zu besetzen, ohne sich damit jedoch intensiv beschäftigt zu haben. Solche Anträge lehnen wir ab und so werden wir auch heute verfahren. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Herr Abgeordneter. - Das Wort hat für die Fraktion die LINKE Herr Professor Dr. Heinz Bierbaum.

Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema Gründungen hätte sicherlich einen anderen Platz in der Plenardebatte verdient, als wir ihn jetzt ganz am Ende haben, weil es eigentlich zu wichtig ist. In der Tat - da stimmen, glaube ich, alle überein - haben wir im Saarland Nachholbedarf, was Gründungen angeht. Das ist keine Frage. Seitdem ich hier im Landtag bin, ist das immer mal wieder Thema gewesen. Es gab auch immer Überlegungen, wie das gefördert werden kann. Insofern ist der Ausgangspunkt doch sehr klar, wir müssen uns in der Tat mit dem Thema befassen.

Ich muss allerdings auch sagen, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier wenig hilfreich ist, weil er einfach nicht präzise genug ist, was denn eigentlich gemacht werden kann.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Warum haben Sie dann keinen präzisierten Ergänzungsantrag gestellt, wenn Sie das so genau auf dem Schirm

(Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE))

haben? Das frage ich mich jetzt. - Weitere Zuru-
fe.)

Ich bin noch nicht am Ende. Die mündlichen Ausführungen des Kollegen Ulrich haben mich auch nicht überzeugt. Ich habe eher den Eindruck, dass er in dieser Materie nicht besonders zu Hause ist.

(Beifall von der LINKEN und von den Regierungsfraktionen.)

Es sind in den verschiedenen Beiträgen hier mehrere Punkte angesprochen worden, die ich für außерordentlich wichtig halte. Zunächst einmal ist das Thema Gründungen verknüpft mit der Frage des Innovationsklimas. Da ist es auch eine Frage der Politik und der Standortpolitik, ob dieses Innovationsklima gefördert werden kann. Ich begrüße es, dass es entsprechende Einrichtungen an der Universität und an der HTW gibt, um das zu machen. Aber wir brauchen natürlich darüber hinausgehend weitere Faktoren. Dazu zählen insbesondere die sogenannten weichen Standortfaktoren, kulturelle Einrichtungen, welche Attraktivität das Saarland auch für junge Menschen hat hierzubleiben, nicht bloß an der Universität zu sein, zu forschen, sondern in Spin-offs wirkliche Unternehmen zu gründen, die auch von Dauer sind. Ich glaube, das ist auch eine Frage der Standortpolitik und der Attraktivität des Saarlandes. Da sind wir alle gefordert, etwas zu tun.

(Beifall von der LINKEN und den PIRATEN.)

Dann will ich etwas zu der Frage sagen, was eigentlich erforderlich ist. Wenn Sie sich die Gründungen anschauen, muss doch jeder Gründer und jede Gründerin die Frage beantworten, mit welchem Produkt beziehungsweise mit welcher Dienstleistung man auf welchen Märkten tätig sein will. Das ist die Grundvoraussetzung. Diese Frage muss beantwortet werden. Ich glaube, da braucht man auch zum Teil Hilfestellungen, weil dies eine strategische Entscheidung für jedes Unternehmen ist, ob klein oder groß.

Der zweite Punkt ist dann, dass ein Businessplan aufgestellt werden muss. Hier haben wir oft Probleme, auch hier bedarf es der Hilfe. Ich gebe dem Kollegen Strobel recht: Ich glaube, das größte Hindernis ist die Frage der Finanzierung. Aus meiner Erfahrung und auch aufgrund der Beratung solcher Start-ups weiß ich, dass die Finanzierung immer das zentrale Problem ist, weil solche Start-ups oft nicht in die herkömmlichen Kreditvergabemechanismen passen. Sie werden abgewiesen bei herkömmlichen Kreditinstitutionen, weil man ihnen nicht traut, dass das wirklich klappt. Oft werden die Hürden so hoch gesetzt, dass sie nicht überwunden werden können. Deswegen gibt es immer wieder auch staatlicherseits die Versuche, hier Hilfe zu leisten. Es gibt im Lande eine Reihe von Einrichtungen - Kollege Stro-

bel hat darauf hingewiesen -, die SIKB, die Wagnisfinanzierungsgesellschaft und dergleichen mehr.

Überlegenswert finde ich das, was Sie dargestellt haben. Die Absicht der Sparkassen ist ein ausgesprochen interessanter Vorschlag. Mal schauen, ob er die Erwartungen, die Sie in ihn setzen, auch wirklich erfüllen wird, das werden wir ja sehen. Ich glaube, dass in der Frage der Finanzierung in der Tat mehr gemacht werden muss. Zu überlegen ist auch, ob hier im Lande nicht doch eine Risikokapitalgesellschaft gegründet werden kann. Insofern hielte ich hier eine Bündelung für richtig, um dann eben auch die Volumina und die Absicherung zu haben, die bei bestimmten Gründungen notwendig sind. Die Finanzierung ist bei solchen Gründungen zweifellos die zentrale Frage.

Insofern ist klar, es muss begleitet werden. Da finde ich übrigens die Einrichtungen, die wir haben, so schlecht nicht. Das Thema Business Angels ist nicht der schlechteste Gedanke gewesen, den man hatte. Es gibt auch Hilfen, was die bürokratischen Hürden angeht. Da kann man immer dafür sein, dass die noch mal ein Stück weit abgebaut werden, da spricht auch niemand dagegen. Aber ich glaube, das ist nicht der zentrale Punkt. Der zentrale Punkt ist, ob eine vielversprechende Idee, die auch einen Markt eröffnet, wirtschaftlich umgesetzt - das betrifft das Thema Businessplan - und entsprechend finanziert werden kann. Ich gebe dem Kollegen Hilberer recht: Dann ist es aber Sache derjenigen, die das Unternehmen gründen, auch entsprechende Risiken einzugehen und sie zu tragen bei der notwendigen sozialen Absicherung, was angesprochen wurde und was auch ich für wichtig halte.

Ich will aber noch auf das Thema Arbeitsplätze eingehen, weil das der Kollege Ulrich zum Schluss als Begründung noch mal genannt hat. Ich glaube nicht, dass man Gründungen sozusagen gegen bestehende Arbeitsplätze ausspielen sollte, sondern ich halte beides für notwendig.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Wer hat hier was ausgespielt?)

Sie haben ganz eindeutig begründet --

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Ausspielen ist etwas ganz anderes!)

Lassen Sie mich doch einfach mal zu Ende reden, anstatt immer dazwischenzurufen. Aber das geht wohl kulturell nicht anders.

(Lachen und Beifall bei der LINKEN und Teilen der Regierungsfraktionen.)

Ich greife den Gedanken auf, der aufgebracht wurde, dass wir in der Tat erhebliche Probleme haben werden bei bestehenden wichtigen Industrien im Saarland, etwa im Automotive-Bereich, die aber

(Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE))

nicht durch Neugründungen kompensiert werden können, das will ich ganz deutlich sagen. Wir müssen beides tun. Deswegen halte ich gerade unter dem Gesichtspunkt der Beibehaltung der industriellen Strukturen und der Arbeitsplätze das Thema der dynamischen Bestandssicherung, das heißt Modernisierung, für zentral. Es ist eine riesige Aufgabe für die Politik, dort die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen.

Ich bin nicht überzeugt, Kollege Strobel, dass die Industrie im Saarland genügend an Forschung und Entwicklung leistet, um dem Strukturwandel hier Rechnung zu tragen. Ich habe erhebliche Befürchtungen, gerade was die Veränderungen etwa bei ZF angeht, wo eigentlich die Investitionen getätigt werden, die für die Zukunft notwendig sind etwa im Hinblick auf die Elektromobilität. Hier, glaube ich, muss die Politik eingreifen, damit solche Investitionen auch im Saarland stattfinden, damit hier auch verstärkt geforscht wird und dann auch entsprechend von den großen Unternehmen investiert wird, um den vor uns stehenden Strukturwandel zu bewältigen.

Ich möchte einen weiteren Punkt aufgreifen. Sie haben das Thema der Nachfolge angesprochen und hingewiesen auf die Nachfolgebörse. Die Nachfolge ist in der Tat - da gebe ich Ihnen recht - ein unterschätztes Problem, es ist ein großes Problem. Ich glaube, gerade im Bereich der Handwerkskammer kennt man diese Problematik sehr genau. Da würde ich gerne einen Punkt aufgreifen, der wohl auch schon mal in der Arbeitskammer diskutiert worden ist. Es müsste neben dieser Nachfolgebörse auch einen Anreiz geben für bestehende Belegschaften, möglicherweise einen Betrieb zu übernehmen und nachzufolgen, etwa in kleineren Betrieben. Ich glaube, da liegt ein Feld vor uns, das wir nicht genügend bearbeitet haben. Hier haben wir Potenziale.

Das Thema Gründung ist ein außerordentlich wichtiges Thema und wir müssen uns darum bemühen, dort konkrete Hilfen anzubieten, wo sie notwendig sind. Wir müssen solche Unternehmensgründungen begleiten durch Beratung, wir müssen Hilfen schaffen vor allem in finanzieller Hinsicht. Insofern sollten wir die Debatte und auch das, was gegenwärtig diskutiert wird, noch mal aufgreifen und weiterführen. Ich bin dafür, dass wir dabei die verschiedenen Ansätze bündeln und uns überlegen, ob nicht eine zentrale Finanzierungsinstitution geschaffen werden kann, um Gründern und Gründerinnen unter die Arme zu greifen.

Ich fasse zusammen. Für mich bindet sich diese ganze Problematik ein in die Frage der wirtschaftspolitischen Ausrichtung. Dazu möchte ich auch das Thema der dynamischen Bestandssicherung aufgreifen. Wichtig ist auch das Thema der Nachfolge. Das sind Elemente eines umfassenden Ansatzes.

Ich glaube, es ist es wert, dass dieses Haus darüber weiter diskutiert. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN und vereinzelt von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 15/2095 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 15/2095 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE, dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen sowie die PIRATEN-Fraktion, enthalten hat sich die Fraktion DIE LINKE.

Wir kommen zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Wahl von Mitgliedern und Stellvertretern für die Vertreterversammlung der Arbeitskammer des Saarlandes gemäß § 7 des Gesetzes Nr. 1290 vom 08. April 1992 (Amtsbl. S. 590, ber. S. 627 und S. 858) (Wahlvorschlag des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Drucksache 15/2097)

Die sechsjährige Amtsperiode der am 18. Mai 2011 gewählten Vertreterversammlung der Arbeitskammer des Saarlandes endet mit Ablauf des 24. August 2017. Gemäß § 7 des Gesetzes über die Arbeitskammer des Saarlandes wählt der Landtag des Saarlandes die Mitglieder der Vertreterversammlung und deren Stellvertreter. Die Vertreterversammlung besteht aus 42 Mitgliedern. Jedes Mitglied hat zwei Stellvertreter. Die Wahl erfolgt auf Vorschlag der Gewerkschaften und anderer Vorschläge von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die gemäß § 3 des Gesetzes Mitglieder der Arbeitskammer sind.

Auf die Bekanntmachung des Landtagspräsidenten betreffend die Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl im Amtsblatt des Saarlandes vom 24. November 2016 sind Wahlvorschläge eingegangen, mit denen sich der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr befasst hat und Ihnen mit der Drucksache 15/2097 einen Wahlvorschlag unterbreitet.

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Wer für die Wahl der Mitglieder und Stellvertreter gemäß dem Ihnen vorliegenden Vorschlag ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass die Mitglieder und Stellvertreter gemäß dem Vor-

(Vizepräsidentin Spaniol)

schlag Drucksache 15/2097 einstimmig - bei Zustimmung aller Fraktionen - gewählt sind.

Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich wünsche Ihnen allen noch einen entspannten Abend. Ich schließe die Sitzung.